

Stenographisches Protokoll

69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 3. Dezember 1958

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959

Spezialdebatte

Gruppe III: Äußeres

Gruppe XII: Landesverteidigung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 3125)

Entschuldigungen (S. 3125)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 298 (S. 3125)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 76 und 77 (S. 3125)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (520 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres

Spezialberichterstatter: Sebinger (S. 3126)

Redner: Ernst Fischer (S. 3126), Doktor Tončić (S. 3133), Stendebach (S. 3142), Strasser (S. 3155), Kranebitter (S. 3160), Czernetz (S. 3161), Dr. Neugebauer (S. 3170) und Staatssekretär Dr. Kreisky (S. 3176)

Gruppe XII: Kapitel 23: Landesverteidigung
Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Strobl (S. 3177)

Redner: Dr. Zechmann (S. 3179), Probst (S. 3184 und S. 3213), Koplenig (S. 3189), Dr. Gorbach (S. 3194), Preußler (S. 3202), Glaser (S. 3206), Czettel (S. 3211) und Bundesminister für Landesverteidigung Graf (S. 3214)

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Plaimauer, Lackner, Zingler, Jessner, Exler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Einbeziehung des Mürzflusses in § 6 des Wasserbautenförderungsgesetzes vom 18. Dezember 1947, BGBl. Nr. 34/1948 (334/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gredler und Genossen (298/A. B. zu 328/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Dr. Gorbach.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Franz Dwořák, Dipl.-Ing. Kottulinsky, Leisser, Hans Roth, Dr. Rupert Roth, Tödling, Walla und Krammer.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Ferdinand Mayer, Eichinger, Dr. Kummer und Dr. Nemecz.

Die in der gestrigen Sitzung eingebrachten Anträge

76/A der Abgeordneten Jonas und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Wohnraumversorgung, und

77/A der Abgeordneten Jonas und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Sicherung des Wohnraumbestandes,

weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung z. u. Wird gegen diese Zuweisung ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 328/J der Abgeordneten Doktor Gredler und Genossen, betreffend die Vorgänge bei Verfolgung einer angeblich beabsichtigten Waffenschiebung durch Johann Haselgruber, Alfred Bauer und Friedrich Triebel, wurde den Anfragestellern übermittelt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (520 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (546 der Beilagen)

Spezialdebatte

Gruppe III

Kapitel 8 : Äußeres

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein. Wir fahren in der Spezialdebatte fort und kommen zur Beratung über die Gruppe III.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Sebinger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Sebinger**: Hohes Haus! Der Voranschlag des Bundeskanzleramtes, Kapitel Äußeres, wurde in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses vom 4. November 1958 beraten.

Das der Ausschußberatung zugrunde gelegene Kapitel des Voranschlages für das Jahr 1959 weist gegenüber dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958 eine Verminderung der Summe der Ausgaben von 127.599.000 S auf 124.700.000 S auf. Diese Kürzung verteilt sich auf alle Ansätze mit Ausnahme des Aufwandes für Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen. Die angeführte Reduzierung der Ausgabenposten erschien erforderlich, obgleich bei den diesjährigen interministeriellen Budgetverhandlungen vom Außenamt ein Mehrerfordernis an Personal- und Sachaufwand in der Höhe von 31.3 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag 1958 geltend gemacht worden ist.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat einhellig sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß das Bundeskanzleramt—Auswärtige Angelegenheiten durch die Streichung von rund 3 Millionen Schilling behindert wird, die notwendigen Personalfragen zu regeln und Personalbestellungen vorzunehmen sowie zwei Botschaften beziehungsweise zwei Gesandtschaften in Afrika und in Lateinamerika zu errichten.

Der Finanz- und Budgetausschuß war ferner einhellig der Meinung, daß in Hinkunft das Kapitel Äußeres bei der Budgeterstellung eine bessere Würdigung erfahren möge als bisher, weil für die Arbeiten des Außenamtes die Welt ja nicht kleiner, sondern größer wird und weil fast allen Errichtungen von Gesandtschaften, Konsulaten und Generalkonsulaten sehr maßgebende wirtschaftspolitische Überlegungen zu grunde liegen. Der Finanz- und Budgetausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß im kommenden Budget für das Jahr 1960 diese im Finanzausschuß einhellig zutage getretene Meinung seitens der Bundesregierung und seitens des Herrn Finanzministers berücksichtigt wird.

Die einzigen Erhöhungen, die in den verschiedenen Posten des Kapitels Äußeres zutage treten, sind die erhöhten Beiträge zu den internationalen Organisationen. Für die UN-Technische Hilfe bleibt der Betrag mit 1.5 Millionen Schilling gleich wie für 1958; Europabewegung wie 1958 44.000 S; UN-Beitrag: 1958 6.716.000 S, 1959 7.500.000 S; Europarat: 1958 1.806.000 S, 1959 3.640.000 S; UNEF 2.717.000 S, das ist erstmalig; Internationale Atomenergie-Organisation: 1958 372.000 S, 1959 400.000 S; Haager Schiedsgerichtshof 7.000 S.

Die Abgeordneten Dr. Kranzlmaier und Marianne Pollak haben ferner einen Antrag auf Abänderung einer Budgetpost des Kapitels Äußeres eingebracht.

Gemäß diesem Antrag sind bei Kapitel 8: Äußeres folgende Änderungen vorzunehmen:

Bei Titel 1 „Zentrale des Außendienstes“, § 4 „Sonstige Aufwandskredite“, ist in der Spalte der sachlichen Ausgaben der Betrag von 0.065 Millionen Schilling durch den Betrag von 0.415 Millionen Schilling zu ersetzen.

Dementsprechend ist in der Spalte der sachlichen Ausgaben bei der Summe von Titel 1 der Betrag von 16.835 Millionen Schilling durch den Betrag von 17.185 Millionen Schilling und in der Summe von Kapitel 8 der Betrag von 48.035 Millionen Schilling durch den Betrag von 48.385 Millionen Schilling zu ersetzen.

Ferner ist in der Spalte, in der die Summen der persönlichen und sachlichen Ausgaben angeführt sind, bei der Summe von Titel 1 § 4 der Betrag von 0.065 Millionen Schilling durch den Betrag von 0.415 Millionen Schilling, bei der Summe von Titel 1 der Betrag von 25.670 Millionen Schilling durch den Betrag von 26.020 Millionen Schilling und in der Gesamtsumme des Kapitels 8 der Betrag von 124.700 Millionen Schilling durch den Betrag von 125.050 Millionen Schilling zu ersetzen.

Dieser Abänderungsantrag fand die Billigung des Finanz- und Budgetausschusses.

An der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß beteiligten sich die Abgeordneten Stendebach, Dr. Tončić, Czernetz, Kranzlmaier, Marianne Pollak, Stürgkh, Dr. Kranzlmaier, Mark und Steiner.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt daher den Antrag, der Hohe Nationalrat möge dem Kapitel Äußeres des Bundesfinanzgesetzes samt den von mir vorgetragenen Abänderungen seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort ist als Gegenredner der Herr Abgeordnete Ernst Fischer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Das Zentralproblem, die wesentliche Aufgabe der österreichischen Außenpolitik ist nach wie vor die Sicherung unserer Unabhängigkeit, die Festigung unserer Neutralität.

Man kann mit Genugtuung feststellen, daß sich die Neutralität Österreichs bewährt hat, daß sie unserem Volk Vorteile bringt, unserem Lande Achtung verschafft. Die Zeit ist längst vorbei, in der die Forderung nach Neutralität

geradezu als Hochverrat galt. Und wenn es auch noch immer einzelne Gruppen und Politiker gibt, denen die Neutralität nicht behagt, so muß man doch sagen, daß sieh im allgemeinen das Bekenntnis zur Neutralität durchgesetzt hat, nicht nur im Volk, sondern auch im Bereich der Regierungsparteien.

Der Bundespräsident sprach zur Zeit seines Besuchs in der Schweiz von den Rechten und Pflichten der Neutralität. Zu diesen Pflichten gehört es, so sagte er, „grundätzlich jede Bindung zu meiden, die auch nur im entferntesten mit militärischen Machtverhältnissen zu tun hat.“ Er hat mit diesen Worten bekundet, daß Neutralität über das rein Militärische hinausgeht, daß sie alles umfaßt, was auch nur im entferntesten mit militärischen Machtverhältnissen zu tun hat, daß sie also ein eminent politischer Begriff ist. Denn das Militärische ist nirgends in der Welt vom Politischen isoliert.

Der Bundeskanzler sprach in Moskau von der Neutralität Österreichs und fügte hinzu: „Ich betone ausdrücklich, nicht für eine begrenzte, sondern für eine unbegrenzte Zeit.“

Der Vizekanzler sagte nach seiner Rückkehr aus Moskau, die österreichische Neutralität sei „nicht eine Einbahnstraße, die nur in einer Richtung befahren wird, denn eine solche Handlungsweise wäre mit dem Gedanken der Neutralität unvereinbar.“

Ich habe an einige dieser begrüßenswerten Äußerungen erinnert, weil sie geeignet sind, Mißdeutungen entgegenzuwirken und das Wesen der Neutralität klarzustellen.

Wir Kommunisten stehen der Regierung in Opposition gegenüber, aber wir sind entschlossen, jeden Schritt, der unserer Unabhängigkeit und Neutralität dient, nicht nur gutzuheißen, sondern auch zu unterstützen. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, den zweideutigen, manchmal recht eindeutigen Entstellungen und Intrigen entgegenzutreten, denen die Neutralität unseres Landes noch immer ausgesetzt ist. Ich spreche hier nicht von Zeitungen, die den Kalten Krieg als unsauberes Geschäft betreiben, nicht einmal von manchen Rundfunkkommentatoren, die von Neutralität so weit entfernt sind wie der Außenminister Dulles von Vernunft und Verständigung, ich spreche von den Eskapaden verantwortlicher Regierungspolitiker.

Der Abgeordnete Doktor Tončić — also nicht irgendein Wirtschaftsredner, sondern der außenpolitische Sprecher der Volkspartei — hat es für zweckmäßig gehalten, knapp vor der Abreise der österreichischen Regierungsdelegation nach Moskau die immerwährende Neutralität Österreichs in Frage zu stellen. Die Neutralität Österreichs müsse geopfert

werden, so meinte Dr. Tončić, wenn sich die Situation im Donauraum ändert, wenn in Europa die Entwicklung eintritt, die eines solchen Opfers wert sei.

Der allzu eifrige Tončić hat kurz darauf seine Erklärung widerrufen; ich kann mir den Ärger seines Parteichefs über den Querschuß ganz gut vorstellen. Doch solche politische Querschüsse gegen die Neutralität kommen nicht von ungefähr. In beiden Regierungsparteien gibt es noch immer „alte Kämpfer“ des Kalten Krieges, die keine Verständigung wünschen, sondern an dem in Brüche gehenden Unsinn festhalten, den man „Politik der Stärke“ nennt. Wenn zum Beispiel der Innenminister Helmer sein Inneres äußert (*Heiterkeit*) und gegen die „Moskaureisenden“, gegen die „Koexistenzsüchtigen“ polemisiert, so knurrt hier ein alter Kämpfer des Kalten Krieges nicht nur gegen die Politik der Neutralität, sondern auch gegen Politiker seiner eigenen Partei, die so vernünftig sind, die Chancen einer neuen Situation wahrzunehmen. Wir wollen solche Attacken gegen die Neutralität nicht überschätzen, doch sie mahnen zur Wachsamkeit und lassen erkennen, daß der Kampf um eine dauernde neutrale Haltung Österreichs weitergeht.

Es scheint mir notwendig, in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Frage Otto Habsburg zu sprechen zu kommen. Die geplante Rückkehr Otto Habsburgs ist nicht nur ein innenpolitisches, sondern auch ein außenpolitisches Problem. Sie ist nicht nur geeignet, in der Arbeiterschaft Beunruhigung hervorzurufen, sondern sie ist auch geeignet, Mißdeutungen der österreichischen Außenpolitik anzubahnen. Denn Otto Habsburg ist nicht einer der heftigsten „Kreuzritter gegen den Osten“, einer der leidenschaftlichsten Prediger eines Krieges gegen den Osten, Otto Habsburg hat wiederholt betont, daß er nicht daran denke, auf alte Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie zu verzichten. Es geht also hier — ich wiederhole es — auch um eine Frage der österreichischen Neutralität und Außenpolitik.

Ich habe heute mit größtem Erstaunen in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen, daß der sozialistische Parteivorstand — ich sage ausdrücklich: der Parteivorstand! — nichts gegen eine Einreise Otto Habsburgs einzuwenden habe, daß er sich also wesentlich von der Haltung der Sozialdemokratie in der Ersten Republik unterscheidet. Ich weiß nicht, welche Spekulationen den sozialistischen Parteivorstand bewogen haben, eine solche Haltung einzunehmen, die gewiß von vielen alten Funktionären der SP nicht verstanden wird. Möglicherweise sind es ähnliche Spekulationen, wie sie Mollet in

3128

Nationalrat VIII. GP. — 69. Sitzung am 3. Dezember 1958

Frankreich angestellt hat. Mollet meinte, wenn man alles auf die Karte des Antikommunismus setze, wenn man bereit sei, alle reaktionärsten Kräfte gutzuheißen, um gegen die Kommunisten vorzugehen, dann werde das für die französischen Sozialisten einen neuen Aufstieg bedeuten. Nun, ich möchte eindringlich an die sozialistischen Abgeordneten appellieren: Das Ergebnis des Experiments Mollet ist erschütternd, auch für die Sozialisten, für die gesamte europäische Arbeiterbewegung! Das Ergebnis ist nicht etwa eine Stärkung der Sozialisten, sondern das Ergebnis ist, daß im französischen Parlament die gesamte Arbeiterbewegung — Kommunisten und Sozialisten — nahezu zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist, daß dort eine überwältigende, gefahrdrohende Mehrheit von Faschisten und Reaktionären dank der Politik des Antikommunismus, dank der Unterstützung Mollets emporgekommen ist. Und ich glaube, es wäre sehr gefährlich, im Zusammenhang mit Otto Habsburg ähnliche Spekulationen anzustellen.

Die Haltung der Neutralität, der strikten Neutralität, entspricht den elementaren Interessen Österreichs und kann zur Milderung weltpolitischer Gegensätze beitragen. Doch ich wiederhole: Nach wie vor gibt es Gegner dieser Neutralität, innerhalb und außerhalb unseres Landes. Ich möchte noch einmal feststellen: Der Gedanke der Neutralität hat sich im allgemeinen durchgesetzt. Doch in der Handhabung der Neutralität ist nicht nur dann und wann Unsicherheit, sondern sind auch Widersprüche wahrzunehmen. Auf der einen Seite hat der Bundeskanzler mit Recht hervorgehoben, daß das Gleichgewicht zwischen Ost und West, von dem so viel die Rede ist, nicht das Um und Auf der Sicherung Österreichs sein kann. Immer muß es das Ziel unserer Bestrebungen sein, sagte der Bundeskanzler, an Stelle des Gleichgewichtes die Verständigung zwischen West und Ost zu fördern. Ebenso hat vor längerer Zeit der Herr Staatssekretär Kreisky in ähnlichem Sinn gesprochen, allerdings hat er jetzt in Deutschland offenkundig seinen Standpunkt revidiert.

Wenn man von aktiver Neutralität spricht — und wir bekennen uns zu diesem Begriff, zu dieser Forderung —, dann kann und soll diese Aktivität nur darin bestehen, daß Österreich zunächst seine eigene Sicherung im Auge hat und darüber hinaus jede Initiative für Abrüstung, für Entspannung, für Verständigung unterstützt. Österreich soll in solchen Fragen nicht abseits stehen, und wenn wir auch nur ein kleiner Staat sind, können wir doch das Unsere zur allgemeinen Entwicklung beitragen, zur Bewältigung der entscheidenden Aufgabe, die uns allen gestellt ist — über die

Grenzen jeder Partei hinaus —: den Frieden zu sichern. Denn es ist im Zeitalter der ungeheuerlichsten Vernichtungsmittel die Voraussetzung menschlicher Existenz, daß wir den Frieden erhalten. Unsere ganze Kraft, Vernunft, Klugheit diesem Ziel zuzuwenden, das ist der Sinn und Inhalt einer aktiven Neutralitätspolitik.

Leider gibt es auch andere Auffassungen. Immer wieder hört man das unheilvolle Schlagwort vom „Gleichgewicht des Schreckens“. Auch der Herr Staatssekretär Kreisky hat leider jetzt in Deutschland wieder dieses Schlagwort hervorgeholt. Gleichgewicht des Schreckens! Das ist ein Gleichgewicht, das plötzlich zusammenbrechen kann, eine fragwürdige Balance, hart am Rande des Krieges. Das Mißverständnis oder die Missetat eines Fliegers, die Verdunkelung eines menschlichen oder die Fehlentscheidung eines Elektronengehirns kann dieses Gleichgewicht zum Einsturz bringen. Und niemals sollen wir vergessen, daß der amerikanische Außenminister mitteilte, dreimal sei die Welt bisher nur um Haarsbreite einem Atomkrieg entgangen. Dreimal war im letzten Augenblick die Hemmung stärker als die Aggression. Aber kann man sich darauf verlassen, daß unter allen Umständen die Hemmung stark genug sein wird, um das Verhängnis aufzuhalten? Wenn das Gleichgewicht des Schreckens nicht durch ein Gleichgewicht der Vernunft ersetzt wird, gibt es für die Zukunft der Menschheit keinerlei Garantie.

Die Leute, die uns das Gleichgewicht des Schreckens als beste Sicherung Österreichs anempfehlen, sind zugleich die Leute — oder leisten ihnen Vorschub —, die für ein militärisch starkes, mit Atomwaffen ausgerüstetes Westdeutschland eintreten. Und hier, meine Damen und Herren, werden falsche Auffassungen zur unmittelbaren Gefahr für Österreich. Die deutsche Herrenklasse hat ihre alten Herrschaftspläne nicht aufgegeben. Sie hat sich mit der Unabhängigkeit Österreichs nur vorübergehend, nicht auf die Dauer abgefunden. Die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von Westdeutschland, in die uns eine verfehlte Handelspolitik hineinmanövriert hat, ermutigt die westdeutschen Machtpolitiker, sich mehr und mehr in unsere Angelegenheiten einzumischen. Die westdeutschen Militärkreise fordern von Österreich militärische Flankendeckung. Der „Rheinische Merkur“, das Blatt Adenauers, schrieb mit brutaler Offenheit: „Triftige militärische Gründe könnten den Westen veranlassen, in das militärische Vakuum Österreich einzudringen.“ Eine von den Großmächten verfügte Neutralisierung — so schreibt das Blatt — bedeute für die

NATO-Mächte mehr strategische Nachteile als für den Ostblock. Österreich müsse daher — so dekretiert das Blatt Adenauers — sein Bundesheer mit Raketen- und Atomwaffen ausrüsten, damit das militärische Vakuum für die NATO geschlossen werde. Ähnliche Forderungen haben auch andere bedeutende westdeutsche Zeitungen an Österreich gestellt und immer wieder von dieser notwendigen „militärischen Flankendeckung“ gesprochen.

Es ist sehr beunruhigend, daß der österreichische Heeresminister dieses Argument aufgegriffen hat und auch mit dem Begriff des Flankenschutzes operiert. Dies aber, die Auffassung der NATO und vor allem westdeutscher Militärkreise, Österreich habe den militärischen Flankenschutz der Westmächte zu übernehmen, ist mit Neutralität unvereinbar!

Die Drohungen aus Westdeutschland sollten uns hellhörig machen, uns zum Bewußtsein bringen, daß ein aufgerüstetes Westdeutschland nicht ein Schutz, sondern eine Gefahr für Österreich wäre und daß das Gleichgewicht des Schreckens, unmittelbar an unsere Grenze herangebracht, für unser Land erschreckende Konsequenzen haben könnte.

Der Bundeskanzler hat also hundertfach recht, wenn er sagt, daß nicht ein solches Gleichgewicht, sondern Verständigung unser Ziel sein müsse. Man muß die gegensätzlichen Auffassungen zu Ende denken und muß sich für eine von beiden entscheiden, nicht nur in Worten, sondern in Taten. Auf keinen Fall kann man sie miteinander vereinbaren.

Aus der ersten Auffassung folgt, daß es notwendig ist, das Mißtrauen zu überwinden, auf Abrüstung hinzuwirken, eine allmähliche Überwindung der Mächteblöcke anzustreben, um schließlich zu einem kollektiven Sicherheitssystem zu gelangen. Aus der zweiten Auffassung folgt, man müsse die militärische Aufrüstung vor allem Westdeutschlands gutheißen und fördern, wenn man auch nicht direkt daran teilnimmt; man müsse für maximale militärische Macht des Westenseintreten und also faktisch die unheilvolle Politik der Stärke unterstützen. Wenn Österreich nicht seine Zukunft aufs Spiel setzen will, kann es sich nur für die erste Auffassung entscheiden. Die positiven Erklärungen maßgebender Regierungspolitiker weisen in diese Richtung. Es gilt nun zu untersuchen, wieweit die konkrete Außenpolitik diesem Konzept aktiver Neutralität entspricht.

Österreich ist Mitglied der UNO und hat dort die Möglichkeit, auch als kleiner Staat an weltpolitischen Entscheidungen teilzunehmen. Die Stellungnahme der österreichischen Delegation entsprach in manchen Fragen dem Wesen der Neutralität und dem Ziel der Verständigung. In anderen, sehr wichtigen Fragen

jedoch ist man einer klaren Entscheidung ausgewichen, hat man den Grundsatz befolgt: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!

Eine solche Frage zum Beispiel ist die Einstellung der Experimente mit Atomwaffen. Es scheint mir nicht nötig, hier zu wiederholen, was tausende Männer der Wissenschaft eindringlich, ja beschwörend gesagt haben: daß diese Experimente nicht nur die heute Lebenden, sondern auch künftige Generationen gefährden. Ich möchte nur einen Satz aus einem der vielen Appelle hervorheben. Es ist der Appell prominenter amerikanischer Persönlichkeiten: Die Menschen haben das Recht, unvergiftete Luft zu atmen und auf unverseuchter Erde zu leben. Dieses Recht gilt für alle. Man darf sich nicht damit abfinden, daß nur die Großmächte, die Atomwaffen produzieren, nach eigenem Ermessen ihre Entscheidungen treffen, sondern alle Völker müssen fordern, in dieser Menschheitsfrage mitzubestimmen. Denn der Atomtod macht an keiner Grenze halt und achtet keine Neutralität.

Die Situation ist beunruhigend. Als im März dieses Jahres die Sowjetunion die Experimente einseitig einstellte, haben viele von uns gehofft, Amerika und England würden das Beispiel beherzigen und ihre Experimente ebenfalls einstellen. Leider ist das Gegenteil geschehen. Nie zuvor ließen die beiden westlichen Großmächte so viele Atom- und Wasserstoffbomben explodieren — 50 im Verlauf eines halben Jahres! Ihr Bestreben war offenkundig, nun um jeden Preis die Sowjetunion zu überflügeln, aus dem Gleichgewicht des Schreckens zu einem Übergewicht zu gelangen. Das Ergebnis war, daß die Sowjetunion nach sechs Monaten die Experimente wieder aufnahm und daß nun in Ost und West Explosionen die Welt erschüttern.

Für jeden denkenden Menschen ist es klar, daß es daraus nur einen Ausweg gibt: die endgültige Einstellung aller Experimente mit Atomwaffen. Jede nur bedingte, nur befristete Einstellung birgt in sich die Gefahr, daß die eine oder die andere Großmacht sich plötzlich im Nachteil fühlt und unter irgendeinem Vorwand das entsetzliche Wettrüsten wieder aufnimmt. Neutral Staaten Asiens und Afrikas haben daher den Antrag eingebracht, die UNO möge die endgültige, die bedingungslose Einstellung der Versuche mit Atomwaffen beschließen, bis die Atommächte selbst sich über ein Abkommen geeinigt haben. Die Delegation des neutralen Österreich hat diesen Antrag nicht unterstützt, und der österreichische Sprecher hat sich von Sprechern anderer neutraler Staaten dadurch unterschieden, daß er sich nicht für eine unverzügliche, endgültige Einstellung der mörderischen Experimente aus-

sprach. Er hat angeregt, man möge sämtliche, einander widersprechende Anträge vereinigen, was in diesem Fall nur zur Folge hätte, daß eine unverbindliche, zu nichts verpflichtende Resolution herauskäme.

Wir sind für einen Ausgleich der Gegensätze. Aber Verständigung kann doch nicht heißen, daß man auf dem Papier ein Kompromiß anstrebt, das in der Praxis keinerlei Konsequenzen hat. Österreich sollte den Mut haben, zu fordern, was alle Völker herbeisehn: die endgültige, die bedingungslose Einstellung der die Welt verseuchenden Versuche, und dies als ersten Schritt, um zu weitergehenden Vereinbarungen, zur allgemeinen Abrüstung zu gelangen. Einer solchen klaren Stellungnahme ist die österreichische Delegation bisher ausgewichen, und ich frage: warum eigentlich? Warum bleiben die Taten hinter den Worten der Regierungspolitiker zurück?

Eine zweite, für den Weltfrieden sehr bedeutsame Frage hängt mit der Formosa-Krise, mit der Anerkennung oder Nichtanerkennung der chinesischen Volksrepublik zusammen. Ich möchte hier nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern wiederholen, was in wachsendem Ausmaß auch Politiker der westlichen Welt anerkennen: daß die militärischen Positionen Tschiang Kai Scheks auf den Inseln Quemoy und Matsu nicht der Verteidigung, sondern nur dem Angriff dienen und daß es grotesk und widersinnig ist, wenn in der UNO der Insel-diktator Tschiang Kai Schek als Repräsentant Chinas gelten soll, wenn der fragwürdige Beherrscher von 9 Millionen Chinesen im Sicherheitsrat vertreten ist, die Regierung von mehr als 600 Millionen Chinesen jedoch von der UNO ausgeschlossen ist. (Abg. Dengler: Ah, das sind Demokraten!) Ich verstehe Ihre Frage nicht! Ich nehme an, daß es ein Grundsatz der Demokratie ist, daß das größte Volk der Welt in der UNO vertreten ist. Ich verstehe also nicht ganz den Sinn Ihres Zwischenrufes. (Abg. Dengler: Sie haben gerade gesagt, der eine ist ein Diktator, der andere ein Demokrat!) Ich habe davon gesprochen, daß der eine eine Marionette ist, der 9 Millionen Chinesen fragwürdig beherrscht, daß hinter der anderen Regierung mehr als 600 Millionen stehen. Wenn Sie der Meinung sind, daß Tschiang Kai Schek der legitime Vertreter Chinas ist, dann kann ich Sie an dieser Meinung nicht hindern. Aber es ist eine törichte, den Tatsachen widersprechende Auffassung. (Abg. Dengler: Geh, geh!)

Nicht nur die Sprecher neutraler Staaten, wie Indien und Schweden, haben sich für die Aufnahme der chinesischen Volksrepublik in die UNO eingesetzt, auch die Regierung eines NATO-Staates, die Regierung Norwegens, ver-

tritt diese Forderung. Als der norwegische Ministerpräsident in Österreich war, sagte er unzweideutig: „Norwegen ist wie viele andere Länder der Auffassung, daß die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollte.“ (Ruf bei der ÖVP: Gehört das da her?) Das gehört da her, das werden Sie sofort hören, weil das mit außenpolitischen Entscheidungen der österreichischen Republik zusammenhängt und weil ich Ihnen gerne klarmachen möchte, daß es jenseits der Grenzen klügere Politiker gibt als Sie, daß es jenseits der Grenzen Menschen gibt, die die Welt-situation vernünftiger beurteilen als Sie, die mich jetzt mit albernen Zwischenrufen überschütten. (Abg. Dengler: Sie halten aber auch alberne Reden! — Heiterkeit.)

Es ist aus weltpolitischen Erwägungen, es ist zur Sicherung des Weltfriedens notwendig, daß die größte Nation der Welt der UNO angehört. Doch nicht nur darum, sondern auch im eigenen wirtschaftlichen Interesse müßte Österreich die Volksrepublik China anerkennen und ihre Aufnahme in die UNO befürworten. Die österreichische Delegation aber hat sich, als der Antrag Indiens zur Debatte stand, als einzige Delegation eines neutralen Staates der Stimme enthalten. Das ist immerhin ein Fortschritt, wenn man sich erinnert, daß noch vor einem Jahr die österreichische Delegation für den amerikanischen Antrag, für Tschiang Kai Schek, stimmte. Doch Stimmehaltung ist kein Beitrag zur Lösung eines wesentlichen politischen Problems und weit entfernt von der aktiven Neutralität der anderen neutralen Staaten.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß Amerika in dieser Frage einen Druck auf Österreich ausgeübt hat, doch andere neutrale Staaten haben sich einem solchen Druck nicht gefügt. Der österreichische Außenminister hat zu Beginn der UNO-Generalversammlung in New York erklärt: „Wir wollen nicht abstreiten, daß uns Fehler unterlaufen sein könnten, weil wir nur aus eigener Urteils-kraft zu entscheiden vermochten und nicht auf Beispiele früherer Zeiten zurückgreifen konnten.“ — Immerhin aber gibt es das Beispiel anderer neutraler Staaten, und so drängt sich die Frage auf: War die Haltung zum Chinaproblem wirklich nur das Ergebnis eigener Urteils-kraft, oder war es eine fremde Macht, deren Vorurteil das Urteil entscheidend beeinflußt hat? (Abg. Dengler: Wie der Schelm ist, so denkt er! — Heiterkeit.)

Auch zu Problemen, an denen Österreich unmittelbar interessiert sein müßte, hat die Bundesregierung entweder gar nicht oder ausweichend Stellung genommen. In vielen Staaten Europas erwägt man seit längerer Zeit, welche

Möglichkeiten es gibt, im europäischen Kräftefeld eine Entspannung herbeizuführen. Der Plan des polnischen Außenministers Rapacki, Mitteleuropa zu einer atomfreien Zone zu machen, hat vielfach Widerhall gefunden, in der jüngsten Zeit auch in NATO-Staaten, wie Norwegen und Dänemark. (Abg. Dengler: Auch in Moskau?) Auch in Moskau, natürlich. — In der Diskussion um diesen Plan hat man verschiedene Formen einer militärisch verdünnten Zone ins Auge gefaßt, einen teilweisen Abzug der Truppen aus Mitteleuropa, die Errichtung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit. Die englische Labour Party hat in ihrem außenpolitischen Programm aus dieser Diskussion sehr beachtenswerte Schlußfolgerungen gezogen und hat gefordert, daß die Streitkräfte des Westens und des Ostens voneinander gelöst werden — Disengagement —, daß es das Ziel sein müsse, die beiden Mächteblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit zu ersetzen. (Zwischenruf des Abg. Dengler.) Offenbar kennen Sie die Dinge nicht. Ich möchte Ihnen nur klarmachen, wie große Parteien in anderen Ländern, keineswegs kommunistische Parteien, und wie andere Regierungen ernsthaft an diese Probleme herantreten, während hier in einem dumpfen, spießbürgerlichen Provinzialismus mit ein paar Zwischenrufen über solche Dinge hinweggegangen wird. (Abg. Dr. Gorbach: Laßt's mir meinen Dengler in Ruh'! — Heiterkeit.)

Alle diese Fragen sind für Österreich von großer Bedeutung, denn jede Entspannung, jede Auflockerung in Mitteleuropa dient der Sicherung unserer Unabhängigkeit und Neutralität.

Erstaunlicherweise hat die Bundesregierung bis vor kurzer Zeit behauptet, unsere Neutralität gestatte es nicht, daß wir an der Diskussion über den Rapacki-Plan und ähnliche Vorschläge teilnehmen. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß gerade unsere Neutralität uns ermächtigt, jede Initiative zu unterstützen, deren Ziel es ist, in Mitteleuropa eine Zone der Entspannung, der Abrüstung zu konstituieren.

Wir halten es daher für beachtenswert, daß der Bundeskanzler in einem Fernsehinterview von der Zweckmäßigkeit eines kollektiven Sicherheitssystems gesprochen und hinzugefügt hat, daß in diesem Rahmen auch der Rapacki-Plan der Diskussion wert sei. Das ist ein Schritt vorwärts. Doch wenn wir den Gedanken der aktiven Neutralität ernst nehmen, müßte sich Österreich aktiv und konkret in diese Diskussion einschalten, wie Dänemark und Norwegen es getan haben, müßte unsere Außenpolitik in dieser Richtung hin eine Initiative ergreifen.

Die diplomatische Zurückhaltung, das ängstliche Zaudern in diesen für Österreich lebenswichtigen Fragen steht in Widerspruch zu der manchmal recht forschen Art, mit der sich vor allem der Bundeskanzler in die deutsche Problematik einmischt. Vielleicht möchte er dadurch deutschationale Sympathien gewinnen. Aber die Dinge sind zu ernst für eine unbekümmerte Wahlpropaganda. Man ist so neutral, daß man sich von Diskussionen über eine atomwaffenfreie Zone fernhält. Aber wenn es darum geht, die Politik Adenauers zu unterstützen, hört man plötzlich auf, neutral zu sein.

In offenkundigem Zusammenspiel mit Adenauer hat der Bundeskanzler vorgeschlagen, die Großmächte mögen über die deutsche Wiedervereinigung verhandeln. Da es zwei deutsche Staaten gibt, um deren Wiedervereinigung es geht, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, kann ein Gespräch nur zustandekommen, wenn beide deutschen Staaten an diesem Gespräch teilnehmen. Doch eben dies will Adenauer um jeden Preis verhindern, obwohl ihm klar sein muß, daß ohne dies die deutsche Wiedervereinigung ein leeres Schlagwort ist. Zur gleichen Zeit, als der österreichische Bundeskanzler neuerlich mit seinem Vorschlag hervortrat, lehnte Adenauer den sowjetischen Vorschlag ab, daß die Großmächte und Vertreter der beiden deutschen Staaten über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages verhandeln sollen. Und der österreichische Bundeskanzler kam ihm mit der durchaus nicht neutralen Erklärung zu Hilfe, daß die Forderung nach einem Gespräch zwischen den beiden deutschen Staaten „abwegig und illusorisch“ sei. Der Bundeskanzler hat mit dieser massiven Einmischung weder der deutschen Wiedervereinigung noch der Neutralität Österreichs gedient.

Man muß daher die Frage stellen: Hat der Bundeskanzler diese Erklärung im Namen der österreichischen Regierung abgegeben, war er dazu ermächtigt? Oder sind wir so weit, daß der Regierungschef autoritär, auf eigene Faust seine eigene Außenpolitik betreibt? War der Knappendienst für den Ordensritter Adenauer österreichische Außenpolitik, oder mißbraucht die Volkspartei ihre Macht, um sehr wesentliche außenpolitische Fragen ihrer Parteipolitik unterzuordnen? Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Herr Außenminister diese Frage beantworten würde.

Nicht nur in Westdeutschland, auch in Italien regiert eine Bruderpartei der österreichischen Volkspartei. Bisher haben wir nur erlebt, daß die Volkspartei der Partei Adenauers und der Partei Fanfanis in jeder Weise ent-

gegenkommt, doch nie, daß sich die andere Seite als dankbar erwies. Das ungelöste Problem Südtirol ist dafür symptomatisch.

Ich möchte nicht noch einmal darlegen, wie unbefriedigend der Vertrag Gruber —de Gasperi war, doch da nun einmal dieser Vertrag besteht, muß er wenigstens eingehalten werden. Italien hält ihn nicht ein, setzt sich über ihn hinweg, und Österreich ist bisher den Südtirolern nicht wirkungsvoll zu Hilfe gekommen.

Im Außenministerium haben wir einen Staatssekretär aus Tirol. Professor Gschnitzer ist ein guter Redner. Er pflegt in seinen Reden den europäischen Geist heraufzubeschwören. Doch dieser europäische Geist ist so ausschließlich mit antikommunistischer Propaganda beschäftigt, daß er an Fragen wie Südtirol keinerlei Interesse zeigt.

Man fabriziert im Europarat Resolutionen über die „Befreiung Osteuropas“, hütet sich aber, vom Freiheitsrecht der Südtiroler zu sprechen. Dort, wo man selber die Macht hat, verzichtet man auf europäischen Geist zu gunsten eines echten Nationalismus.

Die Reise des Bundeskanzlers nach Rom war ergebnislos. Die italienische Presse behauptet, die Frage Südtirol sei damals nicht einmal erwähnt worden. Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Maleta hat in Bozen am Parteitag der Südtiroler Volkspartei teilgenommen und die Regierungserklärung Fanfanis begrüßt. Sie könnte, so hat er gemeint, der Ausgangspunkt für positive Besprechungen sein. Als die Regierung Fanfani gebildet wurde, waren die Stimmen der Südtiroler Volkspartei ausschlaggebend. Was war der Dank? Mitte Oktober hat die italienische VP-Abgeordnete Vedovato einen außenpolitischen Rechenschaftsbericht vorgelegt, in dem gesagt wurde, die freundschaftlichen Beziehungen Italiens zu Österreich seien durch die sogenannte Südtirolfrage gestört worden. Und weiter heißt es wörtlich in diesem Bericht: „In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß Italien ein vollkommen reines Gewissen hat und stets seinen Verpflichtungen aus dem Gruber—de Gasperi-Abkommen gewissenhaft nachgekommen ist. Wenn einige unwichtige örtliche Maßnahmen noch nicht getroffen werden konnten, liegt das an den technischen Schwierigkeiten und nicht etwa an schlechtem Willen.“

Wenn man die Vorgänge in Südtirol vor Augen hat, kann man diese Worte nur als Verhöhnung qualifizieren. Die italienische Regierung verletzt dauernd und systematisch das Gruber—de Gasperi-Abkommen. Und nicht nur das. Sie trifft auch Maßnahmen, die eine Gefahr für unsere Neutralität darstellen.

In den Alpen, an unserer Grenze, werden Abschußrampen errichtet, und die Geschosse würden im Ernstfall Österreich überfliegen. Mitte Oktober haben die Vereinigten Staaten der italienischen Armee die ersten Raketen übergeben. Die österreichische Regierung schweigt zu all dem, sie will der italienischen Regierung nicht nahtreten. Dieses Zartgefühl bleibt ohne Erwiderung, den Südtirolern hilft es nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Gedanken der Kommunistischen Partei Italiens zur Diskussion stellen, man möge Südtirol militärisch neutralisieren. Eine solche Neutralisierung Südtirols wäre nicht nur für unsere Neutralität vorteilhaft, sondern würde auch unserer Forderung nach Autonomie der deutschsprechenden Südtiroler größere Durchschlagskraft verleihen. Auf keinen Fall kann sich die österreichische Regierung mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden. Sie muß eine neue Initiative ergreifen. Der europäische Geist nimmt Südtirol nicht zur Kenntnis. Anstatt auf seine Gnade zu warten, muß sich die österreichische Außenpolitik in der Frage Südtirols zu größerer Entschlossenheit aufraffen.

In der Beziehung zu den Nachbarstaaten Westdeutschland und Italien ist Österreich sehr entgegenkommend, in der Beziehung zu anderen Nachbarstaaten wird mit anderem Maß gemessen. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Široký hat dem österreichischen Bundeskanzler Besprechungen vorgeschlagen, um sich über schwedende Fragen zu verständigen und zu freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Der Bundeskanzler hat nicht ablehnend, aber ausweichend geantwortet: Man müsse zuerst Vermögensfragen regeln, dann könne man in einen weiteren Gedankenaustausch eintreten. Mit Westdeutschland war es umgekehrt: Zuerst hat der Bundeskanzler den persönlichen Kontakt mit Adenauer hergestellt, und später wurden die Vermögensfragen geregelt — allerdings nicht zum Vorteil Österreichs. Wir zahlen 3 Milliarden Schilling Entschädigung ohne jede finanzielle Hilfeleistung.

In unserem Verhältnis zur Tschechoslowakei ist schon der Ausgangspunkt ein anderer, hier ist nicht der Nachbarstaat, sondern Österreich der Fordernde, wobei es vernünftig wäre, nicht irreale, sondern wohlüberlegte Forderungen zu stellen. Österreich steht mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn und Jugoslawien in Verhandlungen über österreichisches Vermögen. (Abg. Dr. Gorbach: Sehr stockend!) Wir würden ein positives Ergebnis solcher Verhandlungen begrüßen und darüber hinaus gutnachbarliche Beziehungen, die trotz der

Gegensätzlichkeit gesellschaftlicher Systeme möglich sind.

In den Verhandlungen mit der Techoslowakei sollte man sich nach unserer Auffassung vor allem darauf konzentrieren (*Zwischenruf des Abg. Dengler*), zu einem Abkommen über die Sozialversicherung zu gelangen (*Abg. Dengler: Von den Wachttürmen aus!*) Dies wäre für Österreich eine fühlbare Erleichterung, für die Tschechoslowakei gewiß eine finanzielle Belastung, doch wir hoffen, daß sie dazu bereit ist.

Wir halten es jedoch für widersinnig, die nach 1945 in Österreich Eingebürgerten in finanzielle Forderungen einzubeziehen. Wir haben durchaus Verständnis für das bittere Los vieler dieser Menschen. (*Zwischenrufe*.) Aber man darf doch nicht übersehen, daß sie vor 1945 zum größten Teil reichsdeutsche Staatsbürger waren, daß es also die Pflicht Deutschlands wäre, sich ihrer anzunehmen.

Wenn wir dies alles zur Sache Österreichs machen, Verschiedenartiges in einem Fragenkomplex zusammenfassen und den unbegründeten Standpunkt vertreten: Alles oder nichts!, dann, so fürchte ich, wird sich Österreich selber den Weg zu einer vernünftigen und für uns vorteilhaften Lösung verrammeln.

Politik ist schließlich die Kunst des Möglichen. Man sollte daher versuchen, das Mögliche zu erreichen und die Verhandlungsthemen aus einer Atmosphäre irrealer Propaganda herauslösen. Eine Zusammenkunft des österreichischen Bundeskanzlers mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten wäre sicher geeignet, nutzbringende Beratungen einzuleiten.

Das neutrale Österreich hat auf allen Gebieten der Außenpolitik erfolgversprechende Möglichkeiten. Manches wurde getan, viel ist noch zu tun. Die Neutralität hat sich bewährt. Es gilt, im Geiste der Verständigung fortzuschreiten, um dadurch nicht nur Österreich zu dienen, sondern auch dem Frieden der Welt!

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abgeordneten Doktor Tončić, das Wort.

Abgeordneter Dr. Tončić: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich ganz kurz meinen sehr geehrten Herrn Vorredner auf den Artikel 187 der Ergänzungen zum rumänischen Strafgesetzbuch verweisen. Da steht nämlich drinnen: Die Todesstrafe wird für Handlungen eingeführt, die — wie es wörtlich heißt — dazu führen können, daß der rumänische Staat die Neutralität erklärt.

Herr Abgeordneter Fischer, stellen Sie sich vor, in Österreich wäre eine kommunistische Regierung: Da würden wir beide hängen! (*Abg. Dengler: Er links!*) Aber ich rechts! (*Abg. Dr. Gorbach: Die Todesstrafe ist abgeschafft; wer es nicht glaubt, wird erschossen!*)

Meine Damen und Herren! Die Welt um die Mitte des 20. Jahrhunderts hat kein politisches Zentrum. Dieser Umstand ist von größter Tragweite für die weltpolitischen Zustände, die ich als ein Zeitalter der internationalen Anarchie bezeichnen möchte. Europa war kurze Zeit Zentrum der Welt: zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem ersten Weltkrieg. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren es zu Ende beider Weltkriege und sind es heute in reduzierter Form in der westlichen Welt. Die Sowjetunion war unbestreitbar die dominierende Macht im gesamten Osten während der Stalinistischen Zeit. Heute ist die Macht der Sowjetunion auch etwas reduziert. Lateinamerika, Indien streben nach Bildung neuer Zentren. Auch die Vereinten Nationen sind kein Weltzentrum geworden. So gibt es eben kein Zentrum mehr, und dieser einem Interregnum gleiche Zustand ist das charakteristische Merkmal unserer Epoche, der Ausgangspunkt jeder politischen Zeitanalyse.

Die Ursache für diese Situation, unter der wir alle leiden, ist die Unerbittlichkeit der ideologischen Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert. Zwischen dem christlichen Abendland, dessen vornehmstes Postulat die Freiheit der menschlichen Person und ihre Geborgenheit in Gott ist, und der pseudowissenschaftlichen Heilslehre des Marxismus-Leninismus, der bedenkenlos die Würde des freien Menschen verletzt und zerstört, gibt es keine Kompromisse. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es zwischen diesen beiden profund unterschiedlichen Weltanschauungen keine wie immer gearteten Kompromisse gibt und geben kann.

Es gäbe vielleicht eine echte Koexistenz, ein Nebeneinanderleben, wenn der Kommunismus nicht nach wie vor das Ziel verfolgen würde, die ganze Menschheit zu beherrschen und zu unterwerfen.

Geschichtlich gesehen ist der Kalte Krieg unserer Zeit eine weltweite Fortsetzung des Kampfes, den Europa seit Jahrtausenden gegen die anstürmenden Mächte des Ostens oder Südens führt. Es ist nun die Tragik, aber vielleicht auch die Größe unseres Österreich, daß es sich schon infolge seiner geographischen Lage niemals den Folgen dieser Auseinandersetzung entziehen kann. Eine Politik, die diese Tatsache vergessen würde, wäre eine Politik der Illusionen.

Ich möchte die heutige Weltlage mit einem Wort charakterisieren: „eine große und nachhaltige Verschlechterung der gesamten Welt-situation“, und ich möchte dies an einigen Beispielen beweisen.

Die erste Ursache für eine Verschlechterung der Weltlage liegt im Scheitern einer Gipfelkonferenz. Von allem Anfang an bestanden sehr große Schwierigkeiten für die Einberufung einer neuen Gipfelkonferenz nach der Art der Genfer Konferenz im Jahre 1955.

Zunächst einmal die Ablehnung einer gründlichen Vorbereitung dieser Konferenz von seiten Moskaus. Zweitens die Uneinigkeit über die Tagesordnung. Über diese Schwierigkeit ist man in allen Polemiken und Gesprächen, die zur Konferenz hätten führen können, niemals hinübergekommen. Und schließlich verlor die Sowjetunion langsam das Interesse, und nach dem Besuch Chruschtschows in Peking schließt die ganze Angelegenheit ein. Die westliche Note vom 31. Mai dieses Jahres wurde von Moskau gar nicht beantwortet, dafür aber wurden am 1. Juli Vorschläge erstattet, die mit denen vom 5. Mai im wesentlichen identisch waren. Wir müssen daher das Projekt einer Gipfelkonferenz, wenigstens bis jetzt, als gescheitert ansehen, denn auch die Versuche in Verbindung mit der Krise im Nahen Osten, neuerlich zu einer Konferenz zu kommen, konnten sich nicht verwirklichen.

Aber noch viel tiefgreifender für die Verschlechterung der Weltlage ist das Scheitern der Abrüstung. Ich greife hier die Anregung des Abgeordneten Fischer auf, einige Worte über das Problem der Abrüstung zu sprechen, die auch für Österreich von nachhaltiger Bedeutung ist.

Wenn wir die Geschichte der Abrüstungsbestrebungen nach dem zweiten Weltkrieg beobachten, müssen wir folgendes feststellen: Das System der Vereinten Nationen legt sein Hauptgewicht auf Sicherheit — es ist dies aus den Artikeln 11 und 26 ersichtlich —, nicht wie der seinerzeitige Völkerbund auf die Abrüstung. Es ist also ein ganz anderer Ausgangspunkt der Betrachtungen dieser Materie gegenüber der Situation nach dem ersten Weltkrieg. Und die Entwicklung seit dem Jahre 1945 führte bedauerlicherweise zur Bildung zweier gewaltiger Blöcke.

Das System der Vereinten Nationen war auf dem Konzept der „one world“, einer einheitlichen Welt aufgebaut, einer Welt, die in sich das System der kollektiven Sicherheit verkörpern sollte. Nun gibt es aber bedauerlicherweise gar kein System der kollektiven Sicherheit. Daher ist — wiederum leider — die „balance of power“ der einzige Friedensgarant. Es besteht daher eine Chance für eine

Abrüstung überhaupt erst dann, wenn die „balance of power“ erreicht ist oder, falls sie gestört ist, wieder erreicht ist. Also auch hier wieder eine Tendenz, die einer Abrüstung, wie sie im Konzept der Zeit nach dem ersten Weltkrieg gegeben war, diametral entgegengesetzt erscheint.

Alle Staaten wollen nun mit Beharrlichkeit im Sektor Verteidigung ihre volle Souveränität beibehalten. Für einen Erfolg wäre aber eine bereits beruhigte Atmosphäre nötig, und so dreht man sich im Kreise herum und die ganze Angelegenheit hat mehr oder minder nichts anderem gedient als der Propaganda.

Wir können in den Abrüstungsbestrebungen drei große Perioden unterscheiden. In der ersten Periode erkennen wir ganz deutlich, worum es sich handelt, damals und bis zum heutigen Tag. Im Jahre 1946 wurde die Atomenergiekommission eingesetzt, und dieser legte der amerikanische Delegierte einen Plan vor, den Baruch-Plan. Nach diesem Plan hätte die Produktion, Entwicklung und Anwendung der Atomenergie unter die Kontrolle einer internationellen Atomenergiede kommen sollen, die die gesamte Konzeption, die gesamte Kontrolle, die gesamte Verfügung über die Sanktionen in sich hätte tragen sollen und für die vor allem kein Vetorecht hätte gelten sollen. Das war das Entscheidende dieses Planes, dessen Endziel die Vernichtung aller Atomwaffen gewesen wäre.

Dem setzte die Sowjetunion einen anderen Plan entgegen: Zunächst die Zerstörung aller existierenden Atomwaffen binnen drei Monaten — es waren damals nur Atomwaffen der Westmächte — und das Verbot einer Neuproduktion. Über Kontrolle solle später gesprochen werden, und das Vetorecht solle beibehalten werden.

An diesen beiden Plänen erkennen wir ganz deutlich, um was es sich handelt. In dem einen Fall Priorität der Kontrolle, im anderen Fall Priorität der Zerstörung. In dem einen Fall kein Vetorecht, im anderen Fall Beibehaltung des Vetorechtes. Und drittens: Nach dem Baruch-Plan soll die Kontrolle international durchgeführt werden, nach dem sowjetischen Plan soll sie in nationalen Händen sein und nur eine beschränkte internationale Inspektion wird zugelassen.

Schon damals waren sich die Kommissionen einig, daß eine Kontrolle technisch durchaus möglich sei. Also auch das, was die Mitglieder der Abrüstungskonferenzen in diesem Jahr festgestellt haben, ist gar keine große Erungenschaft und gar kein großer Fortschritt, denn die technische Möglichkeit ist schon vor einem Jahrzehnt festgestellt worden.

Die Generalversammlung hat damals mit Mehrheit den Baruch-Plan akzeptiert. Kurz darauf verkündete die Sowjetunion, daß auch sie Atomwaffen besitze, und ein Jahr später löste sich die ganze Kommission auf, weil die Sowjetunion nach wie vor verlangte: zuerst Zerstörung, sie ließ die Kontrolle beiseite, während die Westmächte vor allem an einer internationalen Kontrolle arbeiteten.

An diesem grundsätzlichen Zwiespalt hat sich bis zum heutigen Tage trotz einer gewissen Annäherung in Einzelheiten gar nichts geändert. Etwas später war dann die Sowjetunion bereit, zugleich das Verbot der Atomwaffen und die Frage der Kontrolle zu prüfen sowie eine permanente Kontrolle der Atomenergieproduktion. Sobald aber ein Detailplan vorgelegt wurde, hat sie diesen Detailplan wiederum abgelehnt.

Im vergangenen Jahr war anfänglich eine etwas bessere Atmosphäre vorhanden. Es wurde ein französischer Plan vorgelegt: Keine Kontrolle ohne Abrüstung, keine Abrüstung ohne Kontrolle, aber jede Abrüstung, die kontrolliert werden kann. Dem wurde ein sowjetischer Gegenvorschlag vorgesetzt: Die Kontrolle solle vom Sicherheitsrat durchgeführt werden. Vom Sicherheitsrat, in dem es also ein Vetorecht gibt und in dem unter Umständen die Sowjetunion die Kontrolle durch ihr Vetorecht hinfällig machen könnte. So scheiterte auch dieser Plan, und schließlich erklärte die Sowjetunion, daß sie auf eine weitere Mitarbeit an den Abrüstungsgesprächen überhaupt verzichte.

Das, meine Damen und Herren, ist die Ursache, warum wir bis zum heutigen Tag in der Angelegenheit der Abrüstung nicht weitergekommen sind. Das ist die Realität, und irgendwelche Appelle und irgendwelche Demonstrationen oder Umzüge oder Zeitungsartikel oder weiß Gott was helfen gar nichts gegenüber dieser fundamentalen Angelegenheit, daß eine Abrüstung ohne internationale Kontrolle, und zwar Kontrolle auf der ganzen Welt, unmöglich ist!

Wenn wir uns das vor Augen halten und dabei die Lage Österreichs hineinprojizieren, so kommen wir zu der bedauerlichen Feststellung — und das ist auch die Feststellung, die der Herr Landesverteidigungsminister meinte —, daß Österreich seine Verteidigung verstärken muß.

Warum, meine Damen und Herren? Der Atomwaffenkrieg ist so furchtbar und mit solchen Konsequenzen für die ganze Menschheit verbunden, letzten Endes auch für den Angreifer, daß es heute wahrscheinlicher ist, daß es zu lokalen konventionellen kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann,

als dies früher der Fall war. Und weiterhin besteht eine verstärkte Tendenz, den Kalten Krieg mit lokalen kriegerischen Auseinandersetzungen fortzusetzen, eine stärkere Tendenz, als in den vergangenen Jahren festzustellen war. Ich erwähne beispielsweise nur die Ereignisse in der Straße von Taiwan. Daher ist es für Österreich unerlässlich notwendig, seine Verteidigung zu verstärken, und wenn es dazu notwendig ist, eine Änderung der diesbezüglichen Artikel des Staatsvertrages zu erwirken, so ist das nur im Einvernehmen möglich und ist nur eine logische Konsequenz der Verpflichtungen, die uns unsere Neutralität auferlegt, nämlich alles nur Erdenkliche zu tun, um die Neutralität unseres Landes, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit militärisch zu sichern und zu verteidigen.

Das ist also die Konsequenz, die wir aus dieser bedauerlichen Weltsituation ziehen müssen — eine Konsequenz, die eine unangenehme Tatsache ist, aber unangenehme Tatsachen sind nichtsdestoweniger Tatsachen, und es ist eine Illusion, sie nicht sehen zu wollen.

Ich habe schon angeführt, daß heute eine verstärkte Neigung besteht, die Probleme durch Anwendung von Gewalt zu lösen. Ich möchte dazu einige Beispiele geben. Wir kennen die Tendenz der Vereinigten Arabischen Republik, ihr Ziel, für das man durchaus Verständnis haben kann, das Ziel: Vereinigung der gesamten arabischen Welt, durchzusetzen. Ich betone aber ausdrücklich: mit Gewalt durchzusetzen. Wir finden die sogenannte indirekte Aggression vor allem in dem Krieg mit dem Rundfunk gegen den Libanon — ein kleines Land, das, nebenbei bemerkt, sich heute in einer ähnlichen Situation befindet wie Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 gegenüber dem nazistischen Deutschland —, den Umsturzversuchen und militärischen Drohungen gegen den Sudan, den Angriffen an der Grenze von Aden, den Umsturzversuchen in Oman und Maskat, der Unterstützung der Kämpfe in Algerien. Alles das zeigt eine Tendenz zur Behandlung und zur Lösung von Problemen durch Gewalt.

Das gleiche sehen wir im Fernen Osten. Wir alle kennen das große Problem China, die Tatsache, daß die Regierung eines Landes, die 600 Millionen Menschen kontrolliert, in den Vereinten Nationen ihr Land nicht vertreten, während eine andere Regierung, die nur auf einer Insel amtiert, dieses Land in den Vereinten Nationen repräsentiert. Aber wir wissen auch, daß das Problem der Nichtanerkennung der Regierung Mao-Tse-Tungs in den Vereinten Nationen nicht mit der Größe der repräsentierten Bevölkerungszahl zu-

sammenhängt, sondern unabhängig von allen ideologischen Erwägungen von der Tatsache, daß der Westen die Regierung Mao-Tse-Tungs als Aggressor in Korea betrachtet. (Abg. E. Fischer: *Warum hat England diese Regierung anerkannt? Beantworten Sie mir das!*) Weil die Frage der diplomatischen Beziehungen nicht in einem logischen und absoluten Konnex mit der Charakterisierung eines Aggressors verbunden ist! (Abg. E. Fischer: *Sie widersprechen sich ja selber!*) Nein! Jedoch die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen kann man unmöglich einem Aggressor geben, weil der Sicherheitsrat die Aufgabe hat, Aggressionen zu verhindern und daher ein Mitglied des Sicherheitsrates nicht durch sein Veto eine Aggression schützen kann. (Zwischenruf des Abg. Koplenig.) Das ist die Ursache, warum also die Aufnahme nicht möglich ist. Das muß man anführen, wenn man diese Probleme behandelt! (Abg. E. Fischer: *Frankreich ist Aggressor am Suezkanal, in Algerien!*) Frankreich ist nicht Aggressor in Algerien, Herr Abgeordneter Fischer! (Abg. E. Fischer: *Am Suezkanal ja!*) Also Sie sehen, daß das die Ursache ist, warum es nicht möglich ist, die Regierung in Peking in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Wenn wir schon dieses Problem hier behandeln, so müssen wir dieses Argument anführen.

Es ist daher im Zuge der dortigen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten wiederum zur Anwendung militärischer Gewalt in der Straße von Taiwan gekommen. Das ist eine sehr bedauerliche Tatsache, und die Lösung des Problems China ist durch diese Anwendung von Gewalt heuteschwieriger, als es früher der Fall gewesen ist. Wir sind heute viel weiter davon entfernt, dieses Problem zu lösen, als vorher.

Die Tendenz zur Anwendung von Gewalt sehen wir aber auch sonst auf der Welt. Es kam zur militärischen Unterwerfung Tibets durch China, es kam zur militärischen Unterwerfung der freien christlichen Andonesen durch Java — alles Dinge, die weit entfernt von uns sind, die aber dennoch zeigen, in welche Richtung die Welt heute geht.

Aber nicht nur das. Es ist eine absolute Verwildierung der internationalen Moral und der internationalen Sitten festzustellen. Es hat sich beispielsweise eingebürgert, ausländisches Eigentum zu expropriieren, wie es in Indonesien geschah, wobei ich allerdings zugeben muß, daß mit dem schönen Beispiel, ausländisches Eigentum zu expropriieren, manche Staaten in Europa Indonesien vorangegangen sind.

Ferner das für Österreich als Binnenstaat doch weit gelegene Problem der Erklärungen der Zwölfmeilenzone. Ein Experte hat mir

einmal gesagt, wenn man die Zwölfmeilenzone überall auf der Welt auf den Meeren einführen würde, würde das Preisniveau auf der Welt um 2 Prozent steigen. Die Einführung der Zwölfmeilenzone würde allein Amerika 180 Millionen Dollar als Erstausgabe kosten. 22 Länder der Welt haben die Dreimeilenzone. Sie repräsentieren 80 Prozent des Weltfrachtverkehrs und besitzen mehr als die Hälfte der Weltmeeresküsten. Daher kann man sagen, daß hier schon eine gewisse allgemeine Rechtsregel vorliegt, und durch eigenmächtiges Ausdehnen dieser Zonen werden alle Staaten geschädigt, weil die hohe See allen Staaten der Welt, auch Binnenstaaten, gemeinsam gehört. Ungeheure Kosten werden verursacht, und weiten Gebieten werden das Durchzugsrecht und die Benutzung als hohe See entzogen. Beispielsweise könnten bei Einführung der Zwölfmeilenzone die Engländer und die Franzosen den Ärmelkanal vollkommen sperren, um nur ein einziges Beispiel anzuführen.

Man kann daher solche Fragen nur durch internationale Übereinkommen, durch eine multilaterale Lösung regeln. Dennoch haben Staaten wie Saudi-Arabien, Indonesien, China und Island eigenmächtig solche Maßnahmen durchgeführt. Ich betone daher noch einmal, daß unsere Zeit wirklich eine Zeit der Verwirrung internationaler Sitten ist.

Meine Damen und Herren! Die Ideologie, die behauptet, daß die ganze bisherige Weltordnung ein Unrecht sei, reaktionär, wie der Jargon dieser Leute es bezeichnet, der sogenannte Fortschritt aber erst jetzt beginne, indem man Verträge bricht, das Eigentum anderer stiehlt und sich für all das angeblich mit dem Volkswillen legitimieren läßt, kann von uns niemals akzeptiert werden! (Beifall bei der ÖVP.)

Österreich kann in dieser Situation nur streng auf dem Postulat des Rechtes stehen und immer die Normen des Völkerrechts besonders hochhalten. Wir wenden uns daher auch auf das schärfste dagegen, daß Staaten, wie die Tschechoslowakei und Ungarn, unser Vermögen, das sie widerrechtlich an sich genommen haben, noch immer nicht herausgegeben haben. (Erneuter Beifall bei der ÖVP.) Das ist ein europäisches Beispiel für die ständige Verletzung internationaler Sitten und für den ständigen Bruch des Völkerrechtes. Es ist daher selbstverständlich, daß der Herr Bundeskanzler in seinem Briefe andeutete, daß ein Besuch in Prag, den der Herr tschechoslowakische Ministerpräsident anregte, erst dann Sinn habe und erfolgversprechend sei, wenn die großen Probleme zwischen Österreich und der Tschechoslowakei wenigstens in den Grundzügen vorher geregelt sind.

Ich wende mich auch gegen die unangebrachten Angriffe der ungarischen Regierung und anderer ungarischer Stellen gegen Österreich, gegen die österreichische Regierung, gegen österreichische Minister und, überhaupt gegen die österreichische Politik. Wenn irgendeine Regierung in ganz Europa nicht legitimiert ist, andere zu kritisieren, so ist das die ungarische Regierung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und sie könnte einen praktischen Beitrag leisten, indem sie gewisse barbarische Einrichtungen in ihrem Lande, beispielsweise den Eisernen Vorhang an der ungarisch-österreichischen Grenze, abschafft.

Ich weise auch die jugoslawische Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zurück. Natürlich hat Jugoslawien laut Staatsvertrag ein Recht, sich um die Einhaltung des Artikels 7 des Staatsvertrages zu kümmern, aber nur so weit, als es der Artikel 7 gestattet. Der Staatsvertrag verfügt nun nicht, daß die Mehrheit verpflichtet wird, die Sprache der Minderheit zu erlernen. Das steht nicht im Staatsvertrag; das hat er nicht gewollt, das kann er auch nicht gewollt haben, und das ist eine glatte Absurdität. Um was es sich heute handelt, ist nur, daß Österreich die gesetzliche Regelung durchführt, wie sie der Staatsvertrag verlangt. Das ist in einigen Punkten eine Ausdehnung gegenüber der bisherigen Lage, das ist aber in einigen Punkten auch eine Reduktion. Jugoslawien hat keine wie immer geartete Berechtigung, sich in diese Dinge einzumengen.

Hier müssen wir auch ein Wort über Südtirol sprechen. Der Abgeordnete Fischer hat den bekannten Vorschlag der italienischen Kommunistischen Partei angeführt, Südtirol zu entmilitarisieren. Aber abgesehen davon, daß damit das Problem der Volkstumssicherung der Südtiroler um keinen Schritt vorwärtskäme, möchte ich doch bezweifeln, daß dieser Vorschlag der italienischen Kommunistischen Partei gemacht worden ist, um den Südtirolern zu nützen, ich glaube eher, um die NATO zu schädigen.

Auf dem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei in Innsbruck waren Südtiroler Vertreter, die herzlichst begrüßt worden sind, in unserer Mitte, so wie alle anderen österreichischen Vertreter, die zu diesem Bundesparteitag gekommen sind. Der Herr Bundeskanzler hat ausdrücklich betont, daß das ganze Österreich — und ich betone, das ganze Österreich — hinter den gerechten Forderungen der Südtiroler steht. Es mag sein, daß sich einige italienische Kreise der Hoffnung hingeben, daß sich die Südtiroler mit ihrer Situation abfinden werden und daß Österreich die jetzige Lage akzeptieren würde. Solche

Hoffnungen jedoch sind vergeblich. Im Gegen teil, der Ruf, den Südtirolern Gerechtigkeit werden zu lassen, wird von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat lauter werden. Dennoch wollen wir den Gesprächen, die nunmehr begonnen haben, vor allem seitdem es zu einem Treffen zwischen Bundeskanzler Ing. Raab und Ministerpräsident Fanfani kam, eine Chance geben. Wir hoffen aufrichtig, daß die Regierung Fanfani, die ein besseres Klima als bisherige Regierungen für eine Verständigung in dieser Sache geschaffen hat, das Gedenk Jahr Andreas Hofers benützen wird, um die gerechten Forderungen der Südtiroler zu erfüllen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine weitere Ursache für die schlechte Weltlage, in der wir uns befinden, ist die vertiefte Spaltung der geteilten Länder. Nicht nur, daß es nicht möglich war, die Teilung gewisser Länder zu überwinden, die Spaltung ist heute vertieft, und das gilt, meine Damen und Herren, vor allem für Deutschland. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat am 10. November dieses Jahres erklärt, daß „alles, was vom Potsdamer Abkommen übrigbleibt, die Viermächtekontrolle über Berlin ist“. Das Potsdamer Abkommen statuiert wohl die Einheit Deutschlands, aber es enthält auch die Bestimmungen über die Oder-Neiße-Linie, ja sogar die Verpflichtung der Westmächte, bei einem Friedensvertrag mit Deutschland für die Abtretung des östlichen Ostpreußens an die Sowjetunion zu stimmen. Ob diese Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten die verpflichtende Kraft einer Erklärung eines Regierungschefs hat, muß daher wohl angezweifelt werden.

Die Position der westlichen Alliierten in Berlin beruht aber gar nicht auf dem Potsdamer Abkommen, sondern beruht auf einer ganzen Reihe von Vereinbarungen, die zwischen der Sowjetunion und den Westmächten geschlossen wurden, vor allem aber auf der Kapitulation Deutschlands und der Übernahme der höchsten Verwaltung durch die Alliierten.

Ich zitiere hier die gemeinsame Erklärung der vier Mächte vom 5. Juni 1945, der drei weitere Erklärungen folgten. Das Recht der Westmächte und Westdeutschlands auf freien Zugang nach Berlin wurde vor allem im Abkommen von New York vom Jahre 1949 und im Abkommen von Paris vom gleichen Jahr stipuliert, bekräftigt durch eine Viermächteerklärung aus dem gleichen Jahr, die das Durchflugsrecht der vier Mächte sichert. Alle diese Sachen sind das Fundament der Regelung von Berlin. Man kann und soll vielleicht über Berlin verhandeln, aber eine einseitige Aufkündigung und damit verbundene Drohungen sind rechtlich gegenstandslos und geben

überdies den Westmächten alle Befugnisse, ihre Rechte, wenn notwendig, auch mit Gewalt zu verteidigen.

Es wäre aber ein Fehler, die Vorschläge der sowjetischen Note, die als solche für den Westen selbstverständlich unakzeptabel sind und überdies psychologisch verfehlt erscheinen, nur im Lichte der Problematik Berlin zu sehen. Man muß vielmehr diesen sowjetischen Schritt im Hinblick auf Gesamtdeutschland, ja möglicherweise über Deutschland hinausgehend, sehen, und ich glaube daher, daß es richtig ist, wenn man diese Initiative benützt, um zu neuen Gesprächen über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen.

Wir wären, meine Damen und Herren, viel, viel weiter, wenn gewisse unumstößliche Tatsachen der Weltpolitik von allen Seiten anerkannt würden. Der amerikanische demokratische Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson hat einmal gesagt: „Der Kommunismus konnte sich in Europa nur durch Gewalt und Verrat ausbreiten, nie durch freiwillige Entscheidung der Betroffenen.“ Das gilt vor allem für Deutschland und für das deutsche Volk. In einer großen Rede im Bundestag hat Bundeskanzler Adenauer gesagt, daß er es häufig sowjetischen Staatsmännern gegenüber wiederholt habe, daß die ostdeutsche Bevölkerung niemals kommunistisch werden würde. Wenn man sich diese Tatsache vor Augen hielte, wenn man erkennen würde, daß der Kommunismus für Europa einen Rückschritt darstellt, daß der Kommunismus in ganz Europa keine Chance besitzt, wenn die Sowjetunion diese Tatsache zur Kenntnis nähme, würde es viel leichter zu einer Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands kommen.

Es gibt aber auf der Welt noch eine andere Stadt, die in diese Problematik hineingehört, die ebenfalls geteilt ist und die vielleicht noch ärger geteilt ist als Berlin: Jerusalem, eine Stadt, drei Religionen heilig. Auch hier möchte ich sagen, daß man bei der Regelung der nahöstlichen Beziehungen viel weiter kommen würde, wenn man sich klar wäre, daß die Existenz des Staates Israel unwiderstehlich ist. Sie ist nicht zu vergleichen mit den Kreuzfahrerstaaten des Mittelalters, mit dem Königreich Jerusalem, der Grafschaft Tripolis und dem Fürstentum Antiochia. Das israelische Volk hat nach Jahrtausenden des Exils nunmehr eine Heimat gefunden, und 2 Millionen Menschen wohnen in diesem Lande. Es ist undenkbar, die Existenz des Staates Israel ausradieren zu wollen. Wenn das aber nicht möglich ist, dann kommen wir doch zwangsläufig zu einer anderen Schlußfolgerung, nämlich daß es das Vernünftigste wäre, wenn die arabische Welt mit Israel zu einem

Arrangement und zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit gelänge. (Abg. E. Fischer: Bei 600 Millionen Chinesen sind Sie nicht dafür!) Warum denn nicht? (Abg. E. Fischer: Aber Sie waren dagegen!) Aber nein, gar nicht! Ich bin gar nicht dagegen.

Die Teilungen auf der Welt, meine Damen und Herren, sind auch sonst stärker geworden. Wir finden sie in Kaschmir, in Korea, in Vietnam und in anderen Ländern, und daher kann es nur eine Schlußfolgerung für ein ehemals geteiltes Land geben, für Österreich, daß es die Linie seiner Politik strikt und konsequent weiter verfolgt: die Politik der Neutralität.

Es ist richtig, daß die Politik der Neutralität gewisse Probleme aufwirft, nämlich die der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen und zu regionalen Staaten-gemeinschaften. Es ist aber meine Überzeugung, daß diese Probleme unbedingt lösbar sind. Und wir haben die Bundesregierung ersucht, ein Gutachten auszuarbeiten über das Problem der Vereinbarkeit der Neutralität Österreichs mit der Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen.

Wir müssen auch als Österreicher — vielleicht mehr, als es bisher geschehen ist — Versuche unternehmen, zur Lösung der großen Probleme beizutragen. Das wird vielleicht nicht immer auf direktem Wege möglich sein. Aber es gibt auch andere Wege. Ich erwähne die österreichische Kulturpolitik. Wir haben verschiedene österreichische Kulturinstitute im Ausland. Es wäre wünschenswert, ein österreichisches Kulturinstitut auch im Nahen Osten zu errichten.

Ich begrüße aufrichtig die überaus wichtige Initiative des Unterrichtsministeriums, als es die Arbeitsgemeinschaft Ost gründete, die alle österreichischen Initiativen zur Erforschung der Situation in den östlichen und südöstlichen Ländern zum wissenschaftlichen Studium zusammenfaßt, und ich hoffe sehr, daß diese Arbeitsgemeinschaft Ost in der Zukunft noch weiter ausgebaut werden wird.

Zu solchen praktischen Initiativen in unserer zerfallenen und gespaltenen Welt, jeden Strohalm einer möglichen Zusammenarbeit aufzutreten, rechne ich auch den österreichischen Entschluß, der Donau-Konvention von Belgrad beizutreten. Das Regime an der Donau ist bereits vor dem Zweiten Weltkrieg zerstört worden, und zwar damals, als die Westmächte zustimmten, daß die Europäische Donau-Kommission, die die Donaumündung kontrollierte, praktisch annulliert wird, und als sie den Austritt Deutschlands aus der Uferstaaten-kommission einfach hingenommen haben. Seit damals ist eine Neuregelung der Situation auf der Donau notwendig geworden.

Aber, meine Damen und Herren, der österreichische Schritt, der Konvention von Belgrad beizutreten, hat nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, aus dieser Konvention, vor allem aus der Donau-Kommission, ein Organ der Zusammenarbeit zwischen Ost und West im Donauraum zu machen. Die Realisierung des Beitrittes ist, wie wir wissen, mit verschiedenen Schwierigkeiten juristischer Art verbunden, aber ich bin vollkommen davon überzeugt, daß es bald gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Wir müssen überhaupt — das ist meine persönliche Ansicht — auf der Welt ein erhöhtes Ausmaß von Regsamkeit — so möchte ich es am besten definieren — zeigen, und ich schließe mich der Kritik des Ausschusses und der Kritik des Herrn Berichterstatters an, daß es verfehlt gewesen ist, das Budget des Auswärtigen Amtes zu kürzen. Wir müssen nicht nur die bestehenden Vertretungen weiter ausbauen, wir müssen unbedingt neue Vertretungen im Ausland errichten, beispielsweise eine Vertretung in Rabat. Der ganze westafrikanische Raum ist diplomatisch nicht betreut.

Natürlich wird die Neutralität, die ich unterstrichen habe, in verschiedenen Ländern verschieden aufgefaßt. Man treibt einen gewissen Mißbrauch mit dem Begriff der Neutralität. Man hat einmal von einem neutralen Block, einem Block neutraler Staaten, gesprochen, der von einigen Ländern Asiens bis nach Europa greifen soll. Es gibt einen Plan, die Ostsee zu neutralisieren. Die Zeitschrift „Außenpolitik“ der DDR hat über einen solchen Plan geschrieben, und es kam eine Entgegnung einer anderen deutschen Publikation. Als im Jahre 1956 unser Bundeskanzler den Vorschlag machte, Ungarn das Statut der Neutralität zu gewähren, wurde dieser Vorschlag von der Sowjetunion nicht honoriert. Ebenso werden die Vorschläge nicht honoriert, den Libanon zu neutralisieren, und von gewissen seltsamen Entgleisungen östlicher Gesetzbücher habe ich bereits gesprochen.

Während ich also jetzt ein eher negatives Bild der Weltsituation entworfen habe, möchte ich auf der anderen Seite doch einiges Positives anführen. Wir müssen es zitieren, wenn wir die Lage objektiv beurteilen wollen. Zunächst einmal ein geläutertes und richtiges Bild über die Situation bei den Vereinten Nationen und über die Möglichkeiten der Vereinten Nationen. Einmal dachte man, daß der Sicherheitsrat die Welt regieren könne. Dies scheiterte aber am Mißbrauch des Veto-Rechtes. Dann verlagerte sich der Schwerpunkt in die Generalversammlung, besonders

seit der Resolution „Uniting for Peace“, aber die Einheit der Generalversammlung, wie wir sie beispielsweise bei der Suezkrise beobachteten, war doch nur deswegen eine Einheit, weil sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten von Amerika auf der gleichen Linie waren.

Heute, nachdem auch diese Epoche überwunden ist, ist es viel schwerer, zu einer Zweidrittelmehrheit für Empfehlungen in der Generalversammlung zu kommen, und zwar deswegen, weil die Generalversammlung in Blöcke zerfallen ist, in einen Block der europäisch-amerikanischen Staaten, einen Block der lateinamerikanischen Staaten, der kommunistischen Staaten, der sogenannten afroasiatischen Staaten, eine Staatengruppe, die aber nicht so geschlossen ist, wie es oft den Eindruck erwecken mag. So sind beispielsweise die Afro-Asiaten nicht einer Meinung in der Angelegenheit Algerien, Cypern, Neuguinea oder Kaschmir.

Leider hat sich der Gesamtkomplex der Abrüstungsgespräche aus den Vereinten Nationen herausbewegt, und der Sicherheitsrat war auch nicht in der Lage, zu einer Gipfelkonferenz zu werden.

Österreich hat sich bei einer Gelegenheit für eine Truppe der Vereinten Nationen ausgesprochen. Die Entwicklung dieses Versuches ist allerdings eher triste. Wir wissen, daß es in Korea zu einer gemeinsamen Aktion der Vereinten Nationen gekommen ist, aber dem lag kein Beschuß des Sicherheitsrates im Sinne des Artikels 43 zugrunde. Später ist man vollkommen davon abgegangen, eine Sanktionstruppe der Vereinten Nationen zu schaffen, sondern man begnügte sich einfach mit einer Truppe, die auf Initiative der Vollversammlungen zurückgeht, die aber natürlich nicht das Recht einer Kampftätigkeit oder zu Sanktionen besitzt. Und so kam es zu der „United Nations Emergency Force“ durch die Resolution 1000, der auch Österreich zugestimmt hat und für die auch Österreich einen Beitrag leistet. Diese „Emergency Force“ ist aber vollkommen freiwillig und kann nur wirken, wenn die betreffenden Staaten, in denen sie sich aufhält, ihre Zustimmung geben. Ja, sie kann auch Zwangsmaßnahmen nur mit Zustimmung der betroffenen Länder ergreifen. Zweifellos ist sie ein Fortschritt, sie zählt fast 6000 Mann, aber sie ist völlig unzureichend, um wirklich große Aufgaben der Vereinten Nationen durchzuführen.

Von allem Anfang an weigerte sich der Ostblock, Beiträge zu leisten. Dadurch ist es sehr schwer, die 25 Millionen Dollar, die nun im Jahr erforderlich sind, dafür aufzu-

bringen. Österreich zahlt; aber ich glaube, daß Österreich darauf drängen sollte, daß auch die anderen wenigstens ihre moralischen Verpflichtungen zur Erhaltung dieser Truppe erfüllen. Ich glaube jedoch, daß die Tage der „United Nations Emergency Force“ im Nahen Osten gezählt sind. Dennoch aber ist dieser Versuch von größter Bedeutung gewesen, und wir sollen alle unsere Energie dazu verwenden, daß es in Zukunft zu einer ähnlichen Institution kommen möge, die bei lokalen Schwierigkeiten eingesetzt werden kann. Wenn die Vereinten Nationen von dem fast unlösbar Problem der Streitschlichtung in ihrem eigenen Rahmen entlastet werden, dann können sie auf humanitärem, auf sozialem, auf kulturellem, auf wirtschaftlichem Gebiet gewaltige Aufgaben erfüllen.

Die österreichische Delegation bei den Vereinten Nationen ist sehr aktiv, und ihre Tätigkeit verdient alles Lob. Es ist auch eine hohe Auszeichnung besonders für Botschafter Dr. Matsch, daß er zweimal zum Berichterstatter der Politischen Kommission gewählt wurde. Weniger erfreulich ist es allerdings, daß es bisher nicht gelungen ist, Österreich zum Mitglied der Wirtschafts- und Sozialkommission zu machen. Die manchmal kritisierte Abstimmung von seiten Österreichs ist schwierig. Es ist für ein neutrales Land nicht leicht, seine Belange mit den Belangen der Welt in Übereinstimmung zu bringen. Es gibt eine Abstimmung, der auch ich nicht ganz meine Zustimmung geben kann, und zwar haben die Westmächte den Antrag auf Schaffung einer Studiengruppe von 18 Ländern mit dem Ziel eingebracht, die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit zur Erforschung des Weltraumes für friedliche Zwecke zu studieren. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung des Ostblocks, weil die Vertretung der Ostblockländer nach deren Meinung zu gering war. Dennoch hätte Österreich diesem Antrag, der auch angenommen worden ist, seine Zustimmung geben sollen, und zwar deswegen, weil es die erste große internationale Initiative dafür ist, daß die Menschheit, wenn ich mich so ausdrücken kann, in den Weltraum vordringt. Von diesem historischen Ereignis hätte sich Österreich nicht absentieren dürfen.

Während also die Möglichkeiten und Grenzen der Vereinten Nationen heute klarer erkannt werden als früher, haben wir auch andere positive Merkmale unserer Entwicklung. Dazu gehört das Ende der Rezession in den Vereinigten Staaten von Amerika und die Klärung mancher Probleme sowie das Ende eines gewissen getrübten Verhältnisses zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von

Amerika, das eine Zeitlang nach der Suez-Krise herrschte. Das Zusammensehen aller Westmächte in fast allen Fragen der Weltpolitik ist heute wiederum eine Tatsache geworden.

Ferner möchte ich anführen, daß die Einstellung mancher Länder Asiens und Afrikas Europa gegenüber heute eine andere geworden ist. Es ist verständlich, daß durch das koloniale Zeitalter eine gewisse Erbitterung, aber auch viele Mißverständnisse entstanden sind. Heute scheinen wir am Beginn einer gegenteiligen Entwicklung zu leben. Staaten wie Japan, Thailand und beispielsweise die Türkei gehören heute schon weitgehend zu einer Welt, die wir als die westliche bezeichnen. (Abg. E. Fischer: *Die Türkei ist eine schöne westliche Welt!*) Die Türkei ist ein europäischer Staat, auf dessen Zugehörigkeit zum Europarat wir alle sehr stolz sind! Diese Verbindung zwischen Europa und beispielsweise einem Land wie dem Iran vertieft sich immer mehr und mehr. Man weiß, daß es der Wunsch von Staaten wie Marokko und Tunis ist, in enger Zusammenarbeit mit Frankreich zu bleiben, sobald die algerische Frage gelöst ist, und niemand wird behaupten können, daß ein Staatsmann wie Burgiba, der für sein Volk Gewaltiges geleistet hat, nicht von den besten Wünschen für sein Volk erfüllt ist, wenn er immer wieder betont, daß er zum Westen gehört und beim Westen verbleiben will.

Die gleiche Situation gebesserter Beziehungen zwischen Europa und überseeischen Staaten sehen wir in ganz Westafrika, wir sehen sie in Lybien, im Sudan und in Äthiopien. Zu diesem Bild gehört auch, daß der Umbau der großen Weltreiche in einer befriedigenden Form fortschreitet, der Umbau des britischen Commonwealth, der französischen Communauté und anderer überseeischer Gebilde. All das, ich betone ausdrücklich, auf der Basis vollkommener Gleichberechtigung, die allein die Möglichkeit schafft zu einer Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika!

Es ist betont worden, daß wir einen europäischen Marshallplan für Afrika schaffen müssen, für den es bereits einige Ansatzpunkte gibt. Ich erwähne den Investitionsfonds des Gemeinsamen Marktes für die Entwicklung Afrikas.

Eines der erfreulichsten Merkmale ist weiterhin, daß es zwischen den europäischen Völkern, besonders zwischen den großen europäischen Völkern heute keine wirklichen Konflikte oder nur sehr wenige wirkliche Konflikte gibt. Zu den wenigen Konflikten gehört der Fall Cypern, gehört leider auch noch der Fall Südtirol. Aber wenn man das mit den Problemen vergleicht, die früher zwischen den europäischen Völkern

standen, so muß man sagen, daß wir heute eine Situation haben, um die uns die vergangenen Jahrhunderte wirklich beneiden könnten. Daher gehört eine fast völlige Pazifizierung innerhalb Europas zu den großen und gegebenen Tatsachen der Weltpolitik.

Ferner ist es auch eine der erfreulichsten Tatsachen, daß in diesem Jahre der Wiederaufstieg Frankreichs als große Macht begonnen hat. Ich weiß ganz genau, daß die Meinungen über General de Gaulle geteilt sind, aber unbestreitbar bleibt die Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes die Regierung de Gaulle will und daß de Gaulle in der kurzen Zeit seiner Herrschaft Frankreich wiederum zu großem internationalen Ansehen gebracht hat. (Abg. E. Fischer: *Gar so groß ist dieses Ansehen wieder nicht!*) Es ist daher der Aufstieg Frankreichs eine der erfreulichsten Tatsachen der Weltpolitik der Gegenwart. (Abg. E. Fischer: *Wir werden Sie in einem halben Jahr an das Wort erinnern!*) Bitte sehr, einverstanden, Herr Abgeordneter Fischer. (Abg. Krippner: *Wenn er bis dorthin nicht liquidiert ist!*)

Ferner und zum Schluß ist es eines der erfreulichsten Zeichen, daß die europäische Integration rasche und große Fortschritte macht. Das österreichische Volk ist, glaube ich, geschlossen für die Vereinigung Europas. Bundeskanzler Raab gab dem Ausdruck, als er auf dem Bundesparteitag sagte: „Unsere Gesinnung ist europäisch“. Aber das österreichische Volk ist vielleicht zuwenig über die Fortschritte und praktischen Ergebnisse der europäischen Integration informiert. Wir müssen fragen: Wie wäre unsere Lage, wenn die bisherigen Ergebnisse der Integration nicht wären? Beispielsweise: Wir hätten kein europäisches Clearing, wir hätten keinen freien europäischen Devisenverkehr, wir hätten keine Steigerung des gesamteuropäischen Sozialproduktes, beispielsweise die Erhöhung der Produktion von Kohle und Stahl, wir hätten in Europa noch immer unzählige Visa, wir hätten noch lange nicht die Triptiks abgeschafft, wir hätten noch nicht die große Errungenschaften der Konvention der Menschenrechte, ihre Kommission, beispielsweise den jetzt gegründeten Gerichtshof, und wir hätten vor allem keine Fora, in denen sich europäische Politiker, besonders europäische Abgeordnete, immer wiederum treffen und heute auf eine kurze uniformelle Art viele praktischen Probleme und Einzelfragen lösen und behandeln, für die man früher einen umständlichen diplomatischen Verkehr notwendig hatte.

Es gibt im Rahmen der Konsultativversammlung des Europarates einen Unterausschuß, der die Probleme der Minderheiten behandelt, damit auch das Problem Südtirol. Ich möchte das hier ausdrücklich erwähnen, weil kritisiert worden ist, daß sich das europäische Forum mit diesen Dingen nicht beschäftigt.

Es sind in der letzten Zeit nicht übersehbare Schwierigkeiten mit der Freihandelszone aufgetaucht. Der Terminus „Freihandelszone“ ist nicht ganz richtig, aber er hat sich dennoch eingebürgert. Diese Schwierigkeiten drohen zwischen den Ländern des Gemeinsamen Marktes und den übrigen Ländern der OEEC zu einer wirtschaftlichen Spaltung auszuarten. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß es, wahrscheinlich noch nicht mit 1. Januar, aber doch im kommenden Jahre, zu einem Ausgleich zwischen den Freihandelszonenländern und den Ländern des Gemeinsamen Marktes kommen wird. Es spielen dabei sehr viele Probleme eine große Rolle, vor allem ein Problem, und das ist offensichtlich das Kernproblem der Schwierigkeiten mit Frankreich: daß es unmöglich ist, Europa allein wirtschaftlich zu integrieren, ohne diese Integration auf die Länder Afrikas auszudehnen; daher der Beitrag ganz Europas zu der wirtschaftlichen Erschließung des afrikanischen Kontinents, ein wesentliches Merkmal der europäischen Integration und wahrscheinlich der Schlüssel für die Lösung, die gefunden werden wird.

Meine Damen und Herren! Die Vereinigung des europäischen Kontinents und darüber hinaus die Vereinigung mit all den Ländern auch jenseits der Meere, denen Europa unauflösliche Merkmale aufgeprägt hat, entspricht der Sehnsucht des abendländischen Menschen, sie entspricht vor allem aber der Sehnsucht unserer Jugend. Wo immer man eine Versammlung organisiert, die unter dem Worte Europa steht, dort strömt die Jugend hin. Sie will aus der Enge mancher europäischer kleiner Staaten, auch aus den naturgegebenen bescheidenen Verhältnissen unseres Staates heraus in eine viel, viel größere Welt. Diese Sehnsucht in die Weite, in die Ferne ist das Merkmal des heutigen europäischen Menschen, vor allem der heutigen europäischen Jugend, und darin ist sie gleich der Jugend der vergangenen Jahrhunderte.

Es gibt an der Grenze von Mittelalter und Neuzeit ein wunderbares Zeugnis für die Sehnsucht des abendländischen Menschen hinaus in die Ferne und nach dem Süden. Dante schrieb damals im „Purgatorio“ die Worte:

„Dann rechts, des Südens Pole zugekehrt,
Erblickt' ich eines Viergestirnes Schimmer,
Des Anblick nur dem ersten Paar gewährt.
Der Himmel schien entzückt durch sein
Geflimmer.
O du verwaistes Land, du öder Nord.
Du siehst den Glanz der schönen Lichter
immer!“

Dante schrieb damit vom Kreuz des Südens, von der Sehnsucht des Abendländers, das Kreuz des Südens zu sehen. Dieser Drang der europäischen Jugend in die Gebiete jenseits der Meere mag, wenn wir dies geschichtlich betrachten, dazu führen, daß die Bedeutung des mittelländischen Meeres, das durch lange Zeit ein Randmeer gewesen ist, wieder steigen wird. Mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Europa und den Gebieten südlich des mittelländischen Meeres wird dieses Meer wieder viel von seiner alten Bedeutung zurück erlangen. (Abg. E. Fischer: *Aber jetzt ist das Erdöl wichtiger als das Kreuz des Südens!*) Das Erdöl, Herr Abgeordneter Fischer, ist ein Produkt wie jedes andere. (Abg. E. Fischer: *Die abendländische Sehnsucht nach Erdöl ist größer als die nach dem Kreuz des Südens!*) Und ich höre, daß beispielsweise das Land, dem Sie Ihre besonderen Sympathien schenken, sehr viel Wert auf Erdöl legt, sogar auf österreichisches.

Dieser Wunsch der Jugend in die Gebiete jenseits der Meere und zur europäischen Integration hin zeigt, daß heute in Europa, überhaupt auf der Welt ein neues Zeitalter beginnt. Das alte Zeitalter der nationalen und nationalistischen Zersplitterung ist vorbei, und das Zeitalter eines neuen Universalismus beginnt. Es beginnt auch für unseren Kontinent wiederum ein universales Zeitalter, wie es schon mehrfach in unserer Geschichte gewesen ist. Ein solches Zeitalter war das Zeitalter Karls des Großen, ein solches Zeitalter war das Zeitalter Karls V., dessen Erinnerung wir in diesem Jahre gefeiert haben. So ist das kosmische Zeitalter zugleich auch das Zeitalter eines neuen Universalismus. Gebe Gott, daß Österreich in diesem neuen Zeitalter seinen alten großen Platz wieder erlangen möge! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Stendebach. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Stendebach: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr General Fussenegger hat sich vor einiger Zeit einmal dahin gehend geäußert, daß die Neutralität Österreichs gerade nur bis zum Augenblick einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West halten würde. Der Fall Fussenegger — wenn ich ihn einmal so nennen darf — steht

bei dem Kapitel, das wir eben behandeln, nicht zur Diskussion. Ich nehme nur aus zwei Gründen auf diese Äußerung hier Bezug; einmal deshalb, weil sie sachlich richtig ist, und zweitens wegen der Reaktion, die sie in Kreisen der Koalition vielfach ausgelöst hat. Grundsätzlich habe ich dazu folgendes festzustellen:

Wir Freiheitlichen sind erbitterte Gegner jeder Maulkurbpolitik in der unumstößlichen Überzeugung, daß das Recht der freien Meinungsäußerung eine unabdingbare Voraussetzung für eine wirkliche Demokratie bildet. Daß ein Mann in der Stellung des Generals Fussenegger sich nicht nur Gedanken darüber machen darf, sondern daß er sich pflichtgemäß darüber Gedanken machen muß, ob und inwieweit unsere Neutralitätserklärung uns die Sicherheit gibt, unser Land auch wirklich aus einem Krieg zwischen Ost und West herauszuhalten, kann wohl außer Streit gestellt werden.

Bei der Erörterung der Frage, ob solche notwendigen Gedanken auch öffentlich geäußert werden dürfen, lohnt es sich vielleicht, einen Blick auf die Schweiz zu werfen. Dort ist man der Ansicht, daß Fragen der militärischen Sicherheit die Existenz der Gesamtbevölkerung betreffen, und diskutiert sie deshalb in breitester Öffentlichkeit unter Beteiligung hoher und höchster Offiziere. Auch die Schweiz ist neutral. Sie denkt aber deshalb nicht daran, das demokratische Recht der freien Meinungsäußerung zu beschränken, auch in den Fällen nicht, wo es um Probleme dieser Neutralität selbst und um ihr drohende Gefahren geht.

Die Reaktion, welche die erwähnte Äußerung von General Fussenegger bei uns ausgelöst hat, scheint mir aber symptomatisch zu sein. Wir halten in Fragen und Methoden der Außenpolitik anscheinend immer noch bei Metternich. Die Außenpolitik geht offenbar nur die Regierung etwas an, nicht das Parlament und schon gar nicht die Bevölkerung. Außenpolitik ist so etwas wie eine schwarze Kunst, eine Geheimwissenschaft, die nur von den dazu „Berufenen“ gemacht werden darf und verstanden wird.

Die Verantwortung für alle außenpolitischen Handlungen und Unterlassungen trägt, da wir nun einmal als parlamentarische Demokratie firmieren, selbstverständlich das Parlament. Die Folgen außenpolitischer Dummheiten hat die Gesamtbevölkerung zu tragen. Aber unsere außenpolitische Situation, die Mittel und Wege zur Sicherung unseres Daseins und Soseins in den außenpolitischen Kräfteströmen auf Grund eines Konzeptes der Regierung offen und frei zu erörtern — das hätte gerade noch gefehlt.

Man unterzeichnet Memoranden — die braucht man nicht ratifizieren zu lassen, aber sie binden doch. Man fährt nach Washington, und man fährt nach Moskau. Man kehrt von Washington zurück, und man kommt auch aus Moskau wieder; aber man unterrichtet das Parlament nicht vor und auch nicht nach den Reisen. Man fährt auch nach Rom — manchmal offiziell, manchmal angeblich privat. Wer wollte noch nach den Zielen und Ergebnissen solcher Reisen fragen? Denn große Staatsmänner antworten in solchen Fällen nach Art der alten Pythia in Delphi. Die Regierung entscheidet sich dafür, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fernzubleiben und sich statt dessen der sogenannten Freihandelszone zu verschreiben — ohne sich über diese lebenswichtige Frage mit dem Parlament auseinanderzusetzen oder auch nur offen die Gründe für diese Entscheidung bekanntzugeben. Was haben sich schon das Parlament und die österreichische Bevölkerung um Außenpolitik zu kümmern? Wie gesagt: ganz wie zu Zeiten Metternichs!

Die Art, wie bei uns in Österreich in außenpolitischen Fragen eine Kabinettspolitik wie vor 150 Jahren betrieben, wie die Volksvertretung bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen beiseite geschoben und die Bevölkerung über die Lösung entscheidender Existenzprobleme im Dunkeln gelassen wird, ist geradezu ein Skandal und für eine parlamentarische Demokratie eine Schande! Das muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. (Abg. Wührer: Aber es gefällt Ihnen ja doch hier, weil Sie nach Österreich gekommen sind!) Wenn Sie Zwischenrufe machen, dann machen Sie welche zur Sache, dann kann man darauf antworten, aber nicht solche törichte!

Man hält nun doch nicht mehr ganz bei Metternich. Man braucht für eine solche Kabinettspolitik aus der Dunkelkammer wenigstens eine äußerliche Begründung. Aber wir haben ja Gottlob dafür unsere Neutralität. (Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.)

Was man nicht alles mit der Neutralität anfangen kann! Man kann mit ihr eine selbst-herrliche Außenpolitik bemühten, man kann mit ihr unter Umständen auch ein Neutralitätsschutzgesetz begründen, das dann bei Bedarf auch als Regierungsschutzgesetz zu handhaben wäre, um auf diese einfache Weise die faktische Diktatur von heute in die gesetzlich verankerte von morgen überzuführen. Hannibal ante portas! — Die Neutralität ist in Gefahr. Was läßt sich damit nicht alles unterdrücken! Wieviel Porzellan kann aber auch mit diesem unaufrichtigen Angstgeschrei zerschlagen werden.

Der Herr Bundeskanzler hat auf eine Anfrage von uns Freiheitlichen erklärt, Herr Staatssekretär Grubhofer habe mit seiner Forderung nach einem Neutralitätsschutzgesetz nur seine private Meinung zum Ausdruck gebracht. Wir Freiheitlichen sind gegen Maulkörbe für Menschen, auch gegen Maulkörbe für Staatssekretäre. Auch Staatssekretäre haben eine private Meinung und sollen sie haben. Sie können auch eine private Meinung äußern. Sie können von uns auch eine private Meinung selbst dann äußern, wenn diese im Gegensatz zu der offiziellen Anschauung der Regierung steht. Wie sich die Regierung zu einer solchen Äußerung dann stellt, ist ihre Sache. Aber solche Äußerungen privater Meinungen von Regierungsmitgliedern sind an zwei Voraussetzungen gebunden. Sie müssen so eindeutig als private Meinung gekennzeichnet sein, daß über diesen ihren Charakter nicht der geringste Zweifel aufkommen kann, und sie dürfen nicht derartig sein, daß dem Staat dadurch Schaden entstehen kann.

Beide Voraussetzungen sind im Fall Grubhofer nicht erfüllt worden. Es kann ja wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Ruf nach einem Neutralitätsschutzgesetz eine Bedrohung der österreichischen Neutralität von innen her unterstellt. Und es kann wohl ebensowenig ein Zweifel darüber bestehen, daß die Behauptung einer solchen Gefahr eine ernste Schädigung des österreichischen Ansehens und der österreichischen Außenpolitik bedeutet. Auch daß es sich bei seinem Ruf nach einem Neutralitätsschutzgesetz um eine reine Privatmeinung handle, hat der Herr Staatssekretär nicht mit der notwendigen Eindeutigkeit zum Ausdruck gebracht. Viele in Österreich haben die Äußerung für einen Versuchsballon gehalten, dessen Aufsteigen auch andere mit Interesse beobachtet haben.

Alle 14 Tage, meine sehr verehrten Damen und Herren, begeben sich der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler aus dem nach außen hermetisch abgeschlossenen Koalitions-hinterstübchen ins Schaufenster, um hier vor der breiten Öffentlichkeit ihr Spiel um den Schwarzen Peter zu spielen.

Bei der Gefährdung österreichischer Interessen, wie sie mit der Äußerung von Staatssekretär Grubhofer verbunden war, wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß der Herr Regierungschef selbst die erste dieser Gelegenheiten wahrgenommen hätte, um in einer eindeutigen Erklärung sich selbst und die Gesamtregierung von dieser Äußerung zu distanzieren und unmissverständlich darauf hinzuweisen, daß eine Gefahr für die österreichische Neutralität von innen her nicht besteht und daß deshalb ein Neutralitätsschutz-

gesetz sinnlos wäre. Denn die österreichische Neutralität ist von innen her durch niemand und durch nichts gefährdet. Sie ist auch nicht gefährdet, wenn jemand etwa wie General Fusenegger vor einem leichtfertigen Illusionismus hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Neutralität für den Ernstfall warnt.

Auch wir Freiheitlichen haben den gleichen Gedanken hier im Hause immer und immer wieder vertreten. Geben wir uns doch keiner Täuschung hin! Der lange Schlauch zwischen Bodensee und Neusiedler See schneidet die westliche Front bis tief hinein auseinander. Wäre er in der Hand des Westens, so könnten nicht nur Truppen hinter der Gesamtfront in beiden Richtungen verschoben werden, sondern würden neben den atlantischen auch die Nordseehäfen und die Mittelmeerhäfen als Nachschubbasen für die gesamte Front verwendbar sein. Die Neutralität des österreichischen Territoriums schließt das aus.

Die Verfügungsgewalt über diesen neutralen Schlauch wäre für den Westen von demselben Vorteil wie für den Osten, den seine Inbesitznahme gleichzeitig noch tief in die offenen Flanken der auseinandergesprengten Westfront führen würde. Bei dieser Lage wird jeder Teil befürchten, daß der andere ihm in der Sicherung dieser Vorteile zuvorkommt. Wer wird es darauf ankommen lassen?

Neutralitätsbruch? Unrecht? Die Erfahrung aus den beiden Weltkriegen hat leider gelehrt, daß im Krieg heute alles erlaubt ist und alles pardoniert wird mit Ausnahme der Niederlage. Wer unterliegt, hat vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges immer unrecht gehandelt. Er ist der Aggressor, der Friedensbrecher, der Kriegsverbrecher, und seine führenden Regierungsmitglieder und Soldaten werden gehängt. Wer siegt, hat niemals und nirgends unrecht gehandelt. Wer wird unter solchen Ansichten irgendwelche Rücksichten walten lassen, die den Sieg gefährden könnten?

Wenn sich der Westen schon bei der letzten Spannung in Nah-Ost nur eines kurzen, bei der Schnelligkeit seiner Flugzeuge kaum ins Gewicht fallenden Umweges wegen über unsere Neutralität zunächst hinweggesetzt hat, um wieviel weniger wird diese Neutralität geachtet werden, wenn es einmal wirklich um Sein oder Nichtsein gehen sollte?

Auch der Herr Landesverteidigungsminister ist offenbar nicht der Ansicht, daß es dann zum Schutze des neutralen österreichischen Luftraumes genügen würde, einen Fähnrich mit einem Hubschrauber einzusetzen, andernfalls hätte er ja nicht erklärt, daß es darauf ankäme, den Eintrittspreis in den neutralen österreichischen Raum so hoch als möglich

zu schrauben. Auch er rechnet also offenbar nicht damit, daß unsere Neutralität im Ernstfalle respektiert wird.

Noch einen Schritt weiter in der Klarheit der Auffassung und in der Offenheit der Ausdrucksweise geht Herr Chruschtschow, wenn er in seiner auch der österreichischen Regierung zugestellten Zirkulärnote vom Dezember 1957 erklärt, daß heute die Neutralität keinen Staat mehr davor sichere, in einen Großkrieg hineingezogen zu werden, weil die Wirkung der neuzeitlichen Vernichtungsmittel nationale Grenzen nicht mehr anerkenne.

Das, meine Damen und Herren, ist die nackte Wirklichkeit. Kein Staat, der irgendwo im politischen oder militärischen Krätfeld der Weltmächte oder in dessen Nähe gelegen ist, kann sich heute noch durch die Neutralität davor schützen, in einen dritten Weltkrieg einbezogen zu werden.

Diese neue Situation der Neutralen verändert aber das Wesen der Neutralität und damit zwangsläufig die Neutralitätspolitik von Grund auf. Wer das nicht sieht, ist wirklichkeitsblind. Das Ziel der Neutralität war es, ist es und bleibt es, den eigenen Staat und seine Bevölkerung von allen kriegerischen Verwicklungen zu bewahren. Deshalb konnte bisher die Neutralitätspolitik im Frieden weitgehend passiv sein und sich darauf beschränken, sich aus allen Militärpakten herauszuhalten und keinem anderen Staat irgendwelche militärischen Begünstigungen auf seinem Territorium einzuräumen. Die eigentliche Neutralitätspolitik trat erst in einem Kriege anderer recht in Erscheinung, denn erst dann hatte sie sich zu bewähren und ihren Sinn zu erfüllen.

Da es heute nach Ausbruch eines Großkrieges kaum mehr möglich ist, einen neutralen Staat auch bei strikter Wahrung seiner Neutralität aus diesem herauszuhalten, muß die Sinnerfüllung der Neutralität im wesentlichen in einer aktiven Friedenspolitik vor Ausbruch eines Krieges gesucht werden. Es ist heute nicht mehr damit getan, daß sich die Neutralen in das Schneckenhaus außenpolitischer Abstinenz verkriechen und ihren Willen zur unbedingten Neutralität immer wieder betonen oder gar durch Neutralitätsschutzgesetze unter Beweis zu stellen suchen. Es gilt vielmehr, aktiv für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Wie ich schon einmal in diesem Haus erklärt habe: im Kampf um den Frieden gehören die Neutralen heute in die vorderste Front.

Deshalb habe ich den Herrn Außenminister im Finanz- und Budgetausschuß gefragt, welches Konzept die Regierung habe, um der eben eingehend geschilderten Lage und der

sich daraus ergebenden Aufgaben des neutralen Österreichs gerecht zu werden. Der Herr Außenminister ist ein erfahrener Waidmann — er ist leider nicht mehr da —, der auch das Wild in seinen Gewohnheiten aufmerksam beobachtet hat. So hat er offenbar auch festgestellt, daß der Fuchs, wenn es ihm draußen nicht geheuer ist, flugs in seinen Bau einfährt. Weshalb sollte einem Außenminister nicht dienlich sein, was sich dem Fuchs aus alter Erfahrung so oft als nützlich erwiesen hat? (Abg. Dr. Gorbach: *Nein, als Frettchen!*) Also ist der Herr Außenminister gewandt eingefahren in den sicheren Bau der Neutralitätspolitik und hat aus diesem heraus erklärt: „Wir werden immer eine strikte Neutralitätspolitik nach allen Seiten führen, in der Erwartung, daß dann unsere Neutralität auch im Ernstfall respektiert wird.“ Eine Antwort so recht aus dem Fuchsbau; eine Antwort, die in der gesamten WeltPresse abgedruckt und nirgends beanstandet werden könnte. Nur war es keine Antwort auf meine Frage, nur wird sie der heutigen Situation nicht gerecht. (Abg. Dr. Gorbach: *Fragen Sie was Leichteres!*) Ich komme auch mit der Antwort, seien Sie unbesorgt!

Deshalb bleibt die Frage offen: Welche Vorstellungen hat die Regierung darüber, wie ein wirklich echter, haltbarer Friede hergestellt werden kann, und auf welche Weise glaubt sie, an seiner Verwirklichung mithelfen zu können? Oder hat sie keine Vorstellung darüber? Wie dem auch sei, das Parlament kann diese Frage nicht einfach mit einem Achselzucken abtun und guter Hoffnung oder böser Ahnungen voll fatalistisch in eine ungewisse Zukunft hineintrotten.

Unser Zeitalter hat sich mit der arbeitsintensiven Industriewirtschaft und mit der immer weiter getriebenen Technisierung auf ein gigantisches Experiment eingelassen, dessen Ausgang noch keineswegs sicher ist. Die Technik ist so weit vervollkommenet, daß durchaus die Möglichkeit besteht, die gesamte Menschheit von aller Fronarbeit zu befreien und sie auf der Grundlage mechanischer Arbeitssklaven und der entbundenen und gebändigten Energie der anorganischen Natur in eine Lage zu versetzen, die in früheren Kulturen nur dünne Oberschichten innehatten. Es besteht aber durchaus auch die Möglichkeit, daß die Menschheit absinkt in ein primitives Nützlichkeitsdasein und in die hoffnungslose Sklaverei der allmächtigen technischen Apparate. Und es besteht schließlich auch noch die Möglichkeit, daß sie in die Rolle des Zauberlehrlings gerät und von der entfesselten Technik vernichtet wird.

Durch die Verkürzung aller Entfernungen mit Hilfe unserer Verkehrsmittel, unterstützt

durch Radio und Fernsehen, ist die Erde immer kleiner, sind alle Erdenvölker zu unmittelbaren Nachbarn geworden. Es gibt keine Koexistenz mehr in Form eines uninteressierten Nebeneinander. Es gibt nur noch ein wirkliches Miteinander oder ein feindliches Gegeneinander. Die Menschen sind dicht aneinandergerückt, gleichzeitig aber sind alle Lebensverhältnisse verschliffen, das heißt, entpersönlicht, entmenschlicht worden. An die Stelle von persönlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch sind die verschliffenen Beziehungen der Apparate getreten; der Mensch aber wird wesentlich nur noch beurteilt und gewertet als Glied dieser Apparate. Die Geborgenheit in den natürlichen kleineren Lebensgemeinschaften ist mit diesen selbst mehr und mehr verlorengegangen, und so stehen die Menschen, dichter aneinandergedrängt denn je, inmitten chaotischer Zustände, die nach neuen festen Formen drängen, einander einsam und fremd gegenüber.

Das Experiment aber, dem wir das alles verdanken, ist europäischer Herkunft. Ob es nun mit Kolumbus oder mit dem Übergang von der statisch-tellurischen zur Kopernikanischen Weltvorstellung mit ihrem dynamischen Drang in die Unendlichkeit des Weltraumes begonnen hat oder mit Descartes und seinen neuen Erkenntnismethoden: Es ist in jedem Fall aus europäischem Geiste geboren und von europäischem Geiste genährt und weitergetrieben worden.

Zu diesem gigantischen Experiment gehören aber mehr der Mitwirkenden und der Auswirkungen, als allgemein angenommen wird. Zu ihm gehören nicht nur die europäische Physik und Chemie sowie das, was man allgemein unter der Technik versteht. Zu ihm gehören nicht nur alle die großen und kleinen Erfinder und Anwender. Zu ihm gehören auch die Kaufmannskontore in Florenz mit ihrer Erfindung der Entpersönlichung der Schuldverhältnisse, gehören die Hansa, die Fugger und Welser bis zu den großen Bankhäusern der Gegenwart, gehören die vielen kleinen Unternehmer des Frühkapitalismus wie die Großkonzerne der Gegenwart. Zu ihm gehören aber auch Karl Marx und Lenin, gehören Kapitalismus und Sozialismus. Zu ihm gehören die bürgerlichen Revolutionen des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts ebenso wie die proletarischen des 20. Jahrhunderts. Zu ihm gehört der neuzeitliche Demokratismus mit seinen Massenparteien und Gewerkschaften. Zu ihm gehören aber auch Mussolini, Hitler, Stalin, Chruschtschow und Mao. Zu ihm gehören auch die beiden Weltkriege und die Form ihrer Beendigung ebenso wie die gegenwärtige Ost-West-Span-

nung. Und zu ihm gehören schließlich auch der Kolonialismus und das, was man den Aufstand der farbigen Massen nennen könnte.

Europa hat den Aufruhr über die ganze Erde getragen. Europa hat seine eigenen sowie die jahrhunderte- und teilweise jahrtausendealten Lebensformen und Ordnungen anderer Völker zerbrochen. Dieser von Europa ausgehende Geist greift auf der ganzen Erde noch immer weiter um sich. Deshalb kann es von anderswoher auf absehbare Zeit keine wirksame Gegenströmung geben. Deshalb kann nur der europäische Geist von sich aus von der planlosen Eruption zu planvoller Gestaltung, von der Ausdehnung zur Verdichtung, vom Taumel in Extreme zur verlorenen Mitte, von chaotischer Zersplitterung zu einer neuen haltbaren Ordnung finden. Noch immer aber ist die stärkste Quelle europäischen Geistes Europa selbst!

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß auch die Ost-West-Spannung, unter deren wechselndem, oft bis an die Grenze der Explosion gesteigerten Druck die Welt heute leidet, als eine der Auswirkungen des eingehend geschilderten technisch-ökonomischen Experiments anzusehen ist. Dies nicht nur deshalb, weil der Bolschewismus eine unmittelbare Folge des ersten und seine heutige Machtstellung eine Folge des zweiten Weltkrieges ist, sondern vor allem deshalb, weil der allmächtige Bürokratenstaat eine ganz zwangsläufige Begleiterscheinung der Technokratie und weil der Staatskapitalismus sowie die totale Enteignung des Privateigentums eine beinahe unabwendbare Gegenkraft gegen den totalen Privatkapitalismus ist.

Zu jedem dieser beiden Extreme gehören die ihr gemäßen Regierungsformen. Zum privaten Hochkapitalismus die Plutokratie und zum Staatskapitalismus die Diktatur.

Wer die Dinge so sieht, der wird nicht in den Fehler verfallen, etwa als Angehöriger der sogenannten freien Welt den Westen als den Inbegriff alles Guten und den Osten als den des Bösen an sich oder als Angehöriger des Ostens umgekehrt die Sowjetunion als das Paradies der Werktätigen und den Westen als die Inkarnation des Bösen zu betrachten.

Kommen Sie mir nicht mit der Behauptung, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Einstellung sei Neutralismus! Die Verwendung der Kriterien „gut“ und „böse“ bei geschichtlichen Beurteilungen ist nur ein Zeichen von Dummheit. Ihre Anwendung auf politische Gegenwarterscheinungen aber ist Propaganda. Neutralismus ist Charakterlosigkeit, Standpunktlosigkeit oder der Ausdruck einer von politischen oder geschäftlichen Vorteilen diktieren Pendelstellung.

Wir Freiheitlichen haben eine sehr klare, sehr feste Einstellung. Wir lehnen gewiß die diktatorischen Methoden des Ostens kompromißlos ab und sind gewiß überzeugte Anhänger der Freiheit. Unsere Einstellung zur Freiheit ist auch nicht davon abhängig, ob es sich etwa um Erdöl oder nur um Menschen handelt. Wir lehnen die Diktatur ab, aber auch die Diktatur von Mehrheiten und jenen primitiven Rechtspositivismus, der unter Verleugnung absoluter Werte und Rechtsnormen an das höhere Recht der größeren Zahl glaubt. Die größere Zahl dokumentiert immer nur mehr Macht, aber niemals höheres Recht. Die Übertragung des Rechtspositivismus auf zwischenstaatliche Verhältnisse muß folgerichtig bei Panzern und Atombomben enden. Wer das Recht der Minderheiten — auch innerstaatlicher — nicht achtet und nicht berücksichtigt, ist von wirklich freiheitlicher Ge- sinnung und Haltung noch weit entfernt.

Man behauptet heute oft, der liberale Gedanke sei überholt und habe keine gruppenbildende Kraft mehr, weil er sich bereits allgemein durchgesetzt habe. Meine Damen und Herren! Der freiheitliche Gedanke, der ja den liberalen umschließt, weil man die Freiheit, die man für sich fordert, auch jedem anderen zubilligen muß, ist nicht tot, sondern erst im Aufbruch. Wenn er schon allgemein wirksam wäre, gäbe es keine Ost-West-Spannung, dann wäre auch das technisch-ökonomische Experiment, von dem ich gesprochen habe, schon längst zu einem anderen Ende gebracht. Nur aus freiheitlichem Geist kann die verlorene Mitte wiedergefunden, kann eine neue stabile Völkerordnung geschaffen werden.

Dieser freiheitliche Geist aber wird sich durchsetzen. Weil wir fest überzeugt sind, meine Damen und Herren, und weil wir selbst von wirklich freiheitlichem Geist getragen sind, deshalb können wir auch in geistiger Freiheit an die politischen Erscheinungen der Gegenwart mit der Objektivität herantreten, die notwendig ist, wenn man zu wirklichen Lösungen kommen will.

Ich mußte diese kleine Abschweifung auf mich nehmen, damit man nicht heute oder morgen behauptet, wir Freiheitlichen wären Neutralisten, weil wir nicht mit vollen Lungen in die Sturmhörner des Westens blasen.

In Ost und West wird meist in gleicher Weise die Ansicht vertreten — auch mein sehr verehrter Herr Vorredner hat sie ja vertreten —, die dort und hier herrschenden Gesellschafts- und Machtsysteme seien so unversöhnlich und unvereinbar, daß nur die völlige Beseitigung des einen oder des anderen eine wirkliche Lösung bringen könne. Deshalb erwarten beide Seiten den totalen Zusammen-

bruch beziehungsweise die bedingungslose Kapitulation der jeweils anderen.

Das ist nicht nur außerordentlich gefährlich, sondern genauso dumm wie die Forderung der bedingungslosen Kapitulation im letzten Krieg. Genauso dumm und genauso unmoralisch! Denn wer die bedingungslose Unterwerfung von Menschen unter einen fremden Willen fordert, der hat in Wirklichkeit vom absoluten Wert der Freiheit noch keinen Begriff.

Ich bin überzeugt, daß die führenden Männer des Ostens genausowenig einen Krieg wollen wie die des Westens. Beide wissen um das fürchterliche Risiko eines solchen Krieges zu genau Bescheid. Weil beide aber die aggressive Erwartung auf den totalen Zusammenbruch beziehungsweise auf die bedingungslose Kapitulation der anderen Seite hegen, müssen sie damit rechnen, daß diese sich vor dem Zusammenbruch schließlich doch auch nicht scheut, zum letzten Mittel zu greifen. Solange deshalb diese aggressive Erwartung des völligen Zusammenbruchs der anderen Seite mit den sich daraus ergebenden Folgerungen weiterbesteht, wird weitergerüstet werden, wird jede Seite trachten, ihre Schlagkraft und ihren Machtbereich weiter auszudehnen, werden alle Abrüstungs- und Friedensbesprechungen nur Theater sein, wird das Gleichgewicht des Schreckens weiter aufrecht erhalten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben von der Abrüstung gesprochen. Ich hatte an sich nicht die Absicht, darüber zu sprechen, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich dazu. Wer glaubt, daß man mit der Abrüstung anfangen könne, ist meiner Ansicht nach im Irrtum. Die Abrüstung ist nicht der Anfang, sondern das Ende, die Folge einer Verständigung beziehungsweise einer Wiederkehr des Vertrauens. Solange das Vertrauen nicht besteht, solange jeder glaubt, der andere wolle ihn nur übertölpeln, der andere wolle sich in den Abrüstungsverhandlungen nur eine günstigere Situation für den von ihm erwarteten Krieg beziehungsweise die erwartete bewaffnete Auseinandersetzung schaffen, solange ein solcher Zustand besteht, meine Damen und Herren, ist jedes Gerede über die Abrüstung aussichtslos, kann es zu keinem Erfolg kommen.

Herr Dr. Tončić hat hier sehr ausführlich die Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen nach dem zweiten Weltkrieg geschildert. Interessant, aber meiner Ansicht nach für die Bedeutung des Wesens der Situation vollkommen belanglos! Es ist vollkommen belanglos, ob der eine in einem bestimmten

Moment erklärt hat: „Ich will die Zerstörung aller Atomwaffen“, weil die Stärke des Gegners gerade in der Überlegenheit an Atomwaffen bestand, oder ob der andere sagte: „Ich will nur die kontrollierte Gesamtabrüstung“, weil er weiß, daß der andere der Kontrolle nicht zustimmen kann und daß eine Kontrolle schon deshalb nicht möglich ist, weil China, das nicht zur Gemeinschaft der Nationen gehört, sich nicht kontrollieren lassen würde. Das alles hat meiner Ansicht nach keine Bedeutung!

Man sollte sich darüber klar werden, daß zuerst die politische Entspannung kommen muß, daß zuerst ein Weg gefunden werden muß, auf dem man sich endgültig verständigen kann, auf dem man endgültig eine neue stabile Ordnung schaffen kann. Wenn das einmal erreicht ist, dann wird meiner Ansicht nach die Abrüstung beinahe selbstverständlich kommen, weil nach Beseitigung der drohenden Gefahr der Druck auf die Finanzen, der durch die Ausgaben für eine dauernde Weiterrüstung beziehungsweise für die Aufrechterhaltung einer überspannten Rüstungsstärke verursacht wird, in Anbetracht der Anforderung an das Kapital, die heute infolge der neuen Entwicklung überall sonst noch besteht, einfach auf die Dauer von keinem Staat ausgehalten werden kann und eben nur ausgehalten wird, solange es als unbedingt notwendig angesehen werden muß. Das zunächst zur Abrüstung.

Es gibt aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch einige Narren, die als Idealzustand die absolute Weltherrschaft einer Macht oder einer Mächtegruppe mit einer Weltpolizei zur Sicherung des dann geschaffenen Zustandes herbeiwünschen. Es läuft wohl allen kalt den Rücken herunter bei der Vorstellung, daß diese Macht die Sowjetunion sein könnte. Auf die Gefahr hin, damit wieder eine für den Westen ketzerische Ansicht zu vertreten, stehe ich nicht an, zu erklären, daß es mir fast ebenso kalt den Rücken herunterläuft bei der Vorstellung, daß diese Macht eine westliche wäre. Gegen eine solche Macht, welche immer es wäre, würden sich selbstverständlich sehr bald Widerstände erheben, die ebenso selbstverständlich unterdrückt und neue Widerstände hervorrufen würden. In dem Wechselspiel zwischen Widerstand und Unterdrückung würden sich mit oder gegen den ursprünglichen Willen der Machthaber eine immer härtere Diktatur und immer brutalere Unterdrückungsmethoden herausbilden.

Die Methoden des Ostens sind im Westen oft erörtert worden. Wir wissen aber, daß auch im Westen schon Methoden angewendet worden sind, menschlichen Willen zu brechen und die

Herrschaft durch Terror aufrechtzuerhalten, die den östlichen kaum nachstehen. Nein! Wir können nur wünschen, daß das Gleichgewicht der Kräfte erhalten bleibt, weil nur aus ihm heraus eine neue, haltbare Ordnung geschaffen werden kann. Wir können nur wünschen, daß dieses Gleichgewicht der Kräfte bis dahin nicht gestört wird und daß nicht etwa eine Seite infolge einer vorübergehenden stärkeren Kräfteverlagerung glaubt, das Risiko einer Entscheidung durch die Waffen auf sich nehmen zu können oder zu müssen.

In der ausgewogenen Ost-West-Spannung liegt an sich noch keine Gefahr. Eine Gefahr liegt nur in der geradezu pathologischen Meinung, daß eine Lösung aus dem angeblich völlig unversöhnlichen Gegensatz der beiden Gesellschafts- und Machtsysteme nur durch den völligen Zusammenbruch beziehungsweise durch die bedingungslose Kapitulation der einen oder anderen Seite gefunden werden könnte. Dabei weiß jeder Kenner der Geschichte, daß die Konstanz solcher angeblich unversöhnlicher Gegensätze nur in der Vorstellung der Menschen besteht, daß aber die Wirklichkeit immer zum Ausgleich in neuen Ganzheiten drängt. Dabei wissen wir zudem alle, daß Ost und West diese Gegensätze durchaus nicht immer als unversöhnlich angesehen haben. Dabei wissen wir alle, daß im ersten Weltkrieg der demokratische Westen und das autokratische Rußland sich einträchtig zusammengefunden haben, um die europäische Mitte zu entmachten. Dabei wissen wir alle, daß im zweiten Weltkrieg die angeblich unversöhnlichen Gegenpole West und Ost in enger Gemeinschaft die Mitte restlos zerschlagen und entmachtet haben. So unversöhnlich waren also die Gegensätze damals nicht. Weshalb damals nicht und weshalb heute? Weil damals zwischen den beiden entgegengesetzten Polen eine spannungsausgleichende Mitte lag.

Heute tobt zwischen Ost und West der Kalte Krieg. Seine Ursachen liegen für jeden aufmerksamen Beobachter völlig klar auf der Hand. Dieser Kalte Krieg ist einmal die Folge der bereits erwähnten gefährlichen Zwangsvorstellung, daß unbedingt eine Seite zum totalen Zusammenbruch beziehungsweise zur bedingungslosen Kapitulation niedergezwungen werden müsse. Er ist aber auch weiterhin die Folge und in seinen Heftigkeitsschwankungen auch ein Gradmesser der inneren Lage der Sowjetunion. Es ist ein bekanntes Kennzeichen jeder Diktatur, daß sie bei inneren Schwierigkeiten die Aufmerksamkeit nach außen ablenken muß. Die Sowjetunion braucht den Kalten Krieg ihrer inneren Lage wegen. Sie hat das gewaltige

Wagnis unternommen, ihr Riesenreich mit einem Ruck aus dem Zustand des 18. in den des 20. Jahrhunderts zu reißen. Wenn sich im Westen die technisch-ökonomische Entwicklung innerhalb eines Zeitraumes von 150 Jahren im wesentlichen evolutionär, aber doch ebenfalls nicht ohne beträchtliche Krisen und Erschütterungen vollzogen hat, wie könnte man annehmen, daß sich das Nachholen einer solchen Entwicklung innerhalb von 40 Jahren krisenlos vollziehen könnte? Die Sowjetunion mußte dazu nicht nur eine herkommensmäßig ungeheuer differenzierte Bevölkerung von Analphabeten zu einer qualifizierten Industriearbeiterschaft erziehen, sondern gleichzeitig einem gewaltigen Heer von Wissenschaftlern, Technikern und technischen Hilfskräften das Denken beibringen. Das Denken hat aber nicht nur die Eigentümlichkeit, unlösbar mit dem Fragen verbunden zu sein, sondern auch die, daß man ihm auch mit Anwendung aller Gewaltmittel keine Grenzen ziehen kann. Das Fragen und das Denken machen selbstverständlich auch vor der eigenen Gesellschaftsordnung nicht halt. Deshalb braucht die Sowjetunion den anderen, bei dem angeblich nicht nur alles viel schlechter ist, sondern der auch als böser Feind all das Herrliche, was man schon geschaffen hat und noch weiter schaffen wird, mit Vernichtung bedroht. Auch deshalb braucht man den Kalten Krieg.

Die Sowjetunion ist nicht so stark, wie sie gern angibt. Ich treffe diese Feststellung durchaus nicht etwa mit einem Gefühl der Befriedigung oder gar des Triumphes. Mir wäre es sehr viel lieber, wenn die Sowjetunion diese Krisen schon hinter sich hätte, denn bei Großen ist das Bewußtsein der Schwäche sehr viel gefährlicher als das der in sich ruhenden Kraft.

Der Kalte Krieg wird auf der ganzen Erde geführt, mit besonderer Heftigkeit und Zielstrebigkeit aber in Europa, in Europa um Europa. In diesem Kampf um Europa aber wird das Schicksal der Erdbevölkerung auf absehbare Zeit, vielleicht sogar für immer, entschieden.

In dieser Lage ist eine seltsame Feststellung zu treffen: Wenn einmal die Geschichte dieses Kampfes geschrieben werden wird, dann werden die Historiker die erstaunliche Tatsache berichten, daß in diesem Ringen sich die Europäer selbst lange Zeit passiv verhalten haben, daß sie nur nach Washington und Moskau geschaut, daß sie die einzelnen Phasen dieses Kampfes verfolgt haben, als wären sie Zuschauer im Parkett beim Spiel eines Dramas, das doch in Wirklichkeit ihr eigenes Drama war, daß sie aber lange Zeit

darauf verzichtet haben, die ihnen zukommende entscheidende Rolle in diesem Kampf selbst zu übernehmen.

Eine Fortsetzung dieses Ringes zwischen Ost und West um Europa kann nie zu einer wirklichen Lösung führen, wie immer es auch ausgehen mag. Die Einverleibung Europas in den Osten oder in den Westen oder auch die endgültige Zerreißung Europas zwischen Ost und West würde die Krise nicht lösen, sondern unweigerlich bis zur vernichtenden Katastrophe weitertreiben. Die Krise ist nur zu beheben und eine neue, haltbare Ordnung ist nur zu schaffen durch das Wiedererstarken der stabilisierenden europäischen Mitte. Das aber kann weder der Westen noch der Osten zustandebringen, weil jeder von beiden Europa entweder westlich oder östlich orientiert sehen möchte und es gerade damit seiner notwendigen Funktion berauben würde.

Europa ausschalten als Streitobjekt und Kampfziel in dem Ringen zwischen Osten und Westen, Europa in geschlossener Einheit zur Wirkung bringen nicht als „dritte Kraft“, die sich nach Westen oder Osten neigen könnte, sondern als stabilisierende Mitte einer neuen organischen Ganzheit, das, meine Damen und Herren, ist die Lösung, aber eine Lösung, die nur wir Europäer selber zustandebringen können!

Von Europa und über Europa wird heute viel geredet, von Optimisten und Pessimisten, von Phantasten und Realisten, von Gläubigen und von Skeptikern, von Idealisten und von Geschäftsmachern, von solchen, die Europa mit zerschlagen haben und nun ihre Dummheit erkennen, von solchen, die glauben, von Europa reden zu müssen, weil sie es nicht wünschen, von solchen, die mit ganzer Leidenschaft im Neubau Europas die Aufgabe der Stunde sehen, und von solchen, die das für eine mehr oder weniger unnütze Bastille halten. Von Europa wird viel geredet, aber für Europa wird in Wirklichkeit noch wenig getan, nicht so sehr aus Ablehnung oder Böswilligkeit, wie aus Kurzsichtigkeit, Selbstsucht und Ängstlichkeit. Der Widerstand aber liegt nicht bei den Völkern, sondern bei den Regierungen und in den Staatskanzleien.

Viele sprechen von Europa ohne klare Vorstellung von dem, was sie überhaupt darunter verstanden wissen wollen. Wo liegen die Grenzen des Europa, um das es hier geht? Gewiß nicht am Ural, aber ebensowenig an der Oder oder gar an der Elbe. Die politischen Kontinente decken sich nicht mit den geographischen. Aber Westeuropa ist nicht Europa und wird ohne die osteuropäischen Staaten, die gegenwärtig dem Sowjetblock angegliedert

sind, immer nur amerikanischer Brückenkopf bleiben. Das Wesen und der geschichtliche Sinn des politischen Europa liegt gerade darin, daß es nicht nur der Ort ist, wo West und Ost zusammenstoßen, sondern daß West und Ost sich in ihm vereinen, daß es der Schmelzriegel ist, in dem westliches und östliches Sein immer wieder zu neuem Einssein verschmolzen werden, daß es das Schmiedefeuers ist, in dem aus Ost und West immer wieder neu eine tragende Mitte zusammengehämmert wird.

Dieses Europa wird aber im Süden auch nicht durch das Mittelmeer begrenzt. Das Mittelmeer war nie Scheide, sondern stets Brücke. Von den Perserkriegen über den Alexanderzug, die Punischen Kriege, das Imperium romanum, die Germanen- und Araberstürme, über Byzanz bis heute haben die Völker des vorderen Ostens und Nordafrikas stets mit Europa eine Einheit gebildet. Die Türkei betrachtet sich auch heute folgerichtig als zu Europa gehörig. Auch andere Staaten und Völker dieser Regionen blicken heute erwartungsvoll nach Norden. Ob sie sich mit den Ländern diesseits des Mittelmeeres zu einer festen Einheit zusammenfinden, wird in erster Linie von diesen selber abhängen.

Wir Freiheitlichen denken natürlich nicht entfernt daran, daß auf irgendein Volk oder auf irgendeinen Staat auch nur der geringste Druck in Richtung des von uns für so notwendig gehaltenen Zusammenschlusses ausgeübt wird. Wir sind aber fest davon überzeugt, daß das neue Europa als stabilisierende Mitte zwischen Ost und West eine magische Anziehungskraft ausüben wird, sobald es erst einmal sichtbare Gestalt angenommen hat.

Wie aber soll dieses Europa Wirklichkeit werden? Zunächst einmal handelt es sich darum, das Ziel mit aller nur möglichen Eindeutigkeit herauszustellen. Dieses Ziel aber heißt: Neubildung einer tragenden Mitte zwischen den Gegenpolen Ost und West durch Vereinigung aller Völker und Staaten des als politisches Europa gekennzeichneten Raumes zu einer festen geistig-kulturellen, wirtschaftlich-sozialen und politisch-rechtlichen Einheit. Tragende Mitte bedeutet aber Unabhängigkeit sowohl vom Osten wie vom Westen, bedeutet Lösung der ihr zugehörigen Staaten sowohl aus dem Atlantikpakt wie aus dem Warschauer Pakt, bedeutet ein Europa der Europäer, das seine Angelegenheiten ohne jede Einflußnahme von außen her allein regelt, bedeutet ein Europa in bewaffneter Neutralität.

Für den Aufbau dieser überstaatlichen Gemeinschaft hätte zu gelten: Jedem Staat so viel Selbständigkeit wie nur irgend möglich; der nach parlamentarisch-demokratischen

Grundsätzen zu führenden Gemeinschaft so viele Befugnisse, wie zur Wahrung ihrer Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit notwendig sind. Das sittliche Fundament hätten die Anerkennung und Sicherung der Menschenrechte einschließlich der Volkstums- und Minderheitenrechte zu bilden.

Der erste Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel müßte ein eindeutiges, unmißverständliches Bekenntnis sein, ein Bekenntnis nicht zu irgendeinem nebulosen Europa, sondern zu diesem Europa der bewaffneten Neutralität, das in völliger Unabhängigkeit von Ost und West diese beiden Mächte nicht nur räumlich trennt, sondern auch in ihrem Spannungsverhältnis die tragende und ausgleichende Mitte bildet.

Es wäre aber durchaus verfehlt, hinsichtlich einer solchen Erklärung etwa auf einen Beschuß des Europarates zu warten. Wenn die Beratende Versammlung auch eine entsprechende Empfehlung an den Ministerrat beschließen würde, so würde das doch eine leere Geste bleiben, wenn auch nur ein einziger der im Europarat vertretenen 15 Staaten aus irgendwelchen Bedenken heraus seine Zustimmung verweigern sollte. Hier kann nur die von den Parlamenten, das heißt von der europäischen Bevölkerung getragene Initiative einzelner Staaten helfen. In allen großen Dingen müssen immer einzelne vorangehen. Auch die Schweiz hat ursprünglich nicht den Umfang von heute gehabt. Nur durch die entschlossene Tat der vier Urkantone ist das geworden, was heute die Schweiz ist. Im Falle Europa müßten aber gerade die Kleinen, und wiederum an ihrer Spitze die Neutralen den Mut zur ersten Tat haben, die ja zunächst nur die Tat der eindeutigen Zielsetzung und des klaren Bekenntnisses wäre; die Kleinen, weil die Großen vielfach wirkliche oder vermeintliche Bindungen haben, die ihre Aktionskraft zunächst hemmen, die Kleinen, weil bei entstehenden Krisen ihre Meinungen und Interessen meist völlig übergangen werden, sie aber in erster Linie die Opfer der Katastrophen werden, die Kleinen und die Neutralen auch deshalb, weil sie hinsichtlich ihres Friedenswillens und der Aufrichtigkeit ihrer Absichten über allem Zweifel stehen.

Wahrscheinlich kommt hier der Einwand, daß sich eine solche politische Aktion oder gar die Teilhaberschaft an der geplanten europäischen Gemeinschaft mit der Neutralität nicht vertrage. Meine Damen und Herren! Meines Erachtens ist das keine völkerrechtliche Schlußfrage, keine Frage, die durch Diskussionen von Völkerrechtler, sondern eine politische Frage, die nur durch die politische Wirklichkeit gelöst wird. Wir sind uns doch alle darüber im

klaren, daß der aufgezeigte Plan praktisch nur mit Zustimmung von Ost und West zu verwirklichen ist. Da aber die Vorstellung einer gewaltsamen Lösung ebenso unrealistisch ist wie die Erwartung des Zusammenbruches beziehungsweise der bedingungslosen Kapitulation der einen oder der anderen Seite, wäre es doch durchaus denkbar, daß Ost und West mit einer solchen europäischen Lösung einverstanden sein würden, sobald sie einmal erkennen würden, daß Europa selbst entschlossen ist, sich weder auf die Seite des Ostens noch auf die des Westens ziehen zu lassen. Im Falle eines solchen Einverständnisses wäre es aber geradezu sinnlos, die bisher schon neutralen Staaten aus der Gemeinschaft eines neutralen Europa ausschließen zu wollen, gerade die ausschließen zu wollen, die schon ihrer bisherigen Stellung wegen die sichersten Garanten der europäischen Neutralität sein würden. Die Zustimmung aber würde die Rechtsfrage praktisch lösen beziehungsweise das Neutralitätsrecht im Sinne der neuen Gegebenheiten modifizieren. Auf keinen Fall aber kann es einen Grund geben, der die Neutralen daran hindern könnte, für eine dem Frieden dienende Ausdehnung der Neutralität zu wirken.

Vielleicht meint nun aber der eine oder der andere: Ausgerechnet jetzt, wo die Sowjetunion ihre neue Offensive gegen Berlin gestartet hat, ausgerechnet jetzt kommst du mit solchen Gedanken! Darauf ist zu antworten: Ja, ausgerechnet jetzt, und jetzt gerade! Denn wenn etwas die Notwendigkeit einer wirklich sinnvollen Lösung dargetan hat, dann gerade diese neue sowjetische Offensive. Bei dieser geht es nicht nur um Berlin, sondern um Deutschland. Die deutsche Frage, das heißt die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Ostgrenze, ist die europäische Kernfrage. Solange Deutschland zerrissen ist, solange ist Europa mitten durchgeschnitten und ein europäischer Zusammenschluß nicht möglich. Hier handelt es sich nicht um eine Frage, die uns nichts angeht, hier handelt es sich auch nicht nur um Deutschland, sondern um Europa und den Frieden. Deshalb stehen wir Freiheitlichen auf dem Standpunkt, daß die deutsche Frage in einem wirklich europäischen Sinne, das heißt nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, gelöst werden muß.

Wer offizielle, offiziöse und private Äußerungen in dieser Frage aufmerksam verfolgt hat, wer zu unterscheiden vermag zwischen Äußerungen, die auf Grund fester Überzeugungen getan werden, und solchen, die nur als Augenblicksreaktionen zu werten sind, wer zudem noch ein Ohr für Zwischentöne hat, der wird festgestellt haben, daß die Einstellung

zur Frage der deutschen Wiedervereinigung im Westen durchaus noch nicht einhellig ist. Dem stehen noch manche antideutsche Resentiments im Wege. Die Führung der Sowjetunion hat demgegenüber die Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung in ihrem vollen Umfange erkannt und trägt ihr bei der Bemühung, Deutschland und in der Folge davon schließlich auch Europa in den Osten einzugliedern, zweifellos Rechnung. Für diejenigen, die da etwa glauben, sich eine ihren Interessen dienende bequeme Lösung durch Abschreibung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang einschließlich Ostdeutschlands erkaufen zu können, könnte es eines Tages ein böses Erwachen geben. Oder hält man es für völlig ausgeschlossen, daß bei Eintritt einer entsprechenden Lage von der Sowjetunion einmal ein Angebot über die Wiedervereinigung und über eine Grenzregelung im Osten an Deutschland unter Bedingungen ergeht, die in einem zerrissenen Europa keine deutsche Regierung ablehnen könnte?

Daß es bei der neuen Sowjetoffensive nicht nur um Berlin, sondern um ganz Deutschland geht, unterliegt wohl in keinem Falle einem Zweifel. Als Abgeordneter eines neutralen Staates kann ich in einer Parlamentsdebatte nicht in dem Konflikt selbst dadurch Stellung nehmen, daß ich mich näher über die möglichen Gegenmaßnahmen des Westens aussasse. Daß die von der Sowjetunion geschaffene Lage auch die Möglichkeit zu einer wirk samen politischen Gegenoffensive eröffnet, ist so offensichtlich, daß man darüber nicht zu reden braucht. Was aber auch immer an Zügen und Gegenzügen auf diesem Schachbrett erfolgen wird — eines ist sicher: eine Ordnung, an deren Aufrechterhaltung alle interessiert wären und die deshalb allein einen haltbaren Frieden bedeuten würde, eine solche Ordnung wird weder durch eine östliche noch durch eine westliche, sondern nur durch eine europäische Lösung geschaffen.

Ich habe erklärt, daß der erste Schritt zu einer solchen europäischen Lösung die eindeutige Herausstellung des Ziels sein müsse, und habe dieses Ziel klar charakterisiert. Damit allein ist es natürlich nicht getan. Das einmal gesteckte Ziel muß auf jedem gangbaren Wege Schritt für Schritt realisiert werden. Hinsichtlich dieser Wege gilt, daß jeder Weg, der zu diesem Ziel hinführt, gut ist, daß aber jeder Abweg zu verwerfen ist.

Es ist vom Kollegen Fischer die Frage nach der Stellung des Parlamentes zum Rapacki-Plan aufgeworfen worden. Ich möchte nicht in den Geruch kommen, daß ich Angst hätte, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Rapacki-Plan hat in seiner heutigen

Form beziehungsweise in der Art des Vorschlags doch von vornherein einen Kardinalfehler: er legt die Linie, die Trennungslinie, die Grenzlinie, von der aus nach beiden Seiten ein waffenmäßig verdünnter Raum geschaffen werden soll, genau in die Mitte Deutschlands. Man muß doch verstehen, daß Menschen, die zu diesem Plan Stellung nehmen, zu der Überzeugung kommen: Das soll ja gerade gemacht werden, um die Teilung Europas zu verewigen! Es sollen zwar an dieser Stelle die beiden Mächte beziehungsweise ihre Streitkräfte etwas auseinander gezogen, ihre Bewaffnung verdünnt werden, aber die Grenze mitten durch Europa, die Europa nicht brauchen kann und deren Beseitigung wegen Opfer sinnvoll wären, gerade die soll bestehen bleiben. (Abg. E. Fischer: Aber nein, Herr Abgeordneter! Der Rapacki-Plan soll umfassen Westdeutschland, Ostdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei!) Ja, aber die Mittellinie dieses waffenverdünnten Raumes deckt sich mit der heutigen Trennungslinie zwischen Ost und West. Das würde die Teilung Europas verewigen. Man kann sehr wohl über eine Verdünnung sprechen, Herr Kollege! Aber in welchem Raum? Das ist die entscheidende Frage. Wenn dieses Europa zusammenkäme, wenn Rußland, wenn der Osten und der Westen zu diesem Europa die Zustimmung gäben, zu diesem Europa der Europäer, und man erklären würde, der Bestand einer solchen neutralen Macht allein genüge noch nicht, man wolle außerdem noch die militärischen Kräfte auseinandergezogen haben, dann wäre es natürlich, von der Ostgrenze dieses neuen Europa aus einen Raum nach Westen, meinewegen bis zum Rhein, aber einen ebensolchen Raum nach der anderen Seite als verdünnt zu bestimmen. Sie kennen die Bedenken, die vom Westen vorgebracht werden. Bedenken gegenüber nützt es ja nichts, zu sagen, sie seien falsch oder töricht. Bedenken sind Realitäten, die man nur mit anderen Realitäten überwinden kann. Sie wissen, daß der Westen sagt: Nun ja, ihr zieht die Truppen im Osten ein Stückchen zurück, aber wir sollen über den Ozean gehen. Das ist ja nicht möglich! Hier sollen 5000 Kilometer dazwischen gelegt werden und dort nur 400 oder 500 Kilometer. (Abg. E. Fischer: Der Westen ist ja nicht einheitlich!) Er mag nicht einheitlich sein. Es ist ja auch das Ziel der östlichen Offensiven, die Einheitlichkeit des Westens immer wieder zu stören, und das mag auch manchmal bis zu einem gewissen Grade gelingen. Deshalb ist es aber gerade unsere Überzeugung, daß Europa geschlossen auftreten muß. Dann hören die Spässe vom Osten, aber auch die Spässe vom Westen auf.

So, wie Rapacki denkt, geht es nicht, aber über die Möglichkeit einer Verdünnung sprechen, das kann man natürlich. Man kann eine solche Verdünnung in absehbarer Zeit vielleicht auch sehr viel leichter praktisch durchführen als noch vor kurzem, weil die Waffen, die das Gleichgewicht des Schreckens herstellen, eine immer größere Tragweite bekommen, weil Raketenbasen immer weiter entfernt sein können und weil deshalb auch das westliche vorgeschoßene Stützpunktsystem mehr und mehr an Bedeutung verliert. Vielleicht ergibt sich dadurch die Möglichkeit, sich über die Sache eines Tages leichter zu verständigen. Es hat aber jedenfalls gar keinen Zweck, wenn jede Seite der anderen erklärt: Ihr solltet eigentlich! Der Westen hat das Mißtrauen: Ihr wollt nur unsere schweren Abwehrwaffen herausoperieren, um dann, wenn diese weg sind, in einem Krieg mit den bisher üblichen Waffen, in denen ihr uns überlegen seid, das Ziel, das ihr erreichen wollt, ohne Atomwaffenkrieg zu erreichen. Deshalb können wir bei dem Rapacki-Plan nicht mitmachen, sagt der Westen. Das ist ein verständlicher Einwand, zu dem die andere Seite nicht mit Deklamationen, sondern mit realen Sicherungsvorschlägen Stellung nehmen müßten. Vielleicht findet sich ein Weg, diese Bedenken zu zerstreuen. Mein Standpunkt ist: Reden kann man, reden soll man. Man soll jede Möglichkeit benützen, um durch offene Aussprachen dem Ziel einer allgemeinen Entspannung näherzukommen. Wenn man aber im Osten erwartet, daß der Rapacki-Plan in seiner heutigen Form als Verhandlungsgrundlage einfach akzeptiert wird, so geht das natürlich nicht. Und außerdem geht es, Herr Kollege Fischer, natürlich nicht, vom Osten nur Polen in die verdünnte Zone zu nehmen. Zu diesem Europa, zu dem Gebiet, das losgelassen werden müßte vom Osten, aus dem Warschauer Pakt, gehört mehr als Polen. Dazu gehört auch die Tschechoslowakei, dazu gehört auch Ungarn und gehören noch ein paar solche Länder, die bis jetzt in den Osten hineingezwungen sind, die wir auch durchaus nicht aus dem Osten herauszwingen wollen, wir Europäer; die nicht unter Zwang, sondern aus freiem Entschluß kommen sollen, die aber in jedem Fall vom Osten freigegeben und einer solchen waffenverdünnten Zone eingegliedert werden müßten.

Um das noch einmal ganz klarzustellen: Diese Länder sollen keinesfalls befürchten dürfen, daß sie aus einem Gefängnis entlassen werden sollen, um in ein neues Gefängnis zu kommen, daß sie aus einer Form herausgelassen werden, die ihnen nicht paßt, um in eine neue Form zu kommen, die ihnen auch nicht paßt. Sie sollen mitwirken an der neuen Form, die

dieses Europa sich politisch, wirtschaftlich und sozial wieder selber schafft. Das ist ja der Gedanke, den ich vorhin vertreten habe, wenn ich gesagt habe: Europa bedeutet nicht nur das Zusammentreffen, sondern auch das Verschmelzen von Ost und West.

Ein Weg — ich sagte: alle Wege, die gangbar sind auf das Ziel hin, müssen gegangen werden — ist auch der der wirtschaftlichen Integration. Auch für diesen Weg gilt aber, daß nur die Möglichkeiten zu bejahen sind, die auf das aufgezeigte Ziel hinführen, daß aber alle die abzulehnen sind, die von diesem Ziel wegführen. Unter diesem Gesichtspunkt, meine Damen und Herren, muß man meiner Ansicht nach auch die Stellungnahme zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur sogenannten Freihandelszone beurteilen.

Ich brauche Ihnen Inhalt, Ziel und Wesen der Rom-Verträge nicht im einzelnen darzulegen. Sie sind Politiker und werden über den Inhalt dieser Verträge bei der Wichtigkeit des Gegenstandes orientiert sein. Ich will hier nur das Wesentliche herausgreifen, soweit es für die politische Debatte, um die es sich hier dreht, wichtig ist.

Mit den Rom-Verträgen der sechs Montan-Union-Staaten ist der Grundstock zu einer echten Wirtschaftsgemeinschaft gelegt worden: etappenweiser Abbau der Zölle, der Kontingente und sonstigen Hemmnisse und Behinderungen für den freien Austausch von Waren, Leistungen und Geld; freie Wahl des Arbeitsplatzes im gesamten Gebiet des Gemeinsamen Marktes, deshalb zwangsläufig schrittweise Angleichung der Löhne und Sozialleistungen, gemeinsame Zoll-, Handels- und Wirtschaftspolitik, ein gemeinsamer Investitionsfonds zur Erleichterung der Umstellungnotwendigkeiten und zur Unterstützung wirtschaftlich zurückgebliebener Gebiete; dazu ein gemeinsamer Sozialfonds. Für die Landwirtschaft eine gemeinsame Marktordnung mit dem bekannten Ziel der möglichst weitgehenden Sicherung des Lebensmittelbedarfes der Bevölkerung und gleichzeitig Sicherung eines Einkommensstandes für die Landwirtschaft, der etwa dem der städtischen Bevölkerung entspricht.

Jedem, der die Verträge aufmerksam liest, wird klar, daß diese wirklich echte Wirtschaftsgemeinschaft nach dem Willen ihrer Schöpfer in eine umfassende politische Gemeinschaft münden soll. Und wenn man die Entwicklung der europäischen Integration näher kennt, dann weiß man auch, daß das von vornherein der ausgesprochene Wille der Schöpfer dieser Rom-Verträge war. Man hat früher versucht, zur gemeinsamen überstaatlichen Gemeinschaft auf dem Wege über eine Verteidigungsgemeinschaft zu kommen. Nachdem das

gescheitert war, ist auf Antrag und auf Drängen vor allem der Benelux-Staaten der andere Weg beschritten worden, das gleiche Ziel auf dem Wege über eine Wirtschaftsgemeinschaft zu erreichen.

Es ist in der letzten Zeit viel darüber gesprochen und viel gestritten worden. England hat sofort erklärt, daß es sich an dieser Gemeinschaft nicht beteiligen werde. Infolgedessen haben die Sechs die Rom-Verträge allein geschlossen. Man hat ihnen dann vorgeworfen, das wäre nicht recht, sie hätten auf eine Trennung Europas hingearbeitet und hätten von vornherein die Absicht gehabt, sich gegenüber den übrigen Sechs abzuschließen. Aber diese Vorwürfe sind zweifellos unrichtig. Die Sechs können gar kein Interesse haben, sich den anderen gegenüber abzuschließen, sie haben zudem ausdrücklich erklärt, und in dem Vertrag ist ausdrücklich festgelegt, daß jeder andere OEEC-Staat zu den gleichen Bedingungen, unter denen die Sechs diese Gemeinschaft geschlossen haben, beitreten kann.

England hat nicht beitreten wollen. Es hat erklärt, es könne das nicht mit Rücksicht auf sein Commonwealth. Sie wissen, daß innerhalb des englischen Commonwealth ein Zollpräferenzvertrag besteht, der heute vielleicht noch eines der wesentlichsten Bindemittel für diese Gemeinschaft bedeutet, ein Zollabkommen, nach dem jedes Mitglied des Commonwealth jedem anderen Zollvergünstigungen gegenüber Außenstern einräumt.

Es ist möglich, daß das für England der entscheidende Grund für sein Fernbleiben war. Ich glaube aber, daß der wirkliche oder wenigstens der wesentlichste Grund ein anderer ist. Seit den Zeiten der großen Elisabeth fühlt sich England nicht als europäische Macht. Seit dieser Zeit sieht England das andere Europa als den Kontinent an und spricht immer von dem Kontinent wie von etwas Fremdem, Entgegen gesetztem. Eine ganz natürliche Erscheinung, weil sich die Interessen Englands hinaus in sein Kolonialreich verlagert haben, das später ins Commonwealth umgewandelt worden ist. Die Politik Englands dem Festland gegenüber war seit Elisabeth immer nur die, sich gegen die stärkste Festlands mächt zu wenden, um eine geballte Macht auf diesem Kontinent zu verhüten. Ich werde das Gefühl nicht los, daß auch im gegenwärtigen Fall England mit seiner Bestrebung, die anderen OEEC-Staaten, die nicht bei den Sechs waren, hinter sich zu bringen — vielleicht mehr aus Gefühl, aus Tradition, aus alter Gewohnheit heraus —, im Grunde seine alte Festlandpolitik betreibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das soll kein Vorwurf, das soll keine Kritik,

sondern nur die einfache Feststellung einer Tatsache sein, weil man mit dieser Tatsache rechnen muß. Keiner von uns denkt daran, England aus Europa hinausdrängen zu wollen. Im Gegenteil, wir Kontinentaleuropäer wünschen einen möglichst festen und engen Zusammenschluß Englands mit Europa. Aber man kann niemand zu etwas zwingen, was er nicht will, und jeder Versuch in dieser Richtung kann sich nur gegen die europäische Gemeinschaft auswirken.

Der richtige Weg wäre gewesen: Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Staaten in der Wirtschaftsgemeinschaft, das heißt Beitritt der OEEC-Staaten, die noch nicht von vornherein in der Wirtschaftsgemeinschaft waren, in diese und Assoziation dieser Gemeinschaft mit dem Vereinigten Königreich oder, noch besser, mit dem gesamten britischen Empire. Denn dann hätten die europäischen Staaten dieselben Vorteile gehabt, die England in seinem Commonwealth hat, und England hätte die gleichen Vorteile auf dem europäischen Markt gehabt wie jeder europäische Staat. Das wäre fair, das wäre ordentlich gewesen, und das wäre auch zweifellos gelungen.

Aber was man mit dem Freihandelsplan machen wollte, konnte nicht gelingen. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Pferden sitzen. Man kann nicht die Vorteile der europäischen Marktgemeinschaft für sich haben wollen und die Vorteile des Commonwealth-Präferenzsystems ebenfalls, an diesen zweiten Vorteilen die Kontinentaleuropäer aber nicht teilhaben lassen wollen. Und man kann nicht — wie das die übrigen nicht zu den Sechs gehörenden OEEC-Staaten wollten — die Vorteile der europäischen Marktgemeinschaft haben wollen und sich gleichzeitig das Recht sichern, mit anderen freie Zoll- und Handelsvereinbarungen zu treffen, auf Grund derer man auf dem europäischen Markt hätte Störungen hervorrufen können.

Die österreichische Regierung hat niemals erklärt, weshalb sie sich für das eine oder für das andere entschieden hat. Der Herr Bundeskanzler hat auf eine Anfrage von uns Freiheitlichen dann mitgeteilt, Rücksichten auf das Ostgeschäft, auf den Osthandel hätten dazu bewogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht in den Verdacht zu kommen, keinen Osthandel zu wollen. Wir Freiheitlichen sind im Gegenteil der Meinung, daß einmal die Stunde kommen wird, wo das alte Europa in einem besonders lebhaften Handels- und Wirtschaftsverkehr mit dem Osten stehen wird, wie das ja jahrhundertelang der Fall gewesen ist. Dort sind wahrscheinlich sehr viel größere Möglichkeiten, Güter und Leistungen auszu-

tauschen, als nach Amerika. Aber die Voraussetzungen sind ja doch noch gar nicht gegeben. Dazu müßte die Möglichkeit bestehen, daß europäische Waren oder, wenn man jetzt nur von Österreich spricht, österreichische Waren in Rußland mit russischen Waren konkurrieren könnten. Das ist Handel, das ist wirtschaftlich.

Wie ist es denn heute? Der Osten nimmt Waren von uns, die er gerade braucht, um einen Engpaß zu überwinden, und wir sollen die Waren nehmen, die er abstoßen will. Wir sollen Koks nehmen, den wir nicht gebrauchen können. Wir haben Waren nach dem Osten geliefert und kriegen jetzt plötzlich Brennholz hergeworfen in einem Zeitpunkt, wo Österreich infolge der Katastrophenfälle selber nicht weiß, wo es mit seinem Brennholz hin soll. So geht es doch nicht!

Und wenn man glaubt, solcher vager Ostgeschäfte wegen Opfer bringen und das Risiko auf sich nehmen zu können, mit dem Westen die wirtschaftlichen Beziehungen, die für uns notwendig sind, auch nur zu mindern, dann ist das für mich einfach unverständlich, und ich glaube auch nicht, daß das der wirkliche Grund ist. Ob es Rücksichten auf Souveränitätsrechte sind, die man nicht abgeben will, ob man sich besonders groß und stark gefühlt hat — wer weiß es? Alle Gründe der Vernunft haben gegen die Entscheidung gesprochen, die in diesem Falle die österreichische Regierung gefällt hat, und die Entwicklung hat gezeigt, daß diese Entscheidung falsch war. Wir haben von Anfang an erklärt: Aus der Freihandelszone kann auf diese Weise nichts werden. Man kann diese beiden Dinge nicht vereinigen, das muß scheitern! Und es ist gescheitert.

Was heute noch geleimt werden wird, erfolgt deswegen, um nach außen hin den bösen Eindruck zu verwischen, aber der ursprüngliche Freihandelszonengedanke — das sagen alle Kenner — ist tot.

Was nun? Die österreichische Regierung „macht“ weiterhin in selbständige, die österreichische Regierung „macht“ in der Gemeinschaft der Anderen Sechs, das sind England, Österreich, die Schweiz, die nordischen Staaten. Sie glaubt nun, damit ein Gegengewicht gegen die Wirtschaftsgemeinschaft bilden und auf diese Weise noch irgend etwas erreichen oder ertrotzen zu können, was doch nicht zu erreichen ist.

Wir müssen davor dringend warnen und würden uns außerordentlich freuen, wenn auch die anderen Parteien vor diesem Weg warnen würden. Österreich erklärt: Wenn die Wirtschaftsgemeinschaft nicht nachgibt, dann müssen wir auch unsere Einstellung in der

Frage der Liberalisierung revidieren. Was heißt denn das? Das heißt, im Moment der Rezession Maßnahmen zu ergreifen, die die Rezession weiterentreiben. Wir sind doch in keinem Narrenhaus! Hier hilft nur eines: Verhandlungen aufnehmen, um mit dem Eintritt in die Wirtschaftsgemeinschaft beispielhaft vorzugehen. Die Dänen und andere werden folgen. Wenn die kontinentaleuropäischen Staaten in dieser Wirtschaftsgemeinschaft vereint sind, wird man sich in einer angemessenen, anständigen und praktischen Weise auch mit England verständigen.

Der Freihandelszonengedanke war aber auch abzulehnen aus dem Grund, den ich vorhin immer wieder hervorgehoben habe: weil er nicht hingeführt hat zur europäischen überstaatlichen Gesamtgemeinschaft, sondern weil er ein Hindernis dafür war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt angeblich ein Wort von Chruschtschow. Ich war nicht dabei, als er es gesagt hat, und kann die Gewähr dafür nicht übernehmen, daß es wirklich gesagt worden ist. Aber wenn es nicht wirklich gesagt worden ist, so ist es doch ausgezeichnet und treffend erfunden. Er soll gesagt haben: „Wenn wir den westlichen Kapitalismus überrannt haben und wenn wir darangehen, die Kapitalisten zu hängen, dann werden wir den letzten westlichen Konkurrenzkampf erleben. Dann nämlich werden diese Kapitalisten einen Konkurrenzkampf um die Lieferung der Stricke eröffnen, mit denen wir sie aufhängen.“

Sehr rauh, sehr hart, aber nicht ganz unzutreffend, nicht ganz unpsychologisch; denn das soll im Grunde nur heißen: Man kann die Leute im Westen mit jedem Lockvogel, mit jeder Lockspeise aus ihren Gemeinschaften herausreißen und zu einem Konkurrenzkampf gegen einander verlocken. Deshalb wäre eine lockere Wirtschaftsgemeinschaft, die die Möglichkeiten zu russischen Wirtschaftsoffensiven geboten hätte, kein Weg zu dem Europa gewesen, das uns vor Augen schwebt und das die einzige vernünftige Lösung ist, sondern wäre ein Abweg gewesen.

Wenn einmal dieses Europa, geschaffen sein wird, dann werden sich in ihm auch viele Fragen lösen, die heute schwer lösbar erscheinen oder unlösbar sind: Zypern und an was wir sonst denken mögen: die Fragen der Minderheiten, die Fragen der Volkstumsrechte und all das.

Wir glauben an dieses Europa, und wir treten für dieses Europa ein; aber das heißt natürlich nicht, daß wir dafür sind, mit einer Lösung in Südtirol zu warten, bis etwa dieses Europa fertig ist.

Meine beiden Vorredner haben sich eindeutig für eine baldige Lösung dieser Frage ausgesprochen; Herr Dr. Tončić für meinen Begriff etwas zu zaghaft. Er hat mir ein bißchen zuviel Vertrauen in die Freundschaft mit Fanfani zum Ausdruck gebracht, wenn er gemeint hat, der werde es nun schon machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einem Jahr haben wir hier gestanden, und alle Parteien haben einmütig erklärt: Aber jetzt ist es 5 Minuten vor Zwölf, hier muß einmal Ordnung und Recht geschaffen werden! Dann hat man uns gesagt: Die Italiener wählen, man darf jetzt die Wahlen nicht stören, man darf jetzt dieses Problem nicht aufwerfen, das wird dann plötzlich zum Propagandaschlager von der einen oder anderen Seite gemacht. Wir haben das eingesehen. Aber die Wahlen sind längst vorbei, die Regierung ist gebildet, und wir sind immer noch nicht weiter.

Ich brauche die Situation des Problems ja nicht mehr aufzuzeigen, wir haben das hier immer wieder besprochen. Südtirol wird in seinen Volkstumsrechten, die nicht nur durch den Pariser Vertrag festgelegt sind, sondern die von Ewigkeit zu Ewigkeit Grundgesetze sind, von Italien vergewaltigt. Das geht nicht, das kann Österreich nicht zulassen. Die Italiener erklären, es habe von vornherein kein Zweifel darüber bestehen können, daß die Region auch Trient einschließen müsse. Wir sagen: Nein! Der Vertrag ist allerdings zweifellos schlampig gemacht. Bei jedem Verkauf von einem kleinen Grundstück fügt man dem Kaufvertrag möglichst einen Plan bei, und hier ist nicht einmal näher umschrieben, was die Region sein soll, für die man eine bestimmte Autonomie zugesichert hat. Aber der Sinn und Zweck, der mit dieser Autonomie verfolgt werden soll, ist in dem Vertrag eindeutig festgelegt, nämlich die Sicherung der Volkstumsrechte. Dadurch, daß man Bozen mit Trient zusammengelegt hat, hat man eben die vereinbarte Autonomie nicht gegeben, hat man uns einfach — wir haben einen Ausdruck dafür, den ich nicht anwenden will — sagen wir einmal vorsichtig, getäuscht, hat man Österreich, den Vertragspartner, und hat man Südtirol getäuscht.

Man kann jetzt nicht weiter warten. Wenn die Verhandlungsergebnisse nicht sehr bald eine wirklich befriedigende Lösung bringen, eine befriedigende Lösung im Sinne der Versprechungen, die vom Außenamt und vom Bundeskanzler gemacht worden sind, und der Forderung, die hier im Hause sämtliche Parteien des österreichischen Parlaments einmütig erhoben haben, dann meine sehr verehrten Damen und Herren, darf Österreich nicht mehr zögern, die Angelegenheit vor ein internatio-

nales Forum zu bringen. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn das notwendig wäre. Italien ist sonst ein sehr eifriger Vertreter europäischen Gedankenguts, aber wenn es erklärt, die Regelung der Südtirol-Frage — schon „Südtirol“ darf man bei ihnen gar nicht sagen — sei eine inneritalienische Angelegenheit, dann ist es mit einer solchen Erklärung sowohl von allen Volkstumsrechten wie auch vom europäischen Gedanken weit entfernt.

Sie kennen den Ruf, mit dem Napoleon oft seine Generäle aufgemuntert hat: „Activité, activité, vitesse!“ Ich möchte dem Herrn Minister „vitesse“ zurufen, aber auch „activité“, und activité gemeinsam mit dem Parlament. Das schon, Herr Minister! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Böhm: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Strasser.

Abgeordneter Strasser: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, Kollege Stendebach, hat mit einem Generalzitat geendet, ich hingegen möchte meine Ausführungen mit der Erinnerung an Generäle beginnen, und zwar mit jenem bekannten Wort von den Generälen, die sich gewöhnlich auf einen Krieg vorbereiten, den sie bereits verloren haben; von den Generälen, die für den nächsten Krieg die Waffen schmieden, mit denen sie ihren letzten Krieg gewonnen hätten; von den Generälen, die glauben, daß sie mit der Maginotlinie, mit der sie im Jahre 1914 ausgekommen wären, im Jahre 1939 siegreich sein könnten; von den Generälen, von denen man sagt, daß sie immer um einen Krieg zurück sind.

Ich glaube, man kann sagen, daß es nicht nur auf Generäle zutrifft, daß sie oft um einen Krieg zurück sind. Es trifft auch auf andere zu, daß sie nach überholten Prinzipien der Vergangenheit arbeiten. Auch Parlamentarier, Minister, Diplomaten, deren Hauptaufgabe die Sicherung des Friedens ist, bleiben oft manchmal nicht um einen Krieg, sondern um einen Frieden zurück. Nicht nur in ihren Methoden, sondern auch in ihren Instrumenten sind sie oft um einen Frieden zurück.

Wenn der Berichterstatter darauf hingewiesen hat, daß es die Meinung des ganzen Ausschusses war, daß die Mittel, die wir für unseren Außendienst aufwenden, sehr geringfügig sind und daß man schwer sehen kann, wie mit diesen Mitteln eine wirksame Außenpolitik unter heutigen Umständen gemacht werden soll, so gehört das ebenfalls in das Kapitel des „um einen Frieden zurück“. Wenn wir uns denken, daß die Aufwendungen, die wir für unseren Außendienst haben, 130 Millionen Schilling ausmachen und daß

wir für das nächste Kapitel, über das wir hier diskutieren werden, fünfzehnmal soviel ausgeben — wobei ich mir über den Nutzeffekt der einen aufgewandten Summe im Vergleich zu der anderen kein Urteil anmaße —, dann sehen wir, wie gering in Wirklichkeit unser außenpolitisches Budget bedacht ist.

Es wurde, glaube ich, ein stehendes Wort, daß jedes Jahr — und wir können es auch dieses Jahr wieder anbringen, ohne der Kulturfeindlichkeit geziehen zu werden — unsere Ausgaben für das Außenressort nicht größer, sondern etwas geringer sind als das Defizit, das der Bund jedes Jahr für seine Bунdestheater zu tragen hat. Meine Damen und Herren! Das ist „um einen Frieden zurück“, denn die Aufgaben, vor denen heute unser Außendienst steht, sind anders, sind neu und umfassender geworden. Es gibt die Unzahl der internationalen Organisationen, unzählige neue internationale Verflechtungen und Dutzende neuer Staaten, mit denen wir diplomatische und Handelsbeziehungen pflegen müssen. Wir aber verharren in der alten Maginotlinie, als ob nichts geschehen wäre.

Allerdings, der Schein trügt etwas. Unsere Ausgaben sind nicht ganz so gering, wie sie scheinen. Zu den Schwächen unseres Außendienstes gehört es, daß er nicht konzentriert ist. Neben der Tätigkeit des Außenamtes entfalten wir andere Tätigkeiten im Ausland: es sind die Kulturinstitute, die vom Unterrichtsministerium geführt werden, unsere Außenhandelsstellen, die von der Bundeswirtschaftskammer aus betreut werden. Sie leisten manchmal wichtige und wertvolle Arbeit, da sie aber doch eigentlich Interessenvertretungen sind, muß es schwerfallen, allgemeine Interessen immer richtig zu vertreten. Das Vorhandensein der Außenhandelsstellen führt oft sogar dazu, daß manche unserer außenpolitischen Vertretungen glauben, der Bürde der wirtschaftlichen Fragen enthoben zu sein, und Dinge in die Kompetenz der Außenhandelsstellen kommen, die sie ihrem Status nach einfach nicht bewältigen können. Wir haben ferner einen Bundespressedienst, der unabhängig vom Außenamt und diplomatischen Erfahrungen ist. Schließlich haben wir, last not least, noch Militärattachés, die sich durch zwei Eigenschaften auszeichnen: sie haben die schönsten Uniformen, die man in ganz Europa kennt. Kein Staat hat Militärattachés mit so schönen Uniformen wie wir. Es sind schöne weiße Marineuniformen mit Goldknöpfen. Und sie zeichnen sich weiter dadurch aus, daß sie im allgemeinen die Sprache des Landes nicht beherrschen, in dem sie ihre Mission zu erfüllen haben.

Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat das vollkommen in Ordnung ge-

funden und hat, ich glaube, in Anlehnung an den Eisernen Kanzler, an Bismarck, gemeint, daß unsere Militärattachés keine sprachkundigen Oberkellner seien. Nun, ich freue mich feststellen zu können, daß das Außenamt auch sonst keine Oberkellner ins Ausland schickt, aber doch Personen, die Sprachkenntnisse besitzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang wirklich unsere Genugtuung darüber aussprechen, daß im diplomatischen Dienst wirklich ein ziemlich strenges und wirksames Ausleseprinzip angewendet wird. Die Prüfungsform der Preables und anderer Prüfungen geben wirklich die Gewähr, daß unsere Beamten, die wir ins Ausland entsenden, ihr Metier beherrschen.

Die Gesamtheit der Ausgaben entfällt also nicht nur auf das Außenamt, sondern auch auf das Budget des Unterrichtsministeriums, der Außenhandelsstellen, Pressedienst und Militärattachés. Das ganze macht weitere 100 Millionen zu den ursprünglichen 130 aus. Aber selbst dann kann man sagen, daß der Betrag, den wir für unseren Außendienst aufwenden, nicht sehr groß ist.

Viel ärgerlicher hingegen ist, daß durch diese Zersplitterung des Außendienstes, durch Kompetenzstreitigkeiten und Doppelgeleisigkeiten, die entstehen müssen, selbstverständlich nicht immer der höchste Grad von Koordination erzielt werden kann.

Ein solches Beispiel von „Koordination“ — es ist fast symbolisch — erleben wir heute. Wir sitzen heute hier in einem sehr verdünnten Parlament. Ich habe selten so wenig Abgeordnete bei einer Sitzung gesehen. Die Ursache ist bekannt. Wir standen vor einer schwierigen Situation: entweder den Herrn Handelsminister zu beleidigen, der uns heute eingeladen hat, eine Autofahrt auf der neu eröffneten Autobahn irgendwo in Niederösterreich oder Oberösterreich zu machen, oder der Debatte über die außenpolitischen Angelegenheiten fernzubleiben. (Abg. Probst: Auf dem „Fleckerlteppich“ herumzurutschen!) Wir haben uns bemüht, hier höflich zu sein; jene, die fehlen, sind woanders höflich. (Abg. E. Fischer: Und die anderen sind beim Mittagessen!) Und einige andere sind beim Mittagessen, was durchaus stimmen mag. Jedenfalls ist es augenscheinlich, in welchem Maße die Koordination zwischen zwei Ministerien fehlen kann, wenn es möglich ist, daß der Herr Handelsminister das gesamte Parlament für einen ganzen Tag auf eine Spazierfahrt einlädt, während wir hier ein wichtiges Kapitel, das Kapitel der Außenpolitik, zu behandeln haben. (Abg. Reich: Und der Herr Bundespräsident am Montag zu einem Empfang! — Abg. Dr. Hofeneder: Am Dienstag bei der Sozialen

Verwaltung! — Abg. Mark: Sie gehen doch eh nicht hin!) Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen! Wir werden uns die soziale Verwaltung und die Dinge, die damit zusammenhängen, schon angelegen sein lassen.

Ich glaube, man müßte endlich die logische Folgerung aus diesem Zustand unseres Außendienstes ziehen. Ich habe hier keine parteipolitische Kritik üben wollen, und ich glaube, daß es jedem, der die Dinge sieht, doch auffallen muß, welche Schwierigkeiten wir im Außendienst haben. Ich erwähne nicht einmal Dinge, die von uns im Ausschuß erwähnt worden sind, Schwierigkeiten, Reibungen zwischen Kulturinstituten und Gesandtschaften, zwischen Militärattachés und Gesandtschaften und so weiter. Ich glaube, daß der logische Schluß aus diesem Zustand zweifellos sein müßte, daß Österreich doch auch einmal dahin kommen müßte, ein eigenes Außenministerium zu besitzen.

Im Jahre 1919 haben gewisse Bedenken, die aus der Vergangenheit gerechtfertigt waren, dazu geführt, daß das Außenministerium aufgelöst wurde und eine Unterabteilung, eine Sektion des Bundeskanzleramtes geworden ist. Ich glaube, wir können diese Bedenken heute beiseiteschieben. Auch die Befürchtungen, daß ein eigenes Außenministerium nun sozusagen eine eigene Außenpolitik machen könnte, sind wirklich ungerechtfertigt. Selbst ein Land wie die Schweiz besitzt ein eigenes Außenministerium, und es ist klar, daß die Linie der Außenpolitik nicht vom Außenministerium, nicht vom Ressort bestimmt wird, sondern eine Angelegenheit der Bundesregierung selbst ist. Aber um eine solche Politik durchzuführen, eine solche politische Linie verfolgen zu können, fehlt heute das geeignete Instrument eines eigenen Außenministeriums. Und ich glaube, man sollte diese Frage nicht nur als eine Anregung hier in der Debatte auffassen, sondern man sollte wirklich einmal ernster an sie herantreten. Sie erscheint mir in einem gewissen Sinn wichtiger als manche konstitutionelle Frage, die in der letzten Zeit aufgeworfen wurde.

Nun zu unserer Politik. Wir haben heute über internationale Politik sehr viel gelernt und erfahren. Ich möchte nicht eine zweite tour d'horizon machen. Aber ich glaube, wir alle sind der Auffassung, daß auch ein kleines Land wie Österreich Interesse an der internationalen Politik haben muß. Gerade weil wir klein sind, müssen wir großes Interesse am Gleichgewicht der Kräfte in der Welt haben. Wir bedauern es, daß dieses Gleichgewicht der Kräfte heute ein Gleichgewicht der Angst und des Schreckens ist. Aber wir wissen, daß es noch etwas Schlimmeres gäbe: das Übergewicht des Schreckens. Wir sind uns

darüber im klaren, daß dieses Gleichgewicht des Schreckens nicht durch einseitige Veränderungen abgebaut werden kann, daß sie beidseitig sein müssen, daß die Waagschalen auf beiden Seiten erleichtert werden müßten. Hier, glaube ich, stehen wir vor einem neuen Problem in der Außenpolitik, das bis heute ein Diskussionsgegenstand nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern ist. Es ist eine der neuen Gegebenheiten.

Die Kriegspolitik, wenn man so sagen kann, hat dazu geführt, daß die Kriegsmittel näher aneinanderrücken. 10.000 km weit hat man eine interkontinentale Rakete geschossen, lesen wir heute in der Zeitung. Man fragt sich, wie in dieses Schema gewisse strategische und auch politische Auffassungen, die wir übernommen haben, noch hineinpassen. Es ist ganz klar, daß aus der Tatsache der größeren Reichweite der Waffen auch eine politische Konsequenz gezogen wurde und von manchen einmal gezogen werden muß, nämlich, daß wir politisch auseinanderrücken können.

Dieser Gedanke der Verdünnung gewisser Zonen, der Gedanke des Disengagements, dieser Gedanke der Absetzungspolitik ist kein ursprünglich Moskauer oder anderer Gedanke, es ist ein Gedanke, der sozusagen in der Luft liegt. Im Jahre 1953 hat der jetzige Generalsekretär der NATO, Paul Henri Spaak, in einer Rede im Europarat folgende Worte gesagt: „Obwohl die Entmilitarisierung von Grenzonen unter den Bedingungen eines modernen Krieges nicht mehr sehr wirksam sein kann, würden ihre psychologischen Auswirkungen derart sein, daß es nützlich und möglich wäre, eine demilitarisierte Zone auf den beiden Seiten der Ostgrenze der europäischen Gemeinschaft zu schaffen.“

Ich muß fairerweise hinzufügen: Ich weiß nicht, ob Paul Henri Spaak diese Politik jetzt als Generalsekretär der NATO noch vertritt, aber er war, glaube ich, der erste, der diesen Gedanken in die Diskussion geworfen hat. Seit damals ist dieser Gedanke von vielen Seiten erwogen worden. Es gab einen Plan Eden, einen Plan van Zeeland, einen Plan Rapacki, einen Plan Gaitskell. Also Politiker aller Richtungen: Konservative, christliche Demokraten, Sozialisten und Vertreter des Ostblocks haben diese Frage erwogen, diskutiert. Wir finden ihren Niederschlag zum Beispiel auch auf einer Konferenz, die im Herbst dieses Jahres in Österreich stattgefunden hat, einer Konferenz, die unserem gastgebenden Land Ehre machte: der Pugwash-Konferenz der Wissenschaftler, die über Fragen des Atomkrieges und der Abrüstung vom wissenschaftlichen und technischen Standpunkt aus

beraten haben. Acht Nobelpreisträger haben an dieser Konferenz teilgenommen. Sie kamen zur Auffassung, daß, ganz gleichgültig, welche endgültigen Schritte einmal gegangen werden sollen, auf dem Gebiete der Abrüstung jeder Schritt, der den Waffenwettlauf mildert und der selbst nur zu einer geringen Verminderung der Rüstung und der Streitkräfte führt, wünschenswert ist, aber, ich unterstreiche, unter der notwendigen Kontrolle.

Ich weiß nicht, ob Kollege Fischer, der sich vorhin sosehr auf Gaitskell berufen hat, die Resolutionen voll gelesen hat. (Abg. E. Fischer: *Doch! Doch!*) Auf jeden Fall hat er sie nicht voll zitiert. (Abg. E. Fischer: *Nein, das wäre zu lang! — Heiterkeit.*) Denn das Wesentliche, worauf es nach Gaitskell bei allen Versuchen, diese verdünnte Zone in Europa zu schaffen, ankommt, ist die wirksame internationale Kontrolle. Ohne diese wirksame internationale Kontrolle ist jeder Versuch in dieser Richtung natürlich zum Scheitern verurteilt. Deshalb dürfen wir aber nicht einfach die Flinte ins Korn werfen. Gewiß ist weder der eine noch der andere Plan völlig realisierbar. Dennoch können wir die Gedanken, die in den verschiedenen Plänen enthalten sind, ernsthaft prüfen.

Österreich ist ja in Wirklichkeit sozusagen ein Laboratoriumsstück des Disengagements, denn in unserem Land ist ja praktisch durchgeführt worden, was für eine größere Zone erwogen wird: das heißt, die militärische Verdünnung unseres Landes und die Freiheit von militärischen Bindungen nach zwei Seiten. Wir wären eigentlich bereits *ex officio* Mitglieder einer verdünnten militärischen Zone in Europa, und wir könnten, glaube ich, es nur begrüßen, wenn es dazu käme. Auch das liegt auf der Linie unserer Neutralitätspolitik.

Es wurde hier mehrmals die Forderung nach aktiver Neutralität aufgestellt. Niemand in diesem Saal wird sich dieser Forderung verschließen. Vielleicht ist allerdings die Auslegung dessen, was aktive Neutralitätspolitik ist, verschieden. Auch mir ist es kalt über den Rücken heruntergelaufen, als Kollege Fischer vorhin sagte: Die Zeit ist längst vorbei, wo die Neutralität in unserem Lande als Hochverrat galt. Kollege Tončić hat hierauf bereits die Antwort gegeben. Es ist leider nicht nur so, daß Neutralität im Osten von Österreich mit dem Tode bedroht ist. Neutralitätsbestrebungen werden in diesen Ländern auch tatsächlich mit dem Tode bestraft, wie der Mord an Imre Nagy beweist. Er starb auf dem Schafott, weil er den Mut hatte, den Willen seines Volkes zur Neutralität zum Ausdruck zu bringen. Die Machthaber, die heute dort herrschen, konnten oder wollten die Neutralität nicht akzeptieren.

Gerade hier an der Grenze nach dem Osten stellt sich für uns besonders scharf die Frage, ob wir nun alle jene Völker abschreiben, die östlich des Eisernen Vorhangs sind. Es ist hier der Vorwurf erhoben worden, daß im Europarat die Befreiung dieser Völker gepredigt werde. Im Europarat ist man sich durchaus im klaren, daß es keine Befreiung dieser Völker durch militärische Mittel geben kann. Ja man ist sich dort sogar darüber im klaren, daß es gar nicht sicher ist, ob diese Völker ein gesellschaftliches System, wie wir es heute in Westeuropa besitzen, wünschen. In der letzten Sitzung des Europarates wurde eine Empfehlung, die von einem britischen Konservativen eingebracht wurde, einstimmig beschlossen. Und in dieser Empfehlung heißt es: „Die Regierungen des Europarates werden aufgefordert, feierlich zu erklären, daß das freie Europa weder den Wunsch hat noch jemals den Wunsch hatte, den Völkern von Ost- und Zentraleuropa ein politisches, kulturelles oder wirtschaftliches System aufzuzwingen. Das einzige Anliegen des demokratischen Europa ist es, daß die Völker von Ost- und Zentraleuropa, und zwar sie allein, darüber zu entscheiden haben und darüber entscheiden können, unter welchem System sie zu leben wünschen.“ Der Wunsch des Europarates und, ich glaube, aller freien Völker ist es, daß diesen Völkern keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen, eine freie Entscheidung zu treffen. (Abg. Koplenig: *Eine solche freie Entscheidung wie in Frankreich!* — Abg. Dr. Hofeneder: *Die Freiheit tut Ihnen weh!*) Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Regierungsvertreter im Ministerkomitee des Europarates diese Empfehlung der Versammlung unterstützen würden und wenn es zu einer solchen eindeutigen Erklärung des demokratischen Europa käme.

Aber zum Schluß zu den neuen Gegebenheiten noch eine letzte Frage. Wieder der „Friede von gestern“. Es haben sich Dinge geändert. Jahrhundertelang haben die Menschen in Asien gehungert. Wir haben es nach 1945 fast als selbstverständlich hingenommen, daß uns über den Marshallplan und andere Aktionen geholfen wurde. Wir haben es fast als selbstverständlich einkassiert, daß die freie Welt mitgeholfen hat, unsere Wirtschaft und damit unsere Länder nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen. Und ich frage mich, ob wir das Recht haben, nachdem wir so selbstverständlich fremde Hilfe in Anspruch genommen haben, zu übersehen, daß es heute in der Welt noch so ist, daß 60 Prozent der Menschheit, $1\frac{1}{2}$ Milliarden Menschen, in den unterentwickelten Gebieten buchstäblich verhungern, daß es heute noch so ist, daß in diesen Gebieten monatlich 3 Millionen neuer

Menschen hinzuwachsen, für die es an Nahrung fehlt. Bei allen Spannungen, die es in der Welt gibt, gibt es ja nicht nur die politischen Spannungen zwischen den Totalitären auf der einen Seite und den Demokraten auf der anderen Seite, mit allen Schattierungen, die es dazwischen gibt. Es gibt auch die große Spannung zwischen Arm und Reich, die dadurch entsteht, daß Westeuropa und die Vereinigten Staaten, in denen nicht einmal ein Fünftel der Menschheit lebt, über zwei Drittel des Welteneinkommens verfügen. Und das Neue ist, daß Völker, die jahrhundertelang gehungert haben, sich bewußt geworden sind, daß sie hungrigen. Sie haben verstehen gelernt, daß das Elend, der Hunger, die Unsicherheit und das Unwissen, in denen sie leben, nicht unbedingt sein müssen. Sie fordern ihren Eintritt in die Welt von heute. Es ist die westliche industrialisierte Welt, die vor allem die Aufgabe und die Möglichkeit hat, zu helfen.

Es ist erfreulich, daß am 14. Oktober bei den Vereinten Nationen durch die Schaffung des Sonderfonds der Vereinten Nationen ein Schritt in dieser Richtung getan wurde, den unterentwickelten Gebieten zu helfen. Es müßte aber unter den Auspizien der Vereinten Nationen ein aktives Arbeitsprogramm entwickelt werden, um diesen industriell unterentwickelten Ländern zu helfen.

Ich glaube, wir sollen hiebei eines nicht übersehen. Es kommt nicht nur darauf an, daß geholfen wird, sondern es kommt auch darauf an, wie geholfen wird. Ich denke daran, daß wir eine große Aufgabe darin haben, daß wir die Menschen unseres Landes mehr mit dem vertraut machen, was in diesen Ländern der Welt heute noch der graue Alltag ist. Ich denke hier an ein Beispiel aus Norwegen. Die norwegische Regierung hat vor einiger Zeit eine Aktion begonnen, die zwar den unterentwickelten Völkern keine wesentliche Hilfe bringen wird; diese Hilfe wird in einer Provinz nur einigen Dörfern zuteil. Die norwegische Regierung hat einen Propagandazug mit Bildern und Filmen ausgerüstet und damit in ganz Norwegen für das norwegische Dorf in Travincore-Chochin in der Bevölkerung gesammelt. Die Regierung hat den Betrag, der gesammelt wurde, verdoppelt. Ich glaube, daß ein kleines neutrales Land, wie das unsere, das nicht in der Lage ist, wesentlich zum Aufbau dieser Länder beizutragen, nicht vergessen soll, daß auch ein solcher symbolischer Akt sehr geeignet ist, das große Mißtrauen, das heute zwischen der unterentwickelten Welt und den westlichen Ländern besteht, zu beseitigen. Aber um diese Spannungen zu vermindern, gibt es noch andere Dinge, die auf einer höheren Ebene gelöst werden müssen.

Es wurde heute die Frage China angeschnitten. Wir wissen, China ist eine Diktatur, ja. China ist eine kommunistische Diktatur, ja. In China leben 600 Millionen Menschen. Auf diese 600 Millionen Asiaten, die heute das neue China aufbauen, blickt ganz Asien, und nichts hat wohl so zur Verstärkung der Resentiments in der unterentwickelten Welt gegen Europa und gegen die Vereinigten Staaten oder, sagen wir, gegen die weiße Welt beigetragen wie die Tatsache, daß der größte asiatische Staat in die Vereinten Nationen nicht aufgenommen worden ist.

Nun wird gesagt: Es sind Aggressoren. Es wurde darauf geantwortet: Es sitzen heute auch andere Aggressoren in den Vereinten Nationen. Es gibt außerdem im Völkerrecht das Effektivitätsprinzip. Der Kollege Tončić hat es auf Israel angewendet. Man kann es wohl mit gleichem Recht auch auf China anwenden. Wir dürfen vor allem nicht übersehen, daß die Vereinten Nationen sehr im Gegensatz zum Europarat ein Universalitätsprinzip anerkennen, das nicht erfordert, daß Mitgliedsstaaten auf ihre demokratische Zuverlässigkeit durchleuchtet werden. Die Vereinten Nationen sind ein Treffpunkt, an dem sich alle treffen können, ohne sozusagen ihre Strafkarte oder ein Leumundszeugnis vorzuzeigen. Sonst wäre es unverständlich, daß bei den Vereinten Nationen Länder sind, wie Ungarn, wie die Sowjetunion, wie die Tschechoslowakei, wie Südafrika, wie Spanien. Bei Spanien ist es interessanterweise der Fall, daß Spanien auch ausdrücklich von den Vereinten Nationen verurteilt worden ist; trotzdem wurde Spanien in die Vereinten Nationen aufgenommen. Und nun erklären Sie, warum man die faschistische Diktatur Spaniens, verurteilt von den Vereinten Nationen, in die Vereinten Nationen aufnehmen kann, auf der anderen Seite China, eine Diktatur mit 600 Millionen Menschen, aber nicht aufnehmen kann. Es wird Ihnen schwerfallen, es zumindest in China und in Asien zu erklären. Und es wäre zweifellos eine klügere Politik, wenn man einen Weg finden würde, um die Mitarbeit Chinas bei den Vereinten Nationen zu ermöglichen.

Bei der Lösung all dieser Fragen muß selbstverständlich auch ein kleiner Staat wie Österreich mitwirken. Wir können mitwirken durch unsere Mitgliedschaft bei den internationalen Behörden, Instituten und Vereinigungen. Wir können mitwirken beim Abbau der Spannungen, beim Abbau der Rüstungen, bei der Abrüstung, bei der Hilfe zum Aufbau der unterentwickelten Welt. Es mag schon sein, wenn wir diese Aufgaben lösen können, daß dieses Österreich einmal einen neuen Platz oder einen

neuen Rangplatz in der Welt einnehmen wird. Ich glaube zwar nicht wie Kollege Tončić, daß wir den Platz des Reiches Karls des V. einnehmen werden. Vielleicht glaubt es Herr Otto Habsburg, ich weiß es nicht, jedenfalls soll er schon einen spanischen Paß haben. Aber gerade ohne solche Illusionen können wir im Rahmen der Möglichkeiten unseres kleinen Landes mithelfen, daß jene Weltprobleme gelöst werden, die gelöst werden müssen, damit die Menschheit weiterleben kann. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Probst: Einen Osttiroler Paß bekommt er vom Kranebitter!*)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kranebitter.

Abgeordneter Kranebitter: Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! In den vierzig Jahren seit der unglückseligen Abtrennung Südtirols von Tirol und von seinem Vaterlande Österreich haben Volksvertreter aus allen Bundesländern und von allen Parteien von dieser Tribüne aus oftmals die Erinnerung der Welt an das große Unrecht von Saint-Germain wachgehalten und Gerechtigkeit für Südtirol gefordert. Der Abschluß des Gruberde-Gasperi-Vertrages war für die 250.000 Südtiroler nach einer systematischen und brutalen Unterdrückung der menschlichen Rechte und Grundfreiheiten ein hoffnungserweckender Lichtblick.

Der Pariser Vertrag brachte den Südtirolern auch manche Erleichterungen. Der Landeshauptmann von Tirol mußte am 30. November dieses Jahres aber dennoch vor aller Öffentlichkeit folgende tieftraurige Feststellung machen. Er sagte: Ist es nicht ein schrecklicher Widerspruch, daß in einer Zeit, in der Selbstbestimmung im fernsten Winkel der Welt die Parole ist, jenem Lande im Herzen Europas die Sicherung seiner elementarsten Lebensrechte noch immer vorenthalten wird, das Freiheit so lange kennt wie wenige andere Länder Europas und das in der Verteidigung dieser Freiheit der ganzen Welt ein Beispiel gab?

Es ist daher leider unsere Pflicht, auch die Budgetdebatte über das Kapitel Äußeres im Bundesfinanzgesetz 1959 dazu zu benutzen, um den vielseitigen Ausdruck tiefsten Be fremdens über die Tatsache zu verstärken, daß Italien dem Südtiroler Volke entgegen dem Sinne und Zwecke des Pariser Vertrages tatsächlich noch immer entscheidende Rechte und einen wirklichen Schutz vorenthält.

Die größte Verletzung des Vertrages — der Herr Abgeordnete Stendebach hat darauf hingewiesen — besteht in der Verschmelzung der Provinz Bozen mit der Provinz Trient zu einer Region und in der dadurch bewirkten Hintansetzung und Majorisierung Südtirols

in Gesetzgebung und Verwaltung. Wir müssen daher auch bei diesem Anlaß eindringlich die Forderung nach Gewährung der Autonomie für Südtirol erneuern, weil nur seine Verselbständigung in Gesetzgebung und Verwaltung den Bestand des Volkstums in Südtirol zu sichern vermag.

Das Schicksal des Südtiroler Volkes war dem ganzen österreichischen Volke immer ein echtes und tiefes Herzensanliegen. Es waren daher auch die Volksvertreter aller politischen Parteien in diesem Hohen Hause im Kampfe um die Rechte des Südtiroler Volkes grundsätzlich stets eines Sinnes. Es ist auch heute wieder durch die Stellungnahme der Sprecher aller Parteien diese erfreuliche Tatsache zum Ausdruck gekommen. Uns Tirolern hat man allerdings manchmal zu unrecht Unduldsamkeit in der Behandlung innenpolitischer Fragen und vor allem außenpolitischer Fragen vorgeworfen.

Die manchmal in etwas schärferer Formulierung und energischerer Tonart erhobenen Forderungen der Volksvertreter aus Tirol für Südtirol haben nicht immer die Zustimmung aller Volksführer in Österreich gefunden. Es ist daher auch heute möglich, daß mein energischer Ruf nach der Autonomie für Südtirol bei manchen Abgeordneten dieses Hohen Hauses Bedenken auslöst. Es könnte in den Herzen mancher Mitglieder des Hohen Hauses die Befürchtung aufsteigen, daß diese meine Forderung tatsächlich vom Geiste der Unduldsamkeit gegenüber dem italienischen Vertragspartner und von einem engstirnigen und unklugen Provinzgeist diktiert ist und daß man den Südtirolern in diesem Zeitpunkte der Gespräche zwischen Österreich und Italien damit einen schlechten Dienst erweisen würde. Durch das Wachrufen der Erinnerung an folgende Tatsachen kann ich diese Auffassung vorweg als ungerechtfertigt nachweisen.

Hören Sie, geschätzte Damen und Herren, mein erstes Gegenargument: Durch das Diktat von Saint-Germain wurde Tirol, das sich in einer tausendjährigen organischen Entwicklung in seinem Volkstum, in seiner Wirtschaft, in seiner Kultur und in seiner Verwaltung zu einer lebendigen und sich ergänzenden Einheit entfaltete, bekanntlich grausam auseinandergerissen. Für uns Tiroler und im besonderen Maße für die Menschen in Osttirol, dem letzten bei Österreich verbliebenen Reste Südtirols, ist das Südtiroler Volk daher im wahrsten Sinne des Wortes Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blute.

Das Schicksal der 250.000 Menschen in Südtirol greift daher den Blutsverwandten in Ost- und Nordtirol tiefer ans Herz, als dies bei den Österreichern in den anderen Bundes-

ländern der Fall sein könnte. Aus dieser Verbindung und aus dem lebensnäheren und mitfühlenderen Einblick in die Sorgen und Leiden und Kämpfe unserer Brüder und Schwestern in Südtirol war und ist den Tirolern auch die Gewissenspflicht auferlegt, im Kampfe um die Freiheitsrechte des Südtiroler Volkes mutige und ausdauernde Vorkämpfer zu sein!

Ich komme zum zweiten Argument: Mit einer Geduld und einer Duldsamkeit, die ohne Beispiel dastehen, haben die Südtiroler nun schon zwölf Jahre lang vergeblich darauf gewartet, daß der Pariser Vertrag seinem Sinn und Zwecke nach endlich Erfüllung findet. Bis heute ist dem Volke von Südtirol mit seiner ausgeprägten tirolischen Wesensart und österreichischen Kultur der vertraglich zugesicherte Schutz vor der Überfremdung und der Unterhöhlung seiner Existenz aber vorenthalten geblieben. Die Südtiroler wurden vielmehr bisher zur bitteren Überzeugung gezwungen, daß es das Ziel der italienischen Politik war, alle wirksamen Schutz- und Hilfsmaßnahmen für Südtirol immer wieder zu verzögern. Sie haben die traurige Gewißheit gewinnen müssen, daß durch eine systematische Arbeit der Weg bereitet werden sollte, der nach der politischen Eingliederung Südtirols in den italienischen Staat die völkische und kulturelle Einverleibung Südtirols in den italienischen Volkskörper herbeizuführen hat. (Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.)

Diese in den letzten Jahren immer klarer zutage tretende Tendenz hat die Führer Südtirols zur Forderung nach der Sonderautonomie gezwungen. Zur Unterstützung dieser Forderung hat die Führung der Südtiroler Volkspartei am 24. November 1958 einem Gesetzentwurf die Zustimmung gegeben, der die Autonomie für Südtirol zum Ziele hat, und sie hat die Abgeordneten des Südtiroler Volkes zum römischen Parlament gebeten, diesen Gesetzesantrag unverzüglich in beiden Häusern des Parlamentes einzubringen. Das Volk von Südtirol kann nun in diesem schweren Kampf um die Autonomie und damit um seinen einzigen wirksamen Schutz vor dem allmählichen Untergang nur bestehen, wenn die österreichische Bundesregierung und das österreichische Parlament diese Forderung Südtirols rückhaltlos unterstützt.

Der Herr Bundeskanzler hat den Vertretern Südtirols in Innsbruck am vergangenen Sonntag die Versicherung gegeben, daß Österreich hinter der gerechten Sache Südtirols stehen und sie mit Nachdruck vertreten wird. Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für dieses Versprechen der vollen Hilfsbereitschaft. Ich fühle mich gedrängt, ihm heute aber auch dafür

Dank zu sagen, daß er schon bei der Bildung der Bundesregierung durch die Schaffung eines Staatssekretariates der ganzen Welt kundtat, daß die gute Lösung der Südtirol-Frage der Staatsführung in Österreich ein vordringliches Anliegen ist.

Daß alle bisher getätigten Einsätze der Tiroler, der verpflichteten Vorkämpfer für Südtirol, in Landtag, Regierung und Parlament nicht vom schädlichen Geiste der Unzulänglichkeit gegen Italien und einem anti-europäischen Provinzgeiste ausgelöst, sondern einzig und allein von der Liebe zu unseren Blutsverwandten in Südtirol und aus der Sorge um ihre ernste Gefährdung diktiert wurden, und wie berechtigt diese Einsätze waren und sind, das hat eine Rede des Obmannes der Südtiroler Volkspartei Dr. Magnago alarmierend geoffenbart, die er am 28. November laufenden Jahres in Innsbruck hielt und in der unter anderem sagte: „Wir Südtiroler waren und sind stets bereit, zu europäischen Lösungen unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen in Ruhe und Frieden zusammenleben und zusammenarbeiten. Wir wollen aber nicht den Frieden des Todes in unserem Volke! In unseren Nöten wird uns die Gewißheit Kraft und Stärke geben, daß Tirol und ganz Österreich hinter Südtirol und seiner gerechten Sache steht.“

Hohes Haus! Es drängt sich mir ein Wunsch noch auf die Lippen: Mögen auch die Führer Italiens es erkennen, daß durch die Zerreibung Tirols vor 40 Jahren ein schreiendes Unrecht begangen wurde und daß die Gewährung der Autonomie für Südtirol eine ganz bescheidene Wiedergutmachung desselben darstellt. Mögen sie es einsehen, daß das internationale Ansehen Italiens durch nichts mehr gewinnen würde als durch diese Tat, die Tat der Gerechtigkeit, welche durch die großzügige Gewährung der Autonomie und mit ihr eines wirklichen Schutzes für das Südtiroler Volkstum vollbracht würde, und die aus dieser Tat wachsende Frucht des Friedens zwischen Südtirol, Tirol, Österreich und Italien wäre aber ein wirksamer Beitrag Italiens zur Förderung seines eigenen inneren Friedens und zum Aufbau einer harmonisch geeinten und von Gott gesegneten Völkergemeinschaft Europas. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Werte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Czernetz: Hohes Haus! In der sehr interessanten großen außenpolitischen Debatte, die jetzt abgeführt wird, sind so ziemlich alle Probleme der Weltpolitik aufgerollt worden. Ich gestehe, daß es mir außergewöhnlich schwerfällt, der Versuchung zu

widerstehen und auf diesem Weg einer allgemeinen Besprechung weltpolitischer Fragen nicht zu folgen. Aber ich glaube, daß man vielleicht stärker, als es in der Debatte bisher geschehen ist, doch die Hauptaufgabe der österreichischen Außenpolitik zu betonen, herauszuarbeiten, zu behandeln hätte. Ich glaube, diese Hauptaufgabe liegt darin, unter Berücksichtigung unserer Neutralitätsverpflichtung die Sicherung, Erweiterung, Verbesserung der Lebensmöglichkeiten Österreichs und seiner Bevölkerung anzustreben. Damit aber, meine Damen und Herren, sind wir bei der brennenden, heute besonders aktuellen Frage der europäischen Wirtschaftsintegration, die ja immer mehr aus einer allgemeinen akademischen Frage zu einer Frage geworden ist, die in den Vordergrund unserer praktischen Regierungspolitik gelangt ist.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs ist eine geschichtliche Tatsache von größter Bedeutung. Der gemeinsame zollfreie Markt der 165 Millionen ist beschlossen und ist im Werden. Wir sollen nicht schweigen darüber, daß erst durch den Rom-Vertrag, erst durch die Bildung dieses gemeinsamen Marktes der Sechs die Frage der weiteren, loseren Gemeinschaft der 17 Mitgliedsstaaten des Wirtschaftsrates von Paris, also die Bildung einer Freihandelszone, aktuell geworden ist. Ist der Vorschlag zur Bildung einer europäischen Freihandelszone älter als der Rom-Vertrag und die Bildung der Sechsergemeinschaft, so ist erst durch die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs die Frage der weiteren Freihandelszone unmittelbar aktuell geworden. Abgeordneter Stendebach hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß ja das ganze Konzept dieser losen Freihandelszone eigentlich falsch ist, daß nur eine solche enge wirtschaftliche Verbindung Sinn hat, eine Zollunion und Wirtschaftsgemeinschaft, die zu einer engen Integration, einer vollen Verschmelzung der nationalen Wirtschaften führt.

Ich will mich jetzt gar nicht über das Prinzip, über die Vorteile und die Zweckmäßigkeit solcher enger Wirtschaftsgemeinschaften unterhalten, sondern ich möchte nur auf eines aufmerksam machen: daß auch von Angehörigen der Sechsergemeinschaft, daß selbst von so führenden Persönlichkeiten wie dem deutschen Wirtschaftsminister Erhard mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Gemeinschaft der Sechs nur dann wirksam im Sinne einer Erweiterung des Handels, nur dann wirksam im Sinne einer Belebung der allgemeinen Wirtschaft Europas werden wird, wenn die Wirtschaftsgemeinschaft ergänzt wird durch den weiteren Rahmen einer Frei-

handelszone, durch die Schaffung eines zollfreien Marktes mit 285 Millionen Menschen. Nicht daß etwa der Sechsermarkt klein wäre. Diese Zollunion und Wirtschaftsgemeinschaft der 165 Millionen hat bevölkerungsmäßig das gleiche Potential wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aber es besteht ja bei der engeren Sechsergemeinschaft und unter den Bedingungen, unter denen sie konkret in Europa entstanden ist, die sehr ernste Gefahr, daß es ein protektionistischer Block wird mit sehr gefährlichen Maßnahmen und Tendenzen einer restriktiven Politik. Hier durchzubrechen und diese Sechsergemeinschaft voll fruchtbar werden zu lassen im Sinne einer Wirtschafts- und Handelsbelebung, ist nur möglich durch die Kombination des engeren Kernes und der weiteren, loseren Gemeinschaft im Rahmen und auf dem Boden des Wirtschaftsrates von Paris, also der OEEC.

Es spielt dabei im Augenblick gar keine Rolle, welche Erwägungen die einzelnen Staaten bei ihrem Entschluß bestimmt haben, wieweit es die Erwägungen und Rücksichtnahmen auf das British Commonwealth of Nations bei dem Vereinigten Königreich waren, wieweit es Rücksichtnahme auf Neutralitätspolitik bei den Schweden, den Schweizern und bei Österreich war, wieweit es verschiedene andere Erwägungen da oder dort gewesen sein mögen. Entscheidend ist, daß wir in Europa mit bestimmten Gegebenheiten zu rechnen haben, daß die sechs Staaten sich sofort entschlossen haben, den Gemeinsamen Markt zu bilden, und daß die anderen sagten: Wir können jetzt nicht oder wollen nicht in diese enge Bindung eintreten.

Ich persönlich habe hier meine Meinung ausgedrückt, und ich möchte es hier nur kurz wiederholen, daß bei einem Zustandekommen irgendeiner Art von Freihandelszone in einer solchen losen Gemeinschaft, um den Kern der Sechs gelegt, nach einer gewissen Zeit mit innerer Gesetzmäßigkeit eine ähnliche Entwicklung eintreten wird wie in der engeren Gemeinschaft und daß wir schließlich am Ende dieser Entwicklung, vielleicht schon am Ende der ganzen Anlaufzeit von zwölf Jahren oder vielleicht später zur Bildung einer weiteren Gemeinschaft kommen werden, die ebenso eng sein wird, mit ähnlichen Institutionen und ähnlichen Maßnahmen wie der engere Rahmen der Sechs.

Aber ich konstatiere, Hohes Haus, daß sich alle 17 Staaten der OEEC einschließlich der Sechs sowie alle fünfzehn Mitgliedsstaaten des Europarates einschließlich der Sechs in Beschlüssen für die Bildung der Freihandelszone ausgesprochen haben. Das hat der Ministerrat der OEEC beschlossen, das ist von der

Beratenden Versammlung des Europarates noch im vergangenen Oktober mit einem Stimmenresultat von 87 Stimmen für gegen zwei Gegenstimmen französischer Abgeordneter beschlossen worden. Nicht die französische Delegation hat dagegen gestimmt. Gerade die französischen Abgeordneten, die Mitglieder der Wirtschaftskommission der Beratenden Versammlung waren, haben nach den Kompromissen, die wir geschlossen haben, in der Versammlung dafür gestimmt, und nur jene, die gar nicht gewußt haben, wieweit wir uns einander angenähert haben, haben in der Versammlung in Straßburg ihre zwei Gegenstimmen abgegeben.

Es ist fast zwei Jahre auf dieser Basis nach den Beschlüssen der OEEC verhandelt worden, seit mehr als einem Jahr ist ein Sonderausschuß unter dem Vorsitz des britischen Ministers Maudling zusammengetreten, der diese Dinge besonders beschleunigt durchzusetzen und durchzuführen hätte. Wir haben in den vergangenen Wochen nun erlebt, daß diese Verhandlungen gescheitert sind. Man liebt nicht überall das Wort „gescheitert“. Es wird Wert darauf gelegt, daß man sagt, die Verhandlungen seien unterbrochen worden. Bitte, sie sind „unterbrochen“ worden.

Man hat bei diesem Bruch den besonderen englisch-französischen Gegensatz in aller Kraft gespürt. Es ist zum Abbruch der Verhandlungen nach einer Rede des französischen Ministers Soustelle gekommen, der in Wirklichkeit gesagt hat: „Wir Franzosen werden einer Freihandelszone nicht zustimmen“. Denn seine Erklärung, Frankreich könne einer Freihandelszone nicht zustimmen, in der es keinen gemeinsamen Außentarif gegenüber Drittländern gibt, bedeutet, daß Frankreich nur einer Zollunion zustimmt, nicht aber einer Freihandelszone, die ja ihrem Wesen nach sich von der Zollunion dadurch unterscheidet, daß die autonomen Außenzölle bei den Mitgliedsstaaten einer solchen Gemeinschaft aufrechtbleiben.

Darauf ist von britischer Seite durch den Vorsitzenden, Minister Maudling, die Verhandlung abgebrochen worden. Es sind heftige Pressevorwürfe da und dort, besonders von den Franzosen und Engländern aufeinander losgelassen worden, aber ich glaube, mit Vorwürfen heute zu kommen ist völlig sinnlos, und ich glaube, daß wir auch hier sagen sollen: Es ist sehr erfreulich, daß bei den Verhandlungen im britischen Unterhaus am 11. November, also noch vor dem endgültigen Abbruch, aber als die Situation schon ziemlich klar war, eine ruhige, freundliche, versöhnliche Stimmung geherrscht hat und nach dem offiziellen Bericht aus dem britischen Unterhaus doch

der Schluß zulässig ist, daß man sich von der Seite weiter bemühen wird, eine Lösung zu finden.

Die Lage, die wir jetzt am 1. Januar 1959 vorfinden, ist alles eher denn erfreulich. Meine Damen und Herren, am 1. Januar senken die sechs Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft untereinander die Zölle um 10 Prozent. Sie werden gleichzeitig die Kontingente für die Einfuhren untereinander erhöhen, während für die nicht der Gemeinschaft angehörigen Staaten, also auch Österreich, gewisse Schwierigkeiten entstehen.

Wir wollen die Dinge nicht dramatisieren. Überschätzen wir nicht die 10prozentige Zollsenkung in dem ersten Stadium. Wenn es einen Zoll bei irgendeiner Warengattung von 30 Prozent vom Wert gibt, ist das eine Reduktion um 3 Prozent. Es werden also diese Zölle jetzt statt 30 Prozent 27 Prozent sein; das ist nicht so schlimm, das ist vorläufig erträglich. Das Unangenehme dabei ist, daß es der Beginn eines Prozesses ist, der schließlich nach zwölf Jahren zur völligen Beseitigung dieser Innenzölle mit der schweren, wirksamen, gefährlichen Diskriminierung aller Außenseiter, also auch unseres Landes, führt.

Jetzt aber schon, meine Damen und Herren, ist die Erhöhung der Einfuhrkontingente unter den sechs Staaten und keine Erhöhung der Einfuhrkontingente gegenüber den anderen eine viel ernstere und unangenehme Sache als selbst die Zollherabsetzung um 10 Prozent. Das ist eine Diskriminierung der anderen, es ist eine schlechtere Behandlung der anderen, es ist ein Schritt, der dem Abkommen der OEEC widerspricht. Es ist ein Schlag gegen die Grundsätze des europäischen Wirtschaftsrates und diesen Vertrag. Man liebt das Wort Diskriminierung nicht, und besonders Präsident Hallstein betont immer wieder, es handle sich nicht um eine Diskriminierung, sondern um eine Differenzierung, aber es scheint mir, daß das bloß ein Spiel mit Worten ist. In Wirklichkeit ist es eine differenzierte Behandlung der Außenseiterstaaten, die diskriminiert, die schlechter behandelt werden.

Die Bemühungen um die Fortführung der Verhandlungen gehen weiter. Aber zunächst einmal ist eine Voraussetzung dafür, daß diese Diskriminierung mindestens gemildert wird. Es ist seit langem als Vorschlag des Präsidenten der Europäischen Kommission, des früheren deutschen Staatssekretärs Hallstein, bekannt, daß die 10prozentige Zollsenkung auf alle OEEC-Länder ausgedehnt werden soll. Die drei Benelux-Staaten haben den Vorschlag jetzt erweitert und sagen, die 10prozentige Zollsenkung soll von den sechs Staaten der Gemeinschaft freiwillig und

einseitig für alle Länder des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, also des GATT, gegeben werden, aber die Kontingenterhöhung auch für die OEEC-Länder, sodaß also zunächst dem Benelux-Vorschlag entsprechend diese Diskriminierung gemildert, vielleicht sogar für die erste Etappe beseitigt werden könnte.

Präsident Hallstein hat die Hauptstädte der sechs Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besucht. Er scheint Übereinstimmung hergestellt zu haben. Das Treffen de Gaulle—Adenauer scheint, soweit man es beurteilen kann, auch in diesem Punkt Möglichkeiten einer Verständigung gezeigt zu haben. Nächsten Mittwoch findet in Brüssel eine Ministerratssitzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft statt, von der man erwartet, daß eine einjährige Übergangslösung auf der Linie des Benelux-Vorschlags gefunden wird: also 10prozentige Zollsenkung der Sechsgemeinschaft für alle GATT-Staaten und eine Kontingentaufstockung um 20 Prozent für alle OEEC-Staaten. Das ist etwas, was man annimmt, was man keineswegs mit Sicherheit sagen kann, aber das ungemein große Interesse der deutschen Bundesregierung zeigt sich allein schon darin, daß die Delegation der deutschen Bundesregierung zu der Ministerratssitzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel in der nächsten Woche aus dem Wirtschaftsminister Erhard, dem Außenminister Brentano, dem Finanzminister Etzel und auch noch dem Atomminister Balke bestehen wird. Jedenfalls die für Wirtschaft und Außenpolitik sehr entscheidenden Ministerien werden bei diesen Beratungen vertreten sein.

Aber, Hohes Haus, das ist eine Übergangslösung, nicht mehr als eine Übergangslösung. Und sowohl die Schweizer wie die deutsche Presse, sowohl die „Neue Zürcher“ wie das „Berliner Handelsblatt“ sagen, daß man bei der Übergangslösung zwar eine Milderung der Diskriminierung haben wird, aber wenig Konkretes über die Zukunft erfährt. Es ist bemerkenswert, daß etwa die „Frankfurter Allgemeine“ davon spricht, daß es eine Verlegenheitslösung ist und daß Bonn mit außerdentlicher Bitterkeit auf diesen französischen Torpedo gegen die Freihandelszone reagiert hat. Aber es ist gar keine Frage: Es wäre auch diese Verlegenheitslösung, diese Milderung der Diskriminierung im Augenblick besser als gar nichts.

Die Basis für die weiteren Verhandlungen — darüber sollen wir uns keiner Täuschung hingeben — ist schmal. Die Europäische Kommission der EWG unter der Leitung des Präsidenten Hallstein soll bis 1. März weitere Ver-

handlungsvorschläge ausarbeiten. Aber man sagt allgemein: Es wird kein Zurück zum britischen Plan der Freihandelszone geben. Man meint, das ist erledigt. Man spricht vielleicht von Zollherabsetzungen im Rahmen der OEEC, vielleicht von einem europäischen Präferenz-zollsystem, wobei man sofort in Widerspruch mit dem GATT gerät und das Problem entsteht, ob man das GATT revidieren oder einfach negieren wird. Im Kreise der Sechs gibt es Stimmungen, die sagen: Wir gehen unseren Weg und scheren uns einfach nicht um das GATT!, während andere sagen: Nein, wir müssen eine entsprechende Revision des GATT-Vertrages herbeiführen!

Auf der anderen Seite haben die übrigen OEEC-Staaten, und zwar die industriellen OEEC-Staaten, nicht eingerechnet die agrarischen oder, wie man es manchmal auch sagt, weniger entwickelten, ungenügend technisch ausgerüsteten Staaten, wenn man das Wort „unterentwickelte Länder Europas“ vermeiden will, haben diese industriellen Partner der übrigen Elf jetzt gerade eine Experten- und Beamtenkonferenz in Genf abgehalten. Man will sich einigen über Grundsätze eines gemeinsamen Vorgehens, aber ich glaube, wir sollen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß auch bei den kommenden Verhandlungen, auch wenn es relativ gut gehen wird, wenn die Übergangslösung am 1. Januar getroffen wird, die Verhandlungen über irgend eine Ersatzlösung vor den gleichen sehr ernsten und schweren Problemen stehen werden, die in den letzten zwei Jahren eine Lösung eigentlich unmöglich gemacht haben.

In den Verhandlungen, in den lange hingezogenen Verhandlungen um die Freihandelszone hat sich bereits eine ganze Reihe von Annäherungen ergeben, die man doch nicht unterschätzen soll. Man hat anfangs gemeint, daß über die Frage der Landwirtschaft alles zum Scheitern kommen wird, weil die Engländer sagten, die Landwirtschaft darf nicht einbezogen werden. Aber in der Frage der Landwirtschaft ist man sich eigentlich am nächsten gekommen. Die Engländer haben zugestanden, daß man ein Sonderstatut für die Landwirtschaft schafft, das ähnlich dem Landwirtschaftsstatut des Gemeinsamen Marktes der Sechs ist, wobei ich nur mit einem Bedauern dazu sagen muß: Die Einigung ist darum so verhältnismäßig leicht erfolgt, weil kein Mensch, weder hüben noch drüben, an einen Freihandel auf dem Gebiete der Landwirtschaft denkt, sondern es war nur der Versuch, ein protektionistisches System auf diesem Gebiet zu schaffen mit irgendwelchen vernünftigen Entwicklungsmöglichkeiten einer neuen europäischen Arbeitsteilung in der Zukunft.

Man hat Annäherungen in der Frage der Institutionen einer Freihandelszone gefunden, man hat Annäherungen gefunden in der Frage der unterentwickelten rückständigen südeuropäischen Gebiete, man hat Annäherungen gefunden in bezug auf das Zahlungssystem in der Freihandelszone, und auch die Frage des Namens, woran sich die Franzosen anfangs so sehr gestoßen haben, ist längst kein Problem mehr. Man hat den Namen Freihandelszone ja überhaupt nur gewählt, weil man Freihandelszonen im GATT-Vertrag so wie Zollunionen erwähnt hat. (Abg. E. Fischer: Jetzt spricht man schon von einer Kuhhandelszone!) Ja, das wird sogar gesagt, das ist absolut richtig, Kollege Fischer, und gehört mit zu den sehr unangenehmen ernsten Dingen, über die wir zu reden haben. Es würden sich wahrscheinlich die Tschechen und die Polen wünschen, an dem Kuhhandel beteiligt zu sein, denn sie sind in der Sklavenhandelszone, und das ist viel schlimmer. (Beifall bei der SPÖ.) Die Frage des Namens ist gelöst, man spricht nicht von einer Freihandelszone, sondern von einer europäischen Wirtschaftsassoziation, aber es gibt immer noch sehr große Schwierigkeiten, das ist keineswegs zu leugnen.

Ich will Sie, meine Damen und Herren, nicht mit technischen Details im Plenum aufhalten, wir haben im Budgetausschuß darüber gesprochen. Ich will nur eines sagen: Ob es die Frage der Ursprungszertifikate ist, also der Feststellung, woher ein aus überseeischen Ländern kommendes Produkt tatsächlich hergekommen ist, ob es in einem der Länder der Freihandelszone erzeugt wurde und daher zollfrei in die Gemeinschaft der Sechs eintreten kann oder anderswoher kommt, diese Frage läßt sich technisch lösen. Es ist nicht schön, wenn man Waren mit einem Steckbrief versieht, der ihnen nachläuft und sie überall begleitet. Das kann zu einer Überbürokratisierung führen, das ist richtig. Es wird jetzt gerade von der Sechsergemeinschaft in fünf Gruppen untersucht, wie man das lösen kann. Ich persönlich stimme denen zu, die sagen: Das ganze Problem des Ursprungs wird sich am Ende lösen lassen mit zwei Maßnahmen, nämlich mit möglichst niedrigen Zöllen und einer Annäherung des Zollniveaus, was man mit einem schönen Wort Harmonisierung nennt. Mich schreckt das Wort Zollunion nicht ab. Wenn man es jetzt nicht beschließen kann, so wird auf dem Wege von Zollreduktionen auch nach außen hin, auch Drittländern gegenüber, das Problem schließlich gelöst werden können. Es ist nicht lösbar außer mit der Gewaltformel der gemeinsamen harmonisierten Außenzölle wie in der Sechsergemeinschaft. Wenn man auf der einen Seite turmhohe Mauern wie die Franzosen und auf der anderen

Seite niedrige Zölle wie etwa die Holländer oder andere Länder wie etwa die Schweiz oder Norwegen hat, dann muß man mit einer Gewaltlösung kommen. Aber wenn man an sich die Außenzölle heruntersetzt, wenn man niedrige Zölle hat, so ist eine Anlehnung und Annäherung wesentlich leichter zu finden.

Es ist natürlich auch die Frage aufgetaucht: Wie verhalten sich die Mitglieder einer solchen Assoziation, also einer Freihandelszone gegenüber anderen Ländern? Und da wurde gesagt: Was passiert denn, wenn etwa die Skandinavier, die drei skandinavischen Mitgliedstaaten des Wirtschaftsrates, eine Zollunion mit Finnland machen und dadurch finnische Güter zollfrei in die skandinavische Gemeinschaft und von dort zollfrei in die übrigen europäischen Staaten kommen? Und man meint, wenn es hier zu einer Schädigung anderer komme, dann müsse man eine vorherige Übereinstimmung herstellen. Ich glaube, daß ein solcher Wunsch durchaus berechtigt ist, gegen ihn kann man sich nicht stellen.

Interessant ist in dem Zusammenhang nur, wie unlösbar Probleme werden, wenn man sie dogmatisch prinzipiell übersteigert. Wenn man nämlich sagt, wie es die Engländer am Anfang taten: Nur Freihandelszone unter voller uneingeschränkter Wahrung unserer Souveränität!, oder wie die Franzosen: Nur eine Gemeinschaft mit Aufgabe der Souveränität!, dann stürzt man über das Problem.

Es wird nur lösbar sein in Form eines Kompromisses, wenn man nämlich bereit ist, zu sagen, man verzichtet freiwillig auf die Ausübung seiner vollen Souveränität und konsultiert die andern Partner einer Gemeinschaft, auch dann, wenn man nicht vom Standpunkt der Souveränität aus, die man nicht aufgegeben hat, dazu gezwungen wäre, damit man überhaupt mit ihnen kooperieren kann. Ich glaube, auch hier sind Kompromißlösungen möglich. Ob es sich jetzt um einen Code für gutes Verhalten oder um klare, strenge, fixe Regeln handelt: Kompromisse sind möglich; sie sind möglich in den Abstimmungsfragen, in den Institutionen, sie sind auf jedem Gebiet möglich.

Und das, meine Damen und Herren, scheint mir das Entscheidende zu sein. Es sind auf allen Gebieten, die hier zur Diskussion stehen, Kompromisse von den Experten als möglich aufgezeigt und im einzelnen vorbereitet worden. Allein entscheidend ist der politische Wille. Will man eine größere, weitere Handels- und Wirtschaftsgemeinschaft der 285 Millionen Menschen der freien Staaten Westeuropas, oder will man einen kleinen protektionistischen Block haben? Das ist in Wahrheit die Frage.

Ich leugne nicht, daß die Franzosen in furchtbaren Schwierigkeiten sind. Es wäre töricht, wenn wir nicht verstehen und nicht anerkennen würden, daß Frankreich alle Anstrengungen unternehmen muß, jetzt in diesen Jahren mit einer Industrie mit hohen Produktionskosten und geringer Konkurrenzfähigkeit, mit dem algerischen Krieg und dem Umsturz jetzt in Algerien und im Mutterland selbst, mit dem Referendum, dem Plebisitz, der Wahl, und allen diesen Dingen, zu denen ich in diesem Zusammenhang nicht Stellung nehmen will. Ich erspare es mir, in dem Zusammenhang zu sagen, ob es gut oder schlecht ist; es ist für uns europäische Nachbarländer, möchte ich sagen, ein Faktum, daß die Franzosen die schwersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben bis zu einer schlechenden Inflation, die sich das ganze Jahr hingezogen hat, und außerordentliche politische Schwierigkeiten jetzt noch dazubekommen haben. Daß sie dabei zögern, sich an solchen Gemeinschaften zu beteiligen, ist begreiflich.

Ich hätte nur nicht wie Kollege Stendebach die französischen Argumente dabei übernommen, wenn er sagt: Ja, die Engländer wollen alle Vorteile des Gemeinsamen Marktes und dazu noch ihr eigenes Präferenzsystem. Ich zweifle nicht daran, daß gerade die Engländer, die anfangs die größten Schwierigkeiten gemacht haben, jetzt bereit sein werden, auch auf dem Gebiete Kompromisse zu schließen. Die Engländer haben ja dauernd die Franzosen gefragt: Sagt uns doch endlich den Preis für das Kompromiß!, und die Franzosen haben den Preis nicht gesagt. Die Schwierigkeit war, daß keine Basis für ein Kompromiß gegeben war, und der wirkliche englisch-französische Gegensatz ist der Gegensatz zwischen einem relativen Freihandelssystem, das die Engländer wollen, und einem streng protektionistischen System, das die Franzosen erhalten wollen.

Wir sehen, daß die Hauptgegner der weiteren europäischen Gemeinschaft der Freihandelszone die französischen Großindustriellen sind, das Patronat Française, und sosehr ich es bedauere, wenn manche meiner Parteifreunde in Frankreich die Argumente des Patronat Française übernehmen, so halte ich es auch nicht für zweckmäßig, daß ein Freiheitlicher in Österreich die Argumente der französischen Protektionisten übernimmt; auch das ist nicht unbedingt notwendig. Ich meine, daß hier die entscheidenden Schwierigkeiten sind, und ich bin einfach nicht imstande, vorauszusehen, ob es auf dem Gebiete möglich sein wird, ein Kompromiß zu erzielen, ob es vor allem der deutschen Bundesrepublik möglich sein wird, die Franzosen, mit denen sie jetzt

in der engen Verbindung des Sechsermarktes stehen, zu veranlassen, ein Kompromiß mit den übrigen europäischen Staaten zu schließen.

Ich kann das nicht beurteilen, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir in der Wirtschaftskommission des Europarates am Ende sogar mit Zustimmung der französischen Mitglieder und der Zustimmung der Versammlung, mit Ausnahme von zwei Stimmen, die ungeheuren Gefahren des endgültigen Scheiterns der Bemühungen um die Freihandelszone ausgesprochen haben.

Ich muß hier nicht sagen, daß wir Österreicher nicht drohen. Wir drohen niemandem; wir können niemandem drohen und haben auch nicht die Absicht, es zu tun. Aber ich glaube, wir haben allen Grund, zu warnen und hier die Warnungen des Europarates und auch die Warnungen, die im Rahmen der OEEC ausgesprochen worden sind, zu wiederholen. Wir warnen vor den Gefahren eines europäischen Handels- und Zollkrieges zwischen den Sechs und den anderen, allen anderen oder einzelnen. Wir warnen davor, daß man diesen Handelskrieg auf das Gebiet der Einfuhrkontingente überträgt, weil das das Ende der Liberalisierung und die Zerstörung alles dessen ist, was man zehn Jahre lang im Rahmen des Wirtschaftsrates der OEEC aufgebaut hat. Wir warnen vor der Gefahr einer Schrumpfung des inner-europäischen Handels und der Gefahr einer Konjunkturabschwächung von der Seite der Handelseinschränkung.

Ich möchte mit aller Klarheit wiederholen, was wir den anderen im Europarat gerade als Österreicher mit aller Entschiedenheit gesagt haben: Wenn Engländer und Franzosen besonders miteinander ins Streiten gekommen sind, dann handelt es sich hier nicht um einen englisch-französischen Gegensatz. Denn es soll klar ausgesprochen werden: Wenn die Engländer auf eigene Faust vorgehen, dann kriegen sie einen Assoziationsvertrag mit der Sechsergemeinschaft, der wahrscheinlich günstiger ist, als eine multilaterale Vereinbarung im Rahmen der OEEC für sie jemals sein könnte. Es handelt sich um die Gefahr für die kleinen Länder Europas, es handelt sich um die Gefahr für Österreich, für Dänemark, für die Schweiz, auch für die reiche Schweiz, die handelspolitisch diskriminiert werden könnte. Und was wir den Franzosen besonders gesagt haben, ist, daß niemand ein Recht hat, in Europa in dieser außerordentlich schweren Lebenslage, in der wir uns befinden, uns vor den Kopf zu stoßen, uns das Leben zu erschweren, uns zu den ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Problemen, die an sich gegeben sind, noch zusätzlich Probleme und Schwierigkeiten zu schaffen.

Ich möchte nur erwähnen, daß ja die Sprengung der Europäischen Zahlungsunion in der Luft hängt. Die Schweizer haben jetzt erklärt, sie machen von der Kündigungsklausel noch nicht Gebrauch, sie behalten es sich vor, sie geben der Sechsergemeinschaft noch ein paar Monate Zeit: Wird etwas zustande kommen oder nicht? Aber wir müssen uns klar sein, was das heißt, und ich fürchte, daß über das, was wir im Europarat ausgesprochen haben, die europäische Öffentlichkeit sich noch nicht voll bewußt ist. Das gilt auch für unser Land. Was sagt es einem im allgemeinen, wenn man hört, die Europäische Zahlungsunion sei bedroht? Das heißt Rückfall in die Methode der bilateralen Zahlungsbedingungen, das bedeutet die Störung eines allgemeinen europäischen Handels auf der Basis der allgemeinen mehrseitigen, multilateralen Zahlungsbedingungen! Unterschätzen wir diese Gefahr nicht, die man dann, ob man Geschäftsmann ist oder ob man Arbeiter oder Angestellter ist, am Ende sehr bald zu spüren bekommen kann, auch wenn man heute die Dinge, weil sie so kompliziert und fachlich sind, vielleicht nicht ganz versteht. Aber die Herren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wären nicht sehr weise, wenn sie unterschätzen würden, wie groß die Gefahren für sie selbst sind. Wenn etwa die Europäische Zahlungsunion durch eine Kündigung der Schweizer oder der Engländer zum Zusammenbruch kommt, dann wird man für die Sechsergemeinschaft eine eigene Zahlungsunion machen müssen, und finanzieren werden das wahrscheinlich die Deutschen müssen, die Bundesrepublik, die der stärkste Faktor der Sechsergemeinschaft ist. Das wird den Deutschen nach den Opfern, die sie im Rahmen der Sechsergemeinschaft gebracht haben, nicht leichtfallen.

Täuschen wir uns doch über etwas anderes nicht! Die sechs Staaten haben einen jährlichen Exportüberschuß in die anderen OEEC-Länder von 1.200 Millionen Dollar. Unter Handelsschwierigkeiten und unter einem Handelskrieg, der als drohende Gefahr auftaucht, würde die Sechsergemeinschaft, aber in ihr vor allem die Bundesrepublik, zu leiden haben, nämlich unter der Schwierigkeit, den weiten, den ausgedehnten Handel aufrechtzuerhalten und bei diesem Exportüberschuß zu bleiben.

Wir täuschen uns auch nicht, daß Gefahren darin zu sehen sind, daß bei einer solchen Entwicklung auch die für Europa und die Welt so wichtige deutsch-französische Annäherung und deutsch-französische Freundschaft in Gefahr gerät, weil man in Deutschland, wo man heute voll und ganz für die Verständigung mit Frankreich eintritt, auf die Dauer nicht

begreifen wird, warum man Opfer um Opfer zu bringen habe für eine rückständige protektionistische Politik.

Schließlich möchte ich sagen: Kein geringerer Zeuge als die angesehene britische Wirtschaftszeitung, „Financial Times“ hat ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Gefahr einer protektionistischen Blockentwicklung bei den Sechs, wenn sie nicht die Ergänzung in der Freihandelszone finden, zu den unangenehmsten, gefährlichsten und folgenschwersten Erscheinungen gehören könnte.

Zu dem — ich erwähne es nur kurz — gehören politische Gefahren. Ob es jetzt das Blatt meiner deutschen Parteifreunde, der „Vorwärts“ der SPD ist oder ob es englische Blätter sind oder Schweizer und andere deutsche Blätter, man betont, daß es für den Bestand des Europarates Gefahren gibt, Gefahren, über die man sich nicht leichtfertig hinwegsetzen soll. Nicht einmal die Herren der kommunistischen Opposition sollten das tun; denn sie haben sehr willig für die Konvention der Menschenrechte gestimmt, offenbar in der Erkenntnis, daß so etwas ein Instrument sein kann, das vielleicht auch ihnen einmal zugute kommen könnte. (Heiterkeit.)

Der Europarat ist weit über das, was die Beratende Versammlung an sich in den Grenzen, in den engen Schranken und den Fesseln des Statuts von heute leisten kann, doch zu einer großen moralischen Kraft der öffentlichen Meinung Westeuropas geworden. Er ist doch das einzige parlamentarische Forum Europas, das sich nicht nur mit dieser oder jener kleinen Handels- oder Wirtschaftsfrage befassen kann, wie es bisher im Montanunion-Parlament ist und wie es wahrscheinlich mehr oder weniger auch bei der parlamentarischen Versammlung der Sechsergemeinschaft sein wird.

Aber es wird aufmerksam gemacht, daß selbst der westatlantischen Militärverbindung, selbst der NATO, ernste Gefahren drohen können. Man soll auch das nicht unterschätzen, und ich muß hier politisch nicht näher ausführen, daß wir als Neutrale der Militärverbindung fernstehen, aber als Neutrale im Herzen Europas am Eisernen Vorhang lebend zu schätzen wissen, wie wichtig die Balance, das Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ist. Das ist auch für uns Neutrale eine wesentliche Frage.

Meine Damen und Herren! Wir unterschätzen auch nicht die Wirkung auf den Osten selbst, der nicht dabei ist, der nicht mitmachen kann. Aber die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs schauen auf das, was wir in Westeuropa tun. Und wir haben es hier in den Tagen der ungarischen Revolution erlebt, wie die Männer von drüben kommend,

noch vor dem Ende dieses Freiheitskampfes, noch vor dem Massaker der fremden Truppen und der eigenen Konterrevolutionäre des Kádár, wie damals die Männer des frei werden den Ungarns uns sagten: Wir wollen neutral sein wie ihr, und wir wollen an Europa, am Europarat teilnehmen so wie ihr Österreicher!

Drüben, jenseits des Eisernen Vorhangs, in Warschau, in Prag und in Budapest, wird man die technischen Schwierigkeiten bei den Freihandelszonenverhandlungen wahrlich nicht berücksichtigen und würdigen können. Man wird kein Verständnis haben für die großen Prinzipien zwischen der vollen Wahrung der Souveränität im Rahmen einer losen Gemeinschaft und dem Souveränitätsverzicht im Rahmen der engeren Gemeinschaft. Diese technischen, prinzipiellen und doktrinären Aus einandersetzungen werden die leidenden Menschen drüben nicht verstehen, sondern sie blicken angstvoll auf den freien Westen, wie wir unter faschistischen Diktaturen auf die freien Länder geblickt haben. Obwohl es andere Länder, andere Nationen waren, war das Geschehen bei ihnen das Muster, die Verheißung, die Hoffnung für die, die selbst unter einer Diktatur schmachteten.

Erwägungen, meine Damen und Herren, was wir tun sollen, wenn diese Verhandlungen in den ersten Monaten des nächsten Jahres scheitern sollten, möchte ich nicht anstellen. Ich halte sie nicht für zeitgemäß. Ich stimme der Londoner Zeitung „Times“ zu, die der Meinung ist, man soll jetzt nicht über Vergeltungsmaßnahmen oder einen eigenen Sechserblock oder über bilaterale Verhandlungen oder eine einzelne Assoziation sprechen, sondern ich glaube, das Entscheidende, die Aufgabe des Tages ist es, vom Standpunkt der Regierung aus im Rahmen der OEEC und im Ministerrat des Europarates sowie vom parlamentarischen Boden aus über den Europarat die größten, die allergrößten Anstrengungen zu machen, um eine für alle erträgliche und für alle vorteilhafte Lösung zu erzielen, irgendeine Art loserer Wirtschafts assoziation, um den engeren Kern der Wirtschaftsgemeinschaft gelegt.

Es mahnen uns interesseranterweise nicht nur amerikanische Blätter, sondern es warnen auch englische Blätter wie etwa der angesehene „Manchester Guardian“ vor einer Überspitzung der Dinge, und sie sagen, es wäre eine Torheit, jetzt in Feindseligkeiten allgemeiner Art zu verfallen. Wir müssen erkennen, daß ein Wirtschafts-, Handels- und Zollkrieg in Westeuropa Schaden für die Sechsergemeinschaft, aber auch Schaden für alle anderen brächte. Vergessen wir nicht, so sehr wir mit den anderen jetzt ringen und wir mitwirken im Rahmen der anderen Sechs,

die durch Beobachter doch zu einem Forum der anderen Elf in Genf geworden sind, um eine Form gemeinsamer Verhandlungen und ein gemeinsames Resultat zu finden, daß wir im gleichen Boot sitzen! Und Handels- und Wirtschaftskrieg würde heißen, daß die einen Sechs und die anderen Sechs nach verschiedenen Seiten zu rudern anfangen. Das würde weder jenen noch diesen irgendwie dienen. Zur tragischen Spaltung Europas in einen Osten und einen Westen käme noch eine Zersplitterung des freien Westeuropa, die heller Wahnsinn wäre.

Daher keine Rede über das, was wir tun, wenn das scheitert, sondern die größten Anstrengungen, um ein Kompromiß herbeizuführen. Alle Opfer werden kleiner sein als die Kosten eines Scheiterns und die Kosten eines innereuropäischen Wirtschaftskrieges.

Wir sind für diese europäische Wirtschaftsintegration, aber nicht nur, um zu verhindern, daß etwas ohne uns und gegen uns geschieht, sondern wir haben allen Grund, für eine solche europäische Wirtschaftszusammenarbeit zu sein, weil sie an sich für die Menschen, und ich möchte von meinem Parteistandpunkt aus sagen, für die arbeitenden Menschen von größter Bedeutung und von größtem Interesse ist. Ich habe im Zentralorgan der Kommunistischen Partei, in der „Volksstimme“, vor kurzem gelesen, daß sie über die „Freieutezone“ reden und dabei unter anderem erklären, wohin das führen könnte: „Das haben wir ja bei der Einfuhr liberalisierung schon gesehen, nämlich die auswärtige Konkurrenz ist nicht mit den Mitteln des preislichen Wettbewerbs gekommen, und im Zeichen der Freihandelszone wird es keineswegs Senkungen der Preise geben können.“

Ich habe nicht angenommen, daß die Herren von der Kommunistischen Partei so wenig die Entwicklung in Österreich und in Europa verfolgt haben, daß sie so etwas sagen können. Bedenken sie nicht und sehen sie nicht, daß die Einfuhr liberalisierung ja gerade durch die Hochschutzzollpolitik wettgemacht worden ist, daß jahrelang im Rahmen der OEEC gesagt wurde: die ganze Liberalisierung wird zum Teil hinfällig dadurch, daß neue Zollmauern aufgerichtet werden, und wenn zur Liberalisierung jetzt noch ein Abbau der Zölle kommt, dann bedeutet das die Möglichkeit einer wirklichen Preissenkungspolitik, die im Zusammenhang mit der Wettbewerbssicherung auch noch die Einschränkung und Beseitigung nationaler und internationaler Kartelle zu einer zwingenden Notwendigkeit macht? Daß das die österreichischen Kommunisten nicht sehen, ist vielleicht erstaunlich, erfreulich ist, daß etwa die jugoslawischen Kommunisten ... (Abg. Koplenig: Wir hören nur auf Ihren Sirenen-

gesang!) Ich bin mir dessen nicht bewußt, daß ich eine Sirene bin, daß ich in Ihren Ohren so laut töne, freut mich jedenfalls. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß das die jugoslawischen Kommunisten sagen, deren Organ der Herr Koplenig sicherlich gelegentlich auch liest, denn ganz auf dem Index steht es ja nicht immer, das wechselt ja von Woche zu Woche. (*Heiterkeit.*) Jedenfalls finden wir in einem Artikel der offiziellen Zeitschrift „Internationale Politik“ den Hinweis darauf, wie ernst, wie wichtig die westeuropäische Wirtschaftsintegration ist. Die jugoslawische kommunistische Partei und Regierung legt sich nicht auf Westeuropa fest, sie versucht wirtschaftlich zwischen den einen und anderen zu lavieren und zu vermitteln, aber sie betont ganz besonders die Wichtigkeit, die bisherigen Resultate und auch die weitere Bedeutung einer solchen westeuropäischen Wirtschaftsintegration.

Wir haben, meine Damen und Herren, das denkbar größte Interesse, wirtschaftshemmende Zollschränke zu beseitigen, wir haben das denkbar größte Interesse, günstigere Bedingungen des Wettbewerbs im Ringen um die Preissenkungen zu erlangen, die nicht automatisch kommen, aber erst kommen können, wenn man die Faulbetten des Protektionismus beseitigt.

Wir wissen, daß im Rahmen eines größeren zollfreien Marktes in einem größeren Wirtschaftsgebiet die technische Entwicklung sich entfalten kann, die Automation, die Serienherzeugung, die Typenvereinheitlichung, die Spezialisierung, eine allgemeine Rationalisierung und eine neue internationale europäische Arbeitsteilung unter sinnvoller Berücksichtigung der geeigneten Standorte für die Industrie, aber auch eine bessere, erstmals wirksam werdende Planung des Energiewesens und des Verkehrswesens. Und gerade wir in Europa wissen, wie wir auf diesen beiden Gebieten die Kooperation als eine dringende Notwendigkeit zu erkennen haben. Auf diesem Weg sind gewaltige Produktivitätssteigerungen möglich. Vergessen Sie doch nicht, meine Damen und Herren, daß die europäischen Arbeiter, so tüchtig wie ihre amerikanischen Kollegen, die europäischen Erfinder, Ingenieure, Konstrukteure, so tüchtig wie ihre amerikanischen Kollegen, nicht imstande sind, in Europa eine Produktivität zu erzielen, die mehr ausmacht als 25 Prozent jener Produktivität, die es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt! Wir sind in der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Erzeugung der zum Leben notwendigen Güter, in der Hebung des Lebensstandards behindert durch die Politik der Klein- und Kleinststaaterei, durch die gegenseitige nationalstaatliche Abwägung, die wir in Europa betreiben.

Wir haben also ein Interesse daran, diese veralteten Schranken, diesen Anachronismus wirtschaftlicher Mauern und Zollschränke zu beseitigen. Wir wissen, daß das möglich ist. Wir appellieren daher — und ich glaube, das ist nicht die Frage einer Partei oder eines Redners, ich glaube, das ist eine Angelegenheit dieses Hauses — an die Großstaaten Europas und sagen ihnen: Hört endlich auf, auf Kosten der kleinen Völker Europas zu streiten! Wir haben an die Briten zu appellieren, daß sie ihre eigenen Interessen zunächst noch zurückstellen und nicht abspringen, sondern die Solidarität der anderen halten sollen.

Aber ich möchte auch sagen: Unser Appell muß sich besonders an Frankreich richten, an Frankreich, mit dem uns so viel gefühlsmäßig verbindet, an Frankreich, dessen Leid wir heute mitleiden, dessen Krise uns erschüttert und dessen Zukunft uns mit Sorge erfüllt. Ich kann leider dem Optimismus des Kollegen Tončić in bezug auf Frankreich nicht ganz beitreten. Aber ich will mich jetzt nicht über die französische Innenpolitik und die französische Außenpolitik auslassen, ich will nur sagen: Wir leiden mit ihnen und empfinden ihre Schwierigkeiten mit, aber wir richten darum besonders unseren Appell an Frankreich und wir sagen den Franzosen: Vergeßt nicht die kleinen europäischen Nationen! Stoßt die Engländer nicht in einen insularen Isolationismus hinein in einer Zeit, in der die Engländer langsam — langsam! — zu erkennen beginnen, daß sie Europäer sind. Es ist ohnehin schwer, 20 Meilen jenseits des Ärmelkanals draufzukommen. Aber jetzt, wo die Engländer schon draufkommen, da soll man sie vom Kontinent aus nicht vor den Kopf stoßen. Und wir bitten unsere französischen Freunde: Handelt europäisch! Erkennt eure Verantwortung für Europa!

Wir können den Franzosen nicht Ratschläge geben, aber wir können Wünsche, Vorstellungen, Ideen äußern, und ich möchte sagen: Was mir vorschwebt, ist eine nationale Größe Frankreichs nicht im Alleingang, in der Abschließung, sondern in der Gemeinsamkeit mit allen europäischen Nationen.

Und ich sehe unsere Aufgabe, Hohes Haus, in Österreich darin — vielleicht ist das Wort Mission zu stark —, Mahner, Mittler zu sein.

Ich beklage es, daß wir leider aus wirtschafts- und zollpolitischen Gründen nicht eng genug mit der Schweiz zusammenarbeiten können. Nicht daß wir etwa in Konflikt mit der Schweiz sind, aber das Zollniveau der beiden Staaten ist leider so verschieden — ich beklage dabei unser hohes Zollniveau und beneide die Schweiz ihres niedrigen wegen —,

daß wir da Schwierigkeiten einer koordinierten wirtschaftspolitischen Handlungsweise haben. Aber soweit es möglich ist, sollen wir mit ihnen kooperieren und sollen daran arbeiten, die Schwierigkeiten, die Hindernisse zu überwinden.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch etwas zu den Schwierigkeiten sagen. Kollege Stendebach hat gesagt, die Schwierigkeiten liegen nicht bei den Völkern, sondern bei den Regierungen. Ich denke nicht daran, die Regierungen der europäischen Staaten ex offo zu verteidigen. Aber ich habe fast den Eindruck, und ich glaube, Kollege Stendebach wird aus dem Europarat bestätigen müssen: Wenn wir in den europäischen Völkern so viel Verständnis, so viel Entgegenkommen wie bei den Ministern hätten, die im Europarat bisher aufgetreten sind, dann wären wir schon sehr, sehr weit. Denn worauf es ankommt, das ist ja die unglaubliche Tatsache, daß diese Einigung Europas eine zwingende Notwendigkeit ist, und es erscheint uns als sonnenklar, daß sie erfolgen muß, lieber heute als morgen und heute, leider nicht gestern. Aber vergessen wir doch nicht, daß die Menschen in Europa, die alten aber auch die jungen, sagen: Ja, europäische Einheit! Aber was ist man dafür zu tun bereit? Was unternimmt man? Und wenn hier gesagt wird, es liegt nicht bei den Völkern — ich habe einen dringenden Wunsch, daß wir Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die in den Europarat geschickt worden sind, nicht in unserem Heimatland herumziehen müssen wie die fahrenden Händler und die Leute überzeugen müssen von der Notwendigkeit, die ihr Leben betrifft. Ich möchte gedrängt werden, ich möchte belagert werden, ich möchte die Demonstrationen draußen vor diesem Hause sehen, wo die Menschen sagen: Tut mehr für die Einheit Europas! Wir müssen die Menschen erst gewinnen. Und wo ist da die Presse, wo ist die öffentliche Meinung, wo ist da die Jugend unseres Landes? Wir wollen, daß sie uns drängen, damit wir Widerstände und Hindernisse überwinden können, die zu finden sind in Nationalegoismen, in Großmacht- Weltmacht- und Kolonialillusionen von gestern, im nationalen Dunkel, in Illusionen über die Souveränität, in der Prestigepolitik und in der Interessenpolitik in den verschiedenen Ländern.

Ich glaube, wir haben den Appell des Europarates an die europäischen Parlamente aufzunehmen und haben ihn vom Parlament unserem eigenen Volk, der öffentlichen Meinung weiterzugeben. Die Schicksalsfrage, vor der wir stehen, lautet: Vermeidet eine zweite Spaltung, vermeidet eine Zersplitterung des freien Europa!

Ist das heute eine Krise vor der Einigung, vor der Verschmelzung, oder ist es das Ende einer ganzen Periode? Tun wir, was wir können, um diese Einigung, diese Integration herbeizuführen! Und das Bild, das vor meinem geistigen Auge ersteht, ist das Bild einer europäischen Einheit, gemeinsamer friedlicher Arbeit in einem gemeinsamen großen europäischen Markt der 285 Millionen Menschen, eine Integration, eine Verschmelzung der Wirtschaft mit einer Steigerung der Produktivität, der Entfaltung der Wirtschaft und des sozialen Lebens, einer Hebung des Lebensstandards und einer Hebung auch des kulturellen Lebens. Dieses vereinigte Europa ist heute beschränkt auf die freien Völker des Westens, weil man nicht Diktaturen mit demokratischen Staaten enger verbinden kann, Spanien mit dem Westen Europas, mit den freien Völkern so wenig wie die kommunistischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang mit uns verbunden werden können. Aber ist dieses vereinigte Europa, das wir anstreben, zunächst das Europa der jetzt schon Freien, so geht unser Ruf an die hinter dem Eisernen Vorhang, und es geht außerdem die Hoffnung zu ihnen, daß sie die Kraft finden werden, ihre Freiheit zu gewinnen und mit uns gemeinsam ein vereintes Europa aller Europäer zu schaffen. Ein vereintes Europa aber — und das spielt in die allgemeine politische Debatte hinein — könnte ein Element der Stabilität und der Sicherheit, ein Faktor des Friedens in Freiheit bilden.

Darum gestatten Sie, daß ich diese Be trachtung abschließe mit der Überlegung: Ist die Grundlage unserer Politik nach außen die Neutralitätsverpflichtung, so kann die Richtschnur unserer Außenpolitik die Erkenntnis sein, daß die Zukunft unseres Volkes, die Zukunft unserer Republik in der Einheit Europas liegt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Neugebauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Neugebauer: Hohes Haus! Ich werde mich nicht mit den Problemen der großen Weltpolitik befassen, in der wir weniger Mitspieler, sondern mehr Zuschauer sind. Ich werde mich mit einem scheinbar unbedeutenden Problem, dem Problem der Minoritäten befassen, das mir deswegen so wichtig erscheint, weil wir hier in der Lage sind, zu handeln.

Die Probleme der nationalen Minderheiten sind Angelegenheiten, die alle Staaten der Welt angehen, ob sie nun im Rahmen ihrer Staatsgrenzen Minderheiten haben oder nicht. Unzufriedene und ungerecht behandelte Minderheiten waren wiederholt Ursache oder Teilursache von Kriegen. So war es beim

Ersten Weltkrieg der Fall. Und die nach dem Kriege im Jahre 1918 entstandenen Staaten oder neuen Teile von Staaten, die Minderheiten hatten, waren nicht in der Lage, diese Minderheiten ordentlich zu behandeln, und so entstand eine unruhige Nachkriegszeit, die schließlich wieder das Vorspiel zum zweiten Weltkrieg bildete.

Nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Jahre 1951 sind allein in Europa 26 Millionen Menschen betroffen worden vom Verlust der Heimat, von Deportation, von Flucht, von Umsiedlung, von Austausch, von Vertreibung, von Ausweisung und Zwangsevakuierung — ein furchtbare Schicksal für jeden einzelnen Betroffenen. Mit diesen Handlungen, so meinte man, habe man die Probleme gelöst. Tatsache aber ist, daß die Probleme nicht nur nicht gelöst sind, sondern daß dadurch neue Probleme entstanden sind, deren Lösung man in Zukunft wird anstreben müssen.

Wenn wir Österreicher an Minderheiten denken, dann in erster Linie an Südtirol, das nunmehr 40 Jahre zu Italien gehört. Der Herr Abgeordnete Kranebitter, der Tiroler ist, hat mit Leidenschaft über Südtirol gesprochen. Wenn ich mich kürzer fasse, so soll dies nicht bedeuten, daß ich nicht gleich empfinde.

Nach dem ersten Weltkrieg waren neben den nationalen Interessen Italiens vor allem auch strategische Interessen dafür maßgeblich, daß man das Land nicht bis Salurn, bis wohin Italiener wohnen, sondern bis zum Brenner verlangte. Diese Interessen sind ja heute längst illusorisch geworden. Aber seit 40 Jahren lastet der Druck eines großen Volkes auf der kleinen Minderheit unserer Landsleute.

Südtirol hat den faschistischen Terror mitgemacht, eine Zeit, in der man auf dem Grabstein den Namen nicht in der Sprache der Südtiroler verzeichnen durfte. Es hat die Aussiedlungen eines Teiles seiner Bewohner mitgemacht. Und nach dem zweiten Weltkrieg, so glaubte man, werde doch dieses Problem gelöst werden durch das Pariser Abkommen, wodurch das Leben der Südtiroler als einem Volk mit deutscher Muttersprache gesichert hätte werden sollen. Aber die Erfüllung all der Versprechen, die in diesem Abkommen zugesagt wurden, ist noch immer nicht erfolgt. Es geht nicht um die Autonomie der beiden Provinzen Bozen und Trient, sondern um die Provinz Bozen. Die Bevölkerung wird, wie wir immer wieder hören, bei der Besetzung öffentlicher Dienstposten benachteiligt. Die Arbeitsämter geben den Einheimischen nur wenig Arbeitsplätze, und eine große Benachteiligung gibt es bei der Zuteilung von Wohnungen. Eine Gefahr aber

bedeutet die Zuwanderung aus Altitalien. Das ist eine wahre Bedrohung für die Südtiroler.

In jüngster Zeit haben Verhandlungen zwischen der österreichischen Bundesregierung und Italien begonnen. Diese Verhandlungen sollen nicht durch Anklagen, zu denen wahrhaftig alle Ursache bestünde, gestört werden, aber es ist zu hoffen, daß Südtirol endlich zu seinem Recht kommen wird, daß die Südtiroler, die so viel an Leid mitgemacht haben, endlich zur Ruhe kommen. Mögen diese Verhandlungen im Geiste echter europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

Außer dem Gespräch mit Italien sind Beprechungen zwischen Österreich und der deutschen Bundesrepublik im Gange. Es handelt sich um die Regelung der Ansprüche Heimatvertriebener, die in Österreich geblieben sind, weil sie nicht weiterreisen konnten, weil man sie durch die Zonen von Deutschland, wohin sie hätten kommen sollen, absperre. Es ist auch hier zu hoffen, daß die berechtigten Ansprüche erfüllt werden. Sie wollen schließlich nicht mehr erreichen als ihre Schicksalsgefährten in der deutschen Bundesrepublik, und es wäre ein sehr großer Erfolg, wenn auch dieses Problem gelöst und dadurch wenigstens ein Teil des Unrechtes gutgemacht würde, das sie erlitten haben. Ich hoffe, daß die Schwierigkeiten, von denen ich höre, daß sie am Beginn der Verhandlungen aufgetaucht sind, überwunden werden und daß das Problem einer Lösung zugeführt werden kann.

In allen Minoritätenfragen außerhalb Österreichs wird unser Wort mehr oder weniger gelten, je nachdem ob es uns gelingt, das Minderheitenproblem im eigenen Hause zufriedenstellend zu lösen oder nicht. Zur Lösung einer solchen Aufgabe ist es vor allem notwendig, daß die Mehrheit den Willen hat, in ein friedliches Verhältnis zur Minderheit zu kommen, ja, daß sich die Mehrheit darum kümmert, daß die Minderheit zufrieden ist. In allererster Linie ist die Lösung eines Minderheitenproblems Aufgabe der Erziehung, die natürlich nicht bei der Schulerziehung halt macht. Der Staat muß alle Einflüsse abhalten, die das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit zueinander verderben.

Durch den Staatsvertrag sind wir verpflichtet, den slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, im Burgenland und in der Steiermark den Elementarunterricht in der Muttersprache zu ermöglichen. Eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen soll errichtet werden, soweit der Bedarf dafür vorhanden ist. Die Lehrpläne wären zu überprüfen, und es soll eine eigene Abteilung der Schulaufsichtsbehörde für slo-

wenische und kroatische Schulen geschaffen werden. Außerdem ist die slowenische und kroatische Sprache in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung oder slowenischer und kroatischer Bevölkerung in der Verwaltung und bei Gericht zusätzlich zur deutschen zuzulassen.

Während die Realisierung der Bestimmungen über die Amtssprache keine nennenswerten Schwierigkeiten verursacht, ist es bisher nicht gelungen, die Schulfrage in einem Minderheitenschulgesetz zu bereinigen. Aber alle Behauptungen, die auch hier ausgesprochen wurden, daß man die gesetzliche Entscheidung absichtlich verzögere, entbehren jeder Grundlage. Die Lösung des Problems ist eben keine einfache Sache, selbst dann nicht, wenn das Bundesministerium bei der Erstellung einer Regierungsvorlage vielseitige Beratungen und Aussprachen vorbereitet hatte. Es besteht der Wille, das Kärntner Problem zu lösen, und wir sind außerdem verpflichtet, dies zu tun.

Man kommt nicht bis an den Kern des Problems heran, wenn man nur die bestehenden Tatsachen, wie sie heute sind, als Ausgangspunkt nimmt. Das Problem hat eine historische Komponente, und man muß eine Reihe wichtiger Geschehnisse des letzten halben Jahrhunderts kennen und beachten, um eine gewissenhafte Lösung des Problems vorzunehmen.

In diesem Gebiet, in dem die Slowenen wohnen, waren im Jahre 1910 bei der Volkszählung, die man zugrunde legte bei der Beurteilung der Abstimmung im Jahre 1920, 51 Gemeinden; in 39 dieser Gemeinden waren starke slowenische Mehrheiten. Die Volkszählung des Jahres 1951 ist in ihrer Art ein Kuriosum, denn man hat dort nicht gefragt, ob einer die deutsche oder die slowenische Muttersprache besitzt, sondern man hat nach einer Verkehrssprache gefragt, ob er nun deutsch, deutsch-slowenisch, deutsch-windisch, windisch-slowenisch und so weiter spricht. Es gibt also acht verschiedene Qualifikationsmöglichkeiten. Man hat hier eine große Verwirrung angerichtet, und man kann diese Volkszählungsergebnisse nur sehr wenig gebrauchen.

Wenn man aber heute aus den 62 Gemeinden, in denen die zweisprachigen Schulen eingerichtet sind, die Orte mit einer wirklichen deutschen Mehrheit heraussucht, dann sind dies 40. In 22 Gemeinden ist die Bevölkerung, die nur deutsch spricht, in der Minderheit, aber das Charakteristikum dieser 22 Gemeinden ist eben die Zweisprachigkeit.

Die Zweisprachigkeit reicht bis tief in die einzelnen Familien hinein. Ein Kärntner Gewährsmann schreibt folgendes: „Es hat in

Kärnten immer Familien gegeben, in denen Brüder bewußt sich für Deutsch oder Slowenisch entschieden haben, auch bei den Abwehrkämpfen waren Brüder und Verwandte auf beiden Seiten zu finden.“

Deutsche und Slowenen haben sich durch Heiraten vermischt. Daher gibt es sehr viele Slowenen mit deutschen Familiennamen und sehr viele Deutsche mit slowenischen Familiennamen. Auf slowenischer Seite standen, wenn ich nur die historischen Persönlichkeiten erwähne, Matthias Maier, Andreas Einspieler und der bekannte slowenische Reichsratsabgeordnete Grafenauer. Hingegen hieß der betont Deutschnationale und spätere Gauleiter von Kärnten Kutschera, und wenn ich nicht irre, ist Odilo Globocnik, der auch eine Größe der deutschen Menschen darstellt, auch ein Kärntner gewesen.

Bis gegen die Jahrhundertwende lebten die Deutschen und Slowenen friedlich nebeneinander und haben Freud und Leid miteinander geteilt. Die ersten Störungen trugen die nationalen Schutzvereine hinein, ganz gleichgültig, von welcher Seite. Und nun habe ich mir erzählen lassen von Kärntnern, die diese Dinge gut kennen: Es gab innerhalb der Familien auf einmal die größten Schwierigkeiten, weil sich ein Mitglied der Familie bewußt deutsch bekannte und das andere Mitglied slowenisch, und nun mußten die Anverwandten einander ausweichen, wenn sie einander begegneten, es sei denn, sie wollten den Streit. Immerhin muß man sagen, daß die Wirkung dieser Vereine nicht so tiefgreifend war, daß es zu entsprechend schweren Auseinandersetzungen gekommen wäre, denn im Jahre 1918 erklärten sich die Kärntner Slowenen für Kärnten. Damals hatten die südslawischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat die sogenannte Maideklaration beschlossen, die eine Vereinigung aller von Südslaven bewohnten Gebiete innerhalb der Donaumonarchie als eigenen Teil dieser Donaumonarchie vorsah. Und nun kam es im Wappensaale des Landhauses in Klagenfurt zu einer Kundgebung, an der auch die slowenischen Abgeordneten teilnahmen, und ein slowenischer Abgeordneter brachte den Willen seiner Landsleute zum Ausdruck, indem er erklärte: Wir Slowenen sind Kärntner und wollen Kärntner bleiben!

So war es im Jahre 1918. Dann kamen die Auseinandersetzungen mit Jugoslawien. Hätte man das slowenische und gemischte Gebiet in Ruhe gelassen, dann wäre es nie zu Unfrieden und Streit gekommen. Zuerst war es Jugoslawien, das den Streit im Jahre 1918 hineintrug, und 20 Jahre später, im Jahre 1938, war es Deutschland.

Es ist ein Verdienst des Staatskanzlers Dr. Renner, daß es zu einer Volksabstimmung in dem Gebiete kam, das Jugoslawien annexieren wollte. Der Tag der Abstimmung, der 10. Oktober 1920, brachte einen vollen Erfolg für Österreich. Aber die 22.000 Stimmen für Österreich stammten, wenn man die Ergebnisse der Volkszählung, die im Jahre 1910 stattgefunden hatte, zugrunde legt, von 12.000 Personen aus dem deutschen und 10.000 aus dem slowenischen Teil des Landes. Ohne diese 10.000 slowenischen Stimmen wäre Kärnten geteilt worden. 15.000 Stimmen waren für Jugoslawien.

Diese Abstimmung, so erfreulich ihr Ergebnis für Österreich war, trug dennoch dazu bei, eine Kluft zwischen den Deutschen und den Slowenen zu schaffen. Klug wäre es damals gewesen, wenn man in Kärnten alles getan hätte, um diese schwere Zeit der Auseinandersetzungen zu vergessen. Leider ist das nicht geschehen. Im Gegenteil. Einflußreiche nationale Kreise haben die Gegensätze aus dem Jahre 1920 noch verfestigt, indem sie eine „windische“ Nation erfanden, also eine Art Zwischenvolk, das zu Kärnten hält, während man Slowenen, die sich als solche bekannten, zu unloyalen Staatsbürgern stempelte. Tatsächlich ist „windisch“ ein alter Ausdruck für „slowenisch“. Jede Differenzierung ist aber unsachlich, und wenn sie erfolgt, dann spielen dabei politische Überlegungen eine Rolle. Man könnte sagen, Windische sind Slowenen in Kärntner Landestracht, die sich freiwillig der Germanisierung übergeben.

Im Jahre 1938, als Österreich von Deutschland besetzt wurde, brach für die slowenische Bevölkerung in Kärnten eine schwere Zeit an. Der Gebrauch der slowenischen Sprache wurde kurzerhand verboten. Man wollte auch das Gebiet jenseits der Karawanken deutsch machen, und man säuberte es von „unverlässlichen Elementen“. Sie kamen in das Konzentrationslager Vigaun. Wer aber dieser Zwangsevakuierung entgehen konnte, flüchtete, und aus diesen Flüchtlingen entstanden die Partisanen. Deutschland schickte junge Männer slowenischer Abkunft an die Front. Aber im Jahre 1942, zur gleichen Zeit, hat man mißliebige Slowenen auf ihren Höfen verhaftet und sie samt ihren Familien nach Deutschland gebracht, ihren Besitz enteignet und diesen Besitz anderen gegeben. Wenn diese Deportierten um die Bewilligung zur Rückkehr in ihr Heimatland ansuchten, erhielten sie alle einen gleichlautenden Bescheid: Eine Rücksiedlung Ihrer Person und Ihrer Familie kommt nicht in Frage, da Sie sich nach den hier vorliegenden Unterlagen

stets zum Slowenentum bekannt haben. Meine Frauen und Herren! Das heißt: Das Bekenntnis zum eigenen Volk — eigentlich eine Selbstverständlichkeit — war Ursache, Heimat, Haus und Hof zu verlieren.

Eine bedauerliche Feststellung machte ein Kärntner, der in der Zeitschrift „Zukunft“ folgendes schrieb: Als traurige Tatsache sei festgestellt, daß es Kärntner NS-Funktionäre waren, die die Hand zu dieser Gewalt — nämlich zu den Aussiedlungen — boten, ja sie wahrscheinlich sogar anregten; das Ortsdreieck Bürgermeister, Ortsgruppenleiter und Ortsbauernführer.

Am Ende des Krieges, nachdem die Engländer in Klagenfurt einmarschiert waren, rückten auch von den Bergen und aus den Wäldern die Partisanen in die Hauptstadt. Sie benahmen sich wie im eroberten Feindeland, requirierten, verhafteten, führten Verhaftete weg, von denen man nie mehr etwas gehört hat. Es war für die Partisanenführer klar, daß das Kärntner Unterland zu Jugoslawien kommen müsse. Den Engländern gelang es, die Partisanen über die jugoslawische Grenze abzuschieben.

Das alles, meine Frauen und Herren, diese Tatsachen muß man doch kennen, wenn man das Minderheitenproblem in Kärnten lösen will! Beide Nationen, Deutsche und Slowenen, haben schwere Wunden erlitten. Und nun forderte Jugoslawien offiziell so wie im Jahre 1918 die Einverleibung Südkärntens. Wenn es nicht gelungen wäre, die Kärntner Slowenen zu gewinnen, dann hätten sich die schweren Tage nach dem ersten Weltkrieg wiederholt. Aber es gelang, und die Schulverordnung vom Oktober 1945 spielte dabei eine große Rolle. Durch diese Verordnung wurden die zweisprachigen Schulen geschaffen so wie sie in einigen Kantonen in der Schweiz schon seit langer Zeit bestehen.

Bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag hat diese Schulverordnung als Ausdruck des gemeinsamen Willens von Deutschen und Slowenen in Kärnten eine bedeutende Rolle gespielt. Die Schulverordnung ist von allen politischen Parteien gutgeheißen worden. Sie wurde gutgeheißen, weil man damit die Südgrenze des Landes erhalten hat. Nach dieser Verordnung — sie ist ja bekannt — wird der Unterricht in den ersten drei Schuljahren halbstündig deutsch und halbstündig slowenisch erteilt, dann ist die Unterrichtssprache Deutsch, und Slowenisch nur mehr Fremdsprache. So lernen die einen Kinder slowenisch und die anderen Kinder Deutsch.

Im Jahre 1949 hat Jugoslawien die Südgrenze Österreichs anerkannt, und diese Anerkennung ist natürlich im Jahre 1955 im österreichischen Staatsvertrag rechtsgültig für die Zukunft erfolgt.

Nachdem aber die Südgrenze gesichert erschien, wagten sich wieder die verschiedenen nationalistischen Verbände in Kärnten hervor. Und nun begann, allmählich lauter und lauter werdend, der Kampf gegen die Verordnung, die man nun als Zwangsverordnung bezeichnete. Am lautesten wurden sie, als im September des vorigen Jahres die Regierungsvorlage über das Minderheiten-Schulgesetz in Kärnten ins Parlament kam. Wenn man diese Zuschriften der nationalen Kärntner Vereinigungen, die einzelnen Abgeordneten zugeschickt wurden, liest, dann glaubt man sich in die Zeit der Sprachenverordnungen der alten Donaumonarchie zurückversetzt. Der Ton enthält nichts, aus dem man den guten Willen erkennen könnte, er ist herausfordernd, maßlos, bösartig und beleidigend für jeden, der nicht der gleichen Meinung ist. Nichts hat man hinzugelernt. An diesem Chauvinismus ist einst der alte große Donaustaat zugrunde gegangen, und ich habe den Eindruck, für diesen Chauvinismus ist das Kärntner Problem erst gelöst, wenn es keine slowenische Minderheit mehr gibt.

Die deutsche Bevölkerung Südkärntens wird durch diese Propaganda verwirrt. Einerseits malt man den Teufel an die Wand, andererseits aber wird jeder als ein Verräter bezeichnet, der nicht mittut. Ihre Presse, meine Herren Kollegen von den Freiheitlichen, steht auf der gleichen Linie. Sie bekämpft uns und am meisten mich, und zwar kontinuierlich. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich persönlich werde. Sachliche Auseinandersetzungen im Tone zivilisierter Menschen sind uns nur erwünscht, aber gegen die Herabsetzung und Beschimpfung der ernsten Arbeit in einem parlamentarischen Ausschuß muß man sich zur Wehr setzen.

Ich wundere mich über diesen Ton schon deswegen, weil ich doch weiß, daß sich die Abgeordneten der FPÖ bemühen, sachlich, korrekt und umgänglich zu sein. Der Herr Abgeordnete Stendebach hat vor wenigen Stunden hier eine verbindliche Rede über den Geist der europäischen Zusammenarbeit gehalten, aber in der Praxis beleidigen doch ihre Zeitungen jeden, der nicht ihrer Meinung ist. Das geringste, was man von ihm sagt, ist, daß er ein Dummkopf ist.

Sie beziehten mich der Unwissenheit, weil ich kein Kärntner bin und weil nur ein Kärntner nach Ihrer Meinung in der Lage ist, dieses Problem zu lösen. Aber vielleicht ist

doch der Abstand zu den Ereignissen ein Vorteil. Außerdem möchte ich Ihnen sagen, ich bin im deutschen Grenzland aufgewachsen, ich habe meine Kindheit und Jugend an der Sprachgrenze verbracht und habe, solange es ging, mit meinen Landsleuten Kontakt gehalten. Ich kenne also die Probleme, die in Gebieten der Sprachgrenze einander sehr ähnlich sind. Aber es ist sehr verschieden, ob man aus den guten und schlechten Lösungen etwas gelernt hat oder nicht. Dem Hochmut Ihrer Zeitungsschreiber, meine Herren Freiheitlichen, folgt auf dem Fuß die Denunziation, indem sie mich einen Vertreter landfremder Interessen und einen Propagandisten und Agitator der Tito-Kommunisten nennen. (Abg. Strasser: *Die Weisen von Zion!*) Ich gestatte mir, folgendes festzustellen: Ich glaube, in diesem Hohen Hause ist niemand der Ansicht, daß ausgerechnet die Zeitungen der Freiheitlichen berufen sind, festzustellen, wer in Österreich ein Verräter ist. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wenn ich mich eingehend mit dem Minderheiten-Schulproblem befasse, dann deshalb, weil es sich hier um eine Schulsache handelt, die ihren Geist und ihre Bedeutung von dem Problem der Minderheiten erhält.

Wir haben also diese Vorlage mit allem Ernst behandelt. Dabei ging es uns und meinen Freunden darum, zu verhindern, daß zwei verschiedene Schulen in einem Gemeinwesen oder in einem Sprengel entstehen: eine slowenische oder eine für die Slowenen und eine für die Deutschen, weil wir fürchteten, daß zwei Schulen in einer Gemeinde Stätten der nationalen Fanatisierung hätten werden können, die zum Nationalitätenkampf in Permanenz führen müßten.

Darum verlangten wir eine Reform des bestehenden jetzigen Zustandes, eine Einschränkung auf ein kleineres Gebiet. In einem Verhandlungskomitee, das der Herr Abgeordneter Dr. Weißmann führte, kam tatsächlich eine Einigung nach diesem Prinzip zustande. Aber wir hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, nämlich ohne den Herrn Landesverteidigungsminister, der dagegen war. Und damit war alle Mühe vergeblich.

Die Frühjahrsession ging zu Ende, im September wurden Schulstreiks durchgeführt oder angedroht, und wenn nicht der gesamte Schulunterricht in Südkärnten zum Erliegen kommen sollte, dann mußte irgendein Ausweg gefunden werden. Das war die Ursache der Abmeldungsverordnung, des Abmeldungserlasses des Kärntner Landeshauptmannes.

Nun erfolgten die Abmeldungen. Jugoslawien behauptet, daß dies unter Druck und Terror geschehen sei, daß man jede wirt-

schafliche und jede soziale Abhängigkeit benutzt hat, um Menschen unter Druck zu setzen. Ich glaube, man wird heute feststellen können, ob dies zutrifft und der jugoslawische Vorwurf zu Recht besteht oder nicht. Die Abmeldungen sind erfolgt, und es soll Klassen geben, in denen alle Kinder, sogar die slowenischen, abgemeldet worden sind.

Man fragt sich nun: Wie soll es weitergehen? Die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Schulen für Deutsche und Slowenen, also die Fortsetzung des jetzt bestehenden Zustandes, wird es in Hinkunft ja nicht mehr geben, denn kein deutsches Kind wird eine Schule, in der es slowenisch lernen muß, besuchen. Die Slowenen wollen aber keine rein slowenischen Schulen. Sie wollen, daß ihre Kinder die Hochform ihrer Muttersprache erlernen, aber sie sollen Deutsch lernen, weil sie in Österreich leben müssen.

Wenn es diese gemischten Schulen nicht mehr gibt, dann werden sich die Slowenen entschließen müssen, in Hinkunft ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Die Situation ist etwas peinlich für die Durchführung des Staatsvertrages, und das Echo im Ausland ist sehr unangenehm.

Der Herr Bundeskanzler hat versichert, daß Österreich loyal die Bestimmungen des Staatsvertrages erfüllen werde. Der Herr Außenminister hat jüngst in Stuttgart erklärt, Österreichs Stellung zwischen West und Ost verpflichtet uns, nach unseren bescheidenen Möglichkeiten an dem Ausgleich der Gegensätze mitzuwirken. Der Herr Unterrichtsminister hat in der Budgetdebatte darauf verwiesen, daß Österreich eines der Länder diesseits des Eisernen Vorhangs sei, das Minoritäten slawischer Herkunft beherberge, und gerade diese Situation, so meint er, enthalte für Österreich eine große Verpflichtung.

Zu diesen Ministerreden paßt es schlecht, wenn der Herr Landesverteidigungsminister meint, wer mit den österreichischen Gesetzen nicht einverstanden sei, wer also nicht zufrieden sei, der sei zu ermuntern, aus Österreich auszureisen. Etwas mehr Koordination der Ministerreden wäre dem Staate zuträglicher und würde seinem Ansehen besser dienen.

Was soll also weiter geschehen? Wir sind zunächst der Ansicht, daß es übertrieben ist, die Abmeldungen vom slowenischen Unterricht als eine Art von Volksabstimmung zu bewerten. Wir halten es aber für nötig, ein eigenes Minderheitenfeststellungsgesetz zu schaffen, wo man in geheimer Abstimmung feststellen kann, wo Minderheiten und wie groß diese Minderheiten sind, dies aber nicht nach dem Sprachenkatalog von 1951, sondern einfach nach dem Sprachenkatalog deutsch und slowenisch. Das

braucht man ja auch für die Regelung der Sprache bei den Ämtern und bei den Gerichten.

Ich möchte ferner persönlich einen Vorschlag für die Lösung des Schulproblems machen. Im Jahre 1891, noch in der alten Donaumonarchie, hat man versucht, nicht nur in Kärnten, sondern ebenso in anderen Gebieten des Donaustaaates, wo die Bevölkerung gemischtsprachig war, die sogenannten ultraquistischen Schulen einzuführen. Diese Schulen haben sich in Kärnten bis zum Jahre 1938 erhalten. Die Unterrichtssprache in solchen Schulen war Deutsch, aber der Lehrer war des Slowenischen kundig, und er war in der Lage, Kinder mit slowenischer Muttersprache allmählich der deutschen Sprache zuzuführen. Das scheint mir in der Praxis nichts anderes zu sein, als wenn irgendwo in einer deutschen Schule Kinder nur den Dialekt sprechen. Diese Kinder muß der Lehrer in der Mundart ansprechen, und nun führt er sie allmählich der Schriftsprache zu.

Die Slowenen waren mit dieser Einführung der ultraquistischen Schulen zunächst einverstanden, aber später haben sie verschiedene Mängel an ihnen entdeckt. Sie meinten, ein Jahr sei zu kurz. Sie meinten ferner, die Lehrer können nicht ordentlich slowenisch und vernachlässigen den Unterrichtsgegenstand, die Fremdsprache slowenisch, und außerdem, so meinten sie, seien dies Stätten der Germanisierung.

Ich habe dies alles einem Bericht, den jemand im Jahre 1937 geschrieben hat, entnommen.

Nun bin ich der Ansicht, daß alle diese aufgezeigten Mängel sich beseitigen ließen. Es wäre ohneweiters möglich, daß man zur Einführung zur deutschen Sprache zwei Jahre verwendete. Und heute können die Lehrer sehr gut slowenisch, weil ja sehr viele Lehrer an den gemischten Schulen deutsch und slowenisch unterrichten müssen. Da wir durch den Staatsvertrag zur Einführung einer slowenischen Schulaufsichtsabteilung verpflichtet sind, könnte diese Abteilung die Schulen beaufsichtigen. Dann wäre jede Tendenz der Germanisierung unterbunden. In diesen Schulen gäbe es keine Trennung, sondern die Kinder in einer Gemeinde würden miteinander erzogen werden. Die deutschen Kinder müßten nicht slowenisch lernen, aber die slowenischen Kinder würden deutsch lernen. Es sollte also meiner Meinung nach so sein:

Man soll natürlich in dem Gesetz die Möglichkeit der gemischten Schulen aufrechterhalten, denn es ist ja anzunehmen, daß mit der Rückkehr der Ruhe auch die Vernunft zurückkehrt und daß es dann vielleicht deutsche

Eltern gibt, die der Ansicht sind, daß das Erlernen der slowenischen Sprache kein Nachteil für ein Kind ist.

Dann müßte man in den Gesetzentwurf die ultraquistischen Schulen hineinnehmen, freilich nach dem Territorialitätsprinzip, denn überall dort, wo es in Südkärnten slowenische Kinder gibt, müßte man ihnen die Möglichkeit geben, daß sie in ihrer Muttersprache angesprochen werden können und daß man sie allmählich zur deutschen Sprache hinführt.

Das Problem der Minderheit ist eine Angelegenheit Kärntens, aber es ist in ebenso hohem Maße eine Angelegenheit Österreichs. In den Jahren 1920 und 1945, zweimal in 25 Jahren, zweimal für eine Generation, war Kärntens Unterland in Gefahr. Wir wollen, daß dies nicht ein drittes Mal vorkomme. Kein Mensch kann wissen — auch unsere gigantischen Redner über die Weltpolitik nicht —, wie sich die Verhältnisse in der Welt entwickeln. Aber eine gerechte und zufriedenstellende Lösung des Slowenenproblems wird Kinder und Kindeskinder von der Sorge um ihre Heimat befreien. Das Problem ist ein österreichisches Problem, weil es zur Erfüllung des Staatsvertrages gehört. Wir wissen, daß große englische Blätter es nicht verstehen können, daß eine im Jahre 1945 gemachte freiwillige Zusage zur Erhaltung der Südgrenze wenige Jahre später als unerträglicher Zwang bekämpft wird. Sie können nicht begreifen, daß wir so vergeblich sind.

Natürlich kann man von verschiedenen Seiten an das Problem herantreten, auch von der nationalen Idee her. Aber die Idee der Nation kann doch nicht heute auf denselben Ansichten fußen wie zur Zeit eines Georg von Schönerer oder Otto von Bismarck. Auch die biologischen und die geopolitischen Begründungen vom Lebensraum eines Volkes, in deren Namen so viel Unheil angerichtet wurde, sind unbrauchbar. Die politische Idee der Nation hat sich gewandelt, und wenn man heute noch davon spricht, dann kann man sie doch nur auf der Freundschaft der Völker aufbauen, denn das ist die einzige Grundlage des Friedens und der einzige Weg zu Europa.

Die Zahl der Slowenen geht von Jahr zu Jahr zurück. Wer abwandert, um irgendeinen Arbeitsplatz zu finden, verliert den Kontakt mit seinen Dörfern und ist national verloren. Es besteht von den Slowenen aus keine Gefahr der Unterwanderung und keine Gefahr der Slawisierung.

Hohes Haus! Österreich hat sich in früheren Jahren gern das Herz Europas genannt. Mit der Trennung in eine westliche und eine östliche Welt kommt uns an der Grenze weniger der Charakter des Herzens als der

Charakter einer Brücke zu. Wir haben in der Vergangenheit jahrhundertelang mit Völkern und Staaten östlich von uns gute Beziehungen unterhalten. In Wien bildete sich die geistige Elite der Balkanvölker. Ich möchte nur einige Beispiele aufführen von jenen Gebieten, die ich kenne: Hier war das Pädagogium, an dem Dittes gewirkt hat, und der große Pädagoge Dittes war einer der Beeinflusser der Schulen des Balkans. Oder ein anderer bedeutender Mann: der Mann, der zur Zeit der Entstehung Bulgariens das Schulwesen Bulgariens aufbaute, weil er Unterrichtsminister in diesem Lande war — er war ein Österreicher —, ist später ein anerkannter großer Gelehrter an der Wiener Universität geworden. Die Gemeinde Wien hat nach ihm eine Straße benannt: Konstantin Jiriček. Österreich hat in den besten Tagen seiner Geschichte, noch ehe es Sprachenstreite und Nationalitätenkämpfe gab, Kultur vermittelt und nicht germanisiert.

Wir Sozialisten sind nicht gerade traditionsbeflissen, aber diese gute Tradition aus der Vergangenheit wollen wir weiter führen, vor allem in der Behandlung unserer eigenen Minderheiten! (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zur Abgabe einer Erklärung hat sich der Herr Staatssekretär Dr. Kreisky zum Wort gemeldet.

Staatssekretär Dr. Kreisky: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Fischer hat hier erklärt, daß ich mich unlängst in Deutschland für eine Politik des Gleichgewichts des Schreckens ausgesprochen hätte. Um nun der Legendenbildung vorzubeugen und auch den Eindruck zu vermeiden, daß ich in Österreich anders als im Ausland spreche, möchte ich den in Betracht kommenden Passus meines Vortrages in München hier verlesen.

Ich habe die Entwicklung der modernen Waffen geschildert und kam schließlich zu folgender Formulierung: „Im allgemeinen läßt sich also sagen, daß auf dem Gebiete der Fern- und Kernwaffen und ebenso auf dem Gebiete der konventionellen Waffen ein Gleichgewichtszustand zwischen den Großmächten besteht, den Churchill einmal die ‚terror balance‘ oder das ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ genannt hatte.“ Ich habe also lediglich eine Feststellung Churchills wiederholt.

Ich habe dann nach einigen Sätzen fortgesetzt: „Man könnte somit zur Auffassung gelangen, daß das Maximalste, was gegenwärtig in der Welt zu erreichen ist, eben dieses Gleichgewicht der militärischen Kräfte wäre. Sosehr ich der Meinung bin, daß in diesem Gleichgewicht ein hoher Grad von Sicherheit liegt, möge man dennoch nicht übersehen, welch

große gefährliche Bedeutung heute dem Moment des Zufalls zukommt.“ Und ich habe mich dann auf einige Äußerungen eines führenden amerikanischen Politikers berufen und geschlossen: „Wenn es auch meiner Meinung nach eine Menge falscher Tabuvorstellungen auf dem Gebiete der Abrüstung gibt, so müssen wir erkennen, daß die Abrüstungsfrage in dem Maße, als die modernen Waffen zur Gefahr totaler Vernichtung führen, größte und dramatische Aktualität besitzt.“

Ich bitte, diese Mitteilung dem Hohen Hause geben zu dürfen. (Abg. E. Fischer: Ich bin damit sehr einverstanden! Aber ich habe meine Information aus der „Arbeiter-Zeitung“! Also möge die „Arbeiter-Zeitung“ das bringen!)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Es ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Gruppe III beendet.

Gruppe XII

Kapitel 23: Landesverteidigung

Präsident Dr. Gorbach: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Gruppe XII. Diese umfaßt: Kapitel 23: Landesverteidigung.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Strobl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Strobl: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 19. November 1958 die Gruppe XII der Bundesvoranschlags für das Jahr 1959 in Beratung gezogen.

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1959 sieht im Kapitel 23: „Landesverteidigung“ an Ausgaben 2.011,640.000 S vor. Die Einnahmen sind für dieselbe Zeit mit 31,614.000 S präliminiert.

Die Ausgabenansätze sind zwar um 11,6 Millionen Schilling höher als im Budget 1958, doch handelt es sich hier um eine neue Budgetpost „betriebsähnliche Verwaltungszweige“, die im Budget 1959 erstmalig aufscheint und der auf der Einnahmeseite ein gleich hoher Betrag gegenübersteht, sodaß die tatsächlichen Ausgaben nicht höher als im heurigen Jahre sein werden.

Die Einnahmen sind gegenüber 1958 um 30,258.000 S höher angesetzt.

Der Voranschlag gliedert die Ausgaben in vier Titel:

Titel 1 enthält die Ansätze für den gesamten Verwaltungsaufwand des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Auf den Personalaufwand entfallen 30,196.000 S auf den Sachaufwand und Förderungsausgaben 7,058.000 S somit insgesamt 37,254.000 S.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalaufwand um 72 dienstzugeteilte Militärpersonen größer geworden, wodurch sich die Erhöhung im Personalaufwand erklärt.

Titel 2 gibt einen Überblick über die Erfordernisse des stehenden Heeres und der Heeresverwaltung. Die größte Ausgabenpost ergibt der Verwaltungsaufwand unter § 1, der zufolge des weiteren Aufbaues des stehenden Heeres und der Heeresverwaltung nur geringfügig höher ist als im vorjährigen Budget. Dieser Budgetansatz umfaßt den Aufwand für Gehälter, Löhne, gesetzlich festgelegte Zulagen und die Amtserfordernisse. Dieser Verwaltungsaufwand wird präliminiert mit 511,931.000 S.

Der sachliche Aufwand unter § 2, der den gesamten notwendigen Bedarf an Anlagen und technischen Ausrüstungsgegenständen des stehenden Heeres und der Heeresverwaltung, deren Einzelwert höher als 1200 S ist und dessen Amortisationszeit mehr als zwei Jahre beträgt, befriedigen soll, sieht Ausgaben in der Höhe von 343,359.000 S vor.

§ 3 beinhaltet die Budgetansätze für den durch gesetzliche Verpflichtungen anfallenden Aufwand von Gebühren und Zulagen. Die höchste Post stellen in diesen Paragraphen die Taggelder dar. § 3 sieht an Ausgaben 101,001.000 S vor.

§ 4 weist die höchsten Budgetansätze des Kapitels 23 aus. Mit diesen soll der Bedarf vor allem an Bekleidung und Munition sowie an technischen Ausrüstungen, deren Wert unter 1200 S und Lebensdauer unter zwei Jahren liegt, gedeckt werden.

Diese Budgetansätze sind für das Jahr 1959 um rund 163 Millionen Schilling geringer als im Jahre 1958 und betragen 1.002,884.000 S.

Titel 3 behandelt den Bedarf des heeresgeschichtlichen Museums, der für Verwaltungsaufwand, Anlagen und Aufwandkredit eine Voranschlagssumme von 3,571.000 S vorsieht.

Titel 4 wurde in den Veranschlag neu aufgenommen. In diesem Titel sind die Ansätze für die betriebsähnliche Verwaltung des Truppenübungsplatzes Allentsteig enthalten. Die Verwaltung ist nur betriebsähnlich, da durch den wirtschaftlichen Betrieb der Hauptzweck des Truppenübungsplatzes nicht wesentlich beeinträchtigt werden darf.

Der Truppenübungsplatz Bruck a. d. Leitha wird vorläufig vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ebenfalls betriebsähnlich bewirtschaftet.

Personal- und Sachaufwand des Titels 4 betragen 11,640.000 S.

Die Einnahmen des Kapitels 23 werden bei den Titeln 1, 2 und 3 in erster Linie aus dem Erlös des entbehrlich gewordenen Bundesvermögens und aus Verpflegungsgelderersatz, wobei letztere zweckgebundene Einnahmen sind, erwartet. Die geschätzten Einnahmen unter Titel 4, aus der betriebsähnlichen Verwaltung des Truppenübungsplatzes Allentsteig, sind ebenfalls zweckgebundene Einnahmen. Diesen stehen gleichhohe Ausgaben im Titel 4 gegenüber.

Der Aufbau des Bundesheeres hat praktisch im Jahre 1957 begonnen. Dieser Aufbau ist noch nicht abgeschlossen. Für die Fortsetzung des Aufbaues im Jahre 1959 haben die Abteilungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung einen Budgetbedarf von 3,5 Milliarden Schilling errechnet. Diese gewissenhaft errechneten Bedarfssätze wurden in Anpassung an die Gesamtbudgetlage auf rund 2 Milliarden Schilling reduziert. Dies bedeutet, daß der weitere notwendige Aufbau des Bundesheeres verlangsamt wurde und in den folgenden Jahren nachgeholt werden muß. Das Heeresbudget für das Jahr 1959 macht 5 Prozent des Gesamtbudgets aus gegenüber 5,3 Prozent im Vorjahr. Ähnlich kleine Staaten wie Österreich weisen, obwohl dort das Heer nicht erst aufgebaut, sondern weiter ausgebaut wird, wesentlich höhere Prozentsätze für das Heeresbudget aus, so zum Beispiel Belgien 11,9 Prozent, Schweden 18,5 Prozent und die Schweiz 30 Prozent des Gesamtbudgets.

Im Voranschlag sind die Kreditansätze des Jahres 1959 für Personalauslagen geringfügig höher als im Jahre 1958, weil im Zuge des Aufbaues ein Mindestausmaß des weiteren Aufbaues nicht unterschritten werden konnte. Diese Erhöhung wurde ressortintern für dieses Jahr durch die Zurückstellung von Ausrüstungsgegenständen wie zum Beispiel beim Titel 2 § 4 Post 40 und 41 — Bekleidung — ausgeglichen.

Da im Zeitpunkte der Budgeterstellung die Anzahl der Tapferkeitsmedaillenzulagenempfänger noch nicht genau bekannt war, wurden wie im Vorjahr für diesen Zweck 8,5 Millionen Schilling eingesetzt. Inzwischen wurde ermittelt, daß es zirka 425 Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille, 12.405 Besitzer der silbernen Tapferkeitsmedaille 1. Klasse und 31.739 Besitzer der silbernen Tapferkeitsmedaille 2. Klasse gibt, an die Zulagen von insgesamt 17,4 Millionen Schilling ausbezahlt

werden. Die Überschreitung von je 9 Millionen Schilling in den Jahren 1958 und 1959 muß nun im Rahmen des Ressorts im Budgetjahr 1959 eingespart werden.

Trotz des niedrigen Präsenzdienstalters mußten zum Beispiel im Juli des Vorjahres Unterhaltsbeiträge für 294 Kinder, 352 Ehefrauen und 615 Eltern ausbezahlt werden.

Das Bundesheer hat im Vorjahr bei Katastropheneinsatz insbesondere bei Hochwassereinsatz, Lawineneinsatz, Schneeräumungsarbeiten, Eissprengung und Feuerlöscharbeiten mit 7656 Mann 314.830 Arbeitsstunden geleistet. Nicht gerechnet ist bei diesem Leistungsausweis der Einsatz verschiedener Maschinen des Bundesheeres.

Von den 2 Milliarden Schilling des Landesverteidigungsbudgets ist über eine Milliarde Schilling durch Heeresaufträge in die österreichische Wirtschaft zurückgeflossen, nicht eingerechnet hiebei die 500 Millionen Schilling an Personal- und Sachausgaben, die gleichfalls indirekt der österreichischen Wirtschaft zugute kommen. Bei den Arbeitsaufträgen und Bestellungen wurde vor allem darauf Bedacht genommen, daß insbesondere in den unterentwickelten Gebieten auch kleine Gewerbetreibende mit Lieferaufträgen beteiligt werden. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Auch im Jahre 1959 soll die Verwendung der Kredite in derselben Weise erfolgen. Im kommenden Jahr dürften sich noch bessere Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft ergeben, weil sich für einige mit maßgeblicher Beteiligung von Fachleuten des Bundesministeriums für Landesverteidigung entwickelte militärische Ausrüstungsgegenstände, zum Beispiel den Puch-Haflinger 600, den Saurer-Schützenpanzer sowie eine Plastikhandgranate ausländisches Interesse zeigt, welches unseren Export ausweiten könnte.

Die Kreditansätze dieses Ressorts sorgen nicht nur für die physische Verteidigung unseres Vaterlandes durch die jungen Soldaten vor, sondern auch im Wege der Weiterbildung und Betreuung des Jungmannes für die geistige Verteidigung. Im Vorjahr wurden allein 93 neue Soldatenbüchereien errichtet und 15.397 Bücher angeschafft. Derzeit bestehen beim Bundesheer 191 Bibliotheken mit 40.226 Büchern. Das Bundesheer verfügt über 338 Radioapparate und für entlegene Garnisonen über 55 Fernsehapparate. Im Vorjahr wurden 1080 Spielfilme und 1379 Kulturfilme vorgeführt sowie 48 Vorträge mit Gastlehrern abgehalten.

Hohes Haus! Die zu beschließenden Budgetansätze für das Jahr 1959 sollen sicherstellen, daß der Aufbau des Bundesheeres auch im Jahre 1959 fortgesetzt wird.

Bei der Behandlung dieses Kapitels im Finanz- und Budgetausschuß haben sich an der Debatte die Abgeordneten Dr. Zechmann, Dr. Gorbach, Probst, Tödling, Marie Emhart, Wallner, Strasser, Kecht, Pölzer, Franz Mayr, Lackner, Dipl.-Ing. Hartmann, Katzengruber, Hartl, Czettel, Dr. Kranzlmaier, Preußler, Krippner und Mark beteiligt. Bundesminister für Landesverteidigung Graf beantwortete ausführlich die von den Abgeordneten während der Debatte an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung, die in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses am 19. November 1958 stattfand, wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Gruppe XII gemäß der Regierungsvorlage (520 der Beilagen) angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt auf Grund seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 23: Landesverteidigung, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1959 in der Fassung der Regierungsvorlage (520 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Als erster Redner, und zwar als Gegenredner, ist gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Zechmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Zechmann: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Vorschlag für das Jahr 1959 sind dem Kapitel Landesverteidigung ungefähr 2 Milliarden Schilling zugeschlagen. Diese 2 Milliarden erscheinen im Vergleich mit anderen Ländern außerordentlich wenig, und man muß auch bei uns in Österreich sagen, daß man mit 2 Milliarden kaum jene Verteidigungsbereitschaft herstellen wird können, die in einem Ernstfalle notwendig sein würde. Aber wenn die Absicht besteht, in diesem Ernstfall nicht hundertprozentig ernst zu machen, dann sind auch die 2 Milliarden zu viel. Es ist aber erschütternd, wenn man beim Vergleich mit anderen Staaten feststellt, daß so im Weltdurchschnitt ungefähr 30 Prozent des Budgets der einzelnen Länder nur dazu reserviert bleiben müssen, um einen Teil der anderen 70 Prozent in ihrer fruchtbaren Auswirkung zu vernichten. Es scheint mir aber, daß bei uns die Frage: Kann man Österreich ernstlich verteidigen und will man es unter allen Umständen bis zur äußersten Konsequenz verteidigen?, doch noch weit von einer Klärung entfernt ist. Es ist ganz klar, daß insbesondere nach dem Jahre 1945 die Menschen in Österreich daran nicht gedacht haben und auch gar nicht daran denken wollten. Aber nun haben wir ein stehendes Heer.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Österreich darf zweifellos in den Kreis der „österreichischen Wunder“ einbezogen werden, und der bisherige Aufbau der Wehrmacht verrät auch eine gewisse Koalitions harmonie. Aber der Einsatz der Wehrmacht im Ernstfalle gehört zu den schwerstwiegenden ungelösten Problemen unseres Vaterlandes. Die Sehnsucht nach Frieden besteht heute bei allen Völkern und daher auch damit in Verbindung der Wunsch nach Ächtung des Krieges.

Das ist nur zu verständlich, das wissen Sie alle. Aber es ist wohl auch überall die Erkenntnis vorhanden, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es einem bösen Nachbarn nicht gefällt. Es muß dabei gar nicht einmal ein böser Nachbar sein. Die Begriffe Gut und Böse sind manchmal so nahe beinander, daß schwer zu unterscheiden ist: Wo fängt das eine an, und wo hört das andere auf?

Die Menschen sind so verschieden und die Völker nicht weniger verschieden geartet, verschieden in ihren politischen Auffassungen, in ihrer Rechtsauffassung, so wie die Religionen und die Moralbegriffe verschieden sind. Der eine Mensch arbeitet, der andere stiehlt lieber, der eine betet, dem andern liegt das Fluchen besser, der eine will alle anderen Menschen nach ihrer Fasson selig werden lassen, der andere aber hat das Bedürfnis, seine persönliche Anschauung unter allen Umständen dem anderen aufzuzwingen. Und so wie einmal Menschenheere ausgezogen sind, um mit Feuer und Schwert ihren Glauben zu verbreiten, so sind heute Millionen bereit, den vermeintlichen Segen einer Gesellschaftsordnung der ganzen Welt, wenn es sein muß, auch mit Gewalt mitzuteilen. (Abg. Dr. Gorbach: ... aufzuzwingen!) Aufzwingen kann man auch sagen. (Abg. Dr. Gorbach: Das ist besser!) So wird es immer Angriffslust und Angriffsgründe geben, beim einzelnen wie im großen Rahmen der Nationen.

Jeder Angriff fordert selbstverständlich die Verteidigung heraus. Das ist beim einzelnen Menschen so; es gibt nur wenige, die sich eine Ohrfeige herunterhauen lassen, ohne zurückzuschlagen. Es kommt vor, aber im allgemeinen ist es anders Brauch. So haben wir überall den Angreifer und den Verteidiger. Dabei weiß man gar nicht von vornherein, ob der Angreifer nun schlecht oder gut ist. Das entscheidet sich erst nach der letzten Schlacht. Eines steht von vornherein fest: Der Verlierer ist auf jeden Fall schlecht. Das hat heute mein Parteifreund Stendebach ja eindeutig genug gesagt. Wer verliert, der ist Angreifer gewesen. Wer verliert, hat alle Folgen der Niederlage zu tragen, hat alle Auswirkungen bestehender und nachher fabrizierter Strafgesetze auf sich zu nehmen. Darüber gibt es kaum einen Zweifel mehr.

Eines ist wohl auch den Völkern klar: Wer nicht bereit ist, sich selbst zu helfen, der verwirkt in der Regel auch den Anspruch, von einer anderen Seite Hilfe zu bekommen. Daher ist in der ganzen Welt bei allen Völkern ein Verteidigungssystem nach wie vor vorhanden, und alles bereitet sich für eine Verteidigung vor.

Überall obliegt den wehrhaften Männern die Verteidigung ihres Vaterlandes. Der Wehrgedanke ist so alt wie die Menschheit, und so lange es Menschen gibt, wird es daher auch den Wehrgedanken geben. Das haben trotz aller Friedenssehnsucht auch alle Völker immer wieder zur Kenntnis nehmen müssen. Meistens haben doch die recht gehabt, die da sagten: Wenn du den Frieden willst, dann bereite dich für den Krieg vor!

Es wäre verlockend, einmal zu versuchen, der Frage näherzutreten: Was würde sein, wenn heute einer der Mächtigen dieser Erde abrüstete und alle seine Waffen vernichtete? Es wäre kaum zu erwarten, daß sein politischer Antipode dasselbe machen würde, sondern vermutlich würde der sofort aufbrechen, um das entwaffnete Volk zu „befreien“. Das liegt so in der Zeit.

Ich habe einmal vor einigen Jahren Gelegenheit gehabt, einer englischen Militärparade in London zuzusehen, und da kam ich mit einem Mann ins Gespräch, der mit aller Vehemenz die Abrüstung aller Völker proklamierte, der eintrat für den Grundsatz, nirgends soll es Soldaten geben, nie wieder eine Wehrmacht. Auf meinen Einwand, daß es etwa ziemlich schwierig sein könnte, diese Wehrmacht, die gerade an uns vorbeimarschierte, abzuschaffen, erhielt ich die prompte Antwort: Die natürlich nicht, das sind ja Engländer, und einer muß da sein, der auf Ordnung schaut!

Dieselben Gedanken kann natürlich auch jeder andere haben, und daher haben auch im Jahre 1945 alle Siegermächte nicht ihre Heere abgerüstet, sondern sofort auf den neuesten Stand aufgerüstet, um alle Vorbereitungen für die nächste Auseinandersetzung mit dem damaligen weltpolitischen Koalitionsgenossen zu treffen. Darüber hätte man weinen können, aber geweint haben sie damals in Japan darüber, daß sie keine Waffen mehr haben durften (*Abg. Rosa Jochmann: O nein, die haben wegen etwas anderem geweint!* — *Abg. Horn: Sie haben über etwas anderes geweint!*), gemurrt haben sie in Italien, daß sie kein Heer mehr haben durften, weil nämlich die Besiegten ausgenommen waren von dieser Bestimmung, und sie haben daher auch ihre Waffen wieder erhalten, denn wehrlos wollte selbstverständlich keiner sein.

In Österreich aber und in Deutschland hat man damals, im Jahre 1945, einen Grundsatz vertreten, der absolut einleuchtend war. Man hat in aller Feierlichkeit und mit allem Ernst verkündet: Nie wieder Soldaten! Nie wieder Militär! Und alles Soldatische wurde verdammt in alle Ewigkeit (*Ruf bei der ÖVP: Amen! — Heiterkeit*), und die Diskriminierungen besonders der Soldaten des zweiten Weltkrieges haben in der Folge nicht aufgehört und sind auch heute leider noch nicht ganz ausgeschaltet. Man hat alles Soldatische in die Rumpelkammer der Geschichte geworfen.

Das Volk hat die Diskriminierungen der Soldaten der beiden Weltkriege in seiner Mehrheit niemals bejaht, wohl aber den Grundsatz: Nie wieder! für die Zukunft. Es mußte daher umso erstaunter sein, als dieses: Nie wieder! schon im Jahre 1955 beendet war, als wir wieder eine allgemeine Wehrpflicht in Österreich einführten, trotz aller Verdammnis, trotz aller Diskriminierungen und Verurteilungen und trotz des auch hier in Österreich vorhandenen: Ohne mich!

Die österreichische Wehrmacht ist nun wieder da, es hat zwischen den beiden Koalitionsparteien auch gar keine großen Auseinandersetzungen darüber gegeben, man hat wohl heiße Debatten geführt über Kompetenzbestimmungen, Mittelzuteilungen und lauwarme Gespräche über Tradition, über Kappen und Kragenaufschläge, im Grundsätzlichen aber war man absolut einig: Wir brauchen wieder ein Heer, wir brauchen wieder Soldaten!

Als Begründung dafür hört man seitdem immer wieder: Wir brauchen unser Heer zur Verteidigung der österreichischen Neutralität. Und vor zwei Jahren konnten wir in allen Zeitungen lesen, und auch der Herr Landesverteidigungsminister hat eine entsprechende Erklärung abgegeben, an der ungarischen Grenze habe Österreich unter Beweis gestellt, daß es gewillt und auch fähig sei, seine Neutralität zu verteidigen. Daraus könnte man schließen, daß wir also dann, wenn wir nicht neutral wären, kein Heer brauchten. Da scheint mir denn doch ein Irrtum vorzuliegen.

Es ist doch ein kleiner Unterschied zwischen der Verteidigung der Neutralität und der Landesverteidigung im generellen Sinn. Wenn unser Heer nichts anderes zu tun hätte, als wirklich nur Grenzüberschreitungen nach Art der vergangenen Zeit zu verhindern, solchen entgegenzuwirken, dann müßte heute und für alle Zukunft das genügen, was vor zwei Jahren genügt hat. Aber es hat doch den Anschein, daß wir an eine ernste Landesverteidigung denken müssen, denn sonst brauchten wir ja kein Landesverteidigungsministerium, und sonst könnte man auch die Auf-

wendungen einsparen, die ungefähr 3 Millionen ausmachen, die nur dazu verwendet werden, um Militärattachés zu unterhalten und bei verschiedenen Staaten Vertreter der Wehrmacht zu haben, von denen der Kollege Strasser meint, daß sie schöne Uniformen haben, aber nicht immer sprachengewandt wären.

Die Aufgaben des Bundesheeres sind ja im Artikel 79 unserer Bundesverfassung und auch im Wehrgesetz umschrieben. Demnach hat das Heer die Aufgabe, die Grenzen zu verteidigen. Gemeint ist damit sicherlich die Landesverteidigung als Ganzes. Die Wehrmacht, das Bundesheer kann aber auch herangezogen werden, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und die verfassungsmäßigen Einrichtungen zu schützen, sofern für diese Zwecke die zuständigen Organe den Einsatz der Wehrmacht anfordern. Überdies kann die Wehrmacht bei größeren Katastrophen- und Unglücksfällen herangezogen werden.

Wir haben leider schon wiederholt Gelegenheit gehabt, die Wehrmacht in ihrer Funktion beim Einsatz in Katastrophenfällen zu erproben, und es gebührt der Wehrmacht, den Offizieren und Soldaten der Dank des Hauses für ihre Hilfsbereitschaft und ihre Hilfeleistung.

An Einsatzbereitschaft der Truppe hat es sicherlich keinen Mangel gegeben, wohl aber manchmal an der Ausrüstung, und es war nicht immer gerade erhebend — bei solchen Katastrophen gibt es immer viele Zuschauer —, wenn eine gut aussehende Truppe, es läßt sich ja nicht leugnen, daß diese Truppe, unsere Soldaten, einen absolut guten Eindruck machen, wo sie hinkommen, wenn nun diese jungen Menschen in der Uniform daherkommen und bereit sind, zu helfen, und sie haben gar nichts mit als ihren guten Willen und an jeder Hand fünf Finger. Das ist in solchen Fällen zuwenig. Daher ist es wohl erforderlich, auch in dieser Beziehung für eine entsprechende Ausrüstung zu sorgen. (Ruf bei der ÖVP: Eine Schaufelfabrik werden wir aufmachen!)

Sehr problematisch müßte aber der Einsatz des Heeres zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung werden. Wenn einmal die normalen Sicherheitsorgane des Staates nicht mehr ausreichen, im Lande Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, dann muß schon ein beachtlicher Teil der Bevölkerung und wahrscheinlich auch die eine oder die andere Partei-führung an der Störung der Ruhe und Ordnung im Lande beteiligt sein. Wir haben ja eine Art parteienstaatliche Demokratie. Diese parteienstaatliche Demokratie hat es mit sich

gebracht, daß eigentlich das ganze Volk partimäßig sehr stark gebunden und aufgeteilt ist, und in einem Ernstfalle würden wahrscheinlich auch die Soldaten geteilt sein und die Polizei und die Gendarmerie, und es würde wahrscheinlich der österreichische Soldat auf österreichische Soldaten zu schießen haben. (Abg. Dr. Gorbach: Aber! Aber!) Das war schon da! Da erhebt sich dann die Frage, wer von den Überlebenden einer solchen Tragödie nachher als Held zu feiern oder aufzuhängen wäre. Das würde erst der Ausgang des Kampfes entscheiden.

Schon das Vorhandensein einer solchen Verwendungsbestimmung des Heeres ist geeignet, Unruhe und Mißtrauen zu schaffen, und das umso mehr, als die gesetzlichen Bestimmungen, die die Verfügungsgewalt über unsere Wehrmacht regeln, keineswegs klar und eindeutig sind. Es steht daher in einem solchen Falle sehr viel auf dem Spiel. Wir Freiheitlichen vertreten die Meinung, daß eine solche Bestimmung in einem so hochkultivierten Land, wie wir es sind, nicht mehr notwendig sein sollte, daß eine solche Bestimmung aus der Bundesverfassung zu entfernen wäre, weil sie nur geeignet ist, Unruhe zu schaffen, aber auch vielleicht namenloses Unglück zu bringen. Das Unbehagen und die Unruhe sind ja zweifellos bereits vorhanden. Man sieht, daß in beiden Koalitionsparteien eine ängstliche Sorge besteht, daß der Einfluß der anderen Seite auf den Soldaten nicht allzugroß wird. Man hört heute schon immer wieder Ausdrücke, die mir bedenklich erscheinen, wie zum Beispiel: Parteidarde, reaktionäre Bestrebungen. Ich habe auch den Ausdruck gehört: das Heer der 45 Prozent. Das sind alles Anzeichen, die nicht möglich wären, wenn eine solche Bestimmung gar nicht in unserer Verfassung enthalten wäre.

Der Hauptzweck des Heeres ist selbstverständlich die Landesverteidigung. Die Landesverteidigung hat aber nur dann einen Sinn, wenn sie so vorbereitet wird, daß wenigstens eine Aussicht auf Erfolg und auf eine Wirksamkeit derselben besteht. Das könnte heute niemand bejahen, denn noch ist ja der Aufbau des Heeres nicht beendet und noch weiß kein Mensch, wie weit eigentlich dieser Aufbau gehen soll. Aber eines wissen wir: Alle Staaten um uns herum, die unsere Grenzen bedrohen könnten, sind größer, stärker und vor allem auch besser gerüstet. (Ruf bei der ÖVP: Außer Liechtenstein!) Das dürfen wir bei der ganzen Angelegenheit nicht vergessen, und es wäre verfehlt, zu glauben, daß wir wirklich mit großer Sicherheit damit rechnen könnten, daß uns sofort allerhand Mächte zu Hilfe eilen würden.

Wir sind ein Staat am Eisernen Vorhang, und unsere Neutralität hat neben ihren guten Eigenschaften auch die Eigenschaft der Isolierung; sie hat eine isolierende Wirkung. Man könnte zwar nach der Neutralitätserklärung des österreichischen Parlamentes schon einen Vertrag abschließen mit einem anderen Staat mit keinem anderen Ziel als dem der Hilfe für uns. Denn wir sind eigentlich nur verpflichtet, keinem Militärbündnis beizutreten, aber es würde auch das als Neutralitätsverletzung aufgefaßt werden, und es würde auch wahrscheinlich kein Staat bereit sein, ein einseitiges Hilfsabkommen mit uns abzuschließen. (Abg. Dr. Gorbach: *Wir sind auch verpflichtet, die Neutralität zu verteidigen!*) Die Neutralität zu verteidigen. Selbstverständlich. Und daher könnten wir, wenn wir angegriffen werden, wohl auch mit jemandem einen Vertrag haben, der uns hilft, die Neutralität zu verteidigen. Es wäre das nach dem Neutralitätsgesetz meines Erachtens nicht verboten. Es würde aber auf jeden Fall als das aufgefaßt werden.

Die Vereinten Nationen, die UNO, auf die man sich so gerne verläßt, da hätte ich die allergrößten Bedenken, denn das wäre abhängig von einem Beschuß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und dieser Beschuß wieder würde abhängen von tausend Imponerabilien, vor allem aber immer von der Erwägung: Wenn wir hier zur Hilfe kommen, kommt ein anderer auch, aber nicht zu Hilfe, sondern im entgegengesetzten Sinne, es ist immer die Gefahr der Ausweitung. Es wäre daher sehr leicht möglich, daß wir in einem Falle des Angriffes auf uns vollständig auf uns allein angewiesen wären, und zwar bis zum Sieg oder zum bitteren Ende. Die Vorstellung, meine Damen und Herren, von einigen Pflichtschüssen und herbeileilenden Hilfslegionen der anderen gehört in den Bereich der Illusionen. Von dieser Warte aus muß man die Landesverteidigung sehen.

Es fehlt allerdings auch nicht an Erklärungen, daß man ja nie in diese Lage kommen werde. Ich habe sogar von höherer Regierungsstelle den Ausdruck gehört, man darf doch nicht bei der Behandlung der Frage Bundesheer an einen Krieg denken. Ja, wenn man das wüßte, daß es zu so etwas nie kommen wird, dann könnte man das Heer abschaffen. Aber das weiß man eben nicht. Das Heer nur deswegen schlecht oder gar nicht auszurüsten, weil man hofft, daß es nie dazu kommt, das wäre sträflicher Leichtsinn. Und unser Heer ist schlecht ausgerüstet. Die wirksamsten Waffen sind verboten. (Abg. Dr. Gorbach: *Unterseeboote! — Heiterkeit.*) Ja, wir dürfen nicht einmal Unterseeboote auf der Donau haben (*neuerliche Heiterkeit*), obwohl die doch

ganz ungefährlich sein müßten. Aber sie sind auch verboten. Aber wichtig ist, daß Torpedos verboten sind, die sonst zum Unterseeboot gehören. Verboten ist auch der Erwerb von Waffen, die etwa nach deutschen Plänen und Mustern angefertigt werden. Es hat also der Staatsvertrag auch seine Anekdoten, denn Waffen von Amerika können wir ja erwerben. Der Amerikaner Walter Lipman hat uns einmal im „Life“ eine schöne, große Liste geliefert über das, was die Amerikaner an neuen Erfindungen von Deutschland erbeutet haben. 72.000 Erfindungen! Und da stand dabei, daß die Amerikaner das jetzt alles realisieren werden. Wir könnten also von Amerika ohne weiteres deutsche Maschinengewehre kaufen, weil nicht daraufsteht: Made in Germany. Aber die Amerikaner verwenden es. Es ist Tatsache, daß diese Waffen eben alle verboten sind. Eine wirksame Landesverteidigung braucht jedoch unter allen Umständen ein modernes, in allen Einzelheiten technisiertes Heer. Nur so wird es einem zukünftigen Angreifer Respekt einflößen und vielleicht den Angriff vermeiden können. Nur so kann es auch ein Rückgrat sein für die ganze Bevölkerung.

Dazu gehört allerdings dann auch ein entsprechender Zivilschutz. Der würde auch hergehören, wenn wir kein Heer hätten. Aber auch der müßte mit den modernsten Raffinessen ausgerüstet sein.

Und dazu gehört noch eines, damit ich das nicht vergesse, das ist der Brotlaib des Herrn Dr. Schwer. Ich sage das nur deshalb, damit nicht die Meinung besteht, daß die Landwirtschaft mit der Landesverteidigung nichts zu tun hat. (Abg. Preußler: *Der Dr. Schwer wird sich schwer tun mit dem Brotlaib!*) Der Schwer ist aber nicht da. Er hat den Brotlaib voriges Jahr proklamiert.

Das alles kostet natürlich viel mehr, als in unserem Budget vorgesehen ist, weit mehr, viel mehr. Es könnte das bestehende Waffenverbot aufgehoben werden, es könnte das Heer dementsprechend ausgebildet und die ganze Organisation moderner gestaltet werden, es wäre sogar denkbar, daß bei einer ganz großen Einsicht sogar auch das Budget erhöht würde, vielleicht sehr beachtlich erhöht würde, aber das alles wäre zuwenig, das alles wäre umsonst, wenn nicht zwei andere, und zwar die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame Landesverteidigung vorhanden wären, nämlich der Wehrwille des Volkes und die Einsatzmoral des Soldaten. (Abg. E. Fischer: *Der Führer und das Hakenkreuz!*) Ohne die wäre das ausgeschlossen. Ich glaube beinahe, daß auch in Rußland derselbe Grundsatz gilt, und er ist auch verständlich.

Ich glaube, der Herr Verteidigungsminister hat ähnlich gedacht, als er einmal sagte, jeder Fußbreit österreichischen Bodens müsse verteidigt werden, und jeder Österreicher sei berufen, ein Panzerknacker zu werden. Darüber ist viel gelacht worden, aber das entspricht der heutigen Art der Kriegsführung, und damit muß daher eine Landesverteidigung rechnen. Es ist nur die Frage, ob es auch der heutigen Geistesverfassung entspricht.

Wir haben wieder ein Gelöbnis für alle wehrpflichtigen Österreicher. Dieses Gelöbnis ist dem Sinne nach nichts anderes als der seinerzeitige Fahneneid. Wir Freiheitlichen vertreten hier einen Standpunkt, der bisher noch zu allen Zeiten und bei allen Völkern gegolten hat, das ist nämlich der Standpunkt der absoluten Eidstreue ohne Rücksicht auf die politische Farbe der jeweiligen Staatsführung. Auch in Österreich hat immer dieser Grundsatz gegolten. (Abg. Dr. Gorbach: Bis 1938!) Bis zum Jahre 1945, damit wir im Datum einig sind. Bis zum Jahre 1945! Damals ist diese Auffassung durch neue Theorien ersetzt worden, neue Theorien, die jeden Soldaten veranlassen müssen, vor einem entscheidenden Einsatz eine Rentabilitätsrechnung anzustellen und dann je nach dem Ausgang dieser Rechnung, die mehr eine Wahrscheinlichkeitsrechnung wäre, entweder mitzutun oder rechtzeitig abzuhauen. Denn er weiß ja nicht, wie es ausgeht. Er weiß ja nicht, wer nachher sein Verhalten beurteilt und wie er es beurteilt. Er hat ja keine Ahnung, wieviel nachher seine eventuelle Kriegsversehrtenrente wert ist, und er weiß ja nicht, ob es nachher noch möglich sein wird, daß seine Angehörigen überhaupt zu seinem Grab kommen. Das alles weiß er nicht. Er kennt nur die sehr ungleichen Behandlungen der verschiedenen Soldaten verschiedener Zeiten nach 1945. (Abg. Hartl: Das hat es nach 1938 auch schon gegeben!) Auch wenn es dort schon da war, so war es zweifellos falsch, denn Soldaten sind immer Soldaten, von Soldaten wird überall das gleiche verlangt, und jeder, der anderer Meinung ist — ob er nun zwischen 1938 und 1945 oder nachher oder vorher da war —, der der Meinung ist, daß es Soldaten verschiedener Behandlungsart geben darf, der irrt sich und untergräbt die Wehrkraft. Das ist ganz selbstverständlich.

Der Soldat, der das alles nicht weiß, der kennt die Schicksale der Kriegsopfer, er kennt die Schicksale der Spätheimkehrer, er weiß um das Schicksal seines Vaters, seines Bruders und seines Onkels, und das alles zusammen muß Verbitterung schaffen und Verbitterung vererben, und daher ist es notwendig, um einen richtigen Wehrwillen zu schaffen, alle Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Es ist für einen Sol-

daten kein erhebendes Gefühl, wenn man ihm sagt, die Rangbestimmungen der Offiziere sind ungleich, wenn man ihm sagt, die Unteroffiziere sind so schlecht entlohnt, daß es nicht gut ist, Unteroffizier zu werden. Er wird alle diese Dinge, im Zusammenhang noch dazu mit einer schlechten Bewaffnung, als negativ werten müssen. Und ob heute ein Wehrwille im Volk vorhanden ist, das ist ziemlich zweifelhaft nach zwei verlorenen Kriegen und nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Kapitel kurz streifen, und zwar die sogenannte 08/15-Behandlung bei der Wehrmacht, die Schikanen, von denen sehr viel gesprochen wird und auch in den Zeitungen dann und wann etwas zu lesen ist. Ich persönlich bin der Meinung, daß alle diese Dinge in der Regel gern und weit übertrieben werden. Obwohl es nicht so wild ist oder nur halb so stark ist, wie es geschildert wird, darf man diese Dinge nicht ganz unbeachtet lassen, denn davon hängt allerdings unter Umständen alles ab, und hier ist in erster Linie zuständig das Korps der Unteroffiziere. Das war früher so, und das ist heute so.

Ich erinnere mich an zwei Unteroffiziere, die das treffende Beispiel für den Fall, wie es nicht sein soll, und für den Fall, wie es sein soll, geben. Ich bin in einer Militäranstalt erzogen worden, unerhört streng, geschliffen sind wir worden; es war eine Marineanstalt. Ein Unteroffizier mit dem Namen Blau hat uns blau geschliffen. Auf ein Torpedoboot hinauf, mit der Uniform ins Wasser, ans Land laufen, auf! nieder! und dann Reinigen bis zur Bewußtlosigkeit. Und das ganze verzerrt durch die üblichen Kraftausdrücke militärischer Ausbildungsunteroffiziere. Wenn wir dann am Abend, vollgefüllt mit Groll, mit Zorn, mit Wut, übermüdet und bis zur Verzweiflung entmutigt in die Hängematten sanken, dann ging er hinunter und ließ unten einen Trompeter die Melodie spielen: Nach der Heimat möcht ich wieder! Das war dann der Rest. Wir waren vierzehn- und fünfzehnjährige Buben. Dann waren wir ganz fertig. Den haben wir gehaßt, solange wir dort waren.

Der zweite Unteroffizier hieß Lichtblau. Der hat uns genauso geschliffen. Er war genauso wild. (Zwischenrufe.) — Das war in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie. — Der aber hat am Abend nur etwas anderes getan. Der hat dem Hornisten nicht angeschafft, das zu spielen, sondern er kam zu uns und sagte: Jungen, heute war ein schwerer Tag. Schlaft euch aus, es muß so sein, einmal wird es besser werden. Gute Nacht! Und alles war vergessen und verziehen.

Sehen Sie, wenn die Ausbildner auch Menschen sind und dazu die Fähigkeit besitzen, dem Rekruten den Grund der scharfen Ausbildung plausibel zu machen, dann wird er von unseren Jungen, die ja auch nicht von Pappe sind, verstanden werden. Unsere Buben sind nicht so verweichlicht, daß sie etwa die Überzeugung hätten, wenn sie zur Wehrmacht einrücken, daß sie dann in ein SOS-Kinderdorf kommen. Aber es hängt davon ab, daß unser Offizierkorps dafür sorgt, daß entsprechende Unteroffiziere da sind, und daß das Landesverteidigungsministerium dafür sorgt, daß diese Unteroffiziere auch entsprechend gewertet werden. Dann kann man von ihnen verlangen, alles zur Ertüchtigung zu tun, Menschen dabei zu bleiben und die nötige Portion Klugheit zu haben.

Meine Damen und Herren! Wenn man Milliarden Schilling für das Heeresbudget bewilligen soll, dann muß man den Wehrwillen und den Einsatzwillen der Truppe sorgsam pflegen, alle Ungerechtigkeiten vermeiden und alle Ungleichheiten, die noch bestehen, ausschleifen. Eines muß man sich immer vor Augen halten: Wer sich verteidigen will, der muß es ganz tun. Das kostet Geld, viel Geld und vielleicht auch Menschenopfer. Wer sich nicht verteidigen will, der spart heute Geld, morgen vielleicht Menschenblut, aber übermorgen verliert er vielleicht seine Freiheit, und dann kann er jederzeit gezwungen werden, das Doppelte und Dreifache dessen auf den Altar einer fremden Macht zu legen, was er seinem eigenen Vaterland verweigert hat. Das alles muß auch ins Kalkül gezogen werden, bevor man zur Landesverteidigung ja sagt oder nein. Vorher muß man wissen, daß es hier keine halben Lösungen geben kann, wie wir sie sonst in allen Ressorts noch immer erleben und dulden müssen, keine Kompromisse, die weder ja noch nein bedeuten, sondern entweder ein klares Nein mit allen Folgen oder ein eindeutiges Ja mit allen Opfern.

Bei uns aber gibt es leider zunächst nur Unklarheiten, und solange es nur Unklarheiten gibt, können wir zu dem Budget nicht ja sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abgeordneten Probst, das Wort.

Abgeordneter Probst: Hohes Haus! Von der Landesverteidigung und vom Bundesheer sagt man, es sei ein heißes Eisen. Wenn das so ist, dann ist es noch zu schmieden, und wir Sozialisten fügen hinzu: Die Hämmer sollen noch zweimal auf das Eisen fallen, solange es noch heiß ist, damit es nicht einmal zu spät und das Eisen dann verbogen ist.

Ich will aber von diesem Bild weggehen, denn ich muß mich auf das beziehen, was wir im Budgetausschuß darüber gesprochen haben. Dort ergab sich ein anderes Bild: eine Schwarz-Weiß-Malerei.

Es ist falsch, wenn man von uns, den Sozialisten, sagt, wir sehen, was die Landesverteidigung und das Bundesheer betrifft, alles schwarz, und es ist ebenso falsch von Ihnen, alles weiß zu sehen, weil alles gut ist, weil Sie, die ÖVP, den Landesverteidigungsminister stellen. Sie haben bewiesen, daß Sie über alle Geschehnisse, die es um und in der Landesverteidigung gibt, ein weißes Tuch breiten. Wir aber haben doch als Abgeordnete die Pflicht, offen über die Fragen der Landesverteidigung zu reden, weil es für uns in diesem Stadium keine militärischen Geheimnisse gibt. Wir wollen offen reden, aber nicht philosophieren oder so wie vorhin eine wehrpolitische Debatte abführen wie im Gasthaus „Zum goldenen Adler“. (Abg. Dr. Gorbach: „Zum Hirschen“!)

Es war auffallend für uns, daß die ÖVP-Abgeordneten im Budgetausschuß keine Worte der Kritik über das Bundesheer gefunden haben. Keiner wollte anscheinend mit dem Herrn Minister Graf ein Tänzchen wagen. Es gab für sie keine Soldatenselbstmorde, es gab für sie keine Schleifermethoden, keine illegalen Waffenübungen, keinen Mißbrauch von Heereinrichtungen für private oder ÖVP-Parteizwecke, wie wir sie im Budgetausschuß aufgedeckt haben. (Abg. Horr: Für Polcar!)

Aber das Bild des Bundesheeres ist farbiger, nicht nur schwarz und weiß. Die sogenannte Tradition, die immer eine so große Rolle spielt, wird mißbraucht und belastet eigentlich den Aufbau des Bundesheeres mehr, als sie Gutes tut. Ich gebe zu: Traditionspflege kann eine staatsbürgerliche Notwendigkeit sein. Aber womit, so frage ich? Mit dem Versagen des Bundesheeres im Jahre 1938, für das Sie von der ÖVP eine gewisse geschichtliche Verantwortung als Nachfolgerin der Christlich-sozialen Partei und der Vaterländischen Front tragen, oder mit der Traditionspflege der großdeutschen Wehrmacht, mit der auch der Herr Landesverteidigungsminister nichts zu tun haben wollte und nur so viel zu tun haben mußte wie viele andere zehntausende und hunderttausende Soldaten, deren Soldatenleben wir nicht schmälern wollen. Aber ist Traditionspflege, meine Damen und Herren, nicht und auch eine erzieherische und militärische Aufgabe des Bundesheeres? Die Traditionspflege, wie sie heute übertrieben wird, wird so zu einem Politikum und schadet mehr, als sie nützt. Und noch weiter in die

Vergangenheit zu greifen, ist eigentlich irreal für die heutige Zeit. (Abg. Dr. Kranzlmaier: *Staatsgefährlich!*) Mit dem Ausruf: „Vater Radetzky, schau oba!“ ist im Atomzeitalter wirklich nichts auszurichten, meine Damen und Herren! (Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.)

Schon im Budgetausschuß haben wir bewiesen, wie die Meinungen über das Bundesheer auch in der ÖVP zerklüftet sind. Wir, das sage ich nochmals, halten uns von Übertreibungen nach jeder Seite fern. Ich nehme ein Beispiel: die sogenannten Kameradschaftstreffen, die in der „Traditionspflege“ eine gewisse Rolle zu spielen haben. Im Leibblatt des Herrn Ministers, „Der Soldat“, wird so vieles gepriesen und gelobt, wenn er zu Veranstaltungen der Kameradschaftsbünde geht. Phrasen über eine Vergangenheit werden gebraucht, wozu sich in Westdeutschland nicht einmal die höchsten ehemaligen deutschen Offiziere bekennen. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite der ÖVP ist in der Zeitschrift „Der Aufbruch“ zu lesen, die vom ÖVP-Abgeordneten Kummer herausgegeben wird; er ist leider nicht da. (Abg. Dengler: *Der arme Kummer! Jetzt muß er wieder herhalten!* — Abg. Dr. Neugebauer: *Der Mann macht euch Kummer!*) Im Heft Nummer 9 dieses Jahres kann man auf Seite 28 etwas ganz anderes lesen als in den Zeitungen der Kameradschaftsbünde. Dort heißt es: „Aber schon regen sich da und dort die Geister der ewig Gestirnen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich. Aus allen Ecken und Enden kriechen sie hervor in vielen Gestalten und erzählen ihre alten Lieder: Vom Reich, vom Tod und Ruhm. Sie schwätzen ihre Halbwahrheiten am Biertisch und bei Kameradschaftstreffen. Sie verwechseln Heldenmut mit Größenwahn, Opferbereitschaft mit Heldentod auf dem Feld ihrer Interessen. Sie mißbrauchen, um die Jugend zu gewinnen, die Toten der letzten Kriege für ihr „neues Konzept.““

So schreibt eine ÖVP-Zeitung. Solche und ähnliche Zitate kann man aus dieser und aus anderen Nummern dieser ÖVP-Zeitschrift noch und noch anführen. Wer hat also bei Ihnen recht, Graf oder Kummer? Was wollen Sie eigentlich, wenn Sie dauernd von der Traditionspflege sprechen? (Abg. Dr. Kranzlmaier: *Das soll nicht euer Kummer sein!*) Ja, es kommt vor, daß man sich in der Politik auch den Kopf eines anderen zerbrechen muß, nicht nur den eigenen. (Abg. Dr. Kranzlmaier: *Das ist aber niemals gut!* — Abg. Dengler: *Das ist unser Kummer, nicht der eure!*)

Wir haben gegen gesellschaftliche Treffen ehemaliger Soldatenkameraden und abgerüsteter Soldaten absolut keinen Einwand. Aber diese Treffen dürfen nicht dazu mißbraucht werden, wie wir es auch schon aufgezeigt haben, bestehende Gesetze zu umgehen oder etwas zu tun, wozu Gesetze überhaupt nicht vorhanden sind. Denn das anschließende Exerzieren bei solchen Kameradschaftstreffen, „Auffrischung der Gefechtskenntnisse“, wie es so schön heißt, das alles ist mehr als ein Kameradschaftstreffen! Wir haben noch keine Gesetze über Waffen- und Reserveübungen. Der Herr Minister hat selbst zugegeben, daß es dafür keine gesetzliche Regelung gibt, da er ja selbst einen Gesetzentwurf ausarbeiten ließ und im Budgetausschuß optimistisch war und gemeint hat, es wird vielleicht in nächster Zeit besser gehen. Ich füge, gerade in bezug auf gesetzliche Mängel, noch hinzu, daß das Bundesheer ein Teil der Bundesverwaltung ist und alle Maßnahmen von oben bis unten nur auf Grund von Gesetzen erfolgen können.

Wir mußten und müssen beim Bundesheer von vorne anfangen. Wir, die Sozialisten, sind bereits vor der ÖVP, am 13. Mai 1955, zwei Tage vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages, für die Aufstellung des Bundesheeres eingetreten. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Das kann ich Ihnen schwarz auf weiß beweisen. Wir haben damals unsere Grundsätze aufgestellt, und auch unser neues Parteiprogramm spricht über die Neutralität und die Landesverteidigung. (Abg. Dr. Kranzlmaier: *So alt ist das neue Parteiprogramm noch nicht, Kollege Probst!*) Ich bin gerne bereit, meine Herren, Ihnen all das zuzuschicken, auch die Erklärung vom 13. Mai 1955. (Weitere Zwischenrufe.) Ich halte es mit Goethe: „Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“

Der demokratische Sozialismus, so sagen wir, man hat die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes stets anerkannt. Die SPÖ tritt daher für eine wirksame Verteidigung der Republik Österreich und ihrer Neutralität auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ein. Das Bundesheer hat lediglich der Verteidigung unserer Grenzen zu dienen, seine Organisation muß diesem Zweck entsprechen.

Nach wie vor erklären wir, daß die Landesverteidigung von den politischen Repräsentanten des Volkes gemeinsam gelenkt werden muß. Ist das nicht der Fall, dann wird nicht viel aus diesem Bundesheer werden! Davon sind wir überzeugt. Wir wollen keine SPÖ-Armee, aber auch keine ÖVP-Garde; da unterstreiche ich die Worte meines Vorredners. Wir fordern

daher die Einhaltung der diesbezüglichen Gesetze.

Erstens die Einberufung des Landesverteidigungsrates. Die diesbezügliche Antwort des Herrn Landesverteidigungsministers im Budgetausschuß war unbefriedigend. Wenn zwei Mitglieder des Landesverteidigungsrates sein Zusammentreffen begehrten, so ist diesem Ersuchen innerhalb von 14 Tagen — so heißt es im Gesetz — Rechnung zu tragen, nicht, wie der Herr Minister erklärte, daß der Herr Bundeskanzler diesem Ersuchen in einem ihm geeigneten Zeitpunkt entspricht.

Wir haben im Sommer, als das Überfliegen amerikanischer Flugzeuge in Tirol zu konstatieren war, die Einberufung des Landesverteidigungsrates begehr. Er wurde bis heute nicht einberufen. (*Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört!*)

Der Herr Verteidigungsminister ist dem Landesverteidigungsamt noch immer den Generalplan schuldig. Wir können nicht zustimmen, wenn der Herr Landesverteidigungsminister glaubt, die Verteidigungsfragen unter sich allein behandeln zu können. Der Landesverteidigungsamt ist im Wehrgesetz verankert und hat seine Aufgaben; und diese von ihm erst zu bestimmenden Maßnahmen auf dem militärischen, auf dem zivilen und auf dem wirtschaftlichen Sektor hängen doch letzten Endes von dieser generellen Planung ab; und auch die militärischen Organe, davon bin ich überzeugt, benötigen eine generelle Regelung. Denn mit dem Schweigen, meine Damen und Herren, ist es nicht getan, und militärische Geheimnisse darf es in Institutionen wie in der Bundesregierung und im Landesverteidigungsamt nicht geben; vom Aschenbrödeldasein des Landesverteidigungsausschusses des Parlaments will ich gar nicht reden, Herr Kollege Gorbach, der tritt überhaupt nicht zusammen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kranzlmayr.*)

Die zweite Frage ist die Verfügungsgewalt über das Bundesheer. Durch eine Veranstaltung des privaten Vereines „Aero-Club“ wurde diese Frage aufgeworfen. Eine Maßnahme, die der Herr Verteidigungsminister einmal verfügt hat, nämlich die Teilnahme von Bundesheerteilen, wird nicht legal und dem Gesetz entsprechend, wenn der Herr Bundeskanzler dabei ist; denn dieser kam als ÖVP-Obmann, um seinem Parteifreund Polcar dort zu huldigen. Zu dieser Maßnahme — nämlich Abordnungen des Bundesheeres nach Aspern zu einer Veranstaltung eines privaten Vereines zu schicken — hatte der Herr Minister kein alleiniges Entscheidungsrecht ohne Ermächtigung der Bundesregierung. Die Befehlsgewalt des Herrn Ministers geht nach den Verfügungsgewalten, die im Gesetz stehen, und

nach der Ermächtigung, die die Regierung dem Herrn Minister gibt. Das steht in der Verfassung, und das steht im Wehrgesetz.

Das Verfügungsgewalt über das Bundesheer ist eine besondere Regierungsgewalt, die zwar mit einer Befehlsgewalt verbunden ist, aber der Bundesregierung obliegt einer Ermächtigung, die sie erteilt. Auch wenn man befehlen darf so wie der Herr Landesverteidigungsminister, kann man auch nicht tun, was man will. Es soll in der Bevölkerung nicht das Gefühl entstehen, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung sich über die Bestimmungen der Verfassung hinwegsetzt.

Die Auffassung des Herrn Ministers, wie er sie etwa im Budgetausschuß geäußert hat, er könne Verfügungsgewalt selbst setzen, ist gefährlich. Über das Bundesheer kann einer allein nicht verfügen, denn dann kann eine Partei, die den Minister stellt, leicht dazu verleitet werden, diese Verfügungsgewalt vom Parteistandpunkt aus zu missbrauchen und ihren Willen mit Hilfe der Staatsgewalt durchzusetzen. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Im Rahmen seiner Machtbefugnis!*) In weiser Voraussicht hat die Bundesverfassung durch die Aufteilung der Verfügungsgewalt eine besondere Sicherung für die demokratischen Einrichtungen des Staates eingebaut.

Ich stelle noch einmal ausdrücklich fest, die Aero-Club-Veranstaltung in Aspern war eine ÖVP-Veranstaltung (*Abg. Glaser: Der Aero-Club ist nicht ein ÖVP-Verein!*) — durch den Austritt der Sozialisten —, zu der der Herr Minister Abteilungen hinkommandiert hat. (*Abg. Glaser: Alles, was nicht sozialistisch ist, ist bei euch ÖVP!*) Ich kann mich noch gut erinnern, wie mir der Herr Minister im Herbst vorigen Jahres im Finanzausschuß gesagt hat, er wußte nichts von Millionen-Zuwendungen des Herrn Finanzministers über das Landesverteidigungsministerium an den Aero-Club. Kurze Zeit später kam heraus, daß noch vor der Antwort, die mir der Herr Minister gegeben hat, Subventionen an den Aero-Club erteilt wurden. (*Abg. Horr: Zum Schuldenzahlen! Dazu wird das Geld gebraucht!*)

Meine Damen und Herren! Nach der Allgemeinen Dienstvorschrift, also einer Verordnung der Bundesregierung vom 30. Oktober 1956, die auch die Zustimmung des Haupthausschusses bekommen hat, dürfen an Festlichkeiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden Abordnungen des Bundesheeres auf Einladung der Veranstalter teilnehmen. Sie dürfen nicht in geschlossener Formation mit Zustimmung des Ortskommandanten teilnehmen, wenn die Festlichkeit parteipolitischen Charakter trägt oder einen solchen durch die Veranstalter erhält.

Wir müssen den Herrn Bundesminister auffordern, vorsichtig bei seinen Ausdrücken zu sein, um sich nicht verdächtig zu machen, einseitig parteipolitisch zu handeln. Und eine Werbung, meine Damen und Herren, ist die Teilnahme an solchen Veranstaltungen für das Bundesheer nicht. Bei einem Bundesheer, das in Österreich schließlich und endlich die allgemeine Wehrpflicht besitzt, ist das nicht notwendig; der Wiener sagt gemeinhin: „Dös is a unnötiger Pflanz!“

Ich möchte einige Bemerkungen zum Wesen der Heeresdienstzweige machen, nachdem ich gehört habe, daß der Landesverteidigungsminister oder das Landesverteidigungsministerium selbst beabsichtigen, eine Änderung der Heeresdienstzweigeverordnung vorzubereiten. Wenn das richtig ist, was ich gehört habe, steht diese Absicht zu den gegenwärtigen Bestrebungen zur Vereinfachung der Verwaltung und zu einer Verwaltungsreform in einem etwas krassen Widerspruch. Einige Hinweise:

Für die weniger als 100 Pferde im Bundesheer soll ein eigener militärtierärztlicher Dienst bis ganz hoch hinauf errichtet werden. Wenn einem Pferd bei einer Übung etwas zustößt, wird weder der hohe Veterinär aus Wien, noch aus einem Bundesland kommen, sondern es wird wahrscheinlich der zunächst erreichbare Tierarzt gerufen werden. Weiter soll ein eigener Apothekerdienst für die vermutlich 30.000 bis 40.000 Aktiven und die in ganz Österreich verstreuten Soldaten eingerichtet werden. Das ist doch sicher überflüssig. Wir geben zu, daß es zweifellos notwendig ist, daß eine Betreuung kranker Soldaten durchgeführt wird, aber die Errichtung eigener und besonderer Militärspitäler ist ebenso überflüssig wie der Aufbau einer in Händen von Ärzten liegenden Verwaltungstätigkeit, die ihnen eine größere Karriere bieten soll, als sie vielleicht im Zivildienst hätten. Ganz lustig ist, wie man hört, daß man sogar eine Überorganisation über die einzelnen Militärmusikkapellen einrichten will.

Zweitens erscheint ganz besonders bedenklich der Vorschlag ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach*) — wir reden vorher und nicht nachher, und darüber kann man auch offen reden, nicht wahr, Kollege Gorbach? (*Abg. Dr. Gorbach: Die Quelle wäre interessant!*) Man kann auch über die Quelle reden, wenn Sie wollen. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Ja, wir wollen!*)

Ganz besonders bedenklich erscheint es, daß Leute in Generalsbezüge ernannt werden sollen, ohne daß das sozusagen öffentlich auffällt, und daß diese Leute mechanisch oder, wie es heißt, durch „Dekret“ zum Generalstitel kommen sollen. Darin ist offensichtlich und zweifellos eine Umgehung des Erennungsrechtes des Bundespräsidenten ge-

legen. Wenn man jemand zum General machen will, dann soll man das offen sagen, aber diesen Effekt nicht durch Hintertürchen herbeizuführen trachten.

Der Herr Minister hat sich sehr überrascht gezeigt, weil wir im Budgetausschuß eine ausführliche Diskussion über das Bundesheer geführt haben. Ich muß über eine Abteilung seines Ministeriums reden, weil ihre Tätigkeit sehr bezeichnend ist. Da gibt es in seinem Ministerium eine sogenannte wehrpolitische Abteilung. Ein Beispiel für viele, wie es dort einseitig gemacht wird.

In der Zeitung „Heute“ vom 8. November steht auf Seite 5 ein Artikel über das Bundesheer. Dort lautet ein Satz: „Wenn sich die Sozialisten um all' diese Fragen nicht oder nur oberflächlich kümmern,“ — das ist die Darstellung dieser Zeitung — „dürften sie sich nicht wundern, wenn sie eines Tages ebenso wie in der Ersten Republik aus dem Bundesheer hinausmanövriert werden, und es wäre für Österreich, wie wir am Beispiel gesehen haben, nicht gut, wenn die bewaffnete Macht zum Instrument einer Partei würde.“

Was macht der Informationsdienst der wehrpolitischen Abteilung daraus? Er läßt den zweiten Teil des Satzes aus, wo es heißt: „es wäre für Österreich nicht gut, wenn die bewaffnete Macht zum Instrument einer Partei würde.“ Man gibt nur den ersten Halbsatz durch, wo das Negative, das Kritische gegen die SPÖ gesagt wird; das andere aber, was sich kritisch gegen die andere Partei richtet, läßt man aus. (*Abg. Strasser: Gott sei Dank liest es ohnehin niemand!*) So einseitig informiert man die Öffentlichkeit aus dem Ministerium über die Haltung zum Bundesheer. So macht man Stimmung gegen alle anderen Parteien außer der ÖVP.

Und diese Abteilung, meine Damen und Herren, besorgt die Information hinein in die Kasernen und hinaus aus dem Ministerium. Die einzige Genugtuung, die man vielleicht noch haben kann, ist, daß dieser Informationsdienst nicht gelesen wird.

Ich habe den Herrn Minister gefragt: Wer zahlt denn eigentlich seit Jahr und Tag die Zeitung „Der Soldat“? (*Abg. Marie Emhart: Die Steuerzahler!*) Jeder, der einigermaßen damit zu tun hat, weiß, daß sie bereits Millionen gekostet haben muß. Die Auflage ist zwar groß, aber die Abnahme und der Absatz, wie ich höre, sehr klein. Aber gerade das kostet ja viel Geld, wenn die Auflage groß und der Absatz klein ist. Zahlt das Ministerium diese Zeitung und diese Millionen oder der Verlag, der der ÖVP nahesteht? Wo nimmt der Verlag die Millionen her für eine Zeitung, die in den Kasernen gratis ver-

trieben werden wird oder vertrieben werden soll? Diese Zeitung und auch andere dürfen kolportiert werden. Außer den Tageszeitungen dürfen keine anderen Zeitungen hinein, da anscheinend die wehrpolitische Abteilung auf dem Standpunkt steht: Vieles kann man nicht hineinlassen, denn das würde „Wehrkraftzerstzung“ bedeuten. Wenn der wehrpolitischen Abteilung eine Zeitung politisch nicht paßt, weil sie nicht von der ÖVP kommt, so kann sie eben einseitig verboten werden und wird nicht zugelassen. Ich stelle hier ausdrücklich fest, besonders gegenüber dem Herrn Verteidigungsminister: Ich habe im Budgetausschuß über diese Frage gesprochen; also nicht über Unsauberkeit, sondern ich habe nur von dem Mißbrauch durch Verbreitung einer ÖVP-Zeitung in den Kasernen gesprochen.

Wir alle müssen den Eindruck haben, meine Damen und Herren, daß der junge Wehrmann beim Bundesheer im Sinne der republikanischen Verfassung ausgebildet wird. Es soll nun überlegt werden, ob das im Wehrgesetz verankerte Heiratsverbot nicht aufgehoben werden kann. Wir verlangen und wir erwarten, daß die Rechte der Soldatenvertreter in keiner Form durch Vorgesetzte geschmälerzt werden. Wir wünschen eine demokratische Durchführung der Soldatenvertreterwahl innerhalb der ersten beiden Dienstmonate. Wir, die sozialistischen Abgeordneten, fordern eine Personalbegutachtungskommission unter Beziehung von Vertretern des Landesverteidigungsausschusses. Aufgabe dieser Kommission soll sein, die geeignetsten Menschen für die Ausbildung des Wehrmannes im österreichischen Bundesheer zu finden.

Das Recht auf Information und auf freie Meinungsäußerung innerhalb des österreichischen Bundesheeres muß gesichert bleiben, und es muß den jungen Wehrmännern möglich sein, ohne Androhung von Strafe die Be schwerdekommision anzurufen. Wir müssen erwarten, daß der Kündigungsschutz für den Präsenzdienstpflichtigen und für den, der bereits einen Präsenzdienst geleistet hat, nicht geschmälerzt, sondern erweitert wird.

Dann erst, wenn auch solche und ähnliche Forderungen erfüllt werden, wird der Soldat in einer Demokratie ein Soldat sein, der Befehle versteht. Nicht den Kadavergehorsam von Analphabeten in der Monarchie wollen wir erreichen, sondern den Willen des Staatsbürgers, seine Heimat zu verteidigen. Für uns gilt die Schrift auf dem Soldatenfriedhof von Erlington: „Wer Soldat wird, hört nicht auf, Bürger zu sein.“ (Beifall bei den Sozialisten.)

Ich muß mich mit noch einer Frage beschäftigen. In einer Rede, die der Herr Minister am 16. Oktober vor Industriellen gehalten

hat, beschuldigt er Abgeordnete, die, wie er wörtlich sagte, 1955 ja gesagt haben, aber heute nicht zu ihrem Ja stehen, der Armee nicht jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie braucht. Die Worte — so sagte der Herr Verteidigungsminister in der Rede vom 16. Oktober —: „Baut Schulen statt Kasernen!“, seien billige Schlagworte. Damit hat der Herr Minister, wie er selbst zugegeben hat, sozialistische Abgeordnete gemeint. Im Budgetausschuß aber erklärte er dann, er, der Herr Verteidigungsminister, hätte dem Herrn Unterrichtsminister Drimmel den Vorschlag oder die Anregung gemacht, man solle auf eine Erhöhung des Heeresbudgets zugunsten des Unterrichtsbudgets verzichten. Was ist also richtig, so frage ich: Hat der Herr Minister selbst die Anregung auf Reduzierung des Heeresbudgets und auf Erhöhung des Unterrichtsbudgets für Schulbauten gemacht? Dann war sein Vorwurf, der öffentlich gemacht wurde, unrichtig oder, was wahrscheinlicher ist, er hat sich dem Argument gebeugt, daß weniger Geld für das Bundesheer und mehr Geld für Schulen ausgegeben werden soll. Aber dann, meine Damen und Herren, muß er sich auch dazu bekennen und nicht andere beschuldigen, wie in der Rede am 16. Oktober, gegen Mehrausgaben des Bundesheeres aufzutreten.

Ich gebe zu, daß die Aufgabe der Abgeordneten in diesem Punkte nicht leicht ist, und ich erkläre für uns, und ich erkläre das besonders auch für mich, daß wir die Aufgabe haben, die Bedürfnisse des Staates und des Bundesheeres mit dem Bedürfnis des Volkes, nicht zuviel für das Militär auszugeben, zu verknüpfen und diese beiden Fragen zu verbinden. Das ist gewiß nicht leicht, aber es soll eine Aufgabe sein, über die wir offen reden müssen; denn wir sind auch überzeugt, daß das Bundesheer imstande sein muß, die ihm zugesetzten Aufgaben zu erfüllen.

Beispiele anderer neutraler Staaten, wie der Schweiz und Schwedens, sind hinfällig. Sie beweisen zwar für uns, für den Staatsbürger als den einzelnen und für den Staat insgesamt, daß man zur Verteidigung seiner Grenzen und seiner Neutralität Geld ausgeben muß. Aber diese Staaten können nicht immer zum Vergleich herangezogen werden. Da unterstreiche ich auch das, was Kollege Zechmann gesagt hat: Wir haben erst aufzubauen, und dort ist auszubauen. Beides kostet Geld. Es muß alles in dem Rahmen geschehen, wie es Verfassung und Budget zulassen.

Die Verteidigung und Sicherung von Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes ist dem Heer durch die Bundesverfassung zur Pflicht gemacht. Das ist richtig. Die dauernde Neutralität kann nur eine bewaffnete sein und

nicht eine unbewaffnete. Dieser Überzeugung huldigen auch wir. Aber wir allein entscheiden über die Art und Weise, wie wir die Unverletzlichkeit unseres Staatsgebietes zu verteidigen haben. (Abg. Dr. Gorbach: Wer sind „wir“?) Wir, Österreich, der österreichische Staat, die Republik.

Wir haben die immerwährende Neutralität zum Gesetz erhoben, das heißt die militärische Neutralität. Das bedeutet — und das möchte ich ausdrücklich feststellen —: keine militärischen Bündnisse. Bündnislosigkeit muß aber nicht dazu führen, sich nicht in der Welt umzusehen, wie es andere Länder militärisch tun. Trotzdem soll man vorsichtig sein, wenn militärische Besprechungen und militärische Kontakte im Ausland stattfinden, um nicht in einen falschen Verdacht zu geraten.

Es ist gewiß noch viel zu tun. Wir fordern aber von allen Teilen des Bundesheeres die Treue zur demokratischen Republik und die Einhaltung des Grundsatzes, daß das Bundesheer eine wahre Volksarmee sein soll! (Beifall bei den Sozialisten.)

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Koplenig: Meine Damen und Herren! Als Österreich durch den Staatsvertrag die Möglichkeit bekam, Streitkräfte für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit aufzustellen, wurden in der Bevölkerung verschiedene Auffassungen vertreten. Es gab viele, die der Meinung waren, daß Österreich überhaupt kein Militär brauche und daß die dafür notwendigen Mittel für andere, dringendere Zwecke verwendet werden sollen. Wir Kommunisten und mit uns breite Kreise der Arbeiterschaft traten damals gegen die Bildung eines stehenden Heeres und für eine Volksmiliz ein.

Aber ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten war sich die ganze Bevölkerung darin einig: Wenn schon ein Heer, dann ein wirklich österreichisch gesinntes Heer, ein demokratisches und republikanisches, ein Volksheer also, das im Ernstfall das Vaterland wirklich verteidigt, kein Heer, wohlgemerkt, das nach außen im Ernstfall die Geschäfte der Feinde Österreichs und nach innen die Geschäfte der Reaktion gegen die Arbeiterschaft besorgt, und auch kein solches Heer, in dem die jungen Soldaten schikaniert oder in ihrer Menschenwürde verletzt werden.

Nun haben sich aber besonders in der letzten Zeit Ereignisse abgespielt, die zeigen, daß das Bundesheer eine andere Entwicklung nimmt. Die österreichische Arbeiterschaft hat mit größter Besorgnis und mit Erbitterung be-

obachtet, daß Offiziersabordnungen des Bundesheeres Anfang November wohl an Trauereiern der Monarchisten zum Gedenken an den Untergang der Habsburger-Monarchie teilgenommen haben, aber an keiner einzigen Feier zum 40. Geburtstag der Republik, die bekanntlich von der ÖVP boykottiert wurden. Die Teilnahme von Abordnungen des Bundesheeres an monarchistischen Kundgebungen und ihre Nichtteilnahme an den Republikeiern ist nichts anderes als eine antirepublikanische, gegen die Demokratie gerichtete Demonstration und ein grober Mißbrauch des Bundesheeres für die Interessen der ÖVP! (Abg. Dr. Gorbach: So, jetzt haben wir's! — Heiterkeit.) Dies ist umso empörender, als die Jungmänner im Bundesheer in ihrer großen Mehrheit Söhne aus dem Volk sind, die für die Habsburger nicht das Geringste übrig haben.

Eine andere außerordentlich alarmierende Erscheinung sind die zahlreichen Selbstmorde junger Soldaten, über die die Presse berichtet hat. Allein in diesem Jahr haben sich neun junge Soldaten das Leben genommen. Minister Graf will darin nichts Ungewöhnliches finden und behauptet, diese Zahl entspräche statistisch der Zahl der MännerSelbstmorde in Österreich. Man muß sagen: Diese Berufung auf die Statistik und die Versuche des Ministers Graf, die vielen Selbstmorde auf die Weichheit und Sentimentalität vieler Jungmänner zurückzuführen, sind in Wirklichkeit nur eine Verhöhnung dieser bedauernswerten jungen Menschen und ihrer Angehörigen.

Denn die Menschen bringen sich weder im Bundesheer noch außerhalb desselben grundlos um. Das Motiv des Selbstmordes ist gewöhnlich ausweglose materielle Not (Abg. Hartl: Liebe!), unheilbare Krankheit oder Verzweiflung über die Zerrüttung der Ehe, des Familienlebens und anderes. (Abg. Doktor Gorbach: Oder der Terror bei euch!) Diese Motive fallen bei den jungen Soldaten weg. Die Selbstmorde im Bundesheer sind auf eine andere Art von Verzweiflung zurückzuführen, auf Verzweiflung über ungerechte Behandlung und Schikanen, die eben unlösbar zu jenen Traditionen gehören, deren Geist auch nach dem Willen des Ministers Graf im Bundesheer aufrechterhalten werden soll. (Abg. Dr. Gorbach: Reden Sie nicht von Selbstmorden, sondern von Genickschüssen!)

Die Fälle von gemeinen Beschimpfungen, von Schikanen und übler Schleiferei der jungen Soldaten häufen sich. Aus der Jugend selbst wird immer energischer die Abstellung solcher Ausbildungsmethoden im Bundesheer gefordert. Die Freie Österreichische Jugend, die Sozialistische Jugend fordern es, und im

3190

Nationalrat VIII. GP. — 69. Sitzung am 3. Dezember 1958

ersten Punkt des Forderungsprogramms der Gewerkschaftsjugend heißt es: Sofortiges Einstellen aller Schikanen. Im Landesverteidigungsministerium hat man aber anscheinend taube Ohren in dieser Sache. Umsomehr ist es die Aufgabe des Nationalrates, solchen Zuständen ein Ende zu machen.

Dem Vorwurf des Verteidigungsministers gegen unsere Jugend, sie sei, wie er sich im Budgetausschuß ausdrückte, zum Teil sentimental und verwöhnt erzogen, muß man die außerordentlichen Leistungen der Jungmänner im Katastropheneinsatz entgegenhalten. Unter schwersten Bedingungen, oft unter Lebensgefahr haben sie härteste Arbeit für die betroffenen Mitbürger geleistet und eine hohe gesellschaftliche Moral bewiesen. Diese Jugend verdient es, daß ihre Menschenwürde geachtet wird und alles nur mögliche geschieht, damit sie keinen Schaden an ihrer Gesundheit nimmt.

Dazu muß gesagt werden, daß das Heeresministerium wohl genügend Geld hat, um für hunderte Millionen Schilling neue Panzer zu kaufen, aber für den Ausbau einer ausreichenden ärztlichen Betreuung der Jungmänner waren die Mittel nicht vorhanden. Es gibt nachgewiesene Fälle von ungenügender ärztlicher Betreuung, die sogar zum Tod eines Jungmannes führten. Man hatte wohl Geld für die Einstellung von 21.000 Berufssoldaten und Militärbeamten, aber nur für 88 Truppenärzte. Das zeigt den wirklichen Stand der Dinge. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß im Interesse der Gesundheit der Jungmänner die Einstellung von mehr Ärzten und überhaupt der Ausbau der ärztlichen Betreuung eine vordringliche Aufgabe ist.

Charakteristisch für den Kurs der Regierungsparteien in der Frage des Bundesheeres ist die Tatsache, daß von den 46.000 Angehörigen des Bundesheeres heute nicht weniger als 21.000, also nahezu die Hälfte, Berufssoldaten und Militärbeamte sind. Auf jeden Jungmann kommt bereits ein Berufssoldat oder ein Militärbeamter, und die eifrige Werbung für Anwärter für die Berufssoldatenlaufbahn, die das Bundesministerium für Landesverteidigung betreibt, läßt darauf schließen, daß es nach Ansicht des Ministers Graf und seiner Freunde einen noch stärkeren Anteil von Berufssoldaten im Heer geben soll.

Es ist also gerade das eingetreten, was im Interesse einer wirklich demokratischen Entwicklung innerhalb der Armee hätte verhindert werden sollen. Im Rahmen des Bundesheeres, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, wird eine Kaderarmee geschaffen, die

heute den Charakter des Bundesheeres bestimmt. Wir glauben zwar gerne, daß es im gegenwärtigen Offizierskorps auch bewußte Österreicher gibt, die ihre Aufgabe ernst nehmen. Die große Mehrzahl der Kommandostellen aber, und vor allem die entscheidenden Kommandostellen, sind mit Offizieren besetzt, die zwar mit Hitler-Auszeichnungen, Karriere, Generalstabsausbildung in der faschistisch-deutschen Wehrmacht aufwarten können, aber mit keinem Beweis österreichisch-patriotischer Gesinnung. Diese Herren rühmen sich nach wie vor ihrer Taten, die sie im Kriege Hitlers für die Errichtung einer deutsch-faschistischen Weltherrschaft begangen haben. Das Soldatenblatt des Verteidigungsministers und seine Hefte „Für den Kommandanten“ lassen keinen Zweifel darüber offen, daß diesen Herren ihre Verdienste für Hitler und den deutschen Imperialismus heute im Bundesheer sehr hoch angerechnet werden. Weder von General Fussenegger, noch von den Generälen Waldmüller, Seitz oder Vogl — um nur einige dieser Offiziere zu nennen — ist es bekannt, daß sie sich von dem Geist des deutschen Militarismus, in dem sie groß wurden, losgesagt haben. Der neue Eid, den sie jetzt abgelegt haben, besagt wenig, wenn man bedenkt, daß die Herren ja auch einen Eid auf die Erste Republik abgelegt haben. Und dafür, daß der verantwortliche Minister von jenen Offizieren, die nicht nur gezwungen wie hunderttausende österreichische Männer, für den deutschen Imperialismus gekämpft haben, kein eindeutiges Abrücken von ihrer früheren Gesinnung verlangt hat, gibt es keine Entschuldigung!

Hier taucht natürlich die Frage nach der Tätigkeit und Verantwortlichkeit des von der sozialistischen Parteiführung gestellten Staatssekretärs Stephani auf. Aber Minister Graf hat diese Frage ja schon im Budgetausschuß beantwortet. Als dort nämlich von einem Parteigänger Stephanis beanstandet wurde, daß in den Heften „Für den Kommandanten“, einer Schulungsschrift für Offiziere, vor allem die deutsche Wehrmacht als Vorbild dargestellt wird (Abg. Dr. Gorbach: *Aber ist ja nicht wahr!*), antwortete Graf, daß diese Hefte in vollem Einvernehmen mit dem sozialistischen Staatssekretär gestaltet werden. (Abg. Dr. Gorbach: *Jetzt ist es gefährlich!*) Diese Feststellung Grafs wurde nicht beantwortet, und es ist anzunehmen, daß nicht nur in diesem Fall, sondern auch in anderen Fällen diese enge Koalitionsgemeinschaft besteht, die zeigt, daß die Anwesenheit eines SP-Staatssekretärs im Ministerium kein Hindernis, sondern sehr häufig der Schirm ist, hinter dem sich reaktionäre Machenschaften verbergen. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: *Gespensterseher!*)

Die Kräfte von gestern und vorgestern haben heute im Bundesheer freie Bahn. Minister Graf selbst bekennt sich offen dazu, im Bundesheer sowohl die Traditionen der Hitler-Wehrmacht als auch die der Habsburger-Armee verankern zu wollen. Das geschieht nicht nur in den Heften für die Offiziere, das geschieht auch mit Hilfe der Zeitung „Der Soldat“, die heute schon erwähnt wurde, eine Zeitung, von der jedermann weiß, daß Minister Graf und die ÖVP hinter ihr stehen. Man betrachte nur die letzte Nummer dieser in den Kasernen sehr stark aufgelegten Zeitung. Da wird freudig über die Teilnahme von Offiziersdelegationen an Trauerfeiern zum Jahrestag des Unterganges der Habsburger-Monarchie berichtet. Unter dem Titel: „Vor 40 Jahren starb die alte Armee“, berichtet „Der Soldat“ wörtlich: „Der Altkaiserjägerklub gedachte des Trauertages im Kaisersaal des Berg-Isel-Museums. Die würdige Feier, der eine Offiziersabordnung der Brigade beiwohnte, schloß mit den Klängen der alt-österreichischen Retraite.“

Gleich darunter finden wir den Bericht über eine weitere monarchistische Gedenkfeier unter Teilnahme des Bundesheeres. Darin wird das Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges beschrieben, werden also die ersten Tage des ersehnten Friedens und zugleich der Geburtstag der Republik Österreich als „jene schrecklichen Tage“ bezeichnet. Diese monarchistische Feier unter offizieller Teilnahme des Bundesheeres ließ, wie „Der Soldat“ schreibt, die ruhmvollsten Leistungen der kaiserlichen Armee lebendig werden.

Hier haben wir nur zwei von erschreckend vielen Beispielen, wie der reaktionäre Habsburger-Geist in das Bundesheer getragen wird. Aber gerade vor diesem Geist muß man das Heer der Republik Österreich und seine jungen Soldaten behüten. Anstatt den Jungmännern die Habsburger-Armee als ruhreiches Vorbild hinzustellen, soll man ihnen lieber die Wahrheit sagen, daß nämlich diese kaiserliche Armee das ganze letzte Jahrhundert ihres Bestandes ein unrühmliches Werkzeug zur Unterdrückung der demokratischen Revolution war, daß diese Habsburger-Armee 1848 auf das fortschrittliche Bürgertum wie auf die revolutionierenden Arbeiter und Studenten schoß und auch später ihre glänzendsten Siege beim Auseinanderjagen von Arbeiterdemonstrationen feierte (Abg. Dr. Gorbach: *26. Oktober 1956 in Ungarn!*) und daß schließlich diese Habsburger-Armee ein übelstes Instrument der Niederhaltung der nationalen Freiheitsbestrebungen der slawischen Völker innerhalb der Monarchie war. (Abg. Hartl: *Jetzt wollt ihr wieder alle zusammenholen, was?*)

Und wie steht es mit der anderen Tradition, die mit der Unterstützung des Heeresministers und im Einvernehmen mit dem sozialistischen Staatssekretär dem Bundesheer eingeflößt wird? Auch wir Kommunisten sind der Meinung, daß man den Lebensabschnitt unseres Volkes zwischen 1938 und 1945 nicht mit Schweigen übergehen darf, auch nicht die Tatsache, daß hunderttausende Österreicher in dieser Zeit einen Soldatenrock getragen, gekämpft und geblutet haben und in fremder Erde begraben wurden. Aber nichts ist im Interesse unseres österreichischen Volkes notwendiger, als hier den Jungmännern zu sagen, daß dies ein fremder Soldatenrock war, geschneidert vom deutschen Imperialismus, der unser Vaterland, die Republik Österreich von der Landkarte ausgelöscht hat und für immer verschwinden lassen wollte. Man muß den jungen österreichischen Soldaten sagen, daß die Niederlage der deutschen Wehrmacht eine unumgängliche Voraussetzung für die Wiedergeburt Österreichs und die Wiedererlangung seiner nationalen Unabhängigkeit war. (Abg. Hartl: *Und daß dazu Molotow beigetragen hat!*)

Verdienste in den räuberischen Feldzügen der Wehrmacht gegen die Völker ganz Europas waren Verdienste für Hitler und den deutschen Imperialismus, aber nicht für Österreich. Verdienste für Österreich haben sich in der Zeit von 1938 bis 1945 nicht die Generäle Fussenegger und Vogl erworben, die nicht zufällig von Hitler ausgezeichnet wurden, sondern jene österreichischen Patrioten aller Parteirichtungen, die mit oder ohne Waffen in Österreich oder in der Fremde für die Niederlage Hitler-Deutschlands und für die Wiedergeburt Österreichs gearbeitet und gekämpft haben. Hier, aus dem Heer der Helden des österreichischen Freiheitskampfes sollen unsere Jungmänner Vorbilder des echten Patriotismus bekommen. Das ist aus der jüngeren Vergangenheit die einzige wirkliche Tradition des Kampfes für ein freies Österreich.

Manche Leute reden so, als sei es aus Pietätsgründen gegenüber den Hinterbliebenen so vieler gefallener Österreicher nicht anders möglich, als ihre toten Söhne, Männer und Väter als Helden zu bezeichnen, die für eine gute Sache gestorben wären. Und am Ende steht dann die auch von der Zeitung des Ministers Graf verbreitete Lüge, jene vielen beklagenswerten Österreicher hätten, wie es da heißt, in selbstlosem Einsatz für ihre schöne Heimat und für ihre Freiheit ihr Leben gegeben. Aber dieselben Leute, die hier aus Pietät und Ehrfurcht vor dem Tode die Unwahrheit sagen, finden gar nichts daran, den Tod der in den Konzentrationslagern von

Hitlers SS-Schergen hingemordeten Patrioten in Vergessenheit fallen zu lassen oder noch schlimmer, deren Kampf und ihr Opfer in den Schmutz zu ziehen.

Geschichtsfälschungen dieser Art sind überaus gefährlich. Österreich und den Hinterbliebenen der von Hitlers Generälen massenhaft auf die Schlachtbank getriebenen Österreicher ist allein mit der Wahrheit gedient. Die in den deutschen Waffenrock gepreßten Österreicher sind nicht für die Heimat gestorben, sie wurden Opfer des blut- und machtgierigen deutschen Imperialismus, sie sind Opfer, die das österreichische Volk mahnen, ihrer nicht zu vergessen und die Unabhängigkeit Österreichs und den Frieden besser als vor 20 Jahren zu schützen.

An Stelle der Waffenbrudermoral mit der deutschen Wehrmacht sollte unseren jungen Soldaten besser die Tatsache ans Herz gelegt werden, daß es in Vergangenheit und Gegenwart nur von dieser Seite eine Bedrohung der österreichischen Freiheit und Unabhängigkeit gab und gibt.

Es ist bekannt, daß die Führung des Bundesheeres anderer Ansicht ist. So ist es üblich geworden, daß bei den Gefechtsübungen die Russen als Feinde angenommen werden. In der Kaserne Zeltweg wurde zum Beispiel erst kürzlich den Jungmännern auf die Frage, wie lange man einen etwaigen Feind aufhalten müsse, folgende Antwort gegeben: Drei Stunden müssen wir die Russen aufhalten, dann werden wir aus dem Westen entsetzt. (*Abg. Strasser: Jetzt kennen wir wenigstens das Konzept!*) Der Osten — der Feind, die deutsche Wehrmacht — der Waffenbruder.

Diese der Wahrheit ins Gesicht schlagende Darstellung ist natürlich kein Zufall, das entspricht genau den Vorstellungen des Bonner Generalstabs, das entspricht auch zweifellos der Auffassung der NATO-Führung, der Österreichs Neutralität bekanntlich nicht ins Konzept paßt.

Daß das österreichische Bundesheer oder, genauer gesagt, sein reaktionärer Kader in trauter Waffenbrüderschaft wie einst nach dem feindlichen Osten Ausschau hält, hat die neue westdeutsche Wehrmacht bereits ermutigt, den ihrer Meinung nach etwas schlappen „Kamerad Schnürschuh“ anzuschnauzen und ihm eine forschere Haltung abzuverlangen.

Westdeutsche Zeitungen, erst kürzlich wieder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. Oktober dieses Jahres, haben übereinstimmend erklärt, die österreichischen Militärausgaben seien völlig unzureichend. Westdeutschland, wird darin gesagt, halte etwa

dreimal soviel Soldaten unter Waffen wie Österreich, doch sein Militärbudget ist sieben- und zwanzigmal so groß. Und frech schreibt dieses deutsche Blatt: Bei der gegenwärtigen strategischen Lage in Europa kann es auch den Nachbarn Österreichs nicht gleichgültig sein, wie dieses Land an der Nahtstelle zwischen Atlantikpakt und Warschauer Pakt militärisch dasteht. Und weiter heißt es: Die anhaltende Sparsamkeit der Österreicher gegenüber dem Bundesheer muß alle mit Sorge erfüllen, die an einem stabilen militärischen Verhältnis in Europa interessiert sind. Und schließlich wird Österreich nahegelegt, Raketenwaffen anzuschaffen, und zwar ungeachtet der Bestimmungen des Staatsvertrages.

Wenn, und das ist ja auch heute geschehen, diese Forderung auch im österreichischen Parlament erhoben wird, dann weiß man, woher der Wind weht und von wem diese Leute, die hier solche Forderungen erheben, ihre Aufträge bekommen. (*Abg. Altenburger: Sie nur vom Osten!*)

Diese freche Einmischung in österreichische Angelegenheiten ist keineswegs die Entgleisung eines einzelnen Blattes. Schon vorher hat der „Rheinische Merkur“, das Blatt Adenauers, Österreich als militärisches Vakuum bezeichnet und dringend die Ausrüstung des Bundesheeres mit Atom- und Raketenwaffen empfohlen. Auch vom Leibblatt Adenauers wurde das nach westdeutscher Auffassung viel zu kleine Militärbudget kritisiert und als Krebschaden bezeichnet.

Hier haben wir also den Beweis, daß sich deutsche Machthaber schon wieder das Recht anmaßen, rein österreichische Angelegenheiten als ihre Angelegenheiten zu betrachten und Forderungen zu stellen. Sie haben es übrigens auch nicht ganz erfolglos getan. Bestimmte österreichische Kreise sind nunmehr offen dazu übergegangen, die Anschaffung von Atom- und Raketenwaffen für das Bundesheer zu fordern. Sie haben in der letzten Zeit eine regelrechte Kampagne gestartet, die eine Revision des Artikels 13 des Staatsvertrages zum Ziel hat. Minister Graf ist diesen Forderungen von ausländischer und inländischer Seite nicht entgegengetreten, im Gegenteil, er hat sie faktisch unterstützt. Erst kürzlich wurde von ihm ein Artikel veröffentlicht, in dem er selbst die Ausrüstung des Bundesheeres als unzureichend bezeichnet, der mit den Worten schließt: Diese Zeilen haben den Zweck, die österreichische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es für uns lebensnotwendig ist, den Ausbau unserer Landesverteidigung noch mehr als bisher zu intensivieren.

Desgleichen hat Minister Graf prompt das Schlagwort vom militärischen Vakuum, das Österreich angeblich darstellt, aufgegriffen. Er verwendete es am 16. Oktober in seiner Rede vor dem Industriellenverband. Um die österreichischen Kapitalisten über die Wehrpolitik ihrer Regierung zu informieren, legte er ihnen die Aufgabe des Bundesheeres als Flankensicherung sowie Deckung der Verbindungslinien zwischen den NATO-Staaten und Westdeutschland und Italien dar.

Es ist hoch an der Zeit, daß mit solchem gefährlichen Spiel alter und neuer Militaristen in Österreich Schluß gemacht wird, daß Schluß gemacht wird mit der Waffenbruderschaftreklame und der Fortsetzung des traditionellen Ungeistes des deutschen Militarismus im Bundesheer. Das verlangt das Interesse der österreichischen Unabhängigkeit und Neutralität, das verlangt die Sicherheit Österreichs, dessen Jugend nicht noch einmal für die Profite der deutschen Großkapitalisten bluten soll! Daß den Jungmännern im Bundesheer immer der Osten als Feind dargestellt wird, läßt darauf schließen, daß man den Traditionen der alten Wehrmacht auch die Methoden der sogenannten psychologischen Kampfführung der neuen deutschen Wehrmacht mit beigelegt und diese Traditionen übernommen hat. Wie das gemacht wird, hat ein westdeutscher Generalstäbler erst kürzlich dargelegt. Die psychologische Kampfführung, sagte er, hat die Aufgabe, den Antikommunismus in das Heer zu tragen. Dazu bedient man sich der inneren Führung des Heeres, also des reaktionären Kaders. Die innere Führung wieder hilft dem Ausbildner, seinen antikommunistischen Erziehungsauftrag am Soldaten zu vollziehen, und das ganze nennt man dann „psychologische Rüstung“. Daß sich diese psychologische Kampfrüstung nicht nur gegen die Kommunisten auswirkt, sondern gegen die Arbeiterschaft, gegen alle, wenn sie Interessen der Arbeiter vertreten, das haben wir auch heute schon von meinem Vorredner an einem anderen Beispiel gehört.

Die Propagandatätigkeit des Verteidigungsministers Graf zeigt klar, daß antikommunistische Erziehungsaufträge auch in seinem Kopf herumspuken. Tatsächlich aber ist der Antikommunismus nach all den in Österreich und Deutschland gemachten Erfahrungen und auch nach den jetzigen Erfahrungen in Frankreich nur eines von den Mitteln, mit denen das arbeitende Volk der Reaktion fügsam gemacht werden soll. So haben die stetigen Bemühungen der Kreise um den Minister Graf, alte habsburgische und deutsche Traditionen in das Bundesheer zu tragen,

noch eine andere Seite. (*Abg. Altenburger: Jetzt spukt es bei Ihnen im Kopf!*) Diese Kreise sagen es selbst, und Minister Graf hat es bestätigt — man kann es nachlesen in der Nummer 7 seiner Zeitung „Der Soldat“ —, sie wollen sich im Bundesheer ein Instrument schaffen, das für sie in der Innenpolitik ein sogenannter Garant der Ordnung und Sicherheit sein soll. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Das steht im Wehrgesetz!*) Immer häufiger wurde in letzter Zeit diese Aufgabe des Bundesheeres in den Vordergrund gestellt. Sein Einsatz als sogenannte Ordnungsmacht nimmt auch im theoretischen Unterricht breiten Raum ein. Dabei ist völlig klar, für wen das Bundesheer notfalls Ordnung machen und wessen Interessen es sichern soll. Wir wissen: nicht die Interessen der Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang darf auch das Zusammenwirken von Bundesheerkader und Kameradschaftsbünden nicht übersehen werden. (*Abg. Altenburger: Das Wort Kader liegt Ihnen!* — *Abg. Dr. Gorbach: Das Wort Kádár!*) Fast bei jedem Kameradschaftstreffen nehmen Abordnungen des Bundesheeres teil, und seine Offiziere stehen Seite an Seite auf den Tribünen mit deutschen Generälen, die großdeutsche Reden halten. Da werden ehemalige Soldaten unter dem Vorwand von Wiedersehensfeiern oder des Vermißtensuchdienstes zusammengetrommelt, aber das Entscheidende für die Veranstalter ist es, den ehemaligen Soldaten zweierlei einpauken zu können: erstens kampfbereit gegen den Osten zu bleiben, und zweitens das Vaterland vor einer Regierung zu schützen, in der nicht klerikale Politiker die erste Geige spielen. „Die Mutter Gottes schütze Österreich vor einer freisinnigen Regierung!“ So predigte ein sogenannter Soldatenpfarrer namens Dinawitzer bei der Feldmesse des letzten Bundestreffens des Kameradschaftsbundes in Mariazell. Im Anschluß wurde dann die Kaiserhymne gespielt. Das Bundesheer wurde bei dieser reaktionären Veranstaltung durch General Vogl repräsentiert.

„Der Soldat“, die Zeitung des Ministers Graf, ist seit einiger Zeit zugleich das offizielle Organ des Kameradschaftsbundes. Die Hintermänner des Kameradschaftsbundes mißbrauchen die an ihren Treffen teilnehmenden ehemaligen Soldaten ganz eindeutig. Dort wird ihnen eingeredet, sie hätten in der deutschen Wehrmacht die Heimat gegen die Alliierten verteidigt, und dort wird ihnen gesagt, daß sie notfalls der Mutter Gottes helfen müssen, die Gegner der ÖVP zu besiegen, und sei es wieder als Soldaten. (*Abg. Altenburger: Jetzt spukt es bei Ihnen im*

Kopf!) Das bestätigt, was der Kameradschaftspfarrer in Mariazell gepredigt hat, und das ist nicht eine einzige Predigt, sondern Dutzende dieser Art werden gehalten!

Man versuche nicht, diese Dinge zu bagatellisieren! (*Ruf bei der ÖVP: Jetzt hat ihn der Sputnik erwischt!*) Es ist ein alter Grundsatz der Arbeiterbewegung, daß man den Bestrebungen und Plänen der Reaktion von allem Anfang an entschieden entgegentreten muß, und dort, wo dieser Grundsatz verletzt wird, hat das arbeitende Volk dafür bitter bezahlen müssen. Deshalb würde jede Bagatellisierung der Erscheinungen, die wir jetzt im Bundesheer beobachten können, den Interessen der Arbeiterschaft und der Demokratie großen Schaden bringen. Das österreichische Volk hat da seine ganz speziellen Erfahrungen. Auch in der Ersten Republik begann es mit den Soldatentreffen, mit der Pflege der Habsburger-Traditionen und der sogenannten Waffenbrüderschaft mit dem deutschen Militarismus, auch damals wurde der reaktionäre Geist schrittweise in das Bundesheer hineingetragen, bis es dann schließlich der Reaktion gelungen war, das Bundesheer zu einem Instrument einer volksfeindlichen Politik zu machen. Die Arbeiterschaft und die demokratischen Kräfte sind aber heute stark genug, um nicht zuzulassen, daß sich eine solche Entwicklung wiederholt. Das Bundesheer ist dazu da, die Neutralität unseres Landes zu schützen und zu verteidigen, und die Zeit, die die Jungmänner im Bundesheer verbringen — eine wichtige Zeit in ihrem Leben — soll für sie eine Schule sein, eine Schule für Österreich, für die Demokratie und für die Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.

Der gegenwärtige Kurs im Bundesheer, den ich an Hand einiger Beispiele charakterisiert habe, ist nicht geeignet, dieser Aufgabe gerecht zu werden, und deshalb stimmen wir gegen dieses Budgetkapitel.

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorbereiteten Redner, Herrn Abgeordneten Doktor Gorbach, das Wort.

Abgeordneter Dr. Gorbach: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Koplenig hat sich, wie schon öfter, auch heute über die Grundsätze der Landesverteidigung und insbesondere über das Bundesheer unsachlich und reichlich demagogisch geäußert, manches Mal für jemanden, der ein patriotisches Gefühl im Herzen trägt, sogar provokant. Ich habe überlegt, ob es überhaupt sinnvoll ist, auf diese Ausführungen des kommunistischen Vorredners zu antworten. Ich glaube aber, daß es bei der hintergründigen Dialektik der kommunistischen Abgeordneten in diesem Hause doch notwendig erscheint,

denn man könnte einmal mit der Behauptung konfrontiert werden, man hätte diesen Äußerungen zugestimmt, nur deswegen, weil man nichts erwider habe.

Es gilt doch als ein unumstößlicher Erfahrungssatz, daß ein Staat und ein Volk nur dann zu existieren vermögen, wenn ihr durch den Verteidigungswillen ausgedrückter Lebenswille auch von der übrigen Welt anerkannt und geachtet wird. Es ist für mich daher nicht besonders überraschend, daß der kommunistische Redner heute solche Akzente gefunden hat und daß es gerade die Kommunisten sind, welche sich schon immer gegen die Lebensinteressen unseres Staates gewendet haben, die sich mißbilligend und sehr eingehend mit dem Bundesheer beschäftigen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Da ist keine Ausgabenpost klein genug, keine Ausbildung zu gering, jede andere Aufgabe der öffentlichen Hand wird gegenüber der Landesverteidigung als wichtiger und vordringlicher bezeichnet, der Wehrgedanke wird diskreditiert, und die für den Aufbau des Heeres Verantwortlichen werden als reaktionär verleumdet. Selbst vor den Kameradschaftsverbänden der Soldaten des letzten Weltkrieges macht der Rufmord nicht halt. Und vor allem das schmutzige Geschäft mit der Angst soll die Bevölkerung vergessen und verkennen lassen, daß unsere Unabhängigkeit und Freiheit nur durch ein achtunggebietendes Heer erhalten werden kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Gerade deshalb scheint es mir hoch an der Zeit, daß endlich der Januskopf der Drahtzieher dieser Kampagne in seiner zweigesichtigen Unaufrichtigkeit offenbar wird.

Herr Abgeordneter Koplenig! Ich erinnere mich noch sehr gut an das, was Sie im Zusammenhang mit den Staatsvertragserörterungen in diesem Hause über das Bundesheer gesagt haben. Ich kann heute feststellen, daß Sie weniger ein Freund des österreichischen Heeres als anderer Armeen sind. (*Abg. Honner: Nicht des Heeres, wie Sie es wollen!*) Sie haben damals über den Charakter des österreichischen Heeres eine Volksabstimmung beantragt und erklärt, wenn schon ein Heer, dann käme nur eine Miliz in Frage, deren Ausbildungszeit sehr kurz sein müsse und vier Monate nicht überschreiten dürfe. Mit anderen Worten: Wenn man schon ein Heer schaffen müsse für die Verteidigung unserer Neutralität, so will man wenigstens die Gewißheit haben, daß es für diesen Zweck ungeeignet ist.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Koplenig, der in seiner Rede immer wieder das hehre Vorbild der Volksdemokratien durchklingen läßt, an welche kommunistische Musterarmee

wir uns hätten halten sollen hinsichtlich der Volksabstimmung und hinsichtlich der Ausbildungszeit. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Koplenig.*) Warum verschweigen uns die kommunistischen Abgeordneten, daß dort, wo es nicht einmal freie Wahlen, geschweige denn eine Volksabstimmung gibt, der Militärdienst nicht nach Monaten, sondern nach langen Jahren bemessen wird? Warum verschweigen uns die kommunistischen Abgeordneten, daß man in diesen Staaten schon Kinder militärisch erzieht und daß Knaben im Alter von 8 bis 17 Jahren in Kadettenuniformen herumlaufen, mit Gefreitenwinkel und Feldwebelsdistinktionen versehen? Warum verschweigen uns diese Abgeordneten, daß sogar Frauen und Mädchen, in Bataillonen formiert, im Feldgrau dort ihren Militärdienst ableisten müssen (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP*), was ja auch zu den militärischen Errungenschaften der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zählt?

Sie haben davon geredet, daß die Zahl der Berufsmilitärpersonen im österreichischen Bundesheer zu den Soldaten ein Verhältnis angenommen hat, das man nur staunend zur Kenntnis nehmen könne. Wissen Sie nicht — das sollten Sie eigentlich wissen! —, daß in Rußland auf zwölf Soldaten ein Offizier kommt und in Österreich auf 120 Soldaten einer? (*Neuerliche Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Es bedarf im übrigen keines Übermaßes an Vorstellungskraft, um aus den Worten des kommunistischen Redners die Hoffnung auf Unordnung und Unsicherheit im eigenen Lande herauszuhören.

Die kommunistischen Abgeordneten ergreifen immer wieder die Gelegenheit, um die Kameradschaftsverbände zu verdächtigen, den Frontgeist der Hitler-Armeen zu pflegen. Wir alle wissen, daß diese unverschämte Lüge unterblieben wäre, wenn die Kommunistische Partei bei diesen Männern, die ein gemeinsames Fronterlebnis für die Gefahren der roten Springflut hellhörig gemacht hat, auch nur die geringste Chance hätte. Die Soldaten des letzten Krieges haben im übrigen ebenso unfreiwillig und freiwillig und wenigstens ebenso tapfer und treu das vergangene unselige Völkermorden durchlitten wie die Soldaten anderer Armeen. Ich weiß schon, daß Ihnen das Lied vom „guten Kameraden“ weniger liegt als die Internationale (*lebhafte Zwischenrufe des Abg. E. Fischer*), doch angesichts solcher gedankenloser und doch immer wieder gehörter Verleumdungen halte ich es für meine Pflicht, hier in diesem Hause die Verdienste der Kameradschaftsverbände vor allem um die Klärung des Schicksals der Vermißten und die Rückführung von

Kriegsgefangenen und die karitative Betreuung notleidender Familien von aus dem Kriege nicht mehr heimgekehrter Soldaten zu würdigen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Koplenig.*) Aus all dem ergibt sich, daß wir uns zu den Fragen der Landesverteidigung grundsätzlich anders einstellen als Sie.

Ich sehe nach der Diktion des Herrn Abgeordneten Probst nicht einfach weiß, wenn ich sage, daß wir mit Beruhigung und einem gewissen Stolz feststellen können, daß unser junges Bundesheer in der kurzen Spanne seines Bestandes zu einem integrierenden Bestandteil unseres staatlichen Lebens geworden ist. Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß unser Bundesheer nicht nur die Sympathien der Bevölkerung genießt, sondern auch in ihrem Herzen verankert ist. In diesem Zusammenhang sind vor allem die ausländischen Pressestimmen von ganz besonderem Interesse, die im Vergleich mit anderen Ländern das österreichische Beispiel als geradezu mustergültig hervorheben. Jedenfalls haben die Maßnahmen und Bemühungen der Bundesregierung zur Wiedererrichtung eines Bundesheeres auch im Ausland wohlwollendes Interesse und eine gute Presse gefunden. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Als wir uns seinerzeit auf Grund der im Staatsvertrag übernommenen Verpflichtungen vor der Aufgabe sahen, eine Wehrmacht zu schaffen, traten hie und da in der Bevölkerung Zweifel um den Sinn eines Bundesheeres und um die Rechtfertigung seines Bestandes auf. Heute können wir jedoch sagen, daß das Bewußtsein um die wehrpolitische Bedeutung und die absolute militärische Berechtigung einer bodenständigen Wehrmacht Allgemeingut der Bevölkerung geworden ist. Man hat sowohl im Inland als auch im Ausland die Überzeugung gewonnen, daß unser Bundesheer alles tut, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Und diese Aufgabe besteht eben in der Verteidigung unserer Neutralität.

Daraus resultiert natürlich zwangsläufig die Notwendigkeit, diesem Bundesheer aus dem öffentlichen Haushalt jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die es benötigt, um den Anforderungen der Landesverteidigung gerecht zu werden. Da es sich bei der Verteidigung der Neutralität nicht nur um eine nationale, sondern um eine über nationale, internationale Verpflichtung handelt, kommt diesem Kapitel des Bundesvoranschlages eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Wie bereits im Ausschuß mehrfach festgestellt wurde, sind auch die in diesem Budget der Landesverteidigung zugewiesenen Mittel außerordentlich bescheiden. Ich muß dies

in aller Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck feststellen. Es entsteht allzu leicht die irrige Meinung, daß alle für die Wehrmacht verwendeten Beträge eine Ausgabe à fonds perdu seien. Dem ist jedoch keineswegs so. Ein Großteil dieser Mittel fließt wieder in die Wirtschaft zurück, ist also reproduktiv, und sowohl die Industrie als auch das Gewerbe erfahren daraus nicht unbeträchtliche Impulse. Darauf kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug hingewiesen werden, und zwar deswegen, weil dies von gewissen Rednern, offenbar auf propagandistische Wirksamkeit abgestellt, mit besonderem Nachdruck bestritten wurde.

Die Einstellung der Sozialisten zu budgetären Problemen der Landesverteidigung ist manchmal unklar. Ich möchte nicht annehmen, daß dies ihrer Grundhaltung zum Bundesheer entspringt. Ich habe aber manchmal den Eindruck, daß sie am liebsten zur gleichen Zeit ja und nein sagen. Daher kommt es, daß man auf der Linken, wie wir das heute wieder festgestellt haben, zwar die Notwendigkeit und die Existenz eines Bundesheeres bejaht, daß aber nicht versäumt wird, im selben Atemzug die Einrichtung als solche und den Aufwand hiefür mit tiefstem und kleinlichstem Mißtrauen zu verfolgen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist heute bereits auf einen Satz hingewiesen worden, den, glaube ich, der Herr Abgeordnete Olah geprägt hat: Schulen statt Kasernen! Ja, das ist doch nicht eine aut-aut-Frage. Natürlich Schulen! Aber, meine sehr verehrten Frauen und Herren, auch Kasernen, damit die Rekruten entsprechend untergebracht sind und dort die entsprechenden Voraussetzungen der modernen Hygiene finden.

Gewerkschaftssekretäre reden von Sonderzahlungen statt Flugzeugen, und in einer Ihrer Schriften las ich das Wort, daß sich Österreich den Luxus einer Operettenarmee nicht leisten könne. Herr Abgeordneter Probst, wir sollten es uns sicherlich nicht leicht machen; Sie sagten ja, der Abgeordnete hat es schwer. Aber Sie haben sich die Dinge selbst etwas zu leicht gemacht. Sie haben hier im wesentlichen schon unter dem Aspekt künftiger Wahlen geendet, mir zuwenig zu Grundsätzlichem der Landesverteidigung und zu den budgetären Ausgaben und Aufgaben. Sie haben mit Eifer zusammengesucht, was Sie an Nadelstichen dem Herrn Landesverteidigungsminister versetzen könnten. Ja, soll das Übung werden, meine sehr Verehrten? Ich glaube, wir würden schlecht tun, wenn wir dieses Beispiel bei den nächsttägigen Budgetdebatten nachahmen würden. Ich rede ihm jedenfalls nicht das Wort.

Wenn man allerdings die gewaltige Aufbauleistung, die in unerhört kurzer Zeit vollbracht wurde, auf die eine Seite stellt und das, was die Sozialisten durch den Mund des Herrn Abgeordneten dem entgegenzuhalten haben, auf die andere Seite, so fällt dieser Vergleich sehr zugunsten jener aus, die sich um den Ausbau dieser militärischen Institution die größte Mühe gegeben haben. (Beifall bei der ÖVP.) Aber ich möchte vor allem vor etwas warnen ... (Abg. Probst: Sie reden für die Galerie da oben! Sie wissen, daß die Leute während Ihrer Rede dort oben sitzen!) Aber Herr Abgeordneter Probst! Wenn dem so ist, so hat doch einer dem anderen nichts vorzuwerfen, weil wir hier alle in derselben Realität sind. (Abg. Probst: Sind Sie für mehr Geld fürs Bundesheer? Dann sagen Sie es!) Ich bin mit meinen Ausführungen noch nicht fertig. Seien Sie doch nicht so nervös! Ich pflege immer so sachlich wie möglich zu sein.

Ich möchte vor allem vor etwas warnen — das trifft auch Sie, Herr Abgeordneter —, was in den Diskussionen über das Bundesheer zwar vereinzelt, aber doch öfter, als mir lieb ist, zum Ausdruck kommt. Man spricht von der „symbolischen“ Bedeutung unseres Heeres — können Sie sich erinnern, Herr Abgeordneter? — und erweist durch eine solche Feststellung und Behauptung unserer Armee den schlechtesten Dienst. Wie sollen denn unsere Offiziere ihre Aufgabe ernst nehmen, wenn sie nur einen symbolischen Charakter tragen soll? Vom Symbol zur Attrappe ist nur noch ein kleiner Schritt. (Abg. Probst: Ich habe nie von Symbol geredet! Keine Unterschiebung!) Wie sollen denn die Soldaten ihre Ausbildung ernst nehmen, wenn sie ohnehin nur eine symbolische Bedeutung hat, das heißt, wenn sie nur pro forma erfolgt. Die Einsatzbereitschaft und das Verständnis für Disziplin und militärische Ordnung müssen begreiflicherweise leiden, wenn dem soldatischen Dienst die moralische Verpflichtung genommen wird.

Auch die Organisation des Bundesheeres wird zwangsläufig auf eine falsche Ebene geführt, wenn man nicht immer vor Augen hat, in welcher Weise unser Heer auch im Ernstfall tatsächlich bestehen kann. Ausbildung und Ausrüstung sollen nicht ein Potpourri militärischer Möglichkeiten darstellen, sondern eine Konzentration darauf, was im Ernstfall für unsere Heimat wichtig ist und dem Bundesheer eine reelle Chance gibt. Wer verantwortet von uns, die wir hier sitzen, den erhöhten Blutzoll, der den Söhnen unserer Heimat abverlangt wird, wenn sie nicht entsprechend ausgerüstet und wenn sie mangelhaft ausgebildet sind?

Ich muß überhaupt davor warnen, daß in der Öffentlichkeit immer wieder Gesichtspunkte vertreten werden, welche einer freiwillig auf sich genommenen und in diesem Fall daher auch erträglichen Disziplin Abbruch tun. In Amerika, dem freiesten Land der Welt, aber auch in den sozialistisch regierten Staaten, wie zum Beispiel Schweden und Finnland, spricht man nicht so sehr von dem, was dem Soldaten nicht auferlegt werden soll, sondern von seiner Aufgabe, sich in Mannesmut, Gehorsam und technischer Ausbildung zu üben.

Ich möchte den Koalitionspartner wirklich bitten, sich hier von der Verantwortung für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates leiten zu lassen. Nur wenn wir unser Bundesheer ernst nehmen, wenn wir nicht von symbolischer Bedeutung sprechen, wenn wir die Ausbildung und Disziplin fördern, so gut wir nur können, hat es überhaupt einen Zweck, nur dann werden wir eine schlagkräftige Kampftruppe haben, die, mag es nur für entscheidende Stunden sein, im Ernstfall unsere Heimat zu schützen in der Lage ist. (Zwischenruf bei der SPÖ: Wie 1938!) Auch die Sicherung der Nervenzentren eines modernen Industriestaates — ich denke da an Telephon, Verkehr, Versorgung — kann in solchen Fällen schon von größter Bedeutung sein. Darum rede ich auch immer wieder der Schaffung beweglicher Kampfgruppen mit möglichster Feuerkraft das Wort.

Die Ereignisse der Jahre 1956 und 1958 haben uns gezeigt, daß eine bloße Demonstration nicht genügt. Wenn unsere Neutralität ernst genommen und geachtet werden soll, sind Proteste, meine sehr Verehrten, allein zuwenig. Wir müssen dem Angreifer, vor allem in den ersten Stunden und Tagen, wirksam mit entsprechenden Waffen und ausgebildeten Soldaten entgegentreten. Wer natürlich verlangt, daß ein kleiner Staat wie Österreich so ausgerüstet ist, daß er jeden militärischen Angreifer beseitigen kann, der ist ein Utopist. Unsere Verteidigungskraft muß lediglich für jeden, der unsere Neutralität angreift, ein Risiko sein. Im Ernstfall ergibt sich doch die Frage, ob unsere westlichen und östlichen Nachbarn in Österreich einen Sicherheitsfaktor oder eine Gefahr erblicken. Einen Sicherheitsfaktor aber stellt Österreich dann dar, wenn seine Landesverteidigung so stark ist, daß sie von jedem respektiert wird.

Sollten aber unsere Nachbarn eine zu schwache Landesverteidigung als einen Faktor der Unsicherheit ansehen, dann werden sie zweifelsohne Vorbereitungen treffen, den Schutz ihrer Flanken selbst zu übernehmen. Die Chance Österreichs besteht also darin, neben einer guten Außenpolitik die Landesverteidigung so stark wie möglich auszubauen.

Und jetzt komme ich zur Zeitschrift „Trotzdem“. Ich hätte das unterlassen, wenn nicht Herr Abgeordneter Probst im besonderen darauf Bezug genommen hätte. (Abg. Probst: Von „Trotzdem“ habe ich nicht geredet!) Ich werde aber trotzdem über die Zeitschrift „Trotzdem“ reden. (Abg. Probst: Aber trotzdem habe ich nicht von ihr geredet! — Heiterkeit.)

Die Zeitschrift „Trotzdem“, das offizielle Organ der Sozialistischen Jugend Österreichs, hat sich in der September-Nummer dieses Jahres die Mühe gemacht, alles zusammenzutragen, was im vorhergehenden Jahr gegen das Bundesheer vorgebracht wurde. Reichlich bebildert, ergibt alles in allem eine knappe Druckseite. Die Darstellung selbst enthält allgemeine Anschuldigungen und einzelne konkrete Sachverhalte. Es ist selbstverständlich jedermanns Recht, ja sogar Pflicht, Vorfälle im Bundesheer aufzuzeigen, die da und dort vereinzelt vorkommen mögen und an die Methoden eines übeln Barras erinnern, damit sie untersucht und damit sie auch abgestellt werden.

Aber mit dem Vorbringen dieser Zeitschrift möchte ich mich doch befassen. Nicht vielleicht deswegen, weil der Herr Abgeordnete Probst mir den „Aufbruch“ unter die Nase gehalten hat, eine Zeitschrift, die mir nahesteht, in der die Glorifizierung eines falschen Heldenpathos abgelehnt wird. Ja, da sind wir einer Meinung, auch ich bin gegen die Darstellung des Krieges als eines Stahlbades der Völker. Auch ich bin gegen den schweren Säbelkampf, den manche Unbelehrbare eines blutigen Gewaltregimes gegen die Dokumentation dieser Tatsachen führen. Aber das alles war ja eine Rezension einer Bucherscheinung. Ich meine, so weit gehen die Dinge doch nicht, daß ich damit mit der Tendenz der Schreibweise Ihrer Jugendzeitschrift einverstanden sein kann. Ich werde Ihnen aber das begründen, möglichst sachlich; nur keine vorzeitige Aufregung!

Was schreibt also diese Zeitschrift „Jugend“? Sie behandelt in der ersten Gruppen disziplinäre Belange beziehungsweise Vorfälle, die sich mit der Ahndung von Disziplinwidrigkeiten befassen, während die zweite Gruppe ihrer Darstellungen den Heeressanitätsdienst aufs Korn nimmt. Es ist bezeichnend, daß es sich in beiden Fällen schon dem Gegenstande nach nur um Grenzfälle handeln kann. Solange es Armeen geben wird, wird die Frage der Disziplin im Mittelpunkt der Diskussion stehen, weil es ohne Disziplin keine Armee geben kann. (Zustimmung bei der ÖVP.) Keine Armee ohne das Gesetz des Befehlens! Ich behaupte daher noch einmal, daß eine Armee, von

diesem Gesichtspunkt gesehen, das Undemokratische ist, was es gibt.

Was wir fordern — um uns klar zu sein —, ist eine Armee aus überzeugten demokratischen Offizieren und Unteroffizieren. Aber solange, meine Herren, Disziplin gefordert werden muß, wird es ein Leichtes sein, durch entsprechende demagogische Darstellung den 08/15-Geist heraufzubeschwören. Dem ist entgegenzuhalten, daß Disziplin als Selbstzucht ein Lebensmerkmal der menschlichen Persönlichkeit darstellt und nicht zuletzt auch die Grundlage jeder demokratischen Ordnung bildet. Wenn man ja zum Bundesheer gesagt hat und sich zur allgemeinen Wehrpflicht bekannt hat, dann muß man auch die elementare Grundvoraussetzung bejahen und jene Disziplin anerkennen, die jeden Truppenkörper zusammenhält und zu einem tauglichen einsatzfähigen Instrument macht.

Was die Vorwürfe gegen den Heeressanitätsdienst betrifft, so gehören die medizinischen Fehlleistungen seit eh und je in das Grenzgebiet der menschlichen Verantwortlichkeit. Es lohnt sich, auf diese Dinge näher einzugehen. Ein Soldat, so schrieb diese Jugendzeitschrift, der nach dem Wecken vom Dienstführenden im Bett angetroffen wird, wird von diesem etwas unsanft geweckt. Was sich in der Folge abgespielt hatte, konnte auch in der Gerichtsverhandlung nicht eindeutig geklärt werden. Es stand Aussage wider Aussage. Der Dienstführende behauptete, daß sich der Soldat massiv zur Wehr gesetzt hätte, während der Soldat angab, er hätte den Dienstführenden nur unabsichtlich berührt. Während die Zeitschrift „Trotzdem“ im September eine zehn- bis zwanzigjährige Kerkerstrafe prophezeite, wurde der Soldat bekanntlich in der darauf folgenden Gerichtsverhandlung freigesprochen.

Ein anderer Wehrmann soll plötzlich über Nacht eine einmalige Chance zu einer Berufskarriere wahrzunehmen gehabt haben und hat darauf, ohne sich abzumelden, die Truppe verlassen. Er machte sich damit selbstverständlich der eigenmächtigen Entfernung schuldig, die in Friedenszeiten mit einer Kerkerstrafe bis zu drei Monaten bedroht ist. Die genannte Zeitschrift spricht von sechs bis zwölf Monaten, und unser Strafgesetz kennt dafür auch in Kriegszeiten keine höhere Strafe als sechs Monate. Im übrigen glaube ich, daß es jedem Nichtsoldaten einleuchten muß, daß man sich nicht unabgemeldet vom Truppenkörper entfernen kann beziehungsweise ein solches Verhalten unter Strafsanktion gestellt sein muß.

Das sind eigentlich die einzigen konkreten Vorfälle, von denen man durch die Presse weiß und die auch in der Öffentlichkeit be-

kannt geworden sind. Die übrigen Anwürfe sind allgemein und erwecken gewollt oder nicht gewollt für den Leser zwangsläufig den Eindruck, als sei das österreichische Bundesheer beziehungsweise die Offiziere und Unteroffiziere von einem Geiste des Schleifers Platzek oder des Gefreiten Himmelstoß aus Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ erfüllt und geleitet.

Das ist es, was ich in diesem Zusammenhang, Herr Abgeordneter Probst, bedaure, und nicht sachliche Kritik und angebrachte Beschwerden. (Abg. Probst: *Ich bin ja nicht für die Truppen verantwortlich, was wollen Sie von mir?*) Es geschieht Ihnen nichts weiter, Herr Abgeordneter. (Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe des Abg. Probst.) Herr Abgeordneter, ich bin ja kein Schleifer und ich bin auch nicht der Platzek. (Heiterkeit. — Abg. Probst: *Aber nahe daran!*) Ich möchte mich mit Ihnen nur sachlich auseinandersetzen. (Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)

Aber was sich nunmehr im Bereich des Heeressanitätsdienstes abgespielt hat, das wurde ebenfalls in aller Öffentlichkeit erörtert, mit dem Ergebnis, daß von einem Verschulden der Verantwortlichen nicht gesprochen werden kann. Wenn nun diese Dinge summarisch noch einmal aufgegriffen werden, ohne darauf hinzuweisen, daß die eingehenden Untersuchungen kein Verschulden ergeben haben, so wird dadurch doch bei den Vätern, den Müttern und den Angehörigen der Wehrmänner das Gefühl erweckt, daß die Wehrmänner nicht gehörig ärztlich betreut sind.

Es wurde im einzelnen festgestellt: Ein Zwitter wurde bei der Musterungsuntersuchung als solcher nicht eindeutig erkannt. Erst bei der genauen Einstellungsuntersuchung wurde der Zustand des Patienten erkannt. Daraufhin wurde das Verfahren zu seiner Entlassung sofort eingeleitet und er entlassen.

Im Falle eines an Asthma erkrankten Jungmannes handelte es sich um ein spontanes Anfallsasthma, das zeit- beziehungsweise witterungsbedingt auftreten kann. Dieser Fall wurde erst im Anfallsstadium erkannt; darauf wurde die sofortige ärztliche Behandlung verfügt und ebenfalls die Entlassung eingeleitet. (Abg. Probst: *Wieso wissen Sie das alles?*) Weil es in dem Informationsdienst stand, der Ihrer Meinung nach unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint. (Zwischenruf des Abg. Probst.) Er liegt ja offen auf, Herr Kollege, ich kann es Ihnen bringen, es ist ja öffentlich! Sie haben mich gefragt, woher. Ich habe die Antwort gegeben, und Sie sind sie bisher schuldig geblieben, das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

Der Krankheitszustand der Tuberkulose ist im allgemeinen erst durch genaueste klinische und röntgenologische Untersuchungen festzustellen. Eine Tuberkuloseerkrankung kann daher bei der Musterungs- und Einstellungsuntersuchung im frühen Entwicklungs- oder Ruhestadium nur dann vermutet werden, wenn der Patient auf entsprechende frühere Erkrankungen zurückweist oder in der Anamnese erklärt, daß seine Angehörigen, seine Eltern an diesen Krankheitszuständen gelitten haben. Im vorliegenden Fall hat sich der Krankheitszustand erst im Verlauf der ersten Dienstleistungen gezeigt und wurde so dann sachgemäß behandelt.

Der aufgezeigte Fall von unerkannter Geisteskrankheit war bei den ärztlichen Untersuchungen nicht erkennbar, weil sich der Erkrankte hiebei, wie es sehr häufig vorkommt, durchaus normal verhalten hat. Es ist bekannt, daß sich ein Geisteskranker regelmäßig erst in vertrauter Umgebung seinem Geisteszustand gemäß verhält. Es wurde daher in dem angezogenen Falle auf Grund der Meldungen aus dem Kameradschaftskreis die genaue fachärztliche Untersuchung und in weiterer Folge die Entlassung veranlaßt.

Bezüglich des an Leukämie Erkrankten und in der Folge verstorbenen Jungmannes ist es völlig unrichtig, daß er als Simulant qualifiziert wurde und deswegen die ärztliche Betreuung verzögert einsetzte. Richtig ist vielmehr, daß dieser Soldat erst unmittelbar nach seiner Krankmeldung an einen bekannten Facharzt in Salzburg und weiters zur röntgenologischen Untersuchung überwiesen wurde. Beide Untersuchungen ergaben kein klares Krankheitsbild. (*Zwischenrufe.*) Als diese Symptome verstärkt auftraten, wurde der Soldat unverzüglich ins Krankenhaus geliefert. Ich bedaure außerordentlich, daß dieser Soldat gestorben ist.

Zu dem angeführten Kropffall ist festzustellen, daß die Kropfoperation wegen Druckscheinungen des Kropfes auf die Luftröhre und damit verbundener Atemnot durch einen Facharzt in der Brigade-Sanitätsanstalt vorgenommen wurde. Diese Operation und die erste Heilungsperiode verliefen komplikationslos. In der weiteren Folge trat eine Fadenfistel auf. Das ist eine Erscheinung, die nach solchen Operationen häufig auftritt. (*Weitere Zwischenrufe.*) Aus der Tatsache der Fistelbildung kann dem operierenden Facharzt für Chirurgie kein Vorwurf gemacht werden. Übrigens wurde der Mann später entlassen, aber nicht wegen der Kropffistel, sondern wegen eines schweren Darm- und Magenleidens.

Es soll mit diesen Ausführungen, meine sehr verehrten Frauen und Herren, nichts beschönigt werden. Selbstverständlich kommt es auch beim österreichischen Bundesheer, das in so kurzer Zeit aufgebaut werden mußte, vor, daß da und dort Entgleisungen geschehen und der eine oder andere Unteroffizier nicht über die erforderlichen menschlichen Qualitäten verfügt — vielleicht mag es dann und wann auch ein Offizier sein —, mit einem Wort, das eine oder andere nicht in Ordnung ist. Nun, das gibt es doch in allen menschlichen Gemeinschaften und besonders in soldatischen Verbänden, wo der Ton naturgemäß rauher und die Gangart härter ist.

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung kann man jedenfalls nicht den Vorwurf machen, daß eine Kritik nicht zur Kenntnis genommen wurde oder man einer Diskussion von solchen Vorfällen in der Öffentlichkeit aus dem Wege gegangen ist.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat sich anerkennenswerterweise an einer demokratischen Diskussion über seine Belange und auch einer eventuell damit verbundenen Kritik außerordentlich interessiert erklärt. Es hat demnach eine unbestritten vorbildliche Aufgeschlossenheit gegenüber der Presse und der öffentlichen Meinung an den Tag gelegt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist das Bundesheer mit der Bevölkerung so rasch verwachsen.

Aus der Tatsache heraus, daß die jungen Leute in den neun Monaten ihrer Präsenzdienstpflicht nicht nur die Grundzüge des soldatischen Handwerks erlernen sollen, sondern auch der Erziehung zum selbstbewußten und überzeugten Staatsbürger besondere Bedeutung zukommt, erwächst eine besondere Verantwortung in der Auswahl der Unteroffiziere und Offiziere.

Es scheint in diesem Zusammenhang einmal angezeigt, den Unteroffizier etwas in den Vordergrund zu stellen. Mit ihm hat doch der Jungmann von früh bis abends Kontakt. Entsteht infolge mangelhafter Qualifikation, mangels der Führungseignung eines Unteroffiziers eine Abneigung gegen diesen, so ist es nicht selten, daß sich diese Ablehnung gegen den gesamten militärischen Betrieb und letztlich gegen jedwede Einordnung in eine Gemeinschaft auswächst.

Bei der Auswahl der Unteroffiziere kann daher meines Erachtens nicht sorgfältig genug vorgegangen werden. Ihre menschlichen und erzieherischen Qualitäten können nicht eingehend genug geprüft werden. Die tüchtigsten Kräfte werden aber, meine sehr Verehrten, wohl nur dann zur Verfügung stehen, wenn die erforderlichen materiellen und sozialen

Voraussetzungen geschaffen werden, um wertvollen Führungskräften einen Anreiz für den soldatischen Beruf zu geben. Sonst kommen wir zwangsläufig zu einer negativen Auslese.

Tüchtige und begeisterte Unteroffiziere sind das Rückgrat jeder Ausbildung, wie jeder Truppe überhaupt. Daher wird man auch ins Auge fassen müssen, für Unteroffiziere, die sich auf sechs oder neun Jahre verpflichten, eine zwangsweise Übernahme in andere staatliche Dienstbereiche sicherzustellen. Der Unteroffizier, der sich für den Aufbau des Bundesheeres verpflichtet hat, soll sich nicht gegenüber anderen Berufsmöglichkeiten zurückgesetzt fühlen.

Die Aufstellung des Bundesheeres hat im übrigen eine sehr erfreuliche Tatsache bestätigt, die vorher vielfach in Zweifel gezogen wurde. Während sich die Zeitungen noch seitenlang mit der Jugenkriminalität, mit den „Halbstärke“-Problemen, mit der Jugenverwahrlosung beschäftigen, zeigte uns ein geschlossener Jahrgang um den anderen, daß diese Jugend nicht nur in ihrem Kerne gesund, sondern auch verantwortungsbewußt, diszipliniert und einsatzbereit ist. Es hat sich gezeigt, daß diese Jugend nur eine Aufgabe, eine Gemeinschaftsaufgabe braucht, um daran zu wachsen und sich an ihr messen zu können um die unverdorbenen Keime ihres Menschenstums zur Entfaltung zu bringen. Wir können auf diese Generation, die einmal berufen sein wird, unser Erbe anzutreten — ich glaube das alles in allem genommen sagen zu können — stolz sein! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) Daß diese junge Generation ihren respektierten Standort gefunden hat, ist zu einem entscheidenden Anteil unserem Bundesheer zu verdanken.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unterlassen, auf eine Verpflichtung zu verweisen, die den Offizieren und Unteroffizieren nach dem Wehrgesetz auferlegt ist, nämlich die jungen Soldaten in staatsbürgerlicher Hinsicht zu unterrichten und sie zum humanistischen Denken im Sinne unserer demokratischen Prinzipien anzuhalten.

Aber wie wenig bekommen die jungen Wehrmänner in dieser Hinsicht von den Schulen mit! Vor allem sind auch ihre Geschichtskenntnisse sehr lückenhaft. Hier ergibt sich für unser Bundesheer eine sehr dankbare und ehrenvolle Aufgabe. Natürlich auch Traditionssunterricht! Meine Herren von der Linken! Sie verwechseln immer wieder das Wort Tradition mit Restauration! Ich möchte doch noch festhalten, daß es sehr bedenklich ist, gewisse Teile der österreichischen Geschichte auszuklammern. Wir haben uns mit den Höhen und Tiefen der österreichischen Geschichte aus-

einanderzusetzen und sie zu tragen. (Abg. Probst: 40 Jahre Republik zum Beispiel! Darüber gehen Sie hinweg!) Herr Abgeordneter Probst! Letzten Endes beginnt Österreich vor 1918. Schönbrunn gehört nach wie vor wie Kaprun zu Österreich! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Aber die Republik, in der wir leben, beginnt mit 1918! Darüber reden Sie nichts! Wir sind zuerst Republikaner!) Sie haben von der Republikfeier gesprochen, meine sehr Verehrten. Darf ich Ihnen meine persönliche Meinung sagen: Dieser 12. November war nicht nur ein Geburtstag, er war auch ein Sterbetag eines großen Reiches! (Zustimmung bei der ÖVP.) Und dieser 12. November hat letzten Endes damit geendet, daß wir Südtirol verloren, daß wir einen großen Teil Steiermarks damals verloren haben, meine sehr Verehrten! (Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Gegenrufe bei der ÖVP.)

Im übrigen, wenn Sie hier dem Herrn Landesverteidigungsminister einen Vorwurf wegen des Bundesheeres gemacht haben, dann möchte ich Ihnen nur sagen, daß dort, wo höhere Kommandanten des Bundesheeres zur Teilnahme an offiziellen Feiern zum 12. November eingeladen wurden, zum Beispiel zur Sitzung des Kärntner Landtages, haben diese der Einladung Folge geleistet. Eine Beistellung von Abordnungen des Bundesheeres fand allerdings nicht statt. Das gleiche trifft aber auch auf Polizei und Gendarmerie zu. Wenn jemand Vorwürfe erheben will, dann muß er diese gegen alle richten und nicht bloß gegen einen Minister! (Beifall bei der ÖVP.)

Mit Befriedigung konnte ich weiterhin feststellen, daß für die Soldatenbetreuung viel getan wird und die Selbstinitiative der Truppe auf diesem Gebiet eine weitgehende Förderung und Unterstützung erfahren hat.

Ich möchte nicht versäumen, einige Worte auch über die Behandlung der ehemaligen Berufsmilitärpersone zu sagen. Es ist mir geradezu ein Bedürfnis und ich habe in meinen Reden bisher, soweit es sich um die Frage des Militärs gehandelt hat, immer wieder darauf hingewiesen: Es müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, um die Diskriminierung der ehemaligen Berufsmilitärpersone zu beseitigen! Die Behandlung, die diese Personengruppe im Alter erfahren muß, bildet in der Tat eine ernste Hypothek auch für unser junges Bundesheer. Wenn man bedenkt, daß noch nicht einmal die Ruhestandsbezüge jener Offiziere zufriedenstellend geregelt werden konnten, die 1938 aus Gesinnungstreue zu Österreich den Eid verweigert haben oder zwangspensioniert wurden, so ist das, ich traue es mir zu sagen, geradezu beschämend! (Abg. Probst: Sagen Sie das dem Finanzminister!)

Und nunmehr auch ein Wort zum Zivilschutz. Schon in der Debatte über den Bundesvoranschlag im Ausschuß wurde auf die Notwendigkeit des Ausbaues eines Zivilschutzes für unser Land hingewiesen. Der Herr Abgeordnete Zechmann hat heute auch davon geredet. Ich bin in dieser Beziehung ausnahmsweise mit ihm einmal einer Meinung. Aus den über unsere Heimat hereingebrochenen Naturkatastrophen wissen wir, welche Maßnahmen auf dem Gebiete der Wildbachverbauung, des Wasserbaues, des Lawinenschutzes und so weiter notwendig sind, um unsere Bevölkerung vor Elementarkatastrophen zu schützen. Allgemein erkennt man diese Erfordernisse an und stellt für die Verwirklichung dieser Notwendigkeiten öffentliche Mittel zur Verfügung. Wie steht es aber, das frage ich laut und vernehmlich, mit den Schutzmaßnahmen für unsere Bevölkerung im Falle von gewissen Verwicklungen auch nur an unseren Grenzen oder für sonstige Katastrophenfälle?

Ich weiß schon: Viele Staatsbürger weichen dem Gedanken an derartige Vorkehrungen aus und vermeiden es, darüber zu reden, weil es unangenehm ist. Jeder verantwortungsbewußte Staatsbürger aber ist sich dessen bewußt, daß alle Maßnahmen und Vorbereitungen zum Schutze unserer Neutralität nur Stückwerk wären, würden wir nicht auch für einen wohlorganisierten Zivilschutz Maßnahmen treffen. Nur dadurch ist eine wirksame Landesverteidigung garantiert. Andere Länder, vor allem die traditionell neutralen Länder, wie die Schweiz und Schweden, haben umfangreiche Schutzzvorsorgen getroffen, um das Leben der Menschen, ihr Hab und Gut und vor allem ihre Arbeitsstätten zu schützen.

Was ist nunmehr auf dem Gebiete des Zivilschutzes seit der letzten Debatte über die Landesverteidigung in diesem Haus geschehen? Es erfüllt mich immerhin mit Genugtuung, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung auf dem Gebiet des Zivilschutzes bereits wertvolle Vorarbeit geleistet hat.

So wurde im Bundesministerium für Landesverteidigung eine bis ins Detail gehende Untersuchung und Planung über einen möglichen Aufbau eines österreichischen Zivilschutzes angestellt beziehungsweise durchgeführt und dem Innenministerium als derzeit ressortführenden Stelle für das Zivilschutzwesen weitergeleitet. Das sind also Maßnahmen, die auch das Innenministerium betreffen. Ich könnte jetzt im einzelnen, wie der Abgeordnete Probst, anführen, was Minister Helmer alles unterlassen hat. Mir scheint aber das Problem viel zu verantwortungsvoll. Ich will mich nicht infiziert zeigen

von akzentuierten Wahlaspekten. (*Zwischenrufe des Abg. Probst.*) Aber ich habe jedenfalls den Eindruck, daß die ursprünglich mit Schwung begonnenen Arbeiten durch kleinliche Eifersüchteleien und durch ängstliche Kompetenzabgrenzungen gehemmt werden. Die zuständigen Fachkräfte müssen über die Schranken einer Ressortkompetenz hinweghelfen, um richtige, zweckmäßige Maßnahmen auf diesem Gebiete zu planen und die notwendige Arbeit zu prüfen. Soviel ich weiß, ist in diesem Budget ein Betrag von 5 Millionen für diesen Zweck vorgesehen. Nicht viel, verhältnismäßig wenig, aber richtig verwendet, glaube ich, kann man auch mit diesem Betrag manches ermöglichen.

Als erstes muß natürlich ein Zivilschutzverband ins Leben gerufen werden, der Träger der Volksaufklärung, der Massenschulung und der Ausbildung auf diesem Gebiete sein soll. Aus dem Kriege sind noch eine Menge von Luftschutzbauten vorhanden. Ich denke nur an den Grazer Schloßberg. Nichts geschieht; das verfällt. Warum konserviert man diese Dinge nicht jetzt schon mit verhältnismäßig geringen Mitteln? Es gibt eine Menge Geräte des Warn- und Alarmdienstes, die dem Verfall preisgegeben sind. Vor allem wäre es dringend notwendig, diese Luftschutzeinrichtungen zu erfassen und ihre Instandsetzung in die Wege zu leiten. Da diese Wiederherstellungsarbeiten auch in den Wintermonaten durchgeführt werden könnten, wäre dies gleichzeitig auch ein Beitrag zur Behebung der Winterarbeitslosigkeit.

Ferner müßten Untersuchungen angestellt werden über einen Einheitstyp für Luftschutzräume in Alt- und Neubauten, die den derzeitigen Anforderungen entsprechen.

Ich möchte dazu abschließend noch einmal unterstreichen, daß der Wille zur Tat und zum aufrechten Zusammenhalt aller Kräfte, die an diesem Werke mitarbeiten, erforderlich ist, wenn etwas Richtiges und Zweckmäßiges geschehen soll. Kleinliche Eigenbröteleien haben zu unterbleiben. Es gilt doch, für die gesamte Bevölkerung für den Ernstfall, von dem wir hoffen wollen, daß er nie eintrete, einen wirksamen Schutz zu schaffen.

Wenn wir nun abschließend bedenken, was mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln in einer so kurzen Zeit beim Aufbau unserer Landesverteidigung geleistet wurde, so können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Ich bin fest davon überzeugt, daß es auch mit den bescheidenen Ansätzen dieses Budgets allen Kräften, die sich schon beim Aufbau so glänzend bewährt haben, gelingen wird, das Werk fortzusetzen und weiter auszubauen. Die Verteidigungsvorsorgen sind für die Gelung Österreichs im Rahmen der Völker-

familie von entscheidender Bedeutung. Unsere kulturelle Sendung war nie bestritten, und die staatliche haben wir uns in einem mühsamen und an Rückschlägen reichen Kampf verschafft. Im Bundesheer manifestiert sich gleichsam der Lebenswillen unseres Volkes, der Glaube unserer Jugend an dieses Land und seine Menschen. In diesem Sinne erfüllt uns aufrichtige Freude und nicht unberechtigter Stolz über das bisher so gelungene Werk.

Ich möchte ein Wort Pascals, das nach wie vor seine Gültigkeit hat, an den Schluß meiner Ausführungen setzen und sagen: „Macht ohne Gerechtigkeit ist tyrannisch, Gerechtigkeit ohne Macht aber ohnmächtig!“ (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Preußler zum Wort.

Abgeordneter Preußler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wird uns öfters der Vorwurf gemacht, daß wir nur kritisieren. Ich möchte hier sehr sachlich und ruhig feststellen, daß dem nicht so ist. Wir kritisieren wohl; das ist das gute Recht jedes Demokraten. Aber wir können immer wieder darauf hinweisen, daß wir seit dem Bestehen dieses Bundesheeres — und der Kollege Probst hat recht: es ist Tatsache, daß wir Sozialisten den Beschuß im Mai 1955 gefaßt haben — am Aufbau dieses Heeres sachlich und anständig in jeder Weise mitgearbeitet haben.

Die Beratungen über das Kapitel Landesverteidigung geben auch mir Gelegenheit, auf einige grundsätzliche Fragen der Wehrpolitik und der Heeresorganisation einzugehen, die nicht nur für das Parlament, sondern auch für die breite Öffentlichkeit von Interesse sind.

Eine offene, leidenschaftslose und sachliche Aussprache über die Probleme der Landesverteidigung scheint mir schon deshalb wichtig und notwendig, weil in der Öffentlichkeit, in Versammlungen und in sonstigen Diskussionen immer mehr davon gesprochen wird, daß man wohl für ein Bundesheer 2 Milliarden Schilling auszugeben in der Lage sei, aber für andere wichtige soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Es ist richtig, daß noch viele Forderungen offen sind, die zum Teil wegen Nichtaufbringung der Mittel immer wieder zurückgestellt wurden oder zurückgestellt werden müssen.

Es ist tatsächlich so und absolut begreiflich, wenn man kritisiert, daß die Forderung der Kriegsopfer aus dem ersten und zweiten

Weltkrieg nach einer Valorisierung ihrer Renten noch nicht erfüllt ist. Ich möchte hier das Wort meines Kollegen Gorbach aufgreifen: Das halte ich für eine wirkliche Diskriminierung der Altsoldaten, die jetzt nach 13 Jahren zu Hause noch immer auf eine Selbstverständlichkeit warten, während man schon am Aufbau eines neuen Heeres begriffen ist.

Ebenso verständlich sind die Sorgen jener hunderttausenden Rentenempfänger aus der Pensions- und Unfallversicherung, die noch zum großen Teil mit Renten unter dem Existenzminimum ihr Auslangen finden müssen. Auch viele andere Gruppen von Kriegsgeschädigten, die Bombengeschädigten und die Opferfürsorgerenbezieher warten geduldig auf eine entsprechende Wiedergutmachung.

Meine Damen und Herren! Niemand wird die Berechtigung der oben dargelegten Wünsche bestreiten. Im Gegenteil, wir alle, glaube ich, wären von Herzen froh, wenn endlich einmal die dringendsten sozialen Forderungen erfüllt würden. Aber selbst wenn kein Bundesheer bestehen würde, blieben noch viele Wünsche unbefriedigt, und es ist fraglich, ob die Beträge dann nicht für ein größeres Polizei- und Gendarmeriekorps Verwendung finden müßten, das zum Teil die Agenden des Bundesheeres zu übernehmen gehabt hätte.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, zur Frage der Notwendigkeit des österreichischen Heeres die Bemerkung machen zu dürfen, daß manche Kritiker in ihrem wohlberechtigten Streben vergessen, daß seit 1945 in dieser Welt gewaltige politische Umwälzungen vor sich gegangen sind und Österreich davon genauso betroffen wurde wie viele andere Länder. Es scheint mir wichtig, festzustellen, daß heute kaum mehr ein Staat besteht, der nicht zumindest eine kleine Verteidigungsmacht besitzt. Wer letzten Endes für seine eigene Freiheit, für die Freiheit seines Landes nichts zu geben bereit ist, der wird schwerlich erwarten können, daß die Söhne fremder Völker ihr Leben für das seine geben. Wir werden uns stets aufs neue dessen bewußt — das ist die Tragik unseres Lebens —, um wieviel richtiger es gewesen wäre, wenn die Menschen aus der Erkenntnis der Not des vorhergegangenen Krieges und der schweren Nachkriegszeit sowie der ungeheuren Zerstörungen, die im Gefolge dieses Krieges aufgetreten sind, mit Vernunft an den Aufbau einer neuen Welt herangeschritten wären. Leider müssen wir feststellen, daß diese Erwartungen und die Sehnsucht nach einem echten Frieden bis jetzt keine Erfüllung fanden, sondern daß wir gezwungen sind, in Angst zu leben, obwohl uns erst 13 Jahre von dem letzten Vernichtungskrieg trennen.

Wenn ich das hier feststellen darf, ist es mir eine besondere Freude, weil ich jener Generation angehöre, die den zweiten Weltkrieg zur Gänze mitmachen mußte, und ich möchte mit mir für meine Kameraden hier den Beweis liefern, daß wir nicht mit Kriegsgedanken aus diesem Krieg zurückgekommen sind, sondern, ich möchte sagen, wir Soldaten aus dem letzten Weltkrieg sind jene Menschen, die am meisten für den Frieden eintreten. (Beifall bei den SPÖ.)

Da wir Österreicher allerdings nicht auf einer Insel der Seligen leben, sondern ebenso von der Umwelt und von den wirtschaftlichen und militärischen Problemen berührt sind wie andere Staaten, war es daher weniger so sehr eine Entscheidung des Herzens oder des eigenen Willens des österreichischen Parlaments und der österreichischen Regierung als vielmehr eine politische Notwendigkeit, eine gewisse militärische Sicherung Österreichs zur Kenntnis nehmen zu müssen. Der Staatsvertrag und die immerwährende Neutralität Österreichs legen uns die Verpflichtung auf, Vorsorge zum Schutz unserer Neutralität und unserer staatlichen Souveränität zu treffen.

Es ist selbstverständlich jedem Einsichtigen klar, daß Österreichs Möglichkeiten auf militärischem Gebiet durch zwei Tatsachen beschränkt sind. Erstens verfügen wir nämlich als kleiner Staat nicht über jene Finanzmittel, um eine wirksame Verteidigung gegen die mächtigen Blöcke dieser Welt sicherzustellen, und zweitens darf Österreich auf Grund des Staatsvertrages gewisse Waffen, deren Besitz eine wirkliche Verteidigungskraft bedeuten würde, nicht führen. Es ist daher Aufgabe der politischen Führung, die Grenzen unserer Verteidigungsmöglichkeit zu erkennen und die Ausbildung und Ausrüstung des Bundesheeres nach dieser Richtung voranzutreiben. Ausgaben, meine Damen und Herren, die darüber hinausgehen, sind sinnlos und vor der österreichischen Bevölkerung nicht zu verantworten.

Ich möchte hier deutlich sagen, daß wir für eine ordentliche Ausrüstung und für ein ordentliches Heer an und für sich eintreten, daß wir aber verlangen müssen, daß die Planung nach einem genau vorgeschriebenen Weg vorgenommen wird, um ja keine Fehlplanungen herbeizuführen.

Es treten heute noch hie und da gewisse Kreise für Ideen ein, die aus einer vergangenen Großraumzeit stammen, die aber auf das kleine Österreich in seiner jetzigen politischen Situation nicht mehr anwendbar sind. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß aus solchen Illusionen, wie ich sie selbst auch heute noch in verschiedenen

Versammlungen alter Militärangehöriger und so weiter höre, falsche Schlüsse gezogen werden und unnötige Geldausgaben erwachsen.

Die im heurigen Jahr abgeführten Manöver — soweit sie die Abgeordneten selbst mitgemacht haben, werden sie mir das bestätigen — haben den Beweis erbracht, daß eine wirksame Verteidigung nur darin liegen kann, daß die natürlichen geographischen Gegebenheiten für die Verteidigung benutzt werden. In unserer Lage gibt es nichts anderes als ein Bundesheer, das aus kleinen, schlagkräftigen Einheiten besteht, die unter Ausnutzung des gebirgigen Geländes einen eventuellen Angreifer so lange als möglich aufhalten, bis wirksame Hilfe zur Stelle ist, wobei wir alle der Hoffnung Ausdruck geben, daß uns dies erspart bleiben möge.

Ich verweise darauf, daß ich schon im Vorjahr davon gesprochen habe, daß vor allem die infanteristische Ausrüstung des österreichischen Heeres und Soldaten gut sein muß und daß der Vorteil für kleine bewegliche Einheiten in einer starken Feuerkraft besteht. Die Anschaffung von neuer Ausrüstung, vor allem schwerer Waffen, ist mit größter Umsicht zu planen. Wichtig ist, die Truppe mit jenen Waffen auszurüsten, die zum Beispiel für die Abwehr von Panzern oder Fliegern notwendig sind.

Der Kauf von schweren Waffen kann daher nur im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Gliederung des Bundesheeres und mit dem kommenden Landesverteidigungsplan betrachtet werden und nicht etwa vom Wollen oder vom Wunsch nach einer vergangenen Zeit abhängen. Österreich kann im Konzept des Wettrüstens schon infolge der Beschränkung seiner Mittel nicht Schritt halten, und diese Erkenntnis muß uns auf dem Gebiete der militärischen Ausgaben zu einer weisen Beschränkung zwingen. Entweder, meine Damen und Herren, wird die militärische Neutralität Österreichs geachtet, oder wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß eine echte, wirksame Verteidigung unseres Landes ohnehin nur mit Hilfe jener Kräfte möglich sein wird, die uns im Falle eines eventuellen Angriffes gegen den Angreifer Hilfe zuteil werden lassen.

Soweit jedoch unbedingt Mittel für den Ausbau des Bundesheeres aufgewendet werden müssen und im Budget verankert sind, sollen sie mindestens wieder bevorzugt der österreichischen Wirtschaft zugute kommen.

Ich darf darauf verweisen, daß ich im Vorjahr dafür eingetreten bin, daß Kraftwagen, Handfeuerwaffen und so weiter in österreichischen Betrieben erzeugt werden, und wir können feststellen, daß doch zumindest

in Steyr, Graz und in verschiedenen anderen Städten diese Möglichkeiten genutzt werden und daß mit diesem Geld auf der anderen Seite wenigstens wieder Arbeit und Brot geschaffen wird.

Wenn wir schon aus oben dargelegten Gründen die Landesverteidigung grundsätzlich bejahren — das stelle ich hier namens meiner Partei eindeutig fest, und wir haben das sehr eindeutig getan, es gibt hier keinen Vorwurf! —, dann ist es auch unsere Pflicht, die Wünsche und Sorgen jener zu vertreten und zu beachten, die als Offiziere, Unteroffiziere, Zeitverpflichtete und Präsenzdienstleistende ihre Pflicht zu erfüllen haben.

Ich darf meinen Vorschlag, den ich bereits im Budgetausschuß vorgebracht habe, wiederholen, daß man die unterschiedliche Einstufung bei den Offizieren in H 1 und H 2, in solche des höheren militärischen Dienstes und in solche des Truppendienstes, in Zukunft dadurch beseitigen soll, daß man den Offizieren in den Militärakademien die Möglichkeit zur Erwerbung eines akademischen Grades gibt. Ein Wechsel in der Verwendung zum einen Mal im höheren Militärdienst und zum anderen Mal im Truppendienst beziehungsweise als Truppenkommandant würde für den Ausbildungsstand unseres kleinen Bundesheeres nur von Vorteil sein.

Auch der Ausbildung und Schulung der Unteroffiziere ist im Hinblick auf die große Verantwortung in der Menschenführung eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Daß es bei den Unteroffizieren erforderlich ist, endlich die verheerende unterschiedliche Behandlung wegzubringen, wurde ebenfalls schon ausgeführt. Durch eine entsprechende Einstufung der Offiziere und Unteroffiziere muß unter allen Umständen eine negative Auslese für unser Bundesheer vermieden werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich empfehlen, zu überlegen, ob man nicht die derzeit unbesetzte Stelle des Leiters der Personalabteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung mit einem Juristen besetzen könnte, der die nötigen Kenntnisse in Personalfragen mitbringt. (Abg. Olah: *Es ist noch kein guter ÖVP-ler gefunden worden!*)

Bei der hohen technischen Ausrüstung ist es auch notwendig, die Frage der Spezialisten zu regeln, da durch die derzeitige Minderbezahlung fast keine Fachkräfte, wie zum Beispiel Schirrmeister, Waffenmeister, Kraftfahrzeugmechaniker, für das Heer zu bekommen sind. Ich glaube, ich brauche hier nur darauf hinzuweisen, daß beim Bundesministerium ein Bericht über Manövererfahrungen liegt, der das nur bestätigen kann.

Von seiten der Präsenzdienstverpflichteten wird immer wieder der Wunsch ausgesprochen, daß endlich eine anständige Ausgehuniform zur Verfügung gestellt wird anstelle der Asbestuniform, die man jetzt zu Übungszwecken hat, wobei an die Stelle der Bergmütze eine Tellerkappe, ähnlich wie sie die Fliegertruppe besitzt, treten soll. Viele Jungsoldaten ziehen heute nach Dienstschluß lieber den Zivilanzug an, als daß sie mit der Uniform, die sie täglich zum Dienstmachen benützen müssen, ausgehen. Vielleicht würden manche auf den Zivilanzug verzichten, wenn man diesem Wunsch nachkommen würde. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger*). Ich habe keine solchen Illusionen, Kollege Altenburger! Wenn Sie eine weiße Uniform haben wollen, bitte, als Vizepräsident des ÖGB steht sie Ihnen zu! (Abg. Altenburger: *Ich will überhaupt keine!* — Abg. Probst: *Weiß ist die Uniform, und schwarz ist die Gesinnung!* — Abg. Olah: *Er müßte eine schwarze bekommen!* — Abg. Altenburger: *Mit roten Passepoils!* — Heiterkeit.)

Schon im Ausschuß habe ich den Wunsch ausgesprochen, auch zu überlegen, ob man bei der Ausgehuniform nicht das Koppel weglassen könnte, wie es in vielen Armeen heute üblich ist. Das wäre einmal ein vernünftiger Schritt, der erste Schritt!

Zur Offiziers- und Unteroffiziersfrage möchte ich abschließend noch das Ersuchen äußern, daß man von seiten des Landesverteidigungsministeriums die Überstundenzulage in Bälde auf die Höhe bringt, die dem tatsächlich geleisteten Dienst entspricht. Schon im Ausschuß sprach ich die Meinung aus, in der Frage der Dienst- und Naturalwohnungen der Offiziere und Unteroffiziere solle man eine soziale Einstellung walten lassen.

Daß wir alle den Wunsch hegen, daß auch die Überführung der jetzigen Vertragsbediensteten des Heeres in das pragmatische Dienstverhältnis nach abgelegter Kanzleiprüfung reibungslos und rasch durchgeführt werden möge, brauche ich nicht zu betonen, weil nur auch in ihren dienstlichen Rechten und Ansprüchen zufriedengestellte Ausbildner entsprechende Leistungen zu erbringen vermögen.

Ich möchte hier auch noch die Zulagenangelegenheit für die Tapferkeitsmedaillenbesitzer des ersten Weltkrieges anschneiden. Ich höre das jetzt nahezu in jeder Versammlung und möchte diesen Wunsch hier vorbringen und die Hoffnung aussprechen, daß an die restlichen 35.000 Medaillenbesitzer baldmöglichst die Zulage ausbezahlt wird, da es sich bei diesen Leuten zum größten Teil um kleine Rentner und Pensionisten handelt.

Es ist mir dabei nicht verständlich gewesen — ich konnte es nicht überprüfen in der Eile —, daß manche Tapferkeitsmedaillenbesitzer die Zulage wohl bekommen haben, aber nur für ein halbes Jahr. Ich verstehe nicht, daß man sich dabei so viel Verwaltungsarbeit macht und dann das neu aufgreift. Ich möchte es hier nur anführen. Vielleicht kann man das abstellen.

Hinsichtlich des Heimkehrerentschädigungsgesetzes, meine Damen und Herren, das ja nicht direkt zum Landesverteidigungsministerium gehört — das weiß ich —, möchte ich das Landesverteidigungsministerium ersuchen, darauf hinzuarbeiten, daß nach Vorliegen der entsprechenden Erfahrungszahlen die Möglichkeit einer Novellierung dahin gehend erörtert werden kann, daß man den Stichtag doch auf den 1. 5. 1947 oder zumindest auf den 1. 5. 1948 verlegt.

Das Bundesheer kann aber nicht nur Anspruch auf die Förderung durch den Staat erheben, sondern es hat durch seine Funktion und durch die Tätigkeit seiner Vertreter jene Stellung zu erkämpfen, die es in einem demokratischen Staat einnehmen soll.

Auch ich darf von dieser Stelle aus den Dank dafür aussprechen, daß sich das Bundesheer bis jetzt bei den Katastrophenfällen in so vorbildlicher Weise der Bevölkerung zur Verfügung gestellt hat. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn heute manche harte Kritik am Militär laut wird — Kritik ist nun einmal das Element der Demokratie — und da und dort Unzulänglichkeiten festgestellt werden, dann ist es an der Zeit, Fehlerquellen sofort und energisch auszuschalten (Abg. Probst: *Sogar Manöverkritik ist möglich, nur im Parlament ist sie nicht möglich!* — Abg. Dr. Hofeneder: *Wir kritisieren Ihre politischen Manöver andauernd!*), da die Mehrzahl der Offiziere und Unteroffiziere, die ihre Pflicht dem Staat gegenüber ehrlich und anständig erfüllen, eine Gleichstellung oder Identifizierung mit ungeeigneten Elementen entschieden ablehnen. Mögen die militärischen Kommandostellen, die Offiziere und Unteroffiziere bedenken — und ich sage das aus meiner Verantwortung heraus —, daß unser neues Bundesheer nur leben wird, wenn es treu zu der Verfassung steht. So, wie die militärische Neutralität Österreichs Tatsache ist, haben auch die Träger des Wehrgedankens loyal gemäß ihrem Eid auf die Verfassung zur Republik zu stehen und sich jeder einseitigen Parteinahme in ihrer dienstlichen Stellung zu enthalten. (Abg. Olah: *Vom Minister angefangen!*) Der Sinn der Verteidigung unserer Neutralität und die Forderung

zur Hebung des Wehrgedankens wird im Volke nur Verankerung finden, wenn das Bundesheer nicht von einer Partei, sondern von allen demokratischen Österreichern unterstützt wird. Es wurde zum Beispiel sicherlich von der überwiegenden Mehrheit der Österreicher nicht verstanden, daß zu den Republikfeiern wohl der oberste Befehlshaber des Bundesheeres, der Herr Bundespräsident, erschienen ist, aber manche Herren Kommandanten unter nichtssagenden Entschuldigungsgründen ferngeblieben sind, obwohl sie sonst sehr wohl bei allen möglichen Veranstaltungen zahlreich in Erscheinung treten, wie ich mich persönlich stets überzeugen konnte.

Es gibt bedauerlicherweise noch immer Kreise — auch das weiß ich aus meinem Umgang in den einzelnen Vereinen und Körperschaften, die die Altsoldaten haben (Abg. Altenburger: *So etwas habt ihr auch?*) Wir nicht, ich meine, wir alle miteinander. Wir sind ja neutral, wir unterstützen ja alles ohne Parteipolitik, nicht so wie ihr. (Abg. Altenburger: *Ich meinte die Kameradschaft!*) Bitte, der ÖAAB ist etwas anderes gewöhnt, ich weiß es, Altenburger, der organisiert das anders. — Es gibt bedauerlicherweise noch immer Kreise, die aus den Folgen des ersten und zweiten Weltkrieges nichts gelernt haben. Sie machen selbst die Haltung gegenüber dem neuen Bundesheer denen schwer, die guten Willens sind! Das sage ich sehr deutlich. Wir Sozialisten — das wiederhole ich — haben zum Bundesheer ja gesagt, wir haben die Allgemeine Wehrpflicht gefordert, damit die Verteidigung unseres Landes nicht nur militärisch, sondern auch geistig im Herzen aller Bürger der Republik verankert werde. Es ist unsere feste Absicht, alles zu tun, um den demokratischen Auf- und Ausbau des Heeres sicherzustellen. Wir sind uns dabei der Hilfe des österreichischen Volkes gewiß.

Wenn wir daher heute unter dem Zwang der politischen und militärischen Verhältnisse in der Welt beträchtliche Mittel für unsere Landesverteidigung zu beschließen haben — und wir sagen zu dem vorgelegten Budget ja —, dann hegen wir doch dabei die große Hoffnung, daß auch in Zukunft der Wille zur Verständigung unter den Völkern stärker sein wird als der Versuch zu einer militärischen Auseinandersetzung, die das Ende der Menschheit bedeuten würde. (Abg. Rosa Jochmann: *Sehr richtig!*)

Wir Österreicher werden in diesem Sinne auch als kleines Volk unseren Beitrag zu einem dauerhaften Frieden und zu einer Verständigung der Menschen untereinander leisten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Böhm: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Glaser zum Wort. (Abg. Olah: Lauter Salzburger!)

Abgeordneter Glaser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zuerst eine Vorbemerkung außerhalb des Kapitels Landesverteidigung. Aus der bisherigen Budgetdebatte kann derjenige, der sich vorwiegend während der Diskussionen in diesem Saal aufhält, den Eindruck gewinnen, daß die Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß nun lediglich vor einem größeren Forum wiederholt werden sollen. Ich sage ausdrücklich „wiederholt“ und nicht „fortgesetzt“, denn es tauchen wieder die gleichen Fragen, die gleichen Behauptungen auf, ohne jedoch die Antwort oder Stellungnahme des zuständigen Regierungsmitgliedes oder anderer Abgeordneter auch nur irgendwie zu berücksichtigen.

Man könnte einwenden (Abg. Marie Emhart: Wer?) — ich komme darauf zurück, Frau Abgeordnete Emhart, wer im besonderen gemeint ist! —, daß die Ausschußberatungen der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind und daß daher im Plenum so manches nochmals vorgebracht werden muß. (Abg. Rosberger: Die Öffentlichkeit soll das auch erfahren!) Gegen diesen Einwand ist aber zu bemerken, daß über die Ausschußberatungen sowohl die Parlamentskorrespondenz wie auch die verschiedenen Pressedienste, Zeitungen, ja auch der Rundfunk ziemlich ausführlich berichten und jeweils berichtet haben. Ich gebe dieser meiner Meinung deshalb hier Ausdruck, weil sowohl hier im Hause von einzelnen Abgeordneten, aber auch von der Presse kritisiert wurde, daß die Zahl der anwesenden Abgeordneten im allgemeinen während der bisherigen Budgetberatungen nicht gerade überwältigend war. (Abg. Jonas: Warum schauen Sie dabei zu uns her?)

Ich glaube, das ist deshalb verständlich, weil eben ... (Abg. Probst: Sie meinen die ÖVP-Abgeordneten, die heute alle über Einladung des Herrn Ministers Dr. Bock bei der Autobahneröffnung sind! — Abg. Altenburger: Wo sind Ihre Kollegen? — Abg. Probst: Ihre Kollegen sind bei der Autobahneröffnung durch Minister Bock! Das kritisieren Sie?) Beruhigen Sie sich doch, ich komme noch auf mehr zu sprechen! (Abg. Probst: Wo sind Ihre Kollegen? Bei der Autobahneröffnung!) Herr Abgeordneter Probst! Mein Vorredner Dr. Gorbach hat Ihnen doch schon den Rat gegeben, sich zu beruhigen. Ich komme auch noch auf mehr, und im übrigen steht hier ein Wasserglas, auch das steht Ihnen zur Verfügung. (Abg. Horn: Ihretwegen regt sich kein Mensch auf! Dessen können Sie sicher sein!) Sagen Sie es dem Kol-

legen Probst! Wenn Sie ruhig sind, ist es umso besser, dann kann ich wieder weitersprechen. (Abg. Horn: Sie haben gesagt, die Minister haben geantwortet! Es ist nicht gesagt, daß die Antworten richtig sind! Wo steht geschrieben, daß sie richtig sind?)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren! Ich bitte, den Redner nicht fortwährend zu stören! (Abg. Dr. Gorbach: Er schüttet Wasser in den roten Wein!)

Abgeordneter Glaser (fortsetzend): Wenn ich also nun fortsetzen darf, so will ich, Herr Abgeordneter Probst, Herr Bürgermeister Jonas, vor allem das eine betonen: Es darf nicht Wunder nehmen, daß die Zahl der zuhörenden Abgeordneten nicht übermäßig groß ist, wenn eine Reihe von Rednern hier nur das in zweiter Auflage bringen, was sie vor 14 Tagen oder drei Wochen bei den Ausschußberatungen gebracht haben. (Abg. Jonas: Sie sind ja ein Oberschulmeister!)

Der Herr Abgeordnete Strasser hat heute vormittag wieder das Märchen von den österreichischen Militärrattachés in der Marineuniform erzählt, und verschiedene andere sind auf andere Dinge zurückgekommen, die im Ausschuß widerlegt wurden (Abg. Strasser: Was ist widerlegt worden?), nicht nur im Kapitel Landesverteidigung, sondern auch in vielen, vielen anderen Fragen.

Einer Ihrer Abgeordneten hat es auch für notwendig gefunden, die Verhältnisse im Aero-Club hier in einer kurzen Bemerkung anzuschneiden. Es war der Herr Abgeordnete Probst, der behauptet hat, der Aero-Club sei ein ÖVP-Verein und es haben Einheiten des Bundesheeres an seinen Veranstaltungen — Sie wissen, welche Feier gemeint ist — teilgenommen, und so weiter. Ich darf hier feststellen, daß der Österreichische Aero-Club nach wie vor ein überparteilicher Fachverband ist. (Ruf bei der SPÖ: Lassen Sie sich nicht auslachen!) Es ist nichts anderes als eine bewußte Zwecklüge, wenn der Herr Abgeordneter Probst behauptet, daß der Österreichische Aero-Club eine ÖVP-Organisation sei! Wie so oft versucht die Sozialistische Partei nämlich alles, was nicht ihrem Zentralsekretariat hörig ist, als Organisation oder Verein der Österreichischen Volkspartei zu stempeln! (Beifall bei der ÖVP. — Anhalrende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.) Auf die Schulden komme ich gleich zurück! — Im übrigen gehörte ja der sozialistische Abgeordnete Czettel bis Ende Oktober, bis 24. Oktober dieses Jahres selbst diesem Österreichischen Aero-Club als Vizepräsident an. (Hört! Hört! Rufe bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Horr gibt mir mit seinem Zwischenruf Gelegenheit, jetzt gleich auf etwas anderes ebenfalls einzugehen. Der Österreichische Aero-Club hat gemäß seinen Satzungen, Herr Abgeordneter Horr, eine eigene Rechnungskontrolle, die sowohl Geburung als auch Buchhaltung zu überprüfen hat. Dieser Rechnungskontrolle gehörte bis vor kurzem auch der sozialistische Vertreter und Arbeiterkammersekretär von Niederösterreich Hahofer an. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Dieser Herr Hahofer hat beim letzten Luftfahrttag (Abg. Horr: *Der ist wegen der Betriigereien ausgetreten!*) des Österreichischen Aero-Clubs in Eisenstadt den Bericht der Rechnungskontrolle verfaßt, vorgetragen und die Entlastung des Präsidiums und des Bundesvorstandes des Österreichischen Aero-Clubs beantragt! (Rufe bei der ÖVP: *Na also!*) Der soeben genannte Herr Hahofer trat erst am 24. Oktober zufolge einer Weisung Ihres Zentralsekretariats von seiner Funktion zurück. Die Begründung seines Rücktrittes, die er ohne seine drei Kollegen in der Rechnungsprüfung zu verständigen von sich gab, wurde in einem Schreiben an Herrn Hahofer vom Vorstand des Österreichischen Aero-Clubs widerlegt.

Ich darf bei dieser Gelegenheit aber auch feststellen, daß auch der Rechnungshof mit fünf Beamten im Juni und Juli dieses Jahres die Geburung und Buchhaltung des Österreichischen Aero-Clubs genauestens überprüft hat. Neben kleineren Anregungen und formalen Einwendungen hat die Einschau des Rechnungshofes die einwandfreie Geburung und Rechnungsführung des Österreichischen Aero-Clubs ergeben. Herr Abgeordneter Horr, ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen! (Abg. Horn: *Woher haben Sie die Berichte? Vom Rechnungshof? Das Parlament hat noch keinen Bericht bekommen!* — Präsident Böhm gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Herr Abgeordneter Horn! Ich glaube, daß Sie als Bürgermeister, wenn Ihre Gemeinde vom Rechnungshof geprüft wird, nach dieser Prüfung auch wissen, ob etwas beanstandet wurde oder nicht! Ich bin selbst öffentlich Bediensteter. Wenn meine Dienststelle ... (Weitere Zwischenrufe des Abg. Horn.)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Herrn Ordner, Ordnung zu halten! (Abg. Horn: *Ich halte ohnedies Ordnung, aber er muß die Wahrheit sagen, Herr Präsident!* — Abg. Dr. Gorbach: *Vom Innenministerium hat er es nicht!* — Abg. Horr: *Die Rechnungsprüfung ist für zehn Jahre nicht in Ordnung! Von 1946 bis 1956!*)

Abgeordneter Glaser (fortsetzend): Herr Abgeordneter Horr! Wenn Sie fertig sind, sagen

Sie es mir, weil ich auch wieder sprechen möchte! (Abg. Horr: *Für ein einziges Jahr ist es nur in Ordnung!* — Abg. Altenburger: *Woher wissen Sie das? — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Horr! Fragen Sie, woher er das weiß! — Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich weiter spreche! (Präsident Böhm gibt neuerlich das Glockenzeichen.) Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Horn und Bürgermeister von Schwechat sagen — ich konnte zuerst wegen der Unterbrechung nicht ausreden —: Wenn Ihre Gemeinde vom Rechnungshof geprüft wird — und wie ich vorhin sagte, bin ich selbst öffentlich Bediensteter —, wenn meine Dienststelle oder jene Dienststelle, der ich angehöre, vom Rechnungshof geprüft wird, dann weiß ich, wenn die Prüfung zu Ende ist, ob etwas beanstandet wurde oder nicht. Dann brauche ich nicht auf einen Bericht zu warten, der dem jeweiligen Landtag, dem Nationalrat, Gemeinderat oder dergleichen zugeleitet wird. Das ist dann für uns interessant. Soviel, nehme ich an, wissen Sie selbst, wenn Ihre Stelle geprüft wurde. Hier darf ich feststellen, daß der Rechnungshof den Aero-Club geprüft und in zwei Monaten nichts Wesentliches beanstandet hat.

Im übrigen, verehrte Damen und Herren, bin ich der Meinung, daß die Arbeit von tausenden Idealisten, die im Rahmen des Österreichischen Aero-Clubs ihre Freizeit der Luftfahrt widmen, alle Anerkennung und Lob gerade von dieser Stelle aus verdient. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hofeneder: *Einschließlich der ehemaligen sozialistischen Mitglieder!* — Abg. Horr: *Auch Polcar?*)

Der Herr Abgeordnete Koplenig gehört ebenfalls zu jenen, die Märchen, die schon bei anderer Gelegenheit vorgebracht wurden, hier wiederholen. Er hat von der erschreckenden Zunahme der Selbstmorde im Bundesheer gesprochen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie alle sind mit mir einer Meinung, daß es außerordentlich bedauerlich ist, wenn junge Menschen das Beste, das Kostbarste, das sie haben, nämlich ihr junges Leben, bedenkenlos selbst auslöschen. Ich möchte hier besonders feststellen, daß die Statistik ergibt, daß die Zahl der Selbstmorde jener Männer, die sich in dem Alter unserer jungen Soldaten befinden, beim Bundesheer im Verhältnis nicht größer und nicht kleiner ist als bei jenen, die im Zivilleben stehen.

Vor allem aber möchte ich betonen, daß bei keinem jener neun Selbstmorde, die es leider im heurigen Jahr im Bundesheer gegeben hat, auch nur der geringste Beweis oder auch nur der geringste zu beweisende Verdacht besteht, daß dieser Selbstmord wegen angeblicher Schikanen im Bundesheer verübt

wurde. (Abg. Dr. Migsch: *Haben Sie die Akten gesehen?*) Meine Damen und Herren! Unglückliche Liebe und ähnliche Motive für diese Selbstmorde können nicht dem Bundesheer und schon gar nicht dem Bundesministerium beziehungsweise dem Bundesminister für Landesverteidigung in die Schuhe geschoben werden. Ich darf nur einen Fall erwähnen, Herr Dr. Migsch: Wenn sich ein junger Soldat deshalb das Leben nimmt, weil er ein Motorrad gestohlen hat, dann verhaftet wird und nun fürchtet, daß er in jenes Gefängnis eingeliefert wird, wo sein Vater Justizwachebeamter ist, so kann das wohl in keiner Weise dem Bundesheer, seinen Offizieren oder dem Bundesministerium für Landesverteidigung angelastet werden.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Woher haben Sie denn das, woher wissen Sie denn das? Der Herr Abgeordnete Probst war es, der meinen Vorredner Herrn Präsidenten Dr. Gorbach durch einen Zwischenruf unterbrochen hat, als Gorbach auf die sanitären Verhältnisse im Bundesheer zu sprechen kam beziehungsweise im Zusammenhang mit verschiedenen Angriffen, die gegen das Bundesministerium für Landesverteidigung und die sanitäre Betreuung im Bundesheer gerade von sozialistischer Seite gestartet wurden, detailliert Auskunft gegeben hat. Sie haben gefragt, Herr Abgeordneter Probst: Woher wissen Sie das?

Nun, ich bin in der angenehmen Lage, das „Demokratische Volksblatt“ vom 25. August 1958 vor mir zu haben. Für diejenigen, die es nicht wissen, darf ich sagen, daß das „Demokratische Volksblatt“ das Landesorgan der Sozialistischen Partei Salzburgs ist. In dieser sozialistischen Zeitung, Herr Abgeordneter Probst, können Sie genau das lesen, was Gorbach vorgebracht hat: nämlich eine amtliche Aussendung an die Presse, vom Bundesministerium für Landesverteidigung ausgegeben. Ich nehme an, daß auch Ihre „Arbeiter-Zeitung“ oder irgendwelche anderen sozialistischen Zeitungen das gebracht haben. Es ist verständlich, daß das Salzburger „Demokratische Volksblatt“ das ausführlicher besorgt hat, weil es nämlich gerade diese Zeitung war, die im Zusammenhang mit einigen Dingen, die im Sanitätswesen kritisiert wurden, mehr als unsachlich vorgegangen ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch sagen: Alle Vorredner mit Ausnahme der drei Moskauer Stadtmusikanten da oben (*Heiterkeit bei der ÖVP*) haben sich positiv zum Bundesheer und für eine wirksame Landesverteidigung ausgesprochen.

Der Herr Abgeordnete Probst war so liebenswürdig, mir auch noch etwas anderes vorweg-

zunehmen. Ich habe nämlich auch vorgehabt, in meinen Ausführungen das neue SPÖ-Programm beziehungsweise den die Landesverteidigung betreffenden Artikel zu zitieren. Ich nehme an, daß Sie mir nicht böse sind, wenn ich zwei Sätze daraus nochmals wiederhole (Abg. Rosa Jochmann: *Lesen Sie mehr!*): „Der demokratische Sozialismus hat die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes stets anerkannt. Die SPÖ tritt daher für eine wirksame“ — ich betone: wirksame — „Landesverteidigung der Republik Österreich und ihrer Neutralität auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ein.“

Ich betone also, daß nach dem neuen sozialistischen Parteiprogramm auch die Sozialistische Partei für eine wirksame Verteidigung unserer Republik eintritt. (Abg. Rosa Jochmann: *Das hätten Sie auch im alten lesen können!*) Ich bedaure es daher umso mehr, wenn gewisse Vorfälle beim Bundesheer, wie sie in jeder Gemeinschaft passieren, wie sie genauso gut in einem Sozialversicherungsinstitut vorkommen und nicht nur vorkommen können, sondern auch tatsächlich schon vorgekommen sind, Dinge also, die eben nicht passieren sollten, zum Anlaß genommen werden, um in einer, ich möchte fast sagen, besonders gehässigen Kritik über das Bundesministerium für Landesverteidigung, über die Offiziere und so weiter herzuziehen. (Abg. Probst: *Nicht über Offiziere, das ist der Unterschied!*)

Sehr angenehm hat sich in diesem Zusammenhang die Rede des Herrn Abgeordneten Preußler von verschiedenen anderen Ausführungen unterschieden. Ich bedaure nur, daß das, was Preußler beispielsweise in der Budgetdebatte im Ausschuß bei diesem Kapitel sagte, in der Sozialistischen Korrespondenz fast zur Gänze untergegangen ist.

Meine Damen und Herren! Darf ich noch kurz auf etwas anderes eingehen, was auch hier angeschnitten wurde. Ich glaube, Preußler war es, der das Problem der Tapferkeitsmedaillenzulagen erwähnt hat. Ich glaube, richtig informiert zu sein, wenn ich sage, daß bis Ende dieses Jahres rund 20.000 Anträge auf Zuerkennung dieser Tapferkeitsmedaillenzulagen bereits erledigt sein werden und daß sich darunter alle Anträge, die von Trägern der Goldenen Tapferkeitsmedaille gestellt wurden, befinden, aber auch alle Anträge, die von Rentnern oder Pensionisten eingebracht wurden.

Der Herr Abgeordnete Probst hat auch behauptet, daß der Veterinärdienst im Bundesheer ganz übermäßig, überdimensioniert aufgezogen wird. (Abg. Probst: *Aufgezogen werden soll!*) Herr Abgeordneter Probst,

wenn Sie sich erkundigen, so werden Sie erfahren, daß das Bundesheer derzeit über 255 Pferde und zwei Veterinärärzte verfügt. Ich habe selbst als Mitglied des Landesverteidigungsausschusses im Vorjahr ebenso wie heuer an Manövern teilnehmen können, vor allem an Manövern im Hochgebirge. Dort hat sich einwandfrei herausgestellt, daß es gerade in unserem Land viele Gegenden gibt, in denen auf das Pferd nicht verzichtet werden kann, Gegenden, in denen kein Jeep und kein Motorrad fahren kann, wo aber immer noch unsere Haflinger Munition, Granatwerfer und ähnliches tragen können.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die weiteren Ausführungen ganz besonders unter das Motto „wirksame Landesverteidigung“ stellen. Jeder Staat sorgt für seine Sicherheit entweder selbst, oder er geht Bündnisse ein; entweder baut er seine Landesverteidigung selbst aus, oder er schließt mit anderen Staaten Verträge ab. Für Österreich ist die Situation hier klar. Uns schreibt der Staatsvertrag vor, daß wir keine Bündnisse, keine Militärbündnisse mit anderen Staaten eingehen dürfen und daß wir auf unserem Territorium die Errichtung von Stützpunkten fremder Staaten nicht dulden dürfen. Es bleibt uns daher gar keine andere Wahl, als selbst für unsere Landesverteidigung vorzusorgen, und zwar wirksam vorzusorgen.

Es gibt in der Geschichte Beispiele genug, daß kleine Länder gegen Übermachten standgehalten haben, es gibt Beispiele dafür, daß sich verhältnismäßig geringe Truppen gegen moderne Armeen behauptet haben. Ich darf hier aus der jüngeren Geschichte darauf hinweisen, daß es im Jahre 1915 nur wenigen Einheiten der alten Armee, verstärkt durch die Standschützen von Tirol, gelungen ist, eine moderne Armee, wie sie damals die italienische dargestellt hat, so lange aufzuhalten, bis entsprechende Verstärkungen von den anderen Fronten gekommen sind. Und wir alle haben es erlebt, daß sich im Winterkrieg 1939/40 Finnland tapfer gegen die Großmacht der Sowjetunion zur Wehr gesetzt hat.

Freilich, die Landesverteidigung kann nicht nur Aufgabe des Bundesheeres sein, die Landesverteidigung muß von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Die gesamte Bevölkerung wird umso eher zur Landesverteidigung bereit sein, je lebenswerter ihr das Leben in diesem Land, das es zu verteidigen gibt, scheint. Ich glaube, daß wir alle gerade heute mehr als je zuvor Grund haben, alles zu tun, um unser Land zu verteidigen, denn ohne Übertreibung glaube ich sagen zu können: Für die meisten Menschen in Österreich war das Leben noch nie so lebenswert, als es gerade

unter der jetzigen Regierung geworden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für eine wirksame Landesverteidigung ist nicht nur die Ausbildung von Soldaten wichtig, sondern auch noch die Durchführung oder zumindest Vorbereitung einer Reihe anderer Maßnahmen. Soldaten allein können, irgendwohin dirigiert, nicht sehr viel leisten, vor allem nicht sehr lange Widerstand leisten. Ich glaube, wir müssen den Mut haben, zu sagen, daß sich für die Landesverteidigung die Anlage von Befestigungen auf die Dauer nicht wird vermeiden lassen.

Ich möchte überhaupt an jene Worte anknüpfen, die mein Vorredner und Schulfreund Preußler hier zum Ausdruck gebracht hat. Wir müssen den Mut haben, wenn wir zur Landesverteidigung ja sagen, alle jene Maßnahmen aufzuzeigen und auch vor der Bevölkerung zu verantworten, die für eine wirksame Landesverteidigung unbedingt notwendig sind. Andere Staaten geben uns ja Beispiele genug, auch Staaten, die nicht unter Führung einer christlich-demokratischen Partei stehen.

Neben der Anlage von Befestigungen ist die Anlage und Vorbereitung von entsprechenden Vorratslagern wohl auch etwas unbedingt Notwendiges. Es nützt nichts — Herr Abgeordneter Horn, Sie können ruhig lachen — (*Zwischenruf des Abg. Horn*), wenn zwar Soldaten da sind, die eine Ausbildung genossen haben, eine Ausbildung, über die noch einiges zu sagen sein wird, wenn für diese Soldaten, wenn sie wieder einberufen werden, die Munition, die Geräte, die Ausrüstung fehlen, wenn kein Treibstoff und so weiter vorhanden ist. In allen jenen Ländern, die sich selbst wirksam verteidigen wollen, ist die Anlage von entsprechenden Vorratslagern, die natürlich auch bombensicher sein müssen, eine Selbstverständlichkeit.

Über die Notwendigkeit einesentsprechenden Zivilschutzes hat Herr Abgeordneter Präsident Dr. Gorbach schon gesprochen. Er hat verschiedenes kritisiert und wurde auch deshalb wieder von dem Herrn Abgeordneten Probst mit Zwischenrufen unterbrochen, die etwa in die Richtung gingen, er soll das dem Herrn Minister Graf sagen. (*Abg. Probst: Sie haben wieder nicht mitgehört! Ich habe gesagt: Sagen Sie es dem Finanzminister!*) Herr Abgeordneter Probst, ich nehme an, daß auch Ihnen bekannt ist, daß für den Zivilschutz in erster Linie der Herr Innenminister zuständig ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Das ist bestritten, fragen Sie doch den Graf!*) Ich glaube, Herr Vizekanzler, daß im Rahmen der bisherigen Budgetdebatte zum Ausdruck gebracht wurde, daß ressortmäßig das Innenministerium zuständig ist. Es war der Herr Minister Graf,

der in einer Beantwortung darauf hingewiesen hat, daß wohl das Landesverteidigungsministerium eine Reihe von Vorarbeiten geleistet hat, daß diese Vorarbeiten aber nun dem Innenministerium zur Verfügung gestellt wurden.

Ich glaube aber auch, daß für eine wirksame Landesverteidigung die Koordinierung verschiedener Maßnahmen anderer Ministerien unbedingt notwendig ist, beispielsweise beim Neubau von Straßen, beim Neubau von Fabriksanlagen und so weiter. Bei der Neuerrichtung einer Telephonzentrale, bei Kabelverlegungen und dergleichen ist es bei einer wirksamen Landesverteidigung, bei einer Landesverteidigung, die auf alles Rücksicht nehmen will, notwendig, das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung herzustellen.

Darf ich nun eine persönliche Meinung zu einem Problem zum Ausdruck bringen, das sicherlich auch besonders zu dem heißen Eisen gehört, von dem der Herr Abgeordnete Probst gesagt hat: zweimal mit dem Hammer daraufschlagen! Das ist das Problem der Dienstzeit. Ich glaube, daß man aus den bisherigen Erfahrungen wohl sagen kann, daß für die meisten Waffengattungen eine Dienstzeit von neun Monaten allein schon für die Ausbildung zu kurz ist. Aber darüber hinaus ist doch noch folgendes objektiv festzustellen.

Das stehende Heer hat doch vor allem die Aufgabe, in einer plötzlich auftretenden schwierigen Situation einzugreifen. Es wird wahrscheinlich in Zukunft nicht ohne weiteres möglich sein, wie das früher vielleicht der Fall gewesen ist, die Reservisten einzuberufen und dann nach einigen Tagen sie dort oder dahin zu entsenden. In erster Linie ist für unsere Landesverteidigung wohl das stehende Heer zuständig, und da macht sich nicht nur die Dienstzeit von neun Monaten hemmend bemerkbar, sondern vor allem der Umstand, daß wir zweimal ... (Abg. Probst: *Wir haben doch kein stehendes Heer!*) Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Probst, der Ausdruck „stehendes Heer“ stammt aus den Beilagen zum Budget. Wenn Sie schon Ihre eigenen Zeitungen nicht lesen, dann lesen Sie doch wenigstens das, worüber Sie hier gesprochen haben. (Abg. Probst: *Das ist trotzdem falsch! Es ist auch dort falsch!* — Abg. Eibegger: *Der ist vom Landesverteidigungsministerium erstellt worden! Der Ausdruck stammt von dort!*) Ich habe nicht gesagt, von wo er stammt, sondern Herr Abgeordneter Eibegger, ich habe lediglich festgestellt, daß in den Unterlagen, die den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden, dieser Ausdruck vorkommt. Wenn der Herr Abgeordnete Probst jetzt fragt, wo

das her ist, so müssen Sie mir schon gestatten, daß ich ihn darauf aufmerksam mache. Instesondere dann, wenn er nicht einmal seine eigenen Zeitungen liest. (Abg. Probst: *Ich habe nicht gesagt „Wo haben Sie das her?“ sondern „Wir haben kein stehendes Heer!“*)

Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt zur Dienstzeit noch folgendes sagen. Eine besonders schwierige Situation, und zwar vor allem auch verwaltungsmäßig, ergibt sich dadurch, daß zweimal im Jahr ungefähr ein halber Jahrgang einberufen wird, daß sich also die Ausbildungszeit überschneidet, sodaß hier Schwierigkeiten auftreten, die nicht auftreten würden, wenn beispielsweise nur einmal im Jahr die Jungmänner einberufen würden.

Es ist doch derzeit so, daß beispielsweise jetzt die im April oder März eingerückten Soldaten bereits abgerüstet haben. Von einer neunmonatigen Dienstzeit zu sprechen, ist ja eigentlich auch nicht ganz richtig; denn genau genommen sind es ja nur achtseinhalb Monate. Die Masse der derzeitigen Soldaten ist aber erst vor wenigen Wochen eingerückt. Es ist verständlich, daß ihre Ausbildung noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß wir gegebenenfalls jetzt auf diese Truppen, auf diese Einheiten bauen könnten. Eine Änderung der Dienstzeit wäre, das betone ich noch einmal, meiner persönlichen Meinung nach und auch nach meiner Erfahrung, die ich leider Gottes wie so viele andere — ich bin nicht stolz darauf, ich bedaure es — in diesem vergangenen Krieg ebenfalls sammeln mußte, unbedingt notwendig. Ebenso wichtig wäre es, wenn man schon die Wehrkraft ernsthaft ausschöpfen will, auch Reserveübungen, wie sie in jeder Armee und wie sie in jedem Staat üblich sind, bei uns einzuführen.

Meine Damen und Herren! Darf ich abschließend noch folgendes sagen: Der Herr Abgeordnete Dr. Gorbach hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Behandlung der ehemaligen Berufsmilitärpersönchen nicht nur ungerecht war, sondern für uns in gewisser Hinsicht beschämend ist. Besonders das Militärrabbaugesetz aus dem Jahre 1920 ist bestimmt nicht nur ein Ausnahmegesetz, sondern vor allem ein Unrechtsgegesetz. Damals wurden jene Offiziere, die eine Dienstzeit von weniger als 14 Jahren hatten, ohne Pension abgefertigt, obwohl sonst das Dienstrecht nicht nur für Militärs, sondern für alle öffentlich Bediensteten — und einer meiner Vorredner hat ja betont, daß das Militär zur Verwaltung gehört — nach einer zehnjährigen Dienstzeit Anspruch auf Pension besteht. Das wirkt sich heute für jene Menschen, die durchschnittlich 60, 65, 70 Jahre und älter sind, besonders schwer

aus, nämlich daß ihnen dieses seinerzeit wohl erworbene Recht nun vorenthalten ist.

Wenn im Laufe der derzeitigen Verhandlungen etwa über ein Zwischendienstzeiten- gesetz und über verschiedene andere Maßnahmen, die begangenes oder vermeintlich begangenes Unrecht gutmachen sollen, dann bitte ich, auch auf dieses Militärabbau gesetz 1920 Rücksicht zu nehmen beziehungsweise auf die Ungerechtigkeiten, die durch dieses Gesetz entstanden sind.

Über die wirtschaftliche Bedeutung unseres Bundesheeres zu sprechen, ist nach dem Bericht, den Herr Abgeordneter Ing. Strobl gegeben hat, nicht mehr notwendig. Ich begnügen mich, darauf hinzuweisen, daß mehr als die Hälfte des im Budget für die Landesverteidigung vorgesehenen Betrages in Form von Heeresaufträgen wieder der Wirtschaft — und zur Wirtschaft gehören alle, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeitnehmer — zufließen und daß gerade das Bundesministerium für Landesverteidigung sich bemüht, Aufträge in jene Gegenden zu vergeben, die als unterentwickelt oder notleidend zu bezeichnen sind. Daß sich durch das Bundesheer und durch verschiedene im Zusammenwirken mit dem Bundesheer erfolgte technische Entwicklungen auch für unseren Export neue Möglichkeiten bieten, möchte ich auch nur kurz erwähnen.

Der objektive Beobachter, meine Damen und Herren, im In- und im Ausland kann jedenfalls staunen über das, was in den knapp zwei Jahren des Aufbaues des österreichischen Bundesheeres geleistet wurde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht nur die Arbeit jener hervorheben, die an der Spitze stehen, die das derzeit verantwortlich machen, sondern auch besonders die Leistungen jener herausstechen, die seinerzeit im Rahmen der sogenannten B-Gendarmerie unter unvorstellbaren Schwierigkeiten die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß wir heute auf unser junges österreichisches Bundesheer stolz sein können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Czettel.

Abgeordneter Czettel: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wie Sie aus den Ausführungen meines Vorredners Glaser gehört haben, habe ich die Ehre gehabt, ich glaube drei oder vier Wochen lang, Stellvertreter des Herrn Fritz Polcar zu sein. Wer mir daraus eine Mitverantwortung für das zuschieben will, was sich in dem vom Herrn Polcar geführten Klub ereignet hat, wird wohl aus dieser Tatsache allein schon erkennen (Abg. Dr. Pittermann: Tröste dich,

die ÖVP hat viel länger gebraucht, bis sie Polcar durchschaut hat!), daß es unbillig ist, eine Debatte in einer solchen demagogischen Färbung zu führen. (Weitere Zwischenrufe. — Abg. Glaser zu den Abgeordneten der SPÖ: Ihr müßt ruhig sein, man versteht ja nicht!) Ich gebe zu, ich habe gar nicht die Absicht gehabt, heute noch zu sprechen, und ich möchte Sie bitten, mir eine Minute zuzuhören.

Im September hat mir der Herr Polcar mitgeteilt, daß er großzügig mit seinen Kollegen im Vorstand des Aero-Clubs einverstanden sei, mich als Vertreter des ASKÖ auf Vorschlag des ASKÖ in den Bundesvorstand des Aero-Clubs zu nominieren. Einige Tage später habe ich mich verpflichtet gefühlt, mir einen Rechnungsprüfer kommen zu lassen, den vom Herrn Abgeordneten Glaser genannten Herrn Hahofer. Meine erste Frage war: Zeigen Sie mir einen Bericht! Darauf wurde mir ein Bericht vorgelegt. Ich habe ihn da; vielleicht ist es eine Indiskretion, ich weiß es nicht. Ich könnte Ihnen den ganzen Bericht vorlesen, Herr Glaser, aber ich würde Sie damit alle aufhalten. (Abg. Dengler: Eine gefährliche Drohung!) Jawohl, das ist eine gefährliche Drohung.

Eines hat sich jedenfalls herausgestellt, für mich persönlich: Im Aero-Club stinkt's!, und da hat ein sozialistischer Abgeordneter — und ich werde Ihnen auch gleich sagen, warum gerade ein sozialistischer Abgeordneter — nichts zu suchen. (Abg. Glaser: Aber Herr Hahofer!) Lassen Sie mich ausreden, seien Sie nicht so übergescnapp! Es haben ja andere auch noch etwas zu reden, und ich werde Ihnen beweisen, daß der Aero-Club vorwiegend eine Angelegenheit der Österreichischen Volks- partei ist. (Abg. Glaser: Das überlasse ich Ihnen, aber das Überschnappen ist eine Gemeinheit! — Weitere Zwischenrufe der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.) Wenn Sie in der Debatte vielleicht konstruieren wollen, daß ein sozialistischer Abgeordneter nur im kleinsten Zusammenhang mit Herrn Polcar im Aero-Club etwas zu tun hat, und das haben Sie versucht, möchte ich Ihnen sagen: Sie täuschen sich! Und welche Formulierung für diesen Zustand notwendig ist, überlasse ich ganz Ihrer Beurteilung.

Ich möchte nur eines sagen: Die Sache ist nicht so unernst, wie Sie es darstellen. Es geht darum, ob ein Funktionär als Rechnungsprüfer ein Jahr lang — und er war gar nicht ganz ein Jahr lang Rechnungsprüfer — mitgezogen worden ist. Feststeht eines, meine Damen und Herren, und das kann uns als Volks- vertreter nicht gleichgültig sein: Wir sitzen hier beisammen, beschließen ein Budget, und es wird um jede hunderttausend Schilling bei

3212

Nationalrat VIII. GP. — 69. Sitzung am 3. Dezember 1958

der Wasserförderung oder bei sonstigen Förderungsbeträgen gestritten. Ich habe mir im Ausschuß die bescheidene Anfrage an den Landesverteidigungsminister erlaubt, ob es stimmt, daß der Aero-Club — und nur in den letzten zwei Jahren — 17 Millionen Schilling bekommen hat. Der Landesverteidigungsminister hat mir gesagt: Ja, das stimmt. Nicht nur das, sondern er hat sogar gesagt — und das ist in den parlamentarischen Berichten nachzulesen —: Im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister wurde der Budgetrahmen überzogen.

Und jetzt frage ich Sie eines: Wir sitzen hier beisammen und streiten um jeden Schilling, und dann setzen sich der Finanzminister und der Herr Landesverteidigungsminister — und ich sage, beide sind vielleicht relativ unschuldig — mit dem Herrn Polcar, der zu den Zeiten noch Abgeordneter des Hauses war, zusammen und beschließen über den Kopf der 165 Abgeordneten hinweg, 17 Millionen Schilling einem Verein zu geben. Und jetzt hören Sie, meine Herren! Von den letzten 7 Millionen Schilling, die gewährt wurden, wurden 2 Millionen zur Abdeckung von Schulden gewährt. (*Zwischenrufe.*) Und jetzt hören Sie weiter: Von den 2 Millionen Schilling waren 900.000 S für eine sogenannte Gesellschaft zur wissenschaftlichen Forschung gegangen. Und jetzt hören Sie weiter: In diesen 900.000 S waren rund 400.000 S, die an die ÖVP gegangen sind! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wo kommen wir hin, wenn über die Köpfe der 165 Abgeordneten hinweg in Überziehung des Budgetrahmens einige Minister mit dem Herrn Polcar Millionenbeträge beschließen, die über fünf Stellen zur ÖVP zurückfließen? (*Ruf bei der ÖVP: Schulden!*) Er kann Schulden machen, soviel er will, er kann die Schulden zurückzahlen, wann er will, aber nicht ohne unsere Zustimmung, wenn es Bundesmittel sind, die für diese Schulden herangezogen werden! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Das war der Grund, Herr Glaser, warum ich gesagt habe: Dort stinkt's! Wir haben dem Flugsport dieses Verbandes unsere Solidarität ausgesprochen. Ich bin kein Flieger; ich gebe gerne zu, ich bin vielleicht erst zweimal im Leben geflogen; einmal aus Stalingrad heraus und das zweitemal mit einem Segelflugzeug. Ich kann hier eine Relation zwischen dem und dem ziehen. Aber eines sage ich Ihnen: Wenn wir versuchen, das Heeresbudget, das doch in der öffentlichen Meinung einer besonderen Kritik unterliegt, theoretisch im Budgetrahmen zu fixieren, und wenn es dann auf solche Weise künstlich um Millionenbeträge überzogen wird, hat es keinen Sinn, einen

Rechnungsprüfer, der das aufgedeckt hat, zur Verantwortung zu ziehen.

Es mag sein, daß vielleicht fünf, sechs Vorstandsmitglieder des Aero-Clubs mitschuldig sind. Aber es ist doch eigenartig, der ganze Bundesjugendring, in dem zehntausende junge Menschen organisiert sind, und der bemüht ist, für die demokratische Ausbildung junger Menschen Mittel zu bekommen, bekommt 300.000, 400.000 S; und seit zwei Jahren verlangen wir wenigstens um 200.000 oder 300.000 S mehr. Das geht nicht! Warum nicht? Weil eben im Bundesjugendring keine so gewaltige Autorität wie in diesem Aero-Club durch den Herrn Polcar vorhanden ist. Und das ist es, was, wie ich glaube, auch an dieser Stelle aufgezeigt werden muß. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Ich könnte Ihnen ja mehr erzählen, meine Damen und Herren!

Und wenn der Herr Abgeordnete Probst gesagt hat, daß man sich hier dagegen wehren muß, so hat er doch von seinem selbstverständlichen Recht der Kritik Gebrauch gemacht. Kollege Glaser, ich sage Ihnen ehrlich ich dachte schon daran, mich von der Rednerliste streichen zu lassen, Streichen, weil ich geglaubt habe, über den Aero-Club braucht man wirklich nicht mehr zu sprechen. Und ich bin Ihnen irgendwie dankbar, daß Sie provoziert haben, und wenn ich vielleicht etwas gesagt habe, was Sie persönlich trifft, dann bitte ich um Entschuldigung.

Aber eines sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: So geht das in der Republik Österreich nicht, daß man auf der einen Seite ganz einfach sagt: Der Aero-Club ist überparteilich, weil Sozialisten drinnen sind. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Der Herr Hahofer ist ein Jahr in diesem Klub Kontrollor gewesen, und ich sage auch: Alle anderen Sozialisten, die kurzfristig drinnen tätig waren, die haben ja von alledem gar nichts erfahren. Ich könnte Ihnen jetzt eine Litaneierzählen, ich will es nicht, aber ich möchte prinzipiell eines hier festlegen: Der Aero-Club kann der Aero-Club sein; wir Sozialisten sind ausgetreten, nicht weil wir mit den Flugsportlern des Aero-Clubs nichts zu tun haben wollen, sondern weil wir mit diesem Herrn Polcar und seinen Methoden nichts zu tun haben wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte abschließend betonen: Es ist uns eine Herzenssache, für die Jugend Mittel aufzutreiben. Es ist uns keine Herzenssache, für die Jugend Mittel zur vormilitärischen Ausbildung aufzutreiben, und der Titel, unter dem das Landesverteidigungsministerium im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister diese 17 Millionen nur in zwei Jahren gewährt hat, ist, wenn er auch heute formell „Jugend-

ausbildung“ heißt, von Anfang an der Titel „militärische Jugendausbildung“ gewesen.

Ich möchte sagen: Wir wehren uns aus prinzipiellen Gründen gegen diese vormilitärische Jugendausbildung. Ich möchte bitten, da wieder ein Budgetjahr vor uns steht: Wenn wir Mittel geben, dann mit der legitimen Vollmacht des budgetären Beschlusses des Nationalrates! Wenn wir Mittel der Jugend geben wollen — ja!, Millionen, 100 Millionen, aber im Jahre 1959 keinen Schilling dem Herrn Polcar! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Böhm: Zu einer Richtigstellung erhält der Herr Abgeordnete Probst das Wort.

Abgeordneter Probst: Hohes Haus! Es wird etwas mehr sein als eine Richtigstellung. Ich will mich noch kurz an der Debatte beteiligen. Es ist kein Schlußwort. Ich bin meinem Freund Czettel absolut nicht gram, wenn er nur drei Monate gebraucht hat (Abg. Czettel: *Drei Wochen!*) oder drei Wochen gebraucht hat, um Polcar kennenzulernen. Ihm hat das genügt. Sie (zur ÖVP gewendet) haben Jahre gebraucht, bis Sie Polcar kennengelernt und die Konsequenzen gezogen haben. Aber wir anerkennen, daß Sie das wenigstens getan haben.

Zweitens möchte ich feststellen: Herr Abgeordneter Glaser, unterschrieben Sie mir nicht eine abfällige Bemerkung gegen Offiziere! Ich habe eine solche nicht gemacht. Sie werden in meiner Rede keinen einzigen Namen eines hohen oder niederen Offiziers des Bundesheeres finden. Ich bitte also, das nicht zu tun. Das ist nicht gut. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß ich gar keinen Anlaß habe, so etwas zu tun. (Abg. Glaser: *Ich habe nicht gesagt, daß Sie diese Bemerkung gemacht haben!*)

Drittens: Informationen. Ich bin selbst fähig genug, zu den zwei Hauptproblemen, über die ich gesprochen habe, mir das Material zusammenzusuchen. Ich habe über die Einberufung des Landesverteidigungsrates geredet. Ich bin selbst Mitglied mit dem Kollegen Gorbach, als die beiden Parlamentarier. Ich kann also einigermaßen beurteilen, was notwendig ist, was gemacht werden kann und was die Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates bestimmt. Ich habe also hier keine anderen Informationen bezogen, weil Sie hier ganz deutlich auf den Herrn Staatssekretär Stephani angespielt haben. Und wenn ich welche brauche und zu ihm gehe, ist es mein Recht als Abgeordneter, das ich mir auch von Ihnen nicht nehmen lasse! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Glaser: *Aber Sie haben uns das vorgeworfen!*) Sie können nicht gleichzeitig mir Vorwürfe machen: „Von wo hast denn das

her?“ und im selben Augenblick gehen Sie zum Herrn Minister Graf, tuscheln mit ihm und lassen sich von ihm Informationen geben. So geht das nicht! (Abg. Glaser: *Das haben Sie uns vorgehalten! Jetzt drehen Sie den Spieß um! — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Und das zweite Hauptproblem, über das ich gesprochen habe, ist das der Verfügungsgewalt über das Bundesheer. Sie können mir glauben, auch da bin ich fähig genug, allenfalls mit Mitarbeitern mir ein Bild zu machen über die Verfügungsgewalt beim Bundesheer. Da brauche ich keine anderen Informationen. Ich stelle das nur fest.

Das waren meine hauptsächlichsten Punkte, die ich in meiner Rede berührt habe. Dann waren einige Forderungen, die ich aufgestellt habe, die in meiner Partei und vor allem auch von der Jugend, nicht nur meiner Partei, sondern auch von der anderen Jugend, besprochen und erhoben werden.

Das letzte, was ich sagen will: Ihr Vorwurf, Herr Kollege Glaser, ist absolut berechtigt, daß ich gesagt habe, es gibt kein stehendes Heer, und Sie erklärten, das steht ja im Bericht, im Spezialbericht. Das ist richtig. Aber es hätte vielleicht wieder zu den von Ihnen mir so schwarz angekreideten Nadelstichen gehört, wenn ich wieder gesagt hätte: stehendes Heer!

Ich stelle ausdrücklich fest: Es gibt nach unserer Verfassung, nach unserem Wehrgesetz kein stehendes Heer. Mit dem Begriff „stehendes Heer“ verbindet man den Begriff Berufsheer. Wir haben kein Berufsheer. Das ist richtig. Ich bitte den Herrn Minister und ich bitte das Ministerium und auch den Berichterstatter für dieses Kapitel, zukünftig den Begriff „stehendes Heer“ nicht mehr zu verwenden. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, es steht drinnen, aber es ist trotzdem falsch. Es muß ja nicht richtig sein, weil es im Bericht drinnen steht; es ist trotzdem falsch. Es gibt diesen Begriff nicht, und ich sage das sehr deutlich, weil ich mir auch vorstellen kann, warum dieser Begriff, wie ich offen sagen will, eingeschmuggelt wird. Mit Absicht und mit System wird der Begriff „stehendes Heer“ eingeschmuggelt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Wir legen sehr großen Wert darauf: Es gibt kein stehendes Heer. (Abg. Pölzer: *Auch in der Schweiz gibt es kein stehendes Heer!*) Wir haben in Österreich eine allgemeine Wehrpflicht, und jeder Berichterstatter über dieses Kapitel hat sich mit dem Begriff „allgemeine Wehrpflicht“ zu befassen. Sie könnten höchstens vom Kader, das Sie anscheinend meinen, reden, aber nicht vom „stehenden Heer“. Ich bitte den Herrn

3214

Nationalrat VIII. GP. — 69. Sitzung am 3. Dezember 1958

Bundesminister, daß solche Dinge nicht mehr durchgehen. Ich bin gar nicht gram.

Als Letztes sage ich noch: Wir tun uns selbst einen schlechten Dienst, wenn wir uns gegenseitig vorwerfen, woher wir Informationen haben. Der Abgeordnete ist dazu da, Informationen zu bekommen. Das ist sein Recht und auch seine Pflicht. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Warum werfen Sie uns das dann vor?)

Präsident Böhm: Zu einer sachlichen Bemerkung erhält Herr Bundesminister Graf das Wort.

Bundesminister für Landesverteidigung Graf: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Czettel hat in seiner Mitteilung über die Verwendung der 17 Millionen, die in den Jahren 1957 und 1958 außerhalb des Rahmens des Landesverteidigungsbudgets dem Aero-Club übermittelt wurden, unter anderem gemeint, daß mit diesem Betrag Schulden in einer sehr beachtlichen Höhe bezahlt wurden und daß sich darunter auch Beträge an eine Partei, in diesem Fall an die Österreichische Volkspartei, befinden. (Abg. Czettel: Jawohl!)

Ich darf dazu feststellen und vor mir liegt der vom Präsidenten Frenzel gezeichnete Bericht über die Verwendung der 17 Millionen. In dieser detaillierten Aufstellung ist weder von der einen noch von der anderen Behauptung auch nur ein Buchstabe drinnen. (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP. — Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)

Es wird hier detailliert die Verwendung von 15,126.000 S angeführt, darunter Ausbau Flughafen Aspern, Ausbau Alpine Flugschule Zell am See, Anschaffung von Motorflugzeugen, Segelflugzeugen, Personalkosten, Verwaltungskosten, Entwicklungskosten, Zentralwerkstätte Fallschirm, Subvention für akademische Flugwoche in der Gesamthöhe von 15,126.000 S. (Abg. Horr: „Verwaltungskosten“! — Abg. Glaser: Ihr habt bei der Krankenkasse auch Verwaltungskosten! — Abg. Olah: Aber nicht aus Budgetmitteln!)

Abschließend stellt der Präsident des Rechnungshofes, und nicht ich, fest: „Im erwähnten Zeitpunkt waren daher von den vom Bundesministerium für Landesverteidigung insgesamt erhaltenen 17 Millionen 1,830.000 S noch nicht verbraucht, sondern vorhanden! (Abg. Czettel: Wann war das?) Das ist gezeichnet vom 27. September 1958. (Abg. Dr. Hofeneder: Eigengesetz!)“

Dazu darf ich weiters feststellen, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung über Auftrag des Rechnungshofes nunmehr

eine ins Detail gehende Prüfung der noch vorhandenen Restbeträge vornimmt. Und es ist selbstverständlich, daß darüber der entsprechende Bericht erstattet wird. (Abg. Dr. Gorbach: Er hat sich „verzettelt“!)

Darf ich abschließend zu der Budgetdebatte noch kurz zwei Worte sagen:

Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist — und das möchte ich allen Damen und Herren des Hohen Hauses sagen — an einer objektiven und sachlichen Kritik ehrlich interessiert, gleichgültig, von welcher Seite sie kommt. Ich als der für die Führung des Verteidigungsressorts verantwortliche Minister habe kein Interesse daran, daß irgendwelche Unkorrektheiten gedeckt werden. Ich bin an jeder Abstellung von Unzukämmlichkeiten brennend interessiert. Denn nur dann, wenn wir tatsächlich unangenehme Vorkommnisse abstellen, wird es möglich sein, unserer jungen Heer den Geist zu geben, den es braucht, und unsere Bevölkerung geschlossen hinter die Landesverteidigung zu stellen.

Es wurde heute sehr viel über Landesverteidigungsfragen, über strategische Fragen und dergleichen geredet. Meine Damen und Herren! Vergleiche mit anderen Staaten sind hier völlig unangebracht. Unsere Lage ist ein Spezialfall. Und ich unterstreiche, was Abgeordneter Gorbach, ich glaube auch die Abgeordneten Glaser und Preußler gesagt haben: Es wäre Wahnsinn, über unsere Verhältnisse zu leben, und wir sind auch bestrebt, unsere Organisation, unsere Garnisonierung so aufzubauen und auszubauen, daß sie der geographischen, der politischen und der wirtschaftlichen Lage Österreichs Rechnung tragen.

Hohes Haus! Ich bitte Sie, in der Frage der Landesverteidigung alle politischen und persönlichen Ressentiments zurückzustellen. Eine Landesverteidigung, deren Beratungen nicht sauber und objektiv geführt werden, eine Landesverteidigung, die nicht wirklich die gesamte Bevölkerung hinter sich hat, ist sinn- und zwecklos! Das weiß ich und das zur Kenntnis zu nehmen bitte ich auch Sie. (Lebhafte Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Böhm: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Nein. Damit ist die Aussprache über die Gruppe XII beendet. (Ruf bei der ÖVP: Die Blase ist geplatzt! — Abg. Dr. Hofeneder: Eine bewußte Verleumdung! — Weitere Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe!

Ich breche die heutigen Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 4. Dezember, 9 Uhr vor mittag, ein.

Auf der Tagesordnung stehen: Die Spezial debatte über die Gruppe IV: Inneres, Gruppe V: Justiz, und — wenn es die Zeit erlaubt — Gruppe VI: Unterricht.

Ich mache darauf aufmerksam, daß morgen um 12 Uhr mittag die Abstimmung über die bereits behandelten Gruppen sowie über die hiezu eingebrachten Entschließungen vorgenommen werden wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluf der Sitzung: 19 Uhr